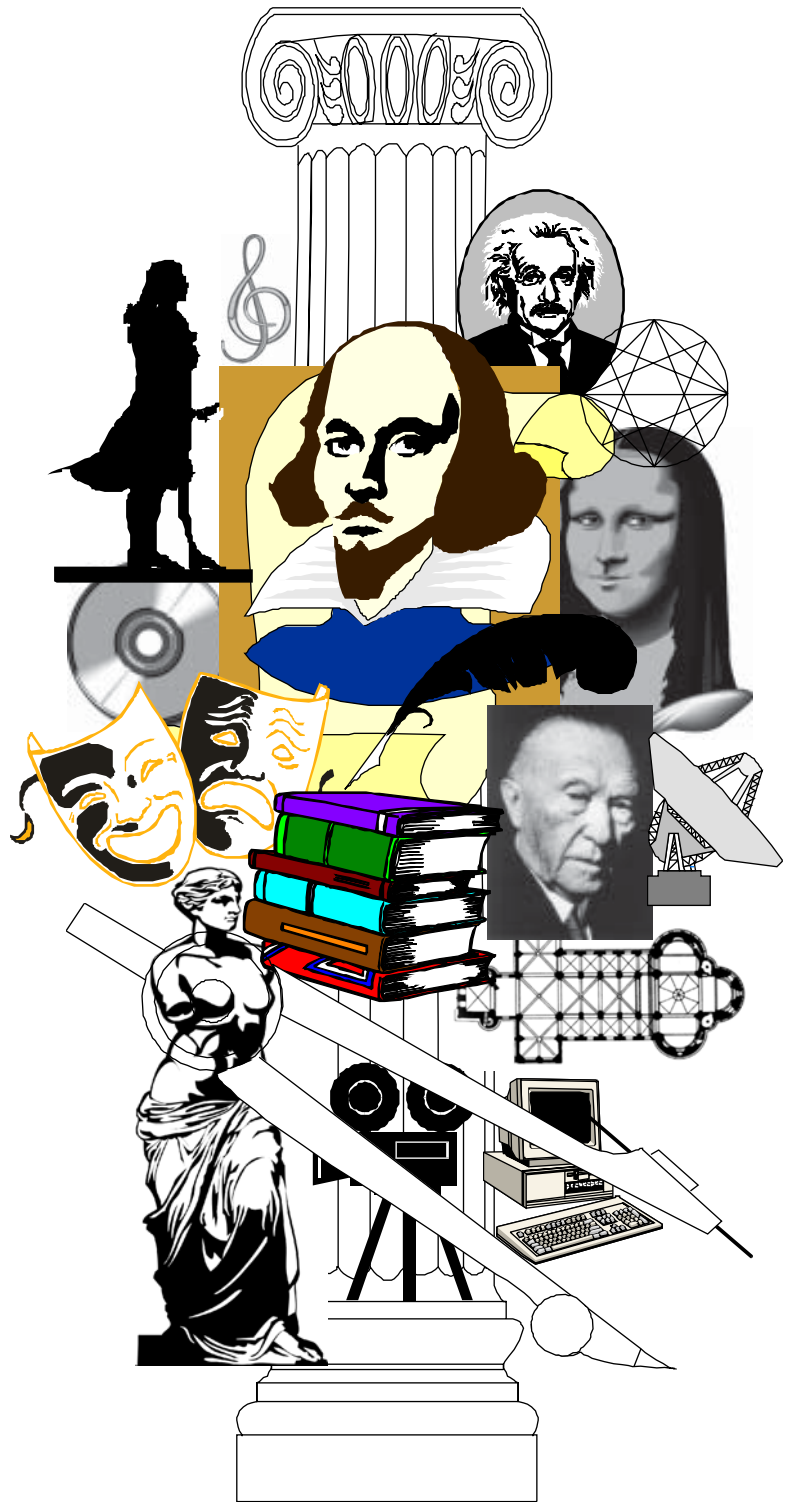


IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

ONLINE-ZEITSCHRIFT
HEFT 20 - DEZEMBER 2008



Konrad
Adenauer
Stiftung
www.kas.de



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU

Heft 20 - Dezember 2008

INHALT

■ Editorial	3
<i>Anton Pfeifer, Staatsminister a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik	5
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i>	
■ Aus dem Bereich des BKM	39
<i>Reden und Interviews</i>	
■ Meldungen aus den Ländern	58
■ Sparten in Verlautbarung und Presse	75
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i>	
<i>Finanzierung/Sponsoring</i>	
<i>Kultur im Ausland</i>	
<i>Personalien</i>	
<i>Zitate</i>	
<i>Zeitschriften und Publikationen</i>	
■ Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung	116
■ Letzte Meldungen *	122
■ Hinweis der Redaktion	124

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Tel. (02241) 246-2302 + 246-2441
Fax (02241) 246-52441
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantw.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout

Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188



Editorial

Vor 10 Jahren wurde das Amt eines Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingerichtet. Das hat der Kulturpolitik des Bundes in der Öffentlichkeit hohe Aufmerksamkeit eingetragen, obwohl nicht vergessen werden sollte, dass sich unter Bundeskanzler Helmut Kohl das Engagement des Bundes für die Kultur in zuvor ungekannter Weise verstärkt hatte, ohne dies eigens in Form eines Kulturstaatsministers zu institutionalisieren. Und es besteht auch kein Zweifel: Die Erwartungen auf eine wesentlich intensivere Kulturförderung durch die Bundesregierung, die viele aus dem Bereich von Kunst und Kultur mit dieser neuen Einrichtung verbunden haben, wurden in den ersten Jahren nicht erfüllt, im Gegenteil vielerorts machten sich Frust und Enttäuschung breit. Und auch als Bern Neumann 2005 dieses Amt antrat, hielt sich die Begeisterung in Grenzen. Manche Feuilletons warfen ihm sogar ein gebrochenes Verhältnis zu Kunst und Kultur vor, obwohl seine Vorliebe für den Film und sein Engagement für die Filmförderung allgemein bekannt war.

Diese Einschätzung hat sich in den vergangenen drei Jahren entscheidend geändert. Sein Ansehen übersteigt zweifellos

das seiner Vorgänger, bis hin zum „Chapeau“ des Deutschen Kulturrates 2008. Das verdankt Neumann nicht dem intellektuellen Event und der Ankündigungspolitik, wie es sein Vorgänger Michael Naumann so glänzend beherrschte, er glänzt sicherlich auch nicht durch jene philosophische Tiefe, die die Person Julian Nida-Rümelins kennzeichnet, aber er glänzt durch entschiedenes politisches Handeln. Er zeichnet sich durch das aus, was einen Kulturpolitiker auszeichnen muss, nämlich immer wieder und nachhaltig die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur zu verbessern. Auch 2008 ist es ihm wieder gelungen, den Kulturhaushalt des Bundes für 2009 zu steigern, und das bedeutet im Grundsatz, dass der Bund zu einem immer gewichtigeren Faktor in der deutschen Kulturpolitik wird, auch wenn der Löwenanteil auch weiterhin von Ländern und Kommunen getragen wird. Aber während die Ausgaben für Kultur bei Ländern und Kommunen insgesamt zurückgegangen sind, steigt der Bundeshaushalt von Jahr zu Jahr. Und das ist sicher auch der Bundeskanzlerin zu verdanken, die immer wieder für die Bedeutung von Kunst und Kultur eintritt und dies auch öffentlich dokumen-

tiert: Ihr Besuch im Goethe-Institut war ein vielbeachtetes Zeichen.

2007 und 2008 ist vieles auf den Weg gebracht worden: 2007 wurde die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts abgeschlossen, das Künstlersozialversicherungsgesetz novelliert und der so genannte zweite Korb „Urheberrecht in der Informationsgesellschaft“ unter Dach und Fach gebracht. Auch in der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 wurden wichtige kulturpolitische Initiativen eingeleitet, die dazu führten, dass der EU-Ministerrat in der zweiten Jahreshälfte eine EU-Kulturagenda verabschiedete und sich damit erstmals zu einer Kulturpolitik der Europäischen Union bekannte. Nicht vergessen sei auch das Jahr der Geisteswissenschaften, und ein kulturpolitischer Höhepunkt war sicher die Vorlage der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ im Dezember 2007.

Auch 2008 sind im Zusammenspiel von Bundeskulturpolitik und Parlament wichtige Vorhaben auf die Schiene gesetzt worden, deren Realisierung man so rasch nicht erwartet hätte, insbesondere in der



Denkmal- und Erinnerungspolitik. So gelang es der Bundesregierung, das Gedenkstättenkonzept von 1998 im politischen Konsens fortzuschreiben und gleiches gilt auch für das im Koalitionsvertrag angedachte „sichtbare Zeichen“, das jetzt begonnen wird, verwirklicht zu werden. Oder das Freiheits- und Einheitsdenkmal, auf dessen künstlerische Realisierung man gespannt sein darf. Man mag im Zweifel sein, ob es eines Computerspielpreises bedarf, aber da der Aufenthalt in virtuellen Welten immer mehr zum Normalverhalten unserer Kinder und

Jugendlichen gehört, ist eine öffentlich wirksame Unterscheidung von „gut“ und „schlecht“ gerade für Eltern hilfreich. Schließlich sei hervorgehoben, dass im Zusammenwirken von Bundeskanzlerin und Bundesaußenminister auch die auswärtige Kulturpolitik, die in den Jahren der rot-grünen Koalition unter Außenminister Fischer erheblich gelitten und an finanzieller und real politischer Bedeutung verloren hatte, wieder ihren entsprechenden Stellenwert bekommen hat. Die Kulturpolitik der Großen Koalition ist als erfolgreich zu bewerten und sie

trägt in vielen Bereichen deutlich die Handschrift der CDU/CSU. Das sollte uns ermuntern, sie im Wahljahr 2009 zu einem, zu „unserem“ Thema zu machen und die Erfolge auch deutlich herausstellen. Wir erreichen damit Multiplikatoren, die uns solche Erfolge in der Vergangenheit nicht zugetraut haben.

Anton Pfeifer
Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



Berichte aus der Kulturpolitik

Berichtszeitraum Oktober 2007 bis Dezember 2008

Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

a) Anträge

Errichtung eines Freiheits- und Einheits-Denkmal

(6. November 2007; Antrag zus. mit der SPD- und der FDP-Fraktion)

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesrepublik Deutschland errichtet in Erinnerung an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiederengewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands ein Denkmal der Freiheit und Einheit Deutschlands, das zugleich die freiheitlichen Bewegungen und die Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte in Erinnerung ruft und würdigt.

2. Das Denkmal soll in der Mitte Berlins errichtet werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Senat von Berlin einen dafür geeigneten Ort vorzuschlagen.

3. Das Denkmal soll im Jubiläumsjahr 2009 errichtet werden.

4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unter Mitwirkung der Initiatoren des Denkmalprojekts, der Deutschen Gesellschaft e. V., eine Konzeption für dieses Denkmal als Vorlage für den Deutschen Bundestag zu erstellen. Der Deutsche Bundestag

entscheidet über das finanzielle Volumen und die Ausschreibung eines Wettbewerbes zur künstlerischen Gestaltung des Denkmals. Konzeption wie Wettbewerbsergebnis sollten öffentlich diskutiert werden.

Computerspielepreis

(12. November 2007; zus. mit der SPD-Fraktion)

Antrag (zus. mit der SPD-Fraktion)

Wertvolle Computerspiele fördern, Medienkompetenz stärken

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Computerspiele einschließlich anderer interaktiver Unterhaltungsmedien (Video-/Konsole-, Online- und Handyspiele) haben in den letzten Jahren kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Sie sind in Deutschland wirtschaftlich, technologisch, kulturell und gesellschaftlich zu einem wichtigen Einflussfaktor geworden. Mit dieser Entwicklung ist eine multimediale Spielkultur entstanden, die Ausdruck in der vermehrten Nutzung von Computerspielen und anderen interaktiven Unter-

haltungsmedien findet. Stattdessen haben zunehmend unabhängig vom Alter immer mehr Spielerinnen und Spieler aus allen Bevölkerungsgruppen Anteil daran.

Computerspiele transportieren gesellschaftliche Abbilder und thematisieren eigene kulturelle Inhalte. Sie werden damit zu einem bedeutenden Bestandteil des kulturellen Lebens unseres Landes und sind prägend für unsere Gesellschaft.

Sowohl im Hinblick auf den weltweiten Umsatz von rund 30 Milliarden Euro als auch den Umsatz von rund 2 Milliarden Euro in Deutschland liegt der Computer- und Videospielesoftware-Markt inzwischen mit anderen Medienzweigen wie der Musik- oder der Filmindustrie auf einem ähnlich hohen Niveau oder zum Teil bereits darüber. Die Branche ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur- und Kreativwirtschaft, gibt technologisch wertvolle Impulse für den audiovisuellen Sektor und besitzt für die Zukunft ein großes Innovations- und Wachstumspotenzial. In der Studie „Interaktive Inhalte und Konvergenz“ der EU-Kommission wird ein Wachstum von über 400 Prozent für kreative Online-Inhalte bis 2010 prognostiziert. Als wichtiger Standort für Kultur- und Kreativwirtschaft profitiert auch Deutschland von diesen Entwicklungen. Während Deutschland sowohl in Europa als auch international zu den umsatzstärksten Ländern für Computerspiele gehört, haben nur wenig Produkte des internationalen Marktes ihren Ursprung in Deutschland. Momentan werden



von den in Deutschland gekauften PC-Spielen nur zehn Prozent auch tatsächlich in Deutschland entwickelt, bei Konsolenspielen fällt die Anzahl mit zwei Prozent noch geringer aus. Länder wie Frankreich, Kanada, Korea oder die Skandinavischen Staaten verzeichnen durch Förderung von Computerspielen mittels kultureller oder wirtschaftlicher Instrumente bereits Erfolge. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Deutsche Bundestag Bestrebungen einzelner Bundesländer, mittels eigener wirtschaftlicher Förderprogramme die Computerspielbranche zu unterstützen. Neben einer häufig unzureichenden Kapitalausstattung und Entwicklungskapazität gibt es in Deutschland jedoch generelle Defizite im infrastrukturellen Bereich. Dies wiegt umso schwerer, als der Markt der interaktiven Medien überwiegend ein internationaler Markt ist. Die Produktionskosten für Spiele in der höchsten Qualitätsstufe erfordern Produktionsbudgets in zweistelliger Millionhöhe und Entwicklungsstudios mit einer hohen Personaldichte – eine Rückführung solch hoher Investitionen ist nur über eine internationale Ausrichtung möglich.

Die mangelnde Partizipation deutscher Produzenten und Anbieter am Wachstumsmarkt hat neben wirtschaftlicher auch kulturelle Bedeutung, da den Produkten aus Asien und den USA ein anderer kultureller Kontext zu Grunde liegt als denen aus Deutschland/Europa. So werden in Deutschland vorwiegend Strategie- oder Sportspiele hergestellt. Daher sollten, aus wirt-

schaftlichen wie kulturellen Gründen, die Bedingungen für die Entwicklung von interaktiven Unterhaltungsmedien in Deutschland verbessert und interaktive Unterhaltungsmedien mit deutschem/europäischem kulturellem Hintergrund gefördert werden.

Aus kultureller, technologischer als auch wirtschaftlicher Sicht liegen in der Unterstützung von Computerspielen auch für Deutschland besondere Möglichkeiten. Im Oktober 2007 hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Aufforderung des Deutschen Bundestages „Überlegungen zur Förderung von qualitativ hochwertigen interaktiven Unterhaltungsmedien wie Computer- und Videospiele“ (BT-Drs. 16/ [noch zu vergeben]) vorgelegt. Darin werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, die in einer konzertierten Aktion von Publishern, Spielentwicklern, Einzelhandel und Politik getroffen werden sollen. Das Zusammenwirken von Wirtschaft und staatlichen Institutionen soll in Form eines klassischen Public-Private-Partnership ausgestaltet werden. Auf diese Weise können die gemeinsamen Ziele – grundlegende Verbesserung der Akzeptanz des Mediums, Vermittlung von Medienkompetenz, Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland und Verbesserung des Angebots an qualitativ hochwertigen interaktiven Unterhaltungsmedien, speziell mit deutschem/europäischem kulturellem Hintergrund – optimal verfolgt und erforderliche Maßnahmen getroffen werden.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die geplante Errichtung einer Stiftung für interaktive Unterhaltungsmedien, die u.a. öffentlich aufzeigen soll, welche Chancen interaktive Unterhaltungsmedien bieten. Es erscheint lohnend, die Vielfalt des Angebots qualitativ hochwertiger interaktiver Unterhaltungsmedien, speziell auch mit deutschem und europäischem kulturellem Hintergrund, durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit zu fördern und sich bei Erfolg versprechenden Entwicklungskonzepten in diesem Bereich um Kapital für aufwändige und risikobehaftete Entwicklungen von Prototypen zu bemühen.

Darüber hinaus spricht sich der Deutsche Bundestag dafür aus zu prüfen, welche bereits existierenden Programme der Bundesregierung für die Förderung von interaktiven Unterhaltungsmedien, genutzt werden könnten. Die Multimedia-Technologieförderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), das im März 2007 veröffentlichte Förderprogramm „IKT 2020 – Forschung für Innovationen“ oder die „Innovationsoffensive Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Auf europäischer Ebene gibt es, obwohl verschiedene Länder der Europäischen Union bereits individuelle Förderinstrumente in diesem Bereich haben, bisher nichts Vergleichbares oder auch Gemeinsames. Insbesondere mittels des zentralen



Förderprogramms der Europäischen Union im audiovisuellen Sektor (MEDIA 2007), welches noch bis 2013 läuft, könnte die Förderung des Bereiches Computerspiele gewinnbringend sein.

Die Entwicklung von Computerspielen, ein Feld, in dem traditionell bisher eher Designer tätig waren, gewinnt für Künstler insgesamt als Arbeitsfeld an Bedeutung. Die Spiele nähern sich zunehmend dem Genre Film an, was dazu führt, dass immer mehr Aufträge an Komponisten, Musiker und Autoren vergeben werden. Dies wirkt sich zum einen positiv auf die Qualität der Spiele aus, zum anderen wird damit ein wichtiges Arbeitsfeld für Künstler erschlossen. Auch aus diesem Grund ist zu überlegen, ob bestehende Förderprogramme im audiovisuellen Bereich insbesondere auf europäischer Ebene eine entsprechende Erweiterung erfahren sollten.

Besonders auch hinsichtlich einer verbesserten Medienkompetenz bietet die Förderung von Computerspielen eine wichtige Chance. Durch die Unterstützung wertvoller Inhalte können vermehrt Spiele in das öffentliche Interesse rücken, die qualitativ hochwertig, pädagogisch wertvoll und gesellschaftlich erwünscht sind. Eine öffentliche Förderung kann die Vorteile einer positiv besetzten Medienkompetenzvermittlung deutlich machen und trotzdem die Verantwortung jedes Einzelnen herausstellen. Die Prämierung von Spielen gibt in diesem Sinne wichtige Empfehlungen und Hinweise für Nutzer.

Der Deutsche Bundestag spricht sich aus diesen Gründen für die verstärkte Förderung qualitativ hochwertiger sowie kulturell und pädagogisch wertvoller Computerspiele aus.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die von der Bundesregierung in ihrem vorgelegten Bericht (BT-Drs. 16/[noch zu vergeben]) aktuell vorgesehenen Maßnahmen zeitnah umzusetzen, mit der danach vorgesehenen Förderung von qualitativ hochwertigen Computerspielen gleichzeitig Maßstäbe für die durch dieses Medium vermittelten Inhalte zu setzen und damit auch Impulse für Medienkompetenz zu liefern;
2. zu diesem Zweck die Zusammenarbeit der beteiligten Ressorts der Bundesregierung Kultur und Medien, Wirtschaft und Technologie sowie Bildung und Forschung zu intensivieren,
3. zu prüfen, ob im Rahmen des Förderprogramms der Europäischen Union im audiovisuellen Bereich (MEDIA 2007) eine gemeinsame europäische Förderung von qualitativ hochwertigen Computerspielen möglich ist, und sich für eine entsprechende Finanzausstattung des MEDIA-Programms einzusetzen,
4. zeitnah einen Preis für qualitativ hochwertige sowie kulturell und pädagogisch wertvolle

Computerspiele zu initiieren und diesen sowie dessen Finanzierung unter Beteiligung der Wirtschaft zu realisieren,

5. für die Einrichtung eines solchen Deutschen Computerspielepreises folgende Kerninhalte zu berücksichtigen:

- Der Computerspielepreis sollte in der Verantwortung der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit einer unabhängigen Jury ähnlich wie beim Deutschen Filmpreis einmal im Jahr vergeben werden

- Die einzusetzende unabhängige Jury sollte aus Computerspielen auswählen, die in Deutschland produziert wurden, sich dabei jedoch nicht nach deren kommerziellem Erfolg, sondern in erster Linie nach inhaltlichen Kriterien richten. Der für das Medium zentrale Aspekt der technischen Qualität sollte ebenfalls eine, wenn auch nur sekundäre, Rolle spielen.

- Bei der Preisvergabe sollten verschiedenen Kategorien beachtet werden, um unterschiedliche Anreize setzen zu können. Dabei sollten auch Spielkonzepte des Nachwuchsbereichs berücksichtigt werden, die nicht in Firmenzusammenhängen stehen.

- Die Preisgelder sollten an die Entwickler der prämierten Computerspiele ausgegeben werden, mit der Maßgabe, sie für die Entwicklung weiterer qualitativ und pädagogisch wertvoller Spiele zu verwenden.



Wiedererrichtung des Berliner Schlosses – Bau des Humboldt-Forums im Schlossareal Berlin – Rekonstruktion der historischen Fassaden sicherstellen

(12. Dezember 2007; zus. mit der SPD-Fraktion)

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1.1

Mit Beschluss der Bundesregierung vom 4. Juli 2007 über die Entwicklung des Berliner Schlossareals wurde ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Bundestagsbeschlüsse zur historischen Mitte Berlin vom 4. Juli 2002 (BT-Drs. 14/9660) und vom 13. November 2003 (BT-Drs. 15/2002) vollzogen. Mit der Festlegung zur Errichtung einer Kuppel im Bereich des ehemaligen Hauptportals als Vorgabe des Bauherrn im Rahmen des internationalen Realisierungswettbewerbs wird die Idee der Beschlusslage des Deutschen Bundestages in geeigneter Weise aufgegriffen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung die Projektrealisierung mit dem überarbeiteten Entwurf des Baukonzeptes forciert hat. Das kulturelle Nutzungskonzept passt sich an die erfolgreiche Entwicklung des umliegenden Areals der Museumsinsel an und berücksichtigt auch die geforderte kommunikativ-gesellschaftliche Nutzung. Die mit der fortschreitenden Wiederherstellung und Erweiterung der Museums-

insel verbundene nationale und internationale Aufmerksamkeit für die historische Mitte Berlins muss für eine zügige Entwicklung des Schlossareals genutzt werden. Durch die Neubebauung des Berliner Schlossareals entsteht ein Zentrum der kulturellen Begegnung und des Dialogs zwischen den Kulturen der Welt und der Wissenschaft von nationaler und internationaler Bedeutung. Mit der Auslobung des internationalen Realisierungswettbewerbs zum „Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses“ wird der bedeutendste nationale Kulturbau für die künftigen Jahre in Angriff genommen und werden weitere Entscheidungsgrundlagen für diesen Bau im Zentrum der Bundeshauptstadt geschaffen.

Die Wiedererrichtung des Berliner Schlosses und damit der Bau des Humboldt-Forums werden die Weltkulturen in das Zentrum der deutschen Hauptstadt holen und in den Dialog mit den europäischen Kulturen auf der Museumsinsel bringen. Dieses anspruchsvolle Konzept ist der inhaltliche Kern der Wettbewerbsauslobung. Die historische Mitte Berlins wird sich zu einem repräsentativen Schaufenster von Geschichte und Kultur entwickeln.

Die Bundesrepublik nimmt somit die historische Chance wahr, in der Mitte der Hauptstadt ein zukunftsweisendes Signal ihres kulturellen Selbstverständnisses zu setzen. Es unterstreicht die Identität Deutschlands als Kulturnation in ihrer Weltoffenheit als Vermittler von Kunst und Kultur.

Mit dem Vorschlag der Expertenkommission, das neu zu errichtende Gebäude auf dem Berliner Schlossplatz zu einem kulturellen Schwerpunkt der Stadt zu machen, erfuhr die Debatte zur Neugestaltung des Schlossplatzes die entscheidende Nutzungsidee. Der geplante Bau des früheren Schlosses mit seinen Barockfassaden erhält als Schaufenster der Weltkulturen und der Wissenschaftsgeschichte im Geiste Alexander von Humboldts mit dem Namen „Humboldt-Forum“ eine zeitgemäße Bestimmung. Mit dem Umzug der außereuropäischen Sammlungen des Ethnologischen und des Asiatischen Museums aus Dahlem in das Zentrum der Hauptstadt werden die weltbedeutenden Berliner Sammlungen außereuropäischer Kunst auch international in den Focus gerückt.

Die Kulturen der Welt im zukünftigen Humboldt-Forum treten durch den stadträumlichen Bezug zu den Zeugnissen europäischer Kunst und Kulturgeschichte auf der Museumsinsel in einen erfahrbaren und bewussten Dialog. Ergänzt durch wechselnde Sonderausstellungen der Humboldt-Universität zu Berlin und fünf Kernbereiche der Zentral- und Landesbibliothek zu Berlin entsteht so auf prominentem Raum eine gelungene Konzentration von Kunst und Kultur, wie sie nur selten in den Metropolen der Welt vorkommt.

Das Humboldt-Forum im Berliner Schloss wird den Mittelpunkt der deutschen Hauptstadt bilden. Die inhaltliche Ausge-



staltung muss beispielhaft und zukunftsweisend sein, denn sie ist die eigentliche Sinnstiftung des Neubaus.

1.2.

Unter Berücksichtigung des verbindlich zu erbringenden Spendenaufkommens und des zugesagten Finanzierungsanteils des Landes Berlin ergibt sich im Hinblick auf die vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages verbindlich festgesetzte Kostenobergrenze in Höhe von 552 Millionen Euro für das Projekt ein vom Bund zu finanzierender Betrag in Höhe von 440 Millionen Euro.

Der Deutsche Bundestag begrüßt das Ziel der privaten Initiativen zur finanziellen Unterstützung der Rekonstruktion der historischen Fassaden 80 Millionen Euro durch Spenden beizutragen und sieht in einem breiten bürgerschaftlichen Engagement eine Bestätigung seiner grundlegenden Beschlussfassung aus dem Jahr 2002.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. dem Realisierungswettbewerb ein international offenes Bewerberverfahren vorzuschalten, um durch die Vorauswahl sicherzustellen, dass sich ein ausgewogenes Bewerberfeld qualifizierter Architekten und Architektinnen, die mit der Errichtung eines kulturellen Großprojektes im

historischen Kontext vertraut sind, der Aufgabe annimmt.

2. parallel gem. § 7 BHO zu prüfen, wieweit das Projekt zur Durchführung in öffentlich privater Partnerschaft geeignet ist und den Deutschen Bundestag zeitnah über die Ergebnisse zu unterrichten.

3. die Einhaltung der durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages verbindlich festgesetzten Kostenobergrenze für das Projekt in Höhe von 552 Millionen Euro sicherzustellen.

Planungs- und Baurisiken sind innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets durch Einsparungen aufzufangen und sollen u. a. durch ein qualifiziertes Projektmanagement ausgeschlossen werden.

4. bei der Durchführung des internationalen Realisierungswettbewerbs die Rekonstruktion der historischen Außenfassaden Süd, West und Nord sowie der drei historischen Barockfassaden des Schlüterhofes als verbindliche Gestaltungsvorgaben strikt einzuhalten.

5. bei der städtebaulichen Gestaltung des ehemaligen Schlossareals in der Berliner Mitte weitgehend auf den historischen Stadtgrundriss zurückzugreifen. Die architektonische Gestaltung des auf dem Schlossareal geplanten Gebäudes muss der kulturellen Nutzung des Humboldt-Forums ebenso wie der historischen Bedeutung des Ortes gerecht werden. Es ist ein Ort zu gestalten, an dem dessen Geschichte erlebbar wird.

6. den Deutschen Bundestag über das Ergebnis des internationalen Realisierungswettbewerbs vor der Beauftragung der Planung im Jahr 2008 zu unterrichten sowie ein aktualisiertes detailliertes Finanzierungskonzept für das Projekt vorzulegen, das der Zustimmung der zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages bedarf.

7. zu prüfen, ob zur Finanzierung auch die Ausprägung einer Sondermünze bzw. auch die Genehmigung einer Schlosslotterie beitragen kann.

8. die Aktivitäten der privaten Initiative und die Akquirierung von Spenden zur Wiederherstellung der historischen Fassaden intensiv zu unterstützen, um deren Realisierung innerhalb des geplanten Bauablaufes sicherzustellen.

9. mit einer Einbeziehung von Vertretern privater Initiativen als Sachverständige in die Jury deren Engagement zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses zu würdigen und somit das Einwerben der erwarteten Spenden zu unterstützen.

10. mit dem Land Berlin einen Vertrag über dessen Nutzungs- und adäquaten Finanzierungsanteil abzuschließen, der auch eine Selbstverpflichtung des Landes Berlin für eine aktive Unterstützung der privaten Spendenfinanzierung der historischen Fassaden beinhaltet.

Berlin, den 12. Dezember 2007



Reformationsjubiläum 2017 als welthistorisches Ereignis würdigen

(26. Juni 2008 zus. mit der SPD-Fraktion)

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der 500. Jahrestag des „Thesenanschlags“ Martin Luthers an der Schlosskirche zu Wittenberg, der Ausgangspunkt für die Reformation war, ist für die Bundesrepublik Deutschland in religiöser, kulturgeschichtlicher und letztendlich auch in touristischer Hinsicht von herausragender Bedeutung.

Die Reformation, als ein zentrales Ereignis in der Geschichte des christlich geprägten Europas, hat die Entwicklung eines Menschenbildes gefördert, das von einem neuen christlichen Freiheitsbegriff maßgeblich beeinflusst wurde. Sie war wichtig für die Ausbildung von Eigenverantwortlichkeit und die Gewissensentscheidung des Einzelnen. Damit konnten sich die Aufklärung, die Herausbildung der Menschenrechte und die Demokratie entwickeln. Durch die Reformation wird bis heute das religiöse Leben und die kulturelle Entwicklung in Musik, Kunst und Literatur entscheidend mitgeprägt. Die Luther-Übersetzung der Bibel ins Deutsche war zum Beispiel für die Entwicklung und Verbreitung der deutschen Sprache von wesentlicher Bedeutung.

Als besondere touristische Attraktionen sind zentrale Luther-

stätten, wie z.B. das Augustinerkloster in Erfurt, die Luthergedenkstätten in den Lutherstädten Eisleben und Wittenberg sowie die Wartburg bei Eisenach weltweit bekannt. Letztere wurden zum UNESCO-Weltkulturerbe der Menschheit erklärt. Die Luthergedenkstätten sind von der UNESCO-Kommission unter Schutz gestellt worden, da sie „einen bedeutsamen Abschnitt in der menschlichen Geschichte repräsentieren und als authentische Schauplätze der Reformation von außergewöhnlicher universeller Bedeutung sind“.

Neben den Lutherstätten sind viele weitere Orte aus dem Leben Luthers, wie unter anderem Augsburg, Coburg, Eisenach, Erfurt, Leipzig, Mansfeld-Lutherstadt, Marburg, Möhra, Nürnberg, Schmalkalden, Torgau, Worms sowie Kirchenbauten, die kulturgeschichtlich mit der Reformation in Verbindung stehen, starke Besuchermagnete. Zum Reformationsjubiläum ist mit einem erhöhten nationalen und internationalen Besucheraufkommen zu rechnen. Nach Einschätzung der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) wird durch die Lutherdekade 2008–2017 und das Reformationsjubiläum das Kulturreiseland Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter gestärkt. Deutschland steht als Kulturreiseziel der Europäer mittlerweile auf Rang zwei hinter Frankreich. Laut European Travel Monitor IPK International sind 2006 ca. 180.000 Reisen aus religiösen Motiven aus anderen Ländern Europas nach Deutschland unternommen worden. Unter den weltweit ca. 400 Mio.

Protestanten, darunter ca. 70,2 Mio. Lutheranern, identifiziert die DZT ein hohes touristisches Potenzial. Martin Luther bietet mit seiner Persönlichkeit und mit seinem Werk als Reformator und Wissenschaftler vielfache Anknüpfungspunkte für Kulturinteressierte, religiöse Gruppen und Vertreter von Kirchen und Universitäten. Für die Reisenden ist der Besuch der authentischen Orte von besonderer Bedeutung. Die DZT wird die Wort-Bildmarke „Luther 2017 – 500 Jahre Reformation“ als marktspezifisches Jahresthema in ihrer Vermarktung des Reiselandes Deutschland verwenden. Seitens der DZT wurden zur Internationalen Tourismus Börse (ITB) 2008 die deutschen Städte mit Lutherbezug, die entsprechenden Landesmarketingorganisationen, die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) sowie Vertreter des Ausschusses für Tourismus des Deutschen Bundestages zu einer ersten Sitzung des „Arbeitskreises Luther-Tourismus“ eingeladen, um sich über die Inhalte und Vermarktungsstrategien der Lutherdekade und des Reformationsjubiläums 2017 auszutauschen.



b) Reden und Presseerklärungen

Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Kultur ist das, was von einer Gesellschaft bleibt

(Gitta Connemann, MdB, Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ [Auszug])

Unser Land bietet eine beispiellose kulturelle Vielfalt, um die wir in der Welt beneidet werden. Die Zahlen sprechen für sich: mehr als 150 Opernhäuser und Theater, mehr als 6 000 Museen, unzählige Bibliotheken, Musikschulen, ein Netz von Kunsthochschulen, viele Millionen Bürgerinnen und Bürger, die sich in Chören, Kulturvereinen und Musikkapellen vor Ort und in den Ländern engagieren.

Ich sage bewusst: in den Ländern. Nicht nur deshalb wurde mehr als einmal die kritische Frage gestellt, warum sich eine Kommission des Deutschen Bundestages mit diesem Thema befasst. Denn immerhin wurde im Zuge der Föderalismusreform die ausschließliche Zuständigkeit der Länder auf diesem Gebiet bestätigt. Wir erkennen diese überwiegende Verantwortung für die staatliche Kulturförderung an. Aber wir erkennen auch eine Gesamtverantwortung, weil der Bund als Gesetzgeber für viele Rechtsgebiete zuständig ist, die unmittelbar Kunst- und Kulturschaffende betreffen, vom Urheberrecht über das Vereinsrecht bis zum Sozialversicherungsrecht. Wir,

die Mitglieder der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, skizzieren in diesem Bericht die Grundzüge einer nationalen Kulturpolitik, im Wissen und in der Verantwortung um die Bedeutung von Kultur für unsere Gesellschaft; denn Kultur ist mehr als lebenswert. Kultur gibt mehr als Identität. Kultur ist das, was von einer Gesellschaft bleibt.

Die Steuerdebatten dieser Tage werden in 50 Jahren vergessen sein, nicht aber die künstlerischen Leistungen dieser Zeit. Kultur ist deshalb nicht nur Ornament, sondern das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und auf dem sie aufbaut.

Die Pfeiler dieses Fundaments bedürfen jedoch der Stärkung, denn sie werden nicht nur durch kleinere Beben erschüttert wie die regelmäßig aufflackernde Debatte über die Erhöhung des Umsatzsteuersatzes für Kulturgüter, die wir ablehnen, sondern sie werden auch durch Unterspülungen bedroht, die durch die Not der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren ausgelöst wurden. Die Ausgaben für Kultur gingen deutlich zurück: 2001 beliefen sie sich noch auf 8,4 Milliarden Euro, 2005 nur noch auf 7,8 Milliarden Euro.

Eine Ausnahme bildet übrigens nur der Bund. Auch dank des Einsatzes unseres Staatsministers Bernd Neumann ist es seit 2005 gelungen, in diesem Bereich die Haushaltsansätze zu erhöhen. Dafür gebührt ihm Dank. ...

Leider zählen die Ausgaben für Kultur zu den sogenannten freiwilligen Leistungen. Nur der

Freistaat Sachsen bildet hier die rühmliche Ausnahme. In allen anderen Ländern sind diese Ausgaben auch zum Leidwesen vieler Kommunalpolitiker keine Pflichtaufgaben. Kann eine Kommune ihren Haushalt nicht ausgleichen, muss sie die Gemeindestraße weiter teeren, aber die Gemeindebibliothek schließen. Das ist aus unserer Sicht die vollkommen falsche Priorität. ... Erst die Investition in kulturelle Infrastruktur eröffnet die Chance auf gleiche Teilhabe.

Es wäre allerdings ein Fehler, Kulturpolitik immer nur auf finanzielle Aspekte zu reduzieren; denn damit würden die Möglichkeiten verkannt, die der Gesetzgeber zum Schutz und zur Förderung von Kunst und Kultur hat, von der Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts bis zur Fortschreibung im Stiftungsrecht. Wir raten Bund und Ländern, insoweit die Weichenstellungen auf europäischer und internationaler Ebene nicht nur wachsam zu beobachten, sondern auf Rechtsakte wie etwa das GATS-Abkommen oder das europäische Vergaberecht sehr frühzeitig Einfluss zu nehmen.

Denn nur dort können und müssen Angriffe auf eine autonome nationale Kulturpolitik abgewendet werden. Deutschland darf sich hier nicht mit einer Zuschauerrolle begnügen.

Die Aufgabe der Kulturpolitik ist die Schaffung von Rahmenbedingungen zum Schutz von Kunst und Kultur. Ihre Aufgabe ist es übrigens nicht, selbst Kultur zu schaffen, sondern für die erforderlichen Rahmenbedingungen zu sorgen, damit die Gestaltung von Kunst und Kul-



tur tatsächlich von den Künstlern selbst vorgenommen werden kann.

Mit der Empfehlung, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, erregten wir sicherlich die meiste Aufmerksamkeit. Die Kommission ist der Ansicht, dass es eines solchen Bekenntnisses zur Verantwortung des Staates für Schutz und Förderung von Kunst und Kultur in Deutschland bedarf. Dieses Staatsziel ist sozusagen der Überbau für alle staatlichen Ebenen. Die Verantwortung der Politik geht aber weiter. Deshalb dürfen die anderen Handlungsempfehlungen nicht übersehen werden. Sie betreffen die Rahmenbedingungen von Theatern, Kulturorchestern, Opern, Museen und Ausstellungshäusern sowie von Bibliotheken und soziokulturellen Zentren. Es werden Vorschläge für eine Stärkung der Kultur in ländlichen Regionen, betreffend die kulturelle Tätigkeit der Kirchen und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Kultur gemacht.

Auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler haben wir zu Recht ein besonderes Augenmerk gelegt; denn ohne sie gäbe es keine Kultur in Deutschland.

Deshalb unterbreiten wir allein 50 Vorschläge für eine verbesserte Aus- und Fortbildung, Änderungen im Tarif- und Arbeitsrecht bis hin zu Fragen der Besteuerung und der Altersvorsorge. Hinzu kommen Aussagen zur Kreativ- und Kulturwirtschaft, ein Bereich, der sich inzwischen von einem Aschenbrö-

del zu einer durchaus ansehnlichen Braut entwickelt hat.

Angesichts des Wertes jeder Handlungsempfehlung – es sind 465 – kann und will ich als Vorsitzende der Enquete-Kommission keine einzelne hervorheben. Eine Ausnahme gestatte ich mir. Die anderen Einzelbewertungen überlasse ich den nachfolgenden Kommissionsmitgliedern. Ich gestatte mir das Augenmerk auf die kulturelle Bildung zu richten; denn diese ist eine der besten Investitionen in die Zukunft des Landes. Der Wert der kulturellen Bildung scheint inzwischen glücklicherweise in der Öffentlichkeit erkannt zu sein. Unser Land darf sich nicht der Kreativität als unseres einzigen Rohstoffs für die Zukunftsfähigkeit begeben. Bildung darf nicht auf ein trostloses Lernen reduziert werden.

Bei der kulturellen Bildung geht es um den ganzen Menschen, um die Bildung seiner Persönlichkeit, um Emotionen und Kreativität. Ohne kulturelle Bildung – das ist meine feste Überzeugung – fehlt ein Schlüssel zu wahrer Teilhabe. Deshalb ist auf keinem Feld die Verantwortung des Staates auf all seinen Ebenen größer als in diesem Bereich. Dies hat auch etwas mit Teilhabe zu tun; denn Kunst und Kultur dürfen kein Luxusgut einiger weniger Privilegierter sein. Die Teilhabe aller an Kultur muss gewährleistet sein; denn sie bedeutet auch Teilhabe an unserer Gesellschaft.

Diese Teilhabe wird von einer Vielfalt von Trägern gewährleistet. Kulturpolitik und öffentliche Kulturförderung finden in

Deutschland im Wechselspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft statt. Sie gemeinsam stellen die kulturelle Infrastruktur zur Verfügung, von Vereinen über Kulturunternehmen, Kirchen, Glaubensgemeinschaften bis hin zu Rundfunkanstalten, Stiftungen, Sponsoren und den Künstlern selbst. Dieser Dreiklang aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ermöglicht ein kulturelles Leben, das keiner allein gewährleisten könnte, zuletzt der Staat. Es darf deshalb kein Unterschied zwischen staatlich geförderter, guter Kultur auf der einen Seite und der Kultur, die auf bürgerschaftliches Engagement gegründet wird, sowie privat veranstalteter Kultur auf der anderen Seite gemacht werden.

Eine solche Trennung sollte nach unserem Bericht der Vergangenheit angehören.

Kulturförderung ist auch Demokratieförderung

(Wolfgang Börnsen
[Bönstrup], MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion [Auszug])

... Wir sind reich an Kultur, und wir wollen das auch bleiben.

Diese besondere Kulturqualität beruht auf der Kreativität, dem Einsatz, dem Ideenreichtum, dem Fleiß und der Mitverantwortung von Hunderttausenden von Kulturschaffenden, Künstlern, von Professionellen und Laien, von Vereinen und Verbänden, von den Kirchen und Tausenden von Bürgerinitiativen. Sie sind das Salz in unse-



rem Kulturstaat. ... Auch wenn Sport und Freizeit in unserem Land Spitzenplätze einnehmen, ist doch der aktive Kulturbezug in unserem Land unübersehbar. Keine Bundesliga hat bisher die Besucherrekorde in unseren Museen schlagen können. So soll es auch bleiben. Beides bereitet Vergnügen, wenn die Qualität stimmt. ... Um zu verdeutlichen, welche Kulturkraft es in unserem Land gibt, will ich darauf aufmerksam machen, dass über 5 Millionen Menschen in unserem Land aktiv Musik betreiben: in über 50 000 Chören, in 750 Sinfonie- und Staatsorchestern – nirgendwo in Europa gibt es mehr – und in fast 50 000 Rock-, Pop- und Jazzbands. Wir haben eine großartige Kulturszene in Deutschland. ... Deutschland ist ein Kulturstaat. Wer sich als solcher versteht, hat daraus Konsequenzen zu ziehen, mahnt die Enquete-Kommission und erinnert daran, 2 Prozent aller Ausgaben, wie im Freistaat Sachsen praktiziert, für die Kultur bereitzustellen. Überall in Deutschland sollte eine solche Selbstverpflichtung Schule machen.

Im Großraum Essen ist vorgesehen, dass jeder Jugendliche, jeder Schüler ein Instrument erhält. Auch das sollte bundesweit praktiziert werden.

Die kulturelle Bildung zur Kernaufgabe in den Schulen zu machen, ist selbstverständlich. Die soziale Lage der Künstler und Kulturschaffenden grundsätzlich zu verbessern, tut weiterhin not. Der Laienkultur den gleichen Stellenwert einzuräumen wie der Spitzenkultur, ist richtig. Beide sind bedeutsam; beide gehören gefördert.

Die Kreativ- und Kulturwirtschaft – mit 800 000 Arbeitsplätzen ein Jobmotor in unserem Land – weiterhin zu forcieren, auch das ist notwendig. Und: Die Bedeutung und den Wert der deutschen Sprache mehr bewusst zu machen, auch das haben wir in Zukunft zu tun.

Nun wird eingewandt, diese und die weiteren 455 Empfehlungen der Enquete-Kommission könnten nur ernsthaft umgesetzt werden, wenn die Kultur zum Staatsziel erhoben wird – zu einem Ziel ohne rechtliche Konsequenzen. Derzeit konkurriert die Kultur mit weiteren Staatszielforderungen in Bezug auf den Sport, den Schutz der Kinder, die Generationengerechtigkeit, die Anerkennung autochthoner Minderheiten und viele Bereiche mehr. Unser Grundgesetz ist jedoch kein Warenkatalog. Seine Qualität, seine Autorität, seine Zeitlosigkeit beruhen auf der Konzentration auf Kernaussagen. Eine Vervielfachung der Staatsziele lehnen wir ab. Kultur ja! Eine Alibifunktion der Kultur ist jedoch nicht vertretbar.

Mir ist eine Taube in der Hand lieber als ein Kulturspatz auf dem Dach.

Gut 90 Prozent der Kulturverantwortung liegt bei den Ländern, Städten und Gemeinden. In 15 Landesverfassungen ist die Kultur eine fundamentale Aufgabe des Staates und hat den Anspruch, gefördert zu werden. Dies wird auch ganz deutlich umgesetzt. Wir selber im Deutschen Bundestag haben 1990 die Kultur zur Staatsaufgabe gemacht; daran muss erinnert werden. Das war an dem Tag, als das

Parlament dem Einigungsvertrag zugestimmt hat. Dort heißt es in Art. 35 wörtlich:

„In den Jahren der Teilung waren Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation. Sie leisten im Prozeß der staatlichen Einheit der Deutschen auf dem Weg zur europäischen Einigung einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag.“

Es heißt weiter:

„Stellung und Ansehen eines vereinten Deutschlands in der Welt hängen außer von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ebenso von seiner Bedeutung als Kulturstaat ab.“

Dieser Dreiklang ist gemeint: Politik, Wirtschaft und Kultur. Kultur ist auf Augenhöhe zu sehen.

Der Bezugspunkt für den Begriff „Kulturstaat“ ist in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. März 1974 festgelegt worden. Darin ist, ausgehend von Art. 5 des Grundgesetzes, die Freiheit der Kunst als normative Wertentscheidung ausgelegt worden. Im Hinblick auf den Begriff „Kulturstaat“ ist damit eine ungeschriebene Staatszielzuordnung vorgenommen worden. Die Mehrzahl der Rechtsexperten in unserem Land bestreitet die verfassungsähnliche Bedeutung des Einigungsvertrages trotz seiner Endlichkeit nicht. Die Kultur in Deutschland hat also eine eindeutige Rechtsgrundlage. Kulturstaat zu sein, schließt den Anspruch auf Förderung ein. Kulturstaat zu sein,



bedeutet, dass der rechtliche Rahmen von uns entsprechend gesetzt werden muss. Das tun wir. Dieses Prinzip hat die Enquete-Kommission geleitet, als sie beschlossen hat, den Rechtsanspruch der Kultur herauszustellen.

Für uns als Christdemokraten gelten weiterhin die vier Prinzipien Dezentralität, Subsidiarität, Pluralität und Partizipation. Wir sagen: Kultur und Kunst haben einen Anspruch auf Freiheit, aber auch einen Anspruch auf Förderung. Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir als politisch Verantwortliche an ihrer Seite stehen.

Ich komme zum Schluss. Wir alle haben eine Aufgabe. Wir wissen: Wer die Kultur fördert, fördert starke Persönlichkeiten, fördert Kritik, Courage und Selbstbewusstsein. Wer solche Persönlichkeiten fördert, fördert und stärkt die Demokratie. Das heißt, Kulturförderung ist auch Demokratieförderung.

Nationales Kulturbuch mit Unionshandschrift

Veröffentlichung des Schlussberichts der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

(Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, und die Kommissionsmitglieder, Dorothee Bär, MdB, Prof. Monika Grütters, MdB, und Jo Krummacker, MdB; [Auszug])

Aus unserer Sicht sind folgende Ergebnisse besonders bedeutend:

1. Kulturelle Infrastruktur: Der umstrittene Begriff der „kultu-

rellen Grundversorgung“ ist durch den der „kulturellen Infrastruktur“ abgelöst worden: Zur Förderung von Kunst und Kultur leisten der öffentliche, der private und der sog. Dritte Sektor (die Zivilgesellschaften, traditionellen Kulturvereinigungen und Kirchen) ihren jeweils eigenen Beitrag. Die Kirchen in Deutschland wenden z. B. zwischen 3,5 und 4,8 Mrd. Euro für ihre kulturellen Aktivitäten auf (im Vergleich zu rund 8 Mrd. Euro der Öffentlichen Hand).

Bei der Bestimmung des Kulturbegriffs gehören starre Grenzbeziehungen endgültig der Vergangenheit an.

2. Kultur- und Kreativwirtschaft: Einsetzung eines kulturwirtschaftlichen Koordinators nach dem Vorbild des maritimen Koordinators, um die Zuständigkeiten des Kultur- und des Wirtschaftsressorts zu bündeln. Der Umfang der privaten Kulturförderung in Deutschland mit 5 Prozent des gesamten Kulturförderungsaufkommens liegt im europäischen Vergleich mit an der Spitze.

3. Kulturelle Bildung muss Kernaufgabe aller Kultureinrichtungen werden. Die Enquete-Kommission empfiehlt deshalb, öffentlich geförderte Kultureinrichtungen per Bewilligungsbestimmungen zu verpflichten, einen angemessenen Teil des Angebots für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Die Schaffung eines eigenständigen Freiwilligen Jahres der Kultur wird auch von der Union unterstützt.

4. Stärkung der Breiten- und

Laienkultur und der Kultur im ländlichen Raum: Durch die Arbeit der Enquete-Kommission haben die Themen Laienkultur und Brauchtum sowie Kultur im ländlichen Raum eine neue Wertschätzung erfahren. Eine aus Sicht der CDU/CSU sehr wichtige Handlungsempfehlung fordert, öffentliche Mittel für die Breitenkultur und kulturelle Vielfalt genauso einzusetzen wie für die kulturelle Spitzenförderung. Die im Sommer 2007 durch den Deutschen Bundestag vollzogene Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ist ein erster beispielgebender Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel.

5. Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur: Das Ehrenamt muss weiter erleichtert werden, daher:

- Novellierung des Vereinsrechts, um eine Entbürokratisierung für Vereine zu erreichen;
- Haftungsminde rung für ehrenamtlich tätige Mitglieder in Vereinsvorständen.
- Dazu sollte statt des jährlichen Abrechnungsprinzips die Möglichkeit gehören, zu mehrjährigen Zuwendungsverträgen zu kommen.

6. Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) als Mittel der Kulturförderung: Die Enquete-Kommission empfiehlt ÖPP-Modelle, um die öffentlichen Hände zu entlasten. Auch die CDU/CSU wird sich dafür einsetzen, entsprechende Modelle zu entwickeln.

7. Der Beitrag der Kultur zur Integration: Die Kultur ist für die Integrationspolitik Herausforde-



rung und Chance zugleich. Die kulturellen Dimensionen von Migration und deren Konsequenzen müssen berücksichtigt werden. Voraussetzung für den Dialog der Kulturen ist eine selbstbewusste Standortbestimmung der eigenen Kultur. Kulturelle Identitätsstiftung und interkultureller Dialog bedingen einander. Essenziell für den interkulturellen Austausch ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Sprachförderung in allen gesellschaftlichen Bereichen wie Schule, Hochschule, Rundfunk, öffentliche Verwaltung oder Verbraucherschutz ist ein großes Anliegen der CDU/CSU.

8. Bibliotheksgesetze der Länder: Die Enquete-Kommission empfiehlt die rechtliche Normierung öffentlicher Bibliotheken in Bibliotheksgesetzen der Länder. Öffentliche Bibliotheken sollen keine freiwillige Aufgabe sein, sondern zur Pflichtaufgabe des Staates werden.

9. Schaffung von Kulturräumen analog dem Sächsischen Kulturräumgesetz, um die Lasten der Kulturfinanzierung zwischen städtischen Zentren und ländlichen Umlandgemeinden gerecht zu verteilen. Finanzmittel für Kultur werden gemeinsam von den Mitgliedern des Kulturräumgesetzes und dem jeweiligen Land aufgebracht.

10. Mittel aus dem Solidarpaket II für die Kultur: Die Enquete-Kommission empfiehlt Bund und Ländern, 2 Prozent der in Korb II bis 2019 als zweckgebundene Zuweisungen des Bundes zur Verfügung stehenden

Mittel für die Kultur in den neuen Ländern verbindlich festzuschreiben.

11. Entwicklung einer bundeseinheitlichen Kulturstatistik: Zielgenaue Kulturförderung braucht eine verlässliche Datenbasis. Für den Bereich „Laienkultur und Brauchtum“ ebenso wie z. B. für die Kultur- und Kreativwirtschaft fehlen uns noch zu viele Informationen, um die Kulturförderung weiter zu entwickeln. Die Union unterstützt Anstrengungen, zu einer umfassenden Kulturstatistik zu gelangen.

Auswärtige Kulturpolitik

Auswärtige Kulturpolitik wieder mit eigenem Stellenwert

Mittelaufwuchs und Lockerung kameralistischer Strukturen (13. Februar 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, und die Obfrau, Prof. Monika Grütters, MdB; [Auszug]):

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik hat in dieser Legislaturperiode endlich wieder einen eigenen Stellenwert erhalten. Besonders macht dies der Haushalt 2008 deutlich, mit dem eine Erhöhung dieses Etats im Einzelplan des Auswärtigen Amtes um 82,6 Millionen Euro beschlossen wurde. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist nicht neben der Außen- und Sicherheitspolitik wichtig, sondern besitzt wieder einen eigenständigen Wert. Sichtbar wird

dies auch dadurch, dass der Bundestag einen eigenen Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik eingerichtet hat, dem Außen- und Kulturpolitiker angehören. ... Mit keinem anderen Aktionsfeld erreicht die Bundesrepublik Deutschland die Köpfe und die Herzen der Menschen, gerade der jungen Generation, so direkt wie mit Kultur- und Bildungsangeboten. Sie sind der wichtigste Sympathieträger der Kulturnation Deutschland. Mit den 117 Auslandsschulen sowie 428 weiteren von der Bundesrepublik geförderten schulischen Einrichtungen, deutschen Abteilungen an staatlichen Schulen, den Hochschul- und Wissenschaftsangeboten und der Sprach- und Kulturarbeit können langfristig Netzwerke des Vertrauens gebildet und weltweit Spitzenkräfte an Deutschland gebunden werden. Dafür ist die Eröffnung neuer Präsenzen deutscher Kultur- und Bildungsangebote in den Wachstumsregionen, vor allem im asiatischen Raum, strategisch wichtig. Sie darf sich jedoch finanziell nicht zulasten bestehender Netzwerke in Europa auswirken. Mitteleuropa ist unser kulturpolitisches und gesellschaftspolitisches Fundament. Eine Reduzierung der Kulturarbeit hier zugunsten weiterer Märkte wäre nicht gerechtfertigt.

Durch die vom Bundestag sowohl für 2008 als auch in den vergangenen zwei Jahren beschlossenen Etaterhöhungen sowie durch strukturelle Veränderungen, die den Goethe-Instituten als dem wichtigsten Mittler einen flexibleren Mitteleinsatz ermöglichen, können neue Ak-



zente der auswärtigen Kulturpolitik in Asien, im islamisch geprägten Raum oder Afrika gesetzt werden, ohne bewährte Netzwerke des innereuropäischen Dialogs aufzugeben.

Das Ansehen als Kulturnation verdankt Deutschland nicht nur seinem reichen kulturellen Erbe, sondern auch seiner zeitgenössischen Kunst. Diese lebt vor allem vom internationalen Austausch und von der künstlerischen Begegnung, die durch das Netzwerk deutscher Mittlerorganisationen angeregt, unterstützt und ermöglicht wird. Das Goethe-Institut ist mit 134 Auslandsinstituten, 13 Instituten in Deutschland und 193.800 Deutschlernenden als größter institutioneller Kulturbotschafter Deutschlands nach finanzieller und struktureller Konsolidierung wieder auf einem guten Weg, diesen Auftrag zu erfüllen. Nach Jahren erheblicher Kürzungen hat der Bundestag mit dem Haushalt für das Jahr eine Unterstützung von 186 Millionen Euro für die Goethe-Institute beschlossen.

Aber auch die anderen Kulturmittler Deutschlands, die Auslandsschulen, der DAAD, die Alexander von Humboldt-Stiftung und das Institut für Auslandsbeziehungen, müssen gestärkt werden. Mit Erfolg haben sich die Koalitionsfraktionen bereits für eine Erhöhung der Mittel der deutschen Auslandsschulen in diesem Jahr eingesetzt. Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Das Netzwerk zur Vermittlung unserer Sprache und Kultur, der Grundlage unserer gesellschaftlichen Wertvorstellung, muss erhalten, gestärkt und

ausgebaut werden. Der Mittelaufwuchs und die Lockerung kameralistischer Strukturen sind dabei die entscheidenden Weichenstellungen, damit die auswärtige Kulturarbeit das Potential für unser Land entwickeln kann, das ihr endlich wieder zugemessen wird.

Denkmal

Nationales Programm für Denkmäler kommt

Denkmalschutzprogramm in Höhe von 40 Millionen Euro (19. November 2007; Erklärung Wolfgang Börnßen, MdB und der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Steffen Kampeter, MdB)

In kollegialer Abstimmung zwischen den Kultur- und Haushaltspolitikern ist es gelungen, den größten Kulturinvestitionsfonds in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln. Eine besondere Rolle spielt hier das neue Denkmalschutzprogramm in Höhe von 40 Millionen Euro, das größte der letzten Jahre überhaupt. Kleine und mittlere Kulturdenkmäler in ganz Deutschland sollen damit saniert, restauriert, vor dem Abriss gerettet werden. Experten sprechen davon, dass jährlich 1 000 kleinere und mittlere Denkmäler zerstört werden und etwa 300 000 – Kirchen, Bauernhäuser, Gutshäuser, alte Stadthäuser – sanierungsbedürftig sind. Mit ihnen geht immer auch ein Teil unserer regionalen kulturellen Identität verloren. Bayern be-

klagt den Abriss von mehr als 30 000 Denkmälern seit 1975, Niedersachsen hat seit 1993 20 000 Bauten aus der Schutzliste gestrichen. Doch wenn sich nicht Länder, Kommunen, das Nationalkomitee für Denkmalschutz, die Stiftung Denkmalschutz oder der Bund für Heimat, Umwelt und Kultur so nachhaltig für den Erhalt von Denkmalen eingesetzt hätten, wären die Zahlen noch alarmierender.

Aber wir brauchen ein noch größeres Engagement. Die für Kultur- und Haushaltspolitik zuständigen Abgeordneten der Großen Koalition setzen sich dafür ein, diesen Trend umzukehren und zwar bundesweit. Die Mittel für das Denkmalschutzprogramm sind nicht für Leuchtturmprojekte vorgesehen und auch nicht nur für einen Teil unseres Landes. Vielmehr sollen nun in der gesamten Bundesrepublik vorbeugende und schadensverhütende Maßnahmen örtlich oder regional bedeutsame Denkmäler erhalten, so wie es früher das Programm „Dach und Fach“ für die neuen Länder allein vorgesehen hatte.

Das Parlament stellt die Mittel zur Verfügung – Kulturstaatsminister Bernd Neumann MdB ist nun aufgerufen, Vorschläge zur Gestaltung und Umsetzung des Programms zu machen. Wir erwarten, dass die Mittel flächendeckend eingesetzt werden, dass sich Länder, Kommunen und Bürgerinitiativen einbringen können. Dieses Programm schafft neue Arbeitsplätze, und es macht den Kulturstandort Deutschland noch at-



traktiver. Nun bedarf es der Konkretisierung. Das Parlament ist seiner gesamtstaatlichen Verantwortung nachgekommen, jetzt ist die Bundesregierung am Zuge.

Freiheit- und Einheitsdenkmal

Es ist an der Zeit, sich der gesamten Freiheitsgeschichte unseres Landes zu erinnern

(9. November 2007; Rede Wolfgang Börnsen, MdB; [Auszug])

Der 9. November ist ein Tag der Trauer und gleichzeitig ein Tag des Glücks, ein deutscher Tag: Reichskristallnacht und Mauerfall. 1938 die hässliche Fratze unserer Vergangenheit und 1989 ein Tag, an dem die Träume tanzen lernten. ...

Deutschlands Freiheits- und Einheitsgeschichte geht jedoch über diesen epochalen Augenblick hinaus. Schon 1817 stritten Studenten beim Wartburgfest für Freiheit und ein geeintes Vaterland. Beim Hambacher Fest forderte man Freiheit und Demokratie. Doch erst 1848 brach sich die Freiheitsrevolution Bahn. Freiheit, Gleichheit, bürgerliche Rechte, Pressefreiheit, Gewaltenteilung – diese zutiefst demokratischen Ideen gehören seitdem zu unserem politischen und historischen Erbe. 100 Jahre später hat der Parlamentarische Rat sie ganz bewusst im Grundrechtokatalog unserer Verfassung verankert.

Vorher gab es die Weimarer Verfassung von 1919. Sie war eine freiheitliche Verfassung mit liberalen und sozialen Grund-

rechten und vielleicht zu vielen plebiszitären Elementen. Sie – nicht eine Räterepublik oder Rätediktatur nach sowjetischem Vorbild – war das Ergebnis der Revolution von 1918. Diese junge Demokratie hatte nur einen kurzen Atem, ging unter im menschenverachtenden Terror des NS-Regimes.

Dann kamen mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 Demokratie, Rechtsstaat und Parlamentarismus. Die Freiheit, den Alliierten geschuldet, fand zurück zu ihren Wurzeln. Sie durfte im Westen gelebt werden. Im Osten schlugen am 17. Juni 1953 die sowjetische Besatzungsmacht und DDR-Grenztruppen den Volksaufstand nieder. Es gab über 100 Tote, 20 Hinrichtungen und 3 000 Verhaftungen. Die erste große Freiheitsbewegung gegen die kommunistische Diktatur wurde niedergepanzert. Der 17. Juni gehört zu unserer Freiheitsgeschichte.

Ohne Freiheit gibt es keine Demokratie. Die Deutsche Demokratische Republik war eine demokratische Täuschung, ein Potemkinsches Dorf der Begrifflichkeiten. Die Freiheit? Ein Traum, eingesperrt zwischen Stacheldraht und Staatssicherheit. Erst 1989 wurde sie erkämpft, friedlich und ohne Blutvergießen.

Es ist an der Zeit, sich der gesamten Freiheitsgeschichte unseres Landes zu erinnern. Keine Nation kann ihre Identität und ihre Orientierung allein aus ihrem Versagen und ihren dunklen Kapiteln gewinnen. Vorgestern, bei der Anhörung des Kulturausschusses zum Gedenkstätten-

konzept, hat sich Salomon Korn wie die überwiegende Mehrzahl der Historiker für das Freiheits- und Einheitsdenkmal hier in der Hauptstadt ausgesprochen, weil die Befreiung von Diktaturen als Zeichen der Ermutigung dokumentiert werden muss. Doch es gilt, unsere gesamte Freiheitsgeschichte wahrzunehmen. Ein Denkmal für Freiheit und Einheit kann diese Funktion erfüllen. Es macht die Signalfunktion von Freiheit deutlich. Es steht für die glücklichen Augenblicke unserer Geschichte. Solche Momente gehören nicht in die Besenkammer der Erinnerung.

Im Gegenteil, es wird Zeit, sich daran zu erinnern: Unsere Landsleute haben sich über viele Jahrhunderte mit Leidenschaft und ihrem Leben für die Freiheit eingesetzt. Diese Tugenden haben Vorbildcharakter für die junge Generation. Erinnern braucht Gestalt. Denkmäler sind notwendig. Ohne sie geht Erinnerung verloren. Erinnern braucht vor allen Dingen Wissen. Nur wer informiert ist, kann auch gedenken.

Ein Denkmal muss auch ein Lern- und Erinnerungsort sein. Dafür sind Voraussetzungen zu schaffen; denn ... es gibt einen Mangel an positiven Geschichtserinnerungen. Es fehlt an Kenntnis über die deutsche Freiheitsgeschichte. Das Denkmal muss die Ausrichtung der Gestaltung bestimmen. Das Nach-Denken ist ebenso anzuregen wie das Voraus-Denken.

Wo soll es stehen? Wir sagen: in Berlin. – Der Wunsch der Leipziger, es bei sich aufzustellen, ist außerordentlich verständ-



lich, gingen doch von dort die folgenreichen Montagsdemonstrationen aus.

Eine Stele an der Nikolai-kirche erinnert bereits an die beispielgebende Tat der Leipziger in dieser Stadt. Da wir aber die ganze Freiheitsgeschichte unseres Landes aufnehmen wollen, ist die Hauptstadt der richtige Ort.

Klar ist: Das Freiheitsdenkmal muss 2009 errichtet werden, in einem Jahr vierfachen Jubiläums: 160 Jahre Paulskirche, 20 Jahre Mauerfall, 90 Jahre Weimarer Verfassung, 60. Geburtstag der Bundesrepublik. Das ist ein Jahr, um der Freiheitsgeschichte unseres Landes in Würde, aber auch in Freude und Fröhlichkeit zu erinnern.

Kulturetat des Bundes

Eine stolze und fröhliche Zwischenbilanz

(28. November 2007; Prof. Monika Grütters, MdB, zum Kulturetat im Rahmen der Generaldebatte zum Bundeshaushalt; [Auszug])

Es ist nicht selbstverständlich, dass beim Kanzleramt die Kultur ressortiert. Aber daran sehen wir: Hier geht es um Grundsätzliches, um die Einsicht nämlich, dass nationale Identität vor allem aus dem Kulturleben eines Landes wächst, aus dem traditionellen Erbe übrigens ebenso wie aus der künstlerischen Avantgarde. Diese Bundesregierung mit Bernd Neumann als Staatsminister für Kultur und Medien kann eine stolze und auch, wie es in einer Zeitung stand, fröhliche Zwischenbilanz ziehen.

Noch nie stieg der Kulturetat so steil an wie seiner, und noch nie hat eine Bundesregierung die Rolle der Kultur so eindrucksvoll auch im Haushalt gestärkt wie diese Seit der Wende gab es übrigens auch keine Bundesregierung, die die kulturpolitische Rolle der Hauptstadt so souverän anerkannt hat wie die Regierung Merkel. Der Kulturetat ist 2006 um 2,1 Prozent gestiegen, 2007 um weitere 3,5 Prozent und jetzt zum dritten Mal in Folge um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dass darüber hinaus im zweiten Jahr seiner Amtszeit ein nationaler Kulturinvestitionsplan in Höhe von 400 Millionen Euro gelingen konnte, hat Bernd Neumann zu Recht staunende Bewunderung eingebracht: Vom „Wunder von Bernd“ ist die Rede, von Neumanns „Kampfdiplomatie“ und vom „Neumann im Glück“.

Chapeau, Herr Staatsminister, dass dieses Lob auch noch vom immer nörgelnden Deutschen Kulturrat kommt. Das ist doch ein wahrer Ritterschlag. Ein Glück für uns ist ebenso, dass die CDU/CSU in Steffen Kampeter einen wahren Kulturfreund als Chefhaushälter hat.

Das ist auch ein Gewinn für die Kultur in unserem Land, für deren Bedeutung so das Bewusstsein geschärft wird – nicht nur mit der entsprechenden Finanzierung vieler Maßnahmen, aber eben auch nicht ohne sie. Ich darf zum Beispiel daran erinnern, dass nach 30 Jahren Hängepartie endlich die UNESCO-Konvention zum Kulturgüterschutz umgesetzt sowie die Übereinkunft zur kulturellen Vielfalt vom Kabinett ver-

abschiedet wurde. Bernd Neumann hat – das wissen Sie – die Filmförderung und mit der EU-Fernsehrichtlinie auch die Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestärkt sowie die Deutsche Welle nach langen Jahren der Kürzung endlich wieder angemessen finanziert. ... es ist richtig, dass Erinnerungskultur hier eine zentrale Bedeutung hat ... Bei der Anhörung war es die Mehrheit der Anzuhörenden, die das Konzept der Regierung zur Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts unterstützt hat. Es geht darum, die Unterstützung der Bundesregierung für national bedeutsame Gedenkstätten der NS-Terrorherrschaft zu verstetigen, aber gleichzeitig die Aufarbeitung der SED-Diktatur in angemessener Weise zu verstärken.

... Hierzu gehört auch ... das sichtbare Zeichen gegen Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Jetzt, nachdem das Konzept vorliegt, ist es Sache des Parlaments, dieses wichtige Vorhaben zum Erfolg zu führen. In diesem Zusammenhang sind auch die Anstrengungen des Kulturstaatsministers zu nennen, um in Fragen der Restitution von Kulturgut möglichst zu bundesweit einheitlichen, moralischen Maßstäben entsprechenden und transparenten Lösungen zu kommen. Die Verbesserung der Provenienzrecherche ist Voraussetzung dafür. Dafür liegt ein neues, solide finanziertes Konzept vor.

Außer zur Initiative „Ein Netz für Kinder“ oder zum NRW-Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ möchte ich als Berliner Abgeordnete ... Folgendes sa-



gen: Bernd Neumann hat ... ein großes Herz für die Hauptstadt. Das Bode-Museum wurde im Oktober 2006 wiedereröffnet. Für die Errichtung des neuen Eingangsgebäudes auf der Museumsinsel sind immerhin zusätzliche Mittel in Höhe von 73 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden.

Was lange währt, wird bekanntlich endlich gut. Daher bin ich zuversichtlich, dass die Verhandlungen des Bundes mit Berlin in Sachen Staatsoper – auch hier geht es immerhin um 200 Millionen Euro – erfolgreich zu Ende gebracht werden. ...

Diese Regierung hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie die Bedeutung der Kultur für die Kulturnation Deutschland erkannt hat. Daher darf, wie ich meine, nicht nur die Frankfurter Rundschau unseren Kulturstaatsminister getrost als den „Herbstmeister der Großen Koalition“ würdigen.

Auslandsschulwesen

Stärkung des Bewusstseins für den Wert unserer Auslandsschulen

(30. Mai 2008;

*Prof. Monika Grütters, MdB;
Rede zum Auslandsschulwesen;
[Auszug])*

Es macht wirklich Spaß, junge Leute zu beobachten und zu unterrichten, die aus anderen Ländern hierher kommen. Ich kann das in meinem Studiengang an der FU immer wieder erleben. Als Gastland für Studierende aus aller Welt ist Deutschland ... in den letzten Jahren sehr attraktiv

geworden. Im internationalen Vergleich stehen wir auf Rang drei. Das ist ein Status, den wir in einem globalen Hochschulraum verteidigen und ausbauen und nicht schlechtden sollten. Bei der Entscheidung für einen Einsatz- oder Studienort spielt ... in allererster Linie der sprachliche Zugang eine Rolle. Wenn wir das Interesse am Standort Deutschland stärken wollen, müssen wir auch die Verbreitung von Deutsch als Fremdsprache im Ausland fördern. Wie gut also, dass weltweit 18 Millionen Menschen Deutsch lernen und mehr als 290 000 davon schon als Kinder und Jugendliche an Schulen im Ausland an unser Bildungsprofil, unsere Kultur und unsere Wertvorstellungen herangeführt werden. ... Es geht immerhin um 117 Schulen in 62 Ländern, 440 insgesamt mit deutschem Sprachunterricht; 291 000 Schüler werden erreicht; 53 000 der Schüler an deutschen Auslandsschulen sind nichtdeutscher Herkunft.

Ich finde es wichtig, dass man (die) These, dass es sich hierbei um einseitige Elitförderung handelt, an Beispielen widerlegt: Unsere Schulen im Ausland haben ... in der PISA-Studie sehr gut abgeschnitten. Die drittbeste finnische Schule war unsere deutsche Auslandsschule in Helsinki. Nicht zuletzt deshalb ist die Nachfrage nach Schulplätzen an vielen Standorten nicht nur bei Deutschen, sondern auch bei den Einheimischen ungebrochen. In Barcelona können wir beispielsweise gerade einmal ein Drittel der Bewerber aufnehmen. In Mexiko besuchen inzwischen mehr als 5 000 Kinder und Ju-

gendliche deutsche Schulen, und die German European School Singapore kann sich trotz Gebühren in Höhe von fast 8 000 Euro vor Bewerbungen nicht retten.

Neben dem pädagogischen Auftrag und der Vermittlung der deutschen Sprache wirken viele Schulen intensiv in das jeweilige Gastland hinein, nicht nur als Botschafter für unsere Wertvorstellungen und unsere Kultur. Vielmehr helfen sie auch beim Aufbau stabiler zivilgesellschaftlicher Verhältnisse in Krisenregionen. Das Beispiel Kabul/Afghanistan ist eindrucksvoll. Das hat mit neoliberaler, einseitiger Elitenbildung ... nichts, aber auch gar nichts zu tun. Nach dem Fall des Talibanregimes ... wurde auf deutscher Seite der Beschluss gefasst, eine Jungen- und eine Mädchenschule mit deutschem Geld wiederaufzubauen. Das ist von 2002 bis 2004 mit Mitteln des AA geschehen.

Inzwischen werden an der Mädchenschule 1 800 Schülerinnen von 90 Lehrerinnen und Lehrern in den Klassen 2 bis 12 unterrichtet. Zwei entsandte Lehrkräfte und drei Ortskräfte unterrichten Deutsch als Fremdsprache. Das Fernziel ist der Abschluss des deutschen Sprachdiploms, welches von der Kultusministerkonferenz anerkannt wird. Schulgeld wird an solchen Schulen nicht erhoben. Durch einen im Landesdurchschnitt qualitativ hochwertigen schüler- und projektorientierten Unterricht in allen Fächern werden diese jungen Leute, die so lange unterdrückt wurden, befähigt, später in Gesellschaft, Politik



und Wirtschaft Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Das ist echte Arbeit an einer friedlichen Zukunft in diesem Land.

Ein anderes Beispiel ist unser Engagement im Bildungs- und Hochschulbereich in Vietnam. Es gibt eine intensive Zusammenarbeit und auch eine deutsche Hochschule in Vietnam. ... Nehmen Sie Osteuropa als Beispiel: Für dauerhaft im Ausland lebende deutschsprachige Gemeinschaften sind unsere Schulen eine ganz wichtige Brücke. Immerhin leben 3 Millionen Angehörige deutscher Minderheiten in Osteuropa. Unsere Schulen sorgen für kulturelle Identität. ... Beispiel Rumänien: Dort gibt es 21 deutsche Schulen. 14 davon liegen in Siebenbürgen. Dort lernen jährlich 3 000 Schüler Deutsch. Damit haben sie später natürlich einen Vorteil in ihrem beruflichen Werdegang. Das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Ethnien und Kulturen konnte ich übrigens bei einem Besuch in Hermannstadt studieren. Es hat mich sehr beeindruckt. Ich glaube, dass das die Zukunft unseres Europas ist. Rumänien ist immerhin inzwischen Mitglied der EU. Dort kann man beispielhaft studieren, wie Mehrsprachigkeit auch Integrationspolitik ist.

Das Beispiel Schanghai als wichtige Wachstumsregion: Die Schule dort hatte 1994 noch 6 Schüler, heute sind es 850. Auf dem Gebiet der Public-Private Partnership und des Kultursponsorings ist diese Hochschule – übrigens ein europäischer Campus; das ist ein wichtiges Signal – führend. Mit 12 Millionen

Euro hat man dort den neuen Schulbau aus privater Hand finanziert.

Abschließend nur so viel: Die Stärkung und Weiterentwicklung des Auslandsschulwesens ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit nicht nur unseres Landes, sondern auch vieler anderer Länder. Die Beispiele Vietnam und Afghanistan haben offensichtlich schon ein kleines Schlaglicht gebracht. Übrigens haben auch andere Länder das Potenzial erkannt und setzen nicht nur auf Englisch als internationale Verkehrssprache. Nur zum Vergleich: Frankreich hat 250 Schulen, wir haben 117. Sie senden doppelt so viele Lehrer aus. Wenn wir unsere Rankingplätze verteidigen wollen, zum Beispiel Platz drei bei internationalen Hochschülern, dann müssen wir viel tun. So wie für international umworbene Fach- und Führungskräfte das Englische ein Muss ist, sollten wir Deutsch als Sprache zu einem Plus machen. Damit kann man nicht früh genug anfangen. Deshalb haben wir unseren Antrag zur Stärkung des Bewusstseins für den Wert unserer Auslandsschulen vorgelegt.

Bildung

„Völker, hört die Signale!“
Stärkere Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur
(29. Juli 2008; Erklärung:
Wolfgang Bönnsen, MdB)

Konrad Adenauer – ein DDR-Politiker? Die Mauer – von den Alliierten erbaut? Erich Honeker – ein Verfechter der Demo-

kratie? Die DDR – ein sozialer Kuschelstaat? Die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur – weitgehend unbekannt. Erschreckend und alarmierend sind die Ergebnisse der Studie der FU Berlin zum Kenntnisstand der Schüler in West und Ost über die DDR. Und sie ist ernst zu nehmen: Ihre Verfasser, Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder, haben in einer wissenschaftlich unumstritten hohen Qualität die Studie durchgeführt.

Am wenigsten wissen die Schüler Berlins über die Diktatur der DDR. Ausgerechnet hier, wo Mauer und Stacheldraht die Teilung Deutschlands wie im Brennglas sichtbar und fühlbar machten, wo Familien in einer Stadt lebten und dennoch mittels staatlicher Willkür der DDR auseinander gerissen waren, werden die diktatorischen und repressiven Seiten der DDR am wenigsten gesehen und beurteilt. Aber auch im Westen der Bundesrepublik sind große Bildungslücken über die DDR festzustellen. In den Schulen steht die DDR-Diktatur überwiegend nicht im Lernprogramm. Die Folgen liegen auf der Hand: Wie sollen Freiheit und Demokratie in Zukunft bewahrt werden, wie sollen die Feinde der Demokratie erkannt werden, wenn keine Bewertungsmaßstäbe für ein diktatorisches System erlernt werden?

Wir sind uns mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee einig, dass in den Schulen eine stärkere Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur zu führen ist, dass die Fakten über Mauertote und Stasispitzel ver-



mittelt werden müssen und der Verharmlosung der DDR-Diktatur ein Riegel vorgeschoben werden muss. Dafür müssen die Lehrpläne ergänzt werden, aber auch die Einstellung vieler Geschichtslehrer in West und Ost zur DDR muss sich ändern. Konsequenter muss der Diktaturcharakter der DDR in den Mittelpunkt der Behandlung der Teilungsgeschichte unseres Landes gestellt werden.

Auch gilt es, die Vertreter der Zivilgesellschaft wie die Stiftung Aufarbeitung, die Bundeszentrale für politische Bildung oder die Deutsche Gesellschaft e.V. in die Lage zu versetzen, breit angelegte Programme aufzulegen, die die Kenntnisse über die DDR-Diktatur weit in die Gesellschaft hinein vermitteln. Für die Politik heißt es, nie nachzulassen beim Benennen der Strukturen, Netzwerke, Mechanismen und Instrumente des SED-Unrechtsstaates. Wir dürfen die Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur nicht dem Schönreden der Ewiggestrigen und dem Verschleiern der politischen Verharmloser überlassen.

Film

FFG – Fortschritt für den Film

Vorstellung der Novellierung des Filmförderungsgesetzes (4. Juni 2008; Erklärung: Dorothee Bär, MdB; Wolfgang Börnsen, MdB)

Im Mai 2008 hat der deutsche Film einen Marktanteil von 42 Prozent in Deutschland erreicht,

eine noch nie dagewesene Zahl. Seit drei Jahren macht der deutsche Film mit Marktanteilen von 20 bis 30 Prozent Furore. Eine neue Filmgeneration von Schauspielern, Regisseuren und Produzenten setzt eigene Akzente und hat die deutsche Filmszene in Aufbruchstimmung versetzt. Die neue Qualität erweist sich an etlichen internationalen Filmpreisen. Im Konzert der europäischen Filmnationen spielt Deutschland eine größere Rolle als je zuvor. Problematisch ist jedoch, dass zwar immer mehr Kinofilme produziert werden, aber die Besucherzahlen über einen längeren Zeitraum betrachtet rückläufig sind. Im vergangenen Jahr sank die Zahl der Kinobesucher bei rund 4.800 Leinwänden von 137 auf 122 Millionen.

Die ... von Staatsminister Bernd Neumann im Kabinett vorgestellte Novelle des Filmförderungsgesetzes (FFG) wird dazu beitragen, die Filmstrukturen in Deutschland zu stärken. Sie setzt Schwerpunkte bei der Förderung von Drehbüchern sowie von Kurzfilmen, was gerade Jungfilmern zugute kommt. Außerdem werden die Förderkriterien flexibilisiert und damit optimiert.

Wir erkennen an, dass im Vorfeld der Novellierung eine breite Diskussion über Monate mit allen Betroffenen stattgefunden hat. Dies gilt auch für die „Einzahler“, die über das Förderaufkommen der Filmförderungsanstalt die Finanzierung der Filme sicherstellen. Wir gehen davon aus, dass sich alle ihrer gemeinsamen Verantwortung bewusst

sind. Wer aus der konzertierten Aktion zur Förderung des deutschen Films aussteigt, gefährdet dessen Gesamtentwicklung.

Wir plädieren dafür, begleitend zur FFG-Novellierung die Umsetzungsprobleme bei der Digitalisierung der Kinos anzugehen. Alle diejenigen, die daraus einen Vorteil ziehen, müssen eine eindeutige Vorleistung erbringen. Der Staat erkennt mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz für das Kino den Film als Kulturgut an. Wir sind uns sicher, dass dieses Entgegenkommen von allen Beteiligten gewürdigt wird.

Filmfördergesetz stärkt das Kino und den Film

Kino muss weiterhin flächendeckend vorhanden sein

(Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, und die zuständigen Berichterstatter Rita Pawelski, MdB, und Philip Mißfelder, MdB)

Ohne Kinos braucht man keine Kinofilmförderung. Wir begrüßen das klare Bekenntnis der Bundesregierung nicht nur zum deutschen Film, sondern auch zum Kino als einem kulturellen Ort, an dem Filme als ein besonderes Erlebnis empfunden werden. Kino darf deshalb auch in Zukunft kein Großstadtvergnügen sein, sondern muss weiterhin flächendeckend vorhanden sein. Den Kinobetreibern stehen in den kommenden Jahren große Herausforderungen bevor. Die Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Filmtheater sind ein wichtiger Schritt hin zur flächendeckenden Digi-



alisierung des deutschen Kinos. Die Kinoinvestitionsförderung soll zukünftig bis zu 30 Prozent als Zuschuss und zu mindestens 70 Prozent als zinsloses Darlehen gewährt werden können.

Der von Kulturstaatsminister Bernd Neumann MdB vorgelegte Vorentwurf der Novelle des Filmförderungsgesetzes wird den Deutschen Film und vor allem das Kino in Deutschland weiter stärken. ... So werden die Anbieter neuer Dienste, beispielsweise aus der digitalen Wirtschaft, einen zusätzlichen Sitz im Verwaltungsrat der Filmförderanstalt FFA erhalten.

Wir begrüßen, dass die Drehbuchförderung im Entwurf des Filmförderungsgesetzes erheblich gestärkt wird. Die Förderungshilfen für die Herstellung von verfilmbareren Drehbüchern sollen zukünftig bis zu 50 000 Euro im Einzelfall betragen. Dadurch wird insbesondere auch für bereits erfolgreiche Autoren der Anreiz erhöht, Drehbücher für Kinofilme zu erstellen, statt vorzugsweise für den Fernsehfilmbereich zu arbeiten.

Der Vorschlag, die Sperrfristen von 24 auf 18 Monate für die Ausstrahlung im frei empfangbaren Fernsehen und von zwölf auf sechs Monate in video-on-demand-Angeboten zu verkürzen, trägt den neuen Sehgewohnheiten Rechnung. Dies stärkt die Produzenten als die Hersteller von Filmen, da sie in einer kürzeren Frist verwerten können und damit auch ihre finanzielle Basis zur Produktion neuer Spielfilme verbessern. Allerdings werden wir darauf achten, dass hierbei die Belange des

Kinos angemessen berücksichtigt werden. ...

Filmarchivierung

Das Filmgut braucht Bestandsicherung
(13. März 2008; Rede Wolfgang Börnsen, MdB; [Auszug])

Der Filmhit des Jahres 1950 trug den Titel „Der Theodor im Fußballtor“. Leicht, locker, amüsant und komödiantisch spielte Theo Lingen den Tor-Lehmann und schaffte eine kleine Freude in einer an Not reichen Nachkriegszeit. ... In keinem Archiv ist dieser Kultspielfilm mehr aufzutreiben. Dieses Schicksal teilt Theo mit gut einem Drittel des deutschen Filmkulturerbes. Verloren, verlegt, vergessen – ein Stück Filmerbe ist unwiderruflich auf der Strecke geblieben. Ein Land, das seine Filme verliert, verliert auch Teile seiner Erinnerung und seiner Identität.

Was bei Büchern und Musik eindeutig geregelt ist, hat auch für den Film zu gelten. ... Es muss eine Hinterlegungspflicht geben, und zwar nicht nur für den öffentlich geförderten Film, sondern auch für die mehr als 2 500 Dokumentar- und Kurzfilme, die bei uns jährlich gedreht werden. Im Entwurf für das neue Filmförderungsgesetz hat ... Staatsminister Bernd Neumann die Archivierungspflicht für den Bund fest verankert ... Die seit 2004 praktizierte Auflage zur Archivierung geförderter Filme erhält damit Rechtskraft.

Anerkennung verdient auch die Bereitschaft der Produzenten, durch eine freiwillige Selbstverpflichtung Filmkopien zu sichern. Allein im Bundes-

archiv sind 150 000 Spiel- und Dokumentarfilme hinterlegt. Erfasst und gesichert wird seit 1895, registriert aber erst seit 2004. Eine zentrale Erfassung aller Filme gibt es bisher nicht. Dazu muss es aber kommen.

Es gibt bei uns in Deutschland allein zehn größere öffentliche Filmarchive bzw. -museen, dazu kleinere und Privatsammlungen. Es existieren keine genauen Angaben über die Gesamtzahl der seit 113 Jahren hinterlegten Kopien. Wir haben versucht, zu ermitteln. ... Wir kommen auf über 208 000 Filme, die in Deutschland in Archiven und Museen erfasst sind. Das ist doch ein großartiger Kulturschatz.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt daher die Initiative der Bundesregierung, durch eine Datenbank für Übersicht in einem föderalen System zu sorgen. Das ist nicht zum Nulltarif zu machen. Allein das Bundesarchiv rechnet für die Filmsicherung mit Kosten in Höhe von 2,1 Millionen Euro jährlich. Die Kosten für die Umkopierung der im Hinblick auf die Haltbarkeit risikoreichen Zellulosenitratfilme sind dabei genauso berücksichtigt wie die Kosten für Maßnahmen beim instabilen Trägermaterial Acetat. Die Registrierung allein reicht ja nicht. Das Filmgut braucht Bestandsicherung ...

Es ist wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass Bund und Länder einen beachtlichen finanziellen Beitrag zur Erhaltung des Filmbestandes leisten. Mehr Zusammenarbeit wäre jedoch wünschenswert. Der vom BKM eingeleitete Beitritt Deutschlands zur Europäischen Konvention



zum Schutz des audiovisuellen Erbes wird diese Sicherungsarbeit stabilisieren und stärken. ... Es muss darauf Wert gelegt werden, dass auch die letzten 10 Prozent der noch nicht ermittelten und erfassten Filme ins Archiv kommen.

Die neue erweiterte Filmpolitik der Bundesregierung macht nicht nur zuversichtlich, was die Stabilisierung der Mittel für die Filmförderung angeht. Die 60 Millionen Euro, die jährlich allein durch den Deutschen Filmfonds eingesetzt werden, sind klug eingesetzte Gelder. ...

Filmland Deutschland: Kraft und Klasse

(24. April 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, und die zuständigen Berichterstat- ter, Dorothee Bär, MdB, und Philipp Mißfelder, MdB; [Auszug])

Das Filmland Deutschland hat an Prestige, Profil und Perspektiven gewonnen. Betrug der heimische Anteil von Filmen vor zehn Jahren noch ca. 10 Prozent, so hat er sich in der Zwischenzeit auf 20 Prozent verdoppelt und stabilisiert. Gab es 1998 noch 70 Premieren aus dem eigenen Land, ist die Anzahl 2007 auf 174 angestiegen. Derzeit gehören zu den Besucher-Millionären Spielfilme wie „Keinohrhasen“, „Die Welle“, „Kirschblüten“, „Die wilden Kerle“, aber auch die Dokumentation „Unserer Erde“ mit über 3,2 Mio. Besuchern. Trotz zunehmender Konkurrenz von mehr TV-Kanälen, Internet und Video besuchten 2007 über 125 Mio. Bürger das Kino. Weniger zwar als in

den Jahren zuvor, doch derzeit gibt es Aussichten auf einen neuen Besucherrekord für 2008. ...

Gedenkstätten

Historische Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung voranbringen, der Opfer gedenken

Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes *(18. Juni 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, Reinhard Grindel, MdB)*

Die vorliegende Gedenkstättenkonzeption des Bundes trägt den erinnerungspolitischen Ansprüchen auf Wahrnehmung der Verantwortung, Verstärkung der Aufarbeitung und vertieftes Gedenken an die Opfer Rechnung. In der Weiterentwicklung der Konzeption des Bundes von 1999 setzt sie für die Erinnerungskultur maßgebliche Schwerpunkte:

Im NS-Bereich erhält die Gedenkstättenarbeit in mehrfacher Hinsicht eine verstärkte Unterstützung. So werden die vier national bedeutsamen KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau, Neuengamme und Flossenbürg neu in die institutionelle Förderung des Bundes aufgenommen. ... Die geplante „Ständige Konferenz der Leiter NS-Gedenkorte im Berliner Raum“ wird die Einrichtungen vernetzen und ihre Aktivitäten aufeinander abstimmen.

Die erinnerungspolitische Aufarbeitung des SED-Unrechts wird auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Lag der Schwer-

punkt bisher hauptsächlich auf der Erschließung und Auswertung der Stasi-Akten, wird nun das SED-Unrechtsregime insgesamt in den Blick genommen. Neu geschaffen wird der „Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland“, in dem alle betreffenden Einrichtungen gemeinsam die Aufarbeitung voranbringen sollen. Neu ist auch die Strukturierung der Erinnerungsarbeit über die SED-Diktatur in vier Themengruppen: Teilung und Grenze, Überwachung und Verfolgung, Gesellschaft und Alltag, Widerstand und Opposition. Hier sind insbesondere zu erwähnen: das geplante Dokumentations- und Bildungszentrum zu „Repression in der SED-Diktatur“ in der Normannenstraße, der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit, dem Symbol für den Terror der Stasi durch Zersetzung und die Betonung Leipzigs als dem Schwerpunkt der Würdigung des Widerstands gegen die SED-Diktatur. Mit dieser Strukturierung einhergehen wird eine notwendige Vertiefung und Verbreiterung der Aufarbeitung, die wir gutheißen. Denn immer noch ist in der Bevölkerung vor allem bei der jungen Generation zu wenig bekannt über den Verfolgungs- und Unterdrückungsapparat der SED.

Fortgesetzt wird die Arbeit der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), die seit der Gründung der Behörde 1990 einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geleistet hat. Da die BStU aber immer schon als zeitlich be-



fristete Einrichtung konzipiert war und ihre Unterlagen zu einem vom Deutschen Bundestag noch festzulegenden Zeitpunkt ins Bundesarchiv überführt werden, wird eine vom Deutschen Bundestag einzusetzende Kommission zu allen Modalitäten der Akten- und Aufgabenverlagerung in der nächsten Legislaturperiode Vorschläge unterbreiten. ...

(Es ist) selbstverständlich und unverzichtbar, den Unterschieden zwischen der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur Rechnung zu tragen. Eine verantwortungsbewusste Erinnerungspolitik gründet sich auf eine historisch begründete differenzierte Balance, die weder die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert noch das SED-Unrecht bagatellisiert. So wird der antiautoritäre Konsens aller demokratischen Parteien verstärkt, die freiheitliche demokratische Werteordnung unseres Grundgesetzes zu achten und zu bewahren. Die Konzeption der Bundesregierung stellt auch in dieser Hinsicht eine überzeugende und verantwortungsbewusste Grundlage für die weitere Arbeit in der Erinnerungskultur dar. ...

Klassikstiftung Weimar

Mehr Geld für die Klassik Stiftung Weimar

Signal für Thüringen

(23.10.2007; Erklärung: Steffen Kampeter, MdB, sowie die Weimarer CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann, MdB)

Die Wiedereröffnung der Herzo-

gin Anna Amalia Bibliothek in Weimar setzt ein wichtiges Signal für das UNESCO-Weltkulturerbe der Weimarer Klassik: Der Bund steht zu seiner Verantwortung, dieses bedeutende kulturelle Erbe zu erhalten. Mit 8,5 Mio. Euro hat er sich wesentlich am Wiederaufbau des vor drei Jahren von einem Brand verwüsteten Herzstücks der Klassik Stiftung Weimar beteiligt. Darüber hinaus hat der Kulturstaatsminister in seinem Etatentwurf für 2008 eine Erhöhung der Mittel für die institutionelle Förderung der Klassik Stiftung Weimar um rund zwanzig Prozent vorgesehen. ... Der Billigung der vorgesehenen Steigerung des Bundeszuschusses um rund 1,3 Mio. Euro durch den Hauhausschuss steht nichts entgegen. Bedingung dafür ist jedoch, dass auch das Land Thüringen als Ko-Finanzierer mitzieht ... Obwohl mit der Herzogin Anna Amalia Bibliothek das Juwel der Weimarer Klassik ab Mittwoch in neuem Glanz erstrahlt, sind weitere Schritte zur Sicherung des Erbes der Weimarer Klassik notwendig. Nicht nur, dass Tintenfraß und Säure den Beständen der Bibliothek zu schaffen machen und daher eine umfangreiche restauratorische Aufarbeitung auch der nicht vom Brand beschädigten Bibliotheksbestände dringend notwendig ist. Auch die weiteren von der Klassik Stiftung Weimar betreuten Sammlungen, Gebäude und Parks erfordern stetige Maßnahmen zu ihrer Erhaltung. Dazu gehören bei Kultureinrichtungen und ihren historischen Gebäuden gerade vor dem Hintergrund der Klimaschutzdebatte auch ener-

getische Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Masterplan - Weimar auf Kurs

(10. Juni 2008; Erklärung: Steffen Kampeter, MdB, anlässlich der Verabschiedung des Masterplans für die Klassik Stiftung Weimar)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass die Klassik Stiftung Weimar mit ihrem Masterplan ein tragfähiges Konzept zur ihrer Fortentwicklung vorlegt. ... Ohne die bei den letzten Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss zur Verfügung gestellten Mittel wäre der nun verabschiedete Masterplan der Klassik Stiftung Weimar nicht möglich gewesen. Insbesondere die vom Deutschen Bundestag getroffenen Aufstockungsbeschlüsse zugunsten der Stiftung ermöglichen das Investitions-Sonderprogramm, für das der Bund und das Land Thüringen jeweils 45 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Der Bundestag hat damit ein deutliches Signal gesetzt und sich zur Verantwortung des Bundes für das kulturelle Erbe der Weimarer Klassik bekannt.

Bundeskulturretat

Kanzlerin und Staatsminister sorgen für Kulturerfolg

Kulturretat steigt zum vierten Mal

(2. Juli 2008; Erklärung Wolfgang Börnsen, MdB)

... (Zum) vierten Mal in Folge hat der Kulturretat eine Steige-



rung erfahren: Gegenüber dem Haushalt 2008 steigert sich der Kulturretat um 1,51 % von 1,120 Mrd. Euro auf rund 1,137 Mrd. Euro. Seit dem Amtsantritt von Staatsminister Neumann hat sich der Kulturhaushalt um 7,8 % erhöht. Kultur hat damit in unserem Land ein neues Ansehen erfahren. Eine größere Anerkennung der Bedeutung der Kultur für unsere Gesellschaft und den Einzelnen ist schwer vorstellbar. Die Union steht an der Seite der Kultur und der Kulturschaffenden. Dies ist heute einmal mehr deutlich geworden.

Die Schwerpunkte im Kulturhaushalt 2009 gelten zum einen der Gedenkstättenförderung gemäß der neuen erinnerungspolitischen Konzeption der Bundesregierung: Nach der Erhöhung der Mittel für das Gedenkstättenkonzept in 2008 um 10 Mio. Euro werden für 2009 die Mittel erneut erhöht, um 2 Mio. Euro, zur beschleunigten Sanierung der KZ-Gedenkstätten. Dies ist eine Steigerung um mehr als 50 % von 23 auf 35 Mio. Euro. In die institutionelle Förderung des Bundes werden folgende Gedenkstätten aufgenommen: Neuengamme, Bergen-Belsen, Flossenbürg, Dachau, Marienborn, Marienfelde, Leistikowstraße. Damit werden die Absichten der Gedenkstättenkonzeption auch finanziell umgesetzt. Unser Dank gilt Kulturstatsminister Neumann und Bundesfinanzminister Steinbrück. Gemeinsam haben sie dafür gesorgt, dass die Aufarbeitung der beiden deutschen Diktaturen intensiviert werden kann.

Der Filmförderfonds in Höhe von 60 Mio. Euro wird bis 2012

fortgesetzt. Damit wird nicht nur der Filmstandort Deutschland gestärkt; damit verbunden sind auch starke wirtschaftliche Effekte und die Entstehung neuer Arbeitsplätze.

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal wird in Höhe von 4,7 Mio. Euro etatisiert. Damit rückt die Grundsteinlegung für ein Denkmal in Reichweite, das an die glücklichen Momente unserer Geschichte erinnern soll.

Die Arbeit der Deutschen Welle wird weiter gestärkt, indem zusätzlich 1 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt werden. Die Bundesregierung erfüllt auch hier die Festlegungen im Koalitionsvertrag. Die unter Rot-Grün in Gang gesetzte Abwärtsspirale der Deutschen Welle ist seit Amtsantritt von Staatsminister Neumann vorbei. Schließlich ist die Deutsche Welle das Gesicht Deutschlands im Ausland...

Kulturhauptstadt Essen

Bund weitet sein Engagement für „Kulturhauptstadt Ruhr 2010“ aus

Chance, die kaum so schnell wiederkommen wird
(18. November 2007; Erklärung: Steffen Kampeter, MdB)

Die „Kulturhauptstadt Ruhr 2010“ ist ein herausragendes nationales Kultur- und Kreativereignis mit internationaler Ausstrahlung. ...

Vor diesem Hintergrund sollte der Bund sein auch bisher erhebliches Engagement für die Projekte von „Kulturhauptstadt Ruhr 2010“ ausweiten. Daher hat der Haushaltsausschuss in

seiner letzten Sitzung – zu den bisher bewilligten 10 Mio EUR – weitere 3 Mio EUR als möglichen Bundesbeitrag in den Haushalt aufgenommen. Mit Bernd Neumann als dem zuständigen Kulturstatsminister hat die Kulturhauptstadt Ruhr 2010 einen Partner, der die Belange der Bundeskulturpolitik mit Kompetenz und Umsicht bündeln und in Projekte umzuwandeln vermag.

KulturSalon
(23. April 2008)

WERKSTATT II: Der arme Poet – Bild oder Realität? Bericht aus der Werkstatt II (Gitta Connemann, MdB)

Über 130 Teilnehmer diskutierten unter der Leitung von Gitta Connemann MdB über die soziale Sicherung von Künstlern und Kulturschaffenden. Einen wichtigen Schwerpunkt bildete dabei die Stärkung von Künstlern und Kulturschaffenden als Urheber.

Als Podiumsgäste nahmen teil:

Hans-Werner Meyer,
Schauspieler und Vorstand Bundesverband der Film- und Fernsehschauspieler
Prof. Ludwig Güttler, Solist
Dr. Harald Heker,
Vorstandsvorsitzender der GEMA
Sabine Schlüter,
Leiterin der Künstlersozialkasse
Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer Deutscher Kulturrat
Ole Seelenmeyer,
Vorsitzender der Deutscher Rock&Pop Musikerverband e.V.



Die Arbeit von Künstlern und Kulturschaffenden ist das Fundament unseres kulturellen Lebens. Ohne ihre Werke und ihre Ausübung gäbe es dieses nicht oder würde sich nur auf die Vergangenheit beziehen. Eine ausreichende soziale Sicherung im Falle der Arbeitslosigkeit sowie die Absicherung im Krankheits- oder Pflegefall und für das Alter sind unverzichtbar. „Doch ist diese ausreichend? Wie weit liegen Glanz und Elend bei Ihnen zusammen?“ wandte sich Gitta Connemann MdB in ihrer Eingangsfrage an Hans-Werner Meyer. Dieser stellte dar, dass nur wenige Schauspielerinnen und Schauspieler hohe Gagen oder solche bekämen, die zum Leben reichen würden. Er betonte, dass Schauspieler vielfach auch sehr geringe Gagen annehmen müssten, um überhaupt im Geschäft bleiben zu können. Schauspieler würden für ihre Arbeit eine einmalige Vergütung erhalten – das Produkt allerdings könne unendlich oft gezeigt werden. An der weiteren Verwertung „ihres“ Produktes würden die Schauspieler dann nicht mehr beteiligt werden. Zudem würden die Schauspieler durch das soziale Netz fallen. Sie hätten schon früh bei Arbeitslosigkeit kaum ALG I erhalten. Durch die Verkürzung der Rahmenfrist für den Bezug von ALG I hätte sich die Situation unerträglich verschlechtert. Ein Schauspieler müsste zudem acht Hauptrollen oder drei Hauptrollen in Serienproduktionen in einem Jahr annehmen und abfilmen. „Dies ist schlichtweg nicht möglich. Würde ein Schauspieler dieses Pensum überhaupt schaffen, wäre er

reif für die Frührente, jedoch nicht für ALG I“ führte Meyer aus. Die Schauspieler müssten somit in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, hätten aber im Falle der Arbeitslosigkeit keinen Anspruch auf die Auszahlung von Arbeitslosengeld. Weiter führe das heutige System zum Problem der Altersarmut: „Schauspieler sind im Alter arm!“, verdeutlichte Meyer die Situation. Er forderte: „Flexible Beschäftigungsverhältnisse sind unser Heute und unsere Zukunft – die Politik muss sich hierauf einstellen und ihre Hausaufgaben machen!“ Dazu forderte er eine Umstellung auf das sogenannte „Schweizer Modell“. Diese Forderung wurde von den anwesenden Schauspielerinnen und Schauspieler unterstützt. Nach diesem Modell könnte die ermittelte Beitragszeit für die ersten dreißig Kalendertage eines befristeten Arbeitsverhältnisses verdoppelt werden, so dass es auch in Kulturberufen möglich werde, ALG I zu erhalten.

„Glanz und Elend liegen wahrlich dicht beieinander“, nahm Sabine Schlüter die Eingangsfrage von Gitta Connemann MdB auf. Die Künstlersozialkasse vertritt ca. 160 000 Versicherte. Die Künstlersozialversicherung wurde 1983 zur sozialen Absicherung der Künstler und Kulturschaffenden geschaffen. Es bestehe eine Pflichtversicherung, die selbstständig Kulturschaffende mit Arbeitnehmern gesetzgeberisch gleichstelle. Die Komplexität der unterschiedlichen Berufe (darstellende Kunst, Journalistik, Presse,

etc.) stelle hohe Anforderungen an die Künstlersozialkasse. „Im Rahmen der derzeitigen sozialen Sicherungssysteme hat sich die Künstlersozialversicherung bewährt und ist zu stärken“ untermauerte Gitta Connemann MdB die Eingangsworte von Frau Schlüter.

Als einen Kompass für die nächsten kulturpolitischen Jahre benannte Olaf Zimmermann den Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Dieser enthielte die erforderlichen Aussagen für die Stärkung und Sicherung der sozialen Lage von Künstlern und Kulturschaffenden. Insbesondere habe sich das System der Künstlersozialversicherung als unabdingbar bewährt und dürfe insoweit nicht in Frage gestellt werden. Die Finanzierung dieser sei allerdings schwer angeschlagen, da zu wenig Verwerter in die KSK einzahlen würden. Insoweit zeigt die Novellierung des letzten Jahres gute Erfolge. Immerhin konnte der Abgabensatz zum 1.1.2008 auf 4,8% gesenkt werden. Die Korb II Reformen des Urheberrechtes in der Informationsgesellschaft seien ein gutes und sinnvolles Signal gewesen, da heutzutage genauer hingeschaut werde, wer einzahle und wer einzahlen müsse. „Unser System der Künstlersozialversicherung ist ein europaweites Erfolgsmodell. Wir müssen eisenhart bleiben, um die Künstlersozialkasse weiter am Leben halten zu können“ stellte Zimmermann abschließend fest.

Auf die Frage an Professor Güttler, ob Bach und Händel mit



der derzeitigen Form der sozialen Lage von Künstlern und Kulturschaffenden einverstanden wären, stellte der Solist fest: „Der Schutz für Kreative ist in bedenklicher Schieflage.“ Zu Zeiten Händels und Bachs hätte es faire Regelungen gegeben, heutzutage sähe die Verwertung von Musik aber anders aus: Statt Kartenkauf und einmaligen Zuhörvergnügen im Opern- oder Theaterhaus könne man das Produkt über CD, mp3s und weitere digitale Tonträger unzählige Male abspielen – und vervielfältigen. Die Möglichkeit, eine Aufnahme zu kontrollieren und den Verkauf bzw. die Weiter- und Reproduktion zu steuern sei heute unmöglich. Die Schieflage entstehe dann, wenn es von einer Originaleinspielung 3-4 mal so viele gefälschte wie Originalkopien auf dem Markt gäbe. Der Diebstahl von geistigem Eigentum dürfe nicht ungesühnt bleiben. Ludwig Güttler fordert daher klare Regelungen innerhalb der Urheberrechtspolitik. Diese müsse festlegen, was Recht und was Unrecht sei. Einig zeigten sich alle Podiumsteilnehmer in der Frage nach der grundsätzlichen Berechtigung von Verwertungsgesellschaften. Diese würden eine unverzichtbare Rolle für die Verbesserung der sozialen Lage von Künstlern und Kulturschaffenden darstellen. Zusammenfassend formulierte er seinen Wunsch, dass Kulturpolitik nicht als Ausgabenpolitik, sondern als Investition für die Zukunft gesehen werde.

Dr. Harald Heker knüpft an die Worte Ludwig Güttlers an: Er fordert eine gesellschaftliche

Diskussion über den Wert der Kreativität. Der Vorstandsvorsitzende der GEMA betonte, dass die Rechte des einzelnen Urhebers gestärkt werden müssten. Dies werde der GEMA als Verwertungsgesellschaft jedoch immer schwieriger gemacht. Die Erlöse der Verwertungsgesellschaften hätten sich in den letzten Jahren verringert – insbesondere mit Blick auf das Online-Zeitalter sprach er von einer dramatischen Verschärfung der finanziellen Ausstattung der GEMA und warnte vor einer Fortsetzung dieses Trends auch in den nächsten Jahren. Dies führte er zum einen auf einen fehlenden Rechtsrahmen zurück, der die heutigen Marktgesetze berücksichtige, und zum anderen auf das anhängende Kartellverfahren der EU-Kommission gegen die Verwertungsgesellschaften, das Gegenseitigkeitsverträge untersage. In diesem Fall wäre die GEMA dann nur noch in der Lage, die Anteile der Mitglieder, nicht aber das Weltrepertoire zu vermarkten. Darüber hinaus fehle es an einem Rechtsrahmen im Online-Bereich. Sein Wunsch wäre ein sicherer und gesicherter Rechtsrahmen in Deutschland und Europa, in dem sich Kreativität lohne.

Ole Seelenmeyer kritisierte in seiner Stellungnahme die Praxis der GEMA. Als Repräsentant des Deutschen Rock&Popmusikerverbandes vertrete er semi-professionelle Musiker, die als Mitglieder der GEMA zwar zahlen müssten, aber kein Stimmrecht in den GEMA-Sitzungen hätten. Auch auf die Situation

der Musiker aus den neuen Ländern würde dies zutreffen. Es sei schwierig, hier ordentliches Mitglied der GEMA zu werden. Eine grundlegende Änderung der GEMA wäre aus seiner Sicht angebracht.

Die anschließende Diskussion wurde von dem anwesenden breiten Fachpublikum begeistert aufgenommen. Einig waren sich alle Beteiligten, dass das soziale Netz so gestrickt werden müsse, dass Künstler und Kulturschaffende in Deutschland in der Lage seien, ihren Beruf so auszuüben, dass sie davon jetzt und im Alter leben könnten. Die Rahmenbedingungen des Kulturbereichs müssten auf die geänderten Umwelt- und Arbeitsbedingungen angepasst werden.

Eine Restrukturierung der Kulturlandschaft sei politisch möglich – doch nur mit der nachhaltigen Unterstützung aller Kulturschaffenden durchsetzbar. Gitta Connemann MdB fordert in ihren Abschlussworten insbesondere die Unterstützung der Kulturschaffenden ein: „Nehmen Sie den Dialog mit uns auf – führen wir ihn gemeinsam weiter“.

WERKSTATT IV: Kultur - nur noch für eine Elite?

Bericht aus der Werkstatt IV
(Prof. Monika Grütters, MdB)

„Kultur – nur noch für eine Elite?“ lautete der provokante Titel des Werkstattgespräches, das Prof. Monika Grütters, MdB, auf dem Ersten Kultursalon der CDU/CSU-Fraktion moderierte.



Ihre Podiumsgäste waren Prof. Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (CDU), Prof. Dr. Peter Mussbach, Intendant der Staatsoper Unter den Linden, Stephan Märki, Generalintendant des Deutschen Nationaltheaters Weimar, Michael Grosse, Generalintendant der Schleswig-Holsteinischen Landestheater / Sinfonieorchester GmbH und Silke Fischer, Direktorin des Deutschen Zentrums für Märchenkultur, Märchenland e.V.

Lediglich 1,8 Prozent aller öffentlichen Haushalte fließen in die Kulturförderung in Deutschland. Gemessen an der großartigen Wirkung, die Kunst und Kultur in unserer und für unsere Gesellschaft entfalten, ein geringer Aufwand, meinte Monika Grütters in ihrem Eingangsstatement. So sei die Theater- und Orchesterlandschaft Deutschlands in ihrer Dichte und Vielfalt nach wie vor weltweit einzigartig. Diesen kulturellen Reichtum unseres Landes, der sich auch auf andere Kunst- und Kulturfelder erstreckt, gelte es zu pflegen und allen Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen. Er sei eine Basis zeitgenössischer, künstlerischer Ausdruckformen und prägend für unsere Wertvorstellungen und unser Selbstverständnis. Das durchaus große Interesse an tradierten Kulturangeboten werde u.a. in den Auslastungszahlen der deutschen Bühnen deutlich. Ist es also wirklich nur eine Elite, ein vorwiegend älteres, bürgerliches und wohlhabendes Publikum, das die Reihen füllt?

Auf die Frage, wer in ihre Vorstellungen käme, präsentierten die Intendanten verblüffende Zahlen. Gut 30 Prozent der Zuschauer der Schleswig-Holsteinischen Landesbühne seien jünger als 18 Jahre. Durch zahlreiche Schulklassenbesuche seien knapp 50 Prozent der Besucher des Weimarer Nationaltheaters keine 30 Jahre alt. Ein Fünftel des Staatsopernpublikums bewege sich in der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren. Die Angaben dieser Häuser spiegelten allerdings nicht die allgemeine Besucherstruktur in ihrem Land wider, wandte Ministerin Wanka ein. In Brandenburg sei das Gros des Publikums überwiegend älter. Michael Grosse gab zu bedenken, dass gerade dieses Stamm- und Abo-Publikum als sichere Einnahme den Häusern künstlerische Experimente und neue, innovative Angebote erst möglich mache.

Einig waren sich die Teilnehmer über die Relevanz kultureller Bildung. Die Kunst- und Kulturrepräsentanten sahen sich alle in der Verantwortung, daran mitzuwirken, nicht um den Bühnen auch zukünftig ein Publikum zu sichern, sondern als Beitrag zu gesellschaftlicher und individueller Entwicklung.

In Zeiten, in denen traditionelle Orientierungen mehr und mehr verloren gingen, müsse das Vergangene, unsere Kulturtradition gepflegt und bewusst gehalten werden, so Peter Mussbach. Eigene kulturelle und künstlerische Erfahrungen beschrieb er als einen Innenraum, der bei der Bewertung vielfälti-

ger neuer äußerer Einflüsse helfe. Nur so entstehe auch immer wieder Spielraum für Neues, Innovatives in der Kultur.

Stephan Märki bezeichnete das Theater als Instrument der Welterkenntnis. Als Intendant einer öffentlich finanzierten Kulturinstitution betrachte er es als seine Verpflichtung, jeden daran teilhaben zu lassen und einen Zugang zu dieser Kunstform zu vermitteln. Das Theater sei ein Kunstraum, dessen Anspruch auch darin bestehe, die Gesellschaft mit ihren Schwächen und Missständen abzubilden. Der Künstler muss vor Ort gehen, sehen, was in der Gesellschaft los ist, und das künstlerisch umsetzen, so auch Peter Mussbach. Dazu würden an allen drei vertretenen Häusern zahlreiche Angebote für Kinder- und Jugendliche unterbreitet, die versuchen, das Umfeld der Kinder auf die Bühne zu bringen, sie aber auch an klassische Kulturtraditionen heranzuführen.

Auf die Frage an Johanna Wanka, wie ihr Land die kulturelle Bildung fördere, verwies die Ministerin darauf, dass Brandenburg als einziges Bundesland ein Musikschulgesetz habe, das die Landkreise verpflichtet, die bestehende, sehr gute Infrastruktur zu erhalten.

Der Erfolg und das Interesse an kultureller Bildung werden allein daran deutlich, dass die Zahl der Musikschüler leicht gestiegen sei, obwohl die demografische Entwicklung in einigen Regionen bereits zu 50 Prozent weniger Kindern geführt hätte.



Silke Fischer konnte das große Interesse für das sehr junge Publikum, an das sich die Angebote von Märchenland e.V. richten, nur bestätigen. Die Veranstaltungen des Märchenland e.V. seien alle ausverkauft. Ihre Beobachtung sei jedoch, dass es vielen Kindern gerade mit Migrationshintergrund an Ausdrucksvermögen für ihre Gefühle und Gedanken fehle. Die erste Basiskompetenz noch vor Lesen und Schreiben, das Zuhören, erleben diese Kinder in den Märchenstunden zum ersten Mal. Bei ihren mittlerweile bundesweit nachgefragten Veranstaltungsangeboten von Märchenland funktioniere die Kooperation mit den Schulen hervorragend.

Ein Publikumsstatement machte abschließend deutlich, dass der Erfolg kultureller Bildung nicht nur vom Erreichen der Kinder und Jugendlichen mit entsprechenden Angeboten abhängig sei, sondern ganz entscheidend auch eine Frage der Pädagogenausbildung.

Hier seien die Länder gefordert, gestand Ministerin Wanka ein. Der Bund unterstütze aber im Rahmen der Möglichkeiten der föderalen Kompetenzverteilung zahlreiche Projekte mit finanzieller Beteiligung. So werde das bundesweit derzeit bekannteste Projekt in Nordrhein-Westfalen „Jedem Kind ein Instrument“ mit insgesamt 10 Millionen Euro aus dem Haushalt von Kulturstaatsminister Bernd Neumann gefördert, verwies Monika Grütters zum Schluss.

Kulturelle Vielfalt

UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt muss auch für EU gelten

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding
(28. Februar 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, Rita Pawelski, MdB)

Die Abgeordneten von CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages betrachten die „UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ als für die EU-Kommission bindend. In einem Brief an die EU-Kommissarin Reding betonen die Obleute von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass das Ziel der Förderung der kulturellen Vielfalt auch für das Gemeinschaftsrecht gelten muss. Die besondere Rolle von Verwertungsgesellschaften bei der Bewahrung und Förderung kultureller Vielfalt soll bei den weiteren Beratungen über kreative Online-Inhalte im Binnenmarkt zwingend Berücksichtigung finden.

Mit dem Brief nehmen die Parlamentarier zum Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Mitteilung „Kreative Online-Inhalte im Binnenmarkt“ Stellung. Die Kommission hatte die Akteure aus dem Kulturbereich und der Kultur- und Medienpolitik in der EU aufgefordert, einen Fragenkatalog zu der Mitteilung zu beantworten. Der Kultur- und Medienausschuss des Deutschen

Bundestags hat sich mit der Mitteilung befasst und so zum Ausdruck gebracht, dass er eine Zuständigkeit für diese Fragen bei den nationalen Parlamenten sieht.

Die Obleute gehen in ihrem Schreiben an Kommissarin Reding auf die Themen Verwaltung digitaler Rechte, Gebietsübergreifende Lizenzierung kreativer Online-Inhalte sowie Legale Angebote und Piraterie ein. Sie weisen auf die Vorteile einer kollektiven Vertretung von Urheberrechten durch Verwertungsgesellschaften auch im digitalen Bereich hin und auf deren wichtige kultur- und gesellschaftspolitische Aufgaben, mit denen diese zur Förderung der kulturellen Vielfalt in der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten beitragen.

Museen

Boom bei Deutschlands Museen

31. Internationaler Museumstag am 18. Mai 2008
(16. Mai 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB)

Die Fußball-Bundesliga kann jährlich ca. 10 Millionen Zuschauer verzeichnen. Deutschlands Museen jedoch verzeichnen jährlich über 100 Millionen Besuche. Ein großartiger Beweis für die kulturelle Aufgeschlossenheit unserer Bürger. ... Die Vielzahl und die einzigartige Vielfältigkeit der Museen sind unmittelbarer Ausdruck des kulturellen Reichtums in Deutschland. Nicht nur in den Städten, auch im ländlichen Raum sind flächendeckend Museen vorhanden.



den. In öffentlicher Trägerschaft befinden sich ca. 56 Prozent der Museen, 41 Prozent werden von Privatpersonen, Vereinen oder Firmen getragen. Die Sicherung des reichen und ausdifferenzierten Museumsangebots bleibt ... eine unverändert dringliche Herkulesaufgabe. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat dazu im Dezember 2007 wegweisende Handlungsempfehlungen abgegeben. Diese reichen von der verstärkten Digitalisierung der Sammlungsbestände bis zu verbesserten konservatorischen Bedingungen. Auch sind die Träger der Museen aufgerufen, darüber nachzudenken, ob veränderte Rechtsformen geeignet sind. Bund und Länder sollten prüfen, ob die Tilgung von Erbschaftssteuerschulden mithilfe von Kunstwerken erleichtert werden kann.

Ostdeutsche Kulturförderung (§ 96 BVFG)

Klare, neue Akzente in der Kulturförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz
Mittel im Bundeshaushalt nach Jahren rot-grüner Streichkonzerte wieder angehoben
(17. März 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, Reinhard Grindel, MdB)

Die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz ist und bleibt ein wichtiges kulturpolitisches Handlungsfeld. Wir begrüßen, dass die Mittel im Bundeshaushalt nach Jahren rot-

grüner Streichkonzerte wieder angehoben worden sind. Während es allerdings in den Jahrzehnten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes 1953 in erster Linie um die erfolgreiche Integration von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in Deutschland ging, werden nun neue klare Akzente gesetzt. Der Beitritt unserer Nachbarländer aus Ost- und Mitteleuropa zur Europäischen Union 2004 bietet die einzigartige Gelegenheit, bei der Kulturförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn zu intensivieren. Miteinander, nicht gegeneinander ist die Devise. Diesem Grundsatz fühlen sich die in der Kulturarbeit Aktiven im Bereich der Vertriebenenarbeit auch verpflichtet.

Damit wird nicht nur das kulturelle Erbe der Vertriebenen und Flüchtlinge in ihren ehemaligen Heimatgebieten erhalten, sondern auch die Aussöhnung weiter vorangetrieben. Zu nennen sind als Bereiche der internationalen Kooperation insbesondere: Eine kulturelle Breitenarbeit, die sich mit Seminaren oder Publikationen an die Erlebnisgeneration, aber vor allem auch die jungen Menschen wendet, die Vernetzung der geförderten wissenschaftlichen Institutionen mit ihren Partnereinrichtungen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa oder die Zusammenarbeit bei der Restaurierung von Kulturdenkmälern vor Ort.

Raubkunst

Deutschland steht zu seiner moralischen Verantwortung, auch mehr als 60 Jahre nach Kriegsende Kulturgüter zu suchen und zurückzugeben
(21. Februar 2008; Rede zum Umgang mit NS-Raubkunst: Prof. Monika Grütters, MdB)

Wir sprechen heute zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode im Plenum des Deutschen Bundestages über Fragen der Restitution, das heißt über den Umgang mit NS-Raubkunst. Ich meine, das ist ein gutes Signal.

Wir, das Parlament, stellen uns dieser Problematik. Nicht nur wir tun das, sondern auch auf der Regierungsebene ist so viel passiert wie in keiner Vorgängerregierung ...

Ausgangspunkt der erneuten und aktuellen Debatte ist übrigens nicht das zehnjährige Jubiläum der Washingtoner Konferenz, sondern die umstrittene Rückgabe des Kirchner-Gemäldes „Berliner Straßenszene“ durch den Berliner Senat.

Es war dieser Fall, der Zweifel an der gängigen Restitutionspraxis aufgeworfen hat, vor allen Dingen deshalb, weil der Berliner Senat ihn so unglaublich schlecht gehandhabt hat. Unabhängig von dem Ergebnis dieses einzelnen Vorgangs ist das deshalb traurig, weil er so viele erfolgreiche Restitutionsvorgänge negativ überschattet. Denn schließlich ist die einvernehmliche Restitution ... gängige Praxis.

Was ist erreicht worden? Deutschland hat ... nicht nur 1998 an der Konferenz teilge-



nommen und die Washingtoner Erklärung unterzeichnet, sondern auch eine Gemeinsame Erklärung zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes verabschiedet. Zu Recht wurde die Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Magdeburg und die Erarbeitung einer Handreichung erwähnt. Doch zeigt jener Fall Kirchner, wie heikel diese Vorgänge sind und wie schwer es ist, generell verbindliche Regeln zu empfehlen.

Obwohl es sich bei derartigen Vorgängen primär um Aufgaben der Länder handelt, hat sich Kulturstaatsminister Neumann entschlossen, bundesseitig Verantwortung zu übernehmen ... und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der unter anderem Vertreter aus Bund, Ländern, Kommunen und der KMK sowie von Museen und der Koordinierungsstelle in Magdeburg ... angehören. Es waren diese Experten, die sich mit den vorhandenen Papieren und Instrumenten auseinandergesetzt haben. Ich finde, das Ergebnis ist in mehrfacher Hinsicht eindrucksvoll (und) ... es beantwortet Ihre Frage nach der Einberufung einer möglichen Washingtoner Folgekonferenz oder aber – das ist wirklich ein Unterschied – einer Konferenz in Bezug auf Kunstwerke in Deutschland.

Weder der Wortlaut noch der Geist der Washingtoner Erklärung stehen hier zur Debatte. Deutschland steht zu seiner moralischen Verantwortung, auch mehr als 60 Jahre nach Kriegsende Kulturgüter zu suchen und zurückzugeben.

Einigkeit besteht auch dar-

über, dass die Gemeinsame Erklärung unverändert bestehen bleibt. Lediglich die Handreichung aus dem Jahr 2001 wurde redaktionell überarbeitet, aber ohne die Substanz zur Disposition zu stellen. So wird zum Beispiel die Beweislast nicht infrage gestellt. Sie liegt nicht bei den Opfern und deren Nachfahren. Auch Verjährungs- und Ausschlussfristen wird es ... in Deutschland nicht geben, weil dies unserer moralischen Verantwortung nicht gerecht würde; denn Unrecht wie dieses kann nicht verjähren.

Im Ergebnis der Initiativen Neumanns ist eine zentrale Arbeits- und Geschäftsstelle Provenienzrecherche ... eingerichtet worden. ...

Richtig ist, dass sie beim Institut für Museumsforschung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz angesiedelt ist. ... 1 Million Euro kommen vom Bund und 200 000 Euro von der Kulturstiftung der Länder. Die tun also sehr wohl etwas dafür. Wichtig ist, dass vor allen Dingen kleinen Museen geholfen wird, die häufig mit den Forschungsaufgaben überfordert sind, weil sie ähnlich wie die großen nicht nur auf Forderungen reagieren, sondern unaufgefordert zur Aufklärung beitragen möchten. Ich empfinde die Zweifel an den Museen häufig als unberechtigt.

Was wäre noch zu tun? ... (A)lle anderen Fragen, die 1998 in Washington zur Debatte standen – der Umgang mit Raubgold, entzogene Versicherungswerte, enteignete Grundstücke oder die sogenannte Holocaust-Erziehung –, liegen weder in der

Zuständigkeit des Staatsministers für Kultur noch in der Zuständigkeit des Kulturausschusses. Diese Aufgaben sind unter der jetzigen Regierung sehr offensiv und zielgerichtet bearbeitet worden.

Es geht nicht um eine grundsätzliche Hinterfragung der Substanz der Washingtoner Erklärung und der Gemeinsamen Erklärung sowie ihres moralischen Gehalts. Vielmehr muss der Gedankenaustausch zwischen den betroffenen Akteuren über die nunmehr startende Provenienzrecherche, die mit immerhin 1,2 Millionen Euro ausgestattet ist, und über konkrete Fragen der Restitutionspraxis – die sind viel heikler als die Grundfragen – intensiviert werden. Vor allen Dingen, das hat der unglückliche Fall Kirchner gezeigt.

Wir unterstützen die Einrichtung einer großen Fachkonferenz, die die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit der bei ihr neu geschaffenen Arbeitsstelle Provenienzrecherche plant. (Ich finde es falsch, diese Ansätze schlechtzureden, ehe sie überhaupt in die Praxis umgesetzt wurden... Die internationale Beteiligung an dieser Fachkonferenz muss gegeben sein und ... das Hauptaugenmerk auf die aktive Recherche und Forschung im Hinblick auf NS-Raubkunst gerichtet werden ...



Schlossneubau

Teure Eskapaden beim Schlossneubau nicht möglich Einhaltung der verbindlichen Kostenobergrenze in Höhe von 552 Millionen Euro ist sicherzustellen

(13. Dezember 2007; Erklärung: Steffen Kampeter, MdB; [Auszug])

... Die Haushälter der Koalition haben in intensiven Verhandlungen beharrlich dafür gesorgt, dass Bundesminister Tiefensee nun einen eindeutigen Auftrag der Steuerzahler hat: Die Einhaltung der verbindlichen Kostenobergrenze in Höhe von 552 Millionen Euro für den Bau und die Ersteinrichtung des Schlosses ist durch ihn sicherzustellen. Kostenüberschreitungen sind innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets durch Einsparungen an anderer Stelle aufzufangen. Vor der Beauftragung der eigentlichen Planung wird der Haushaltsausschuss sich noch einmal mit einem aktualisierten Finanzierungskonzept nach Abschluss des Architektenwettbewerbs befassen und prüfen, ob Bundesminister Tiefensee tatsächlich alle Vorgaben des Deutschen Bundestages bei der Realisierung des Projektes berücksichtigt. Teure Eskapaden bei der Wiedererrichtung des Berliner Schlosses sind damit ausgeschlossen!

Im Rahmen des Finanzierungskonzeptes ist eine finanzielle Unterstützung der Rekonstruktion der historischen Fassaden durch Spenden privater Initiativen in Höhe von 80 Millionen Euro berücksichtigt. Die

Übernahme der politischen Bürgschaft für den Eingang der Spenden durch Bundesminister Tiefensee ... wird ausdrücklich begrüßt. Daher wird zur Realisierung des erwarteten Spendenaufkommens neben der intensiven Unterstützung entsprechender privater Initiativen durch die Bundesregierung insbesondere auch eine vertragliche Selbstverpflichtung des Landes Berlin für eine aktive Unterstützung der privaten Spendenfinanzierung der historischen Fassaden gefordert.

„Sichtbares Zeichen“

Endlich – Vertreibung und Flucht gewürdigt Signal zur vollständigen Aufarbeitung unserer Geschichte

(19. März 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB) *

Es ist zeitgeschichtlich notwendig, gesellschaftlich geboten und politisch klug, dass endlich ein fast ausgegrenztes Kapitel deutscher und europäischer Geschichte nach über 60 Jahren einen festen Standort in der Erinnerungskultur unseres Landes erhält. Zu lange mussten die Betroffenen von Flucht und Vertreibung auf eine Anerkennung in Würde warten...

Fast 14 Millionen Deutsche mussten als Folge der nationalsozialistischen Diktatur und des von ihr entfesselten Zweiten Weltkrieges ihre vertraute Heimat verlassen, verbunden mit zutiefst schmerzlichen und traumatischen Erfahrungen. Für etwa zwei Millionen Menschen

bedeuteten Flucht und Vertreibung den Tod.

Nach vielen Jahren der – ungerechtfertigten – Tabuisierung dieses Themas in der politischen Diskussion wird ... ein Signal zur vollständigen Aufarbeitung unserer Geschichte gesetzt: Das „Sichtbare Zeichen gegen Flucht und Vertreibung“ wird als Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum in Berlin entsprechend dem Koalitionsvertrag Erinnerung und Gedenken an das Jahrhundert der Vertreibungen und die damit einhergehenden leidvollen individuellen Schicksale wach halten und zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte und zur Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn beitragen. Zur Versachlichung des zum Teil brisanten Themas haben die beiden hervorragenden Ausstellungen des Bundes der Vertriebenen und des Hauses der Geschichte beigetragen. Gleichzeitig hat die Dokumentation des BdV deutlich gemacht, dass sie zur Aufarbeitung dieses Kapitels unserer Geschichte objektive und historisch zutreffende Beiträge geleistet haben und leisten können.

Flucht und Vertreibung der Deutschen werden den Schwerpunkt der Dauerausstellung bilden, anknüpfend an die erfolgreiche Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ des Hauses der Geschichte. Einbezogen werden aber auch andere Flucht- und Vertreibungssituationen in Europa im 20. Jahrhundert, darunter auch jene, die von deutscher Seite veranlasst wurden. Wechsellausstellungen werden Einzelaspekte der Thematik ver-



tiefen. Hierbei wird die Zusammenarbeit mit in der Kulturarbeit tätigen Einrichtungen der Vertriebenenverbände und dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität eine wesentliche Rolle spielen. Im Dokumentations- und Informationszentrum wird die wissenschaftliche Vertiefung der Thematik gefördert, in Kooperation mit einschlägigen Forschungseinrichtungen im In- und Ausland. Internationale Vernetzung und Austausch, grenzüberschreitende Zusammenarbeit – sie sind nicht nur für die sachgerechte Aufarbeitung des Themas notwendig, sondern Teil und Ziel der Aussöhnung mit unseren Nachbarn. ...

Sorben

Kulturarbeit der Sorben sichern

(8. Mai 2008; Erklärung Wolfgang Börnsen, MdB)

Die Sicherung der kulturellen Arbeit der sorbischen Minderheit ist der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein wichtiges Anliegen. Minderheitenförderung gehört unverzichtbar zum Erhalt der kulturellen Vielfalt unseres Landes. Das sorbische Volk mit seiner 1400-jährigen Geschichte trägt mit seiner Tradition und Kulturfestigkeit zu dieser Vielfalt bei. Daher setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachhaltig dafür ein, dass die Stiftung für das sorbische Volk in ihrer Arbeit gestützt und gestärkt wird.

Zwar gestalten sich zurzeit die Verhandlungen um das anste-

hende neue Finanzierungsabkommen für die sorbische Minderheit als nicht einfach, da sowohl Bedenken des Bundesrechnungshofes als auch Gegenäußerungen der Sorben ernst genommen werden müssen. Dennoch steht außer Frage, dass eine Lösung gefunden werden muss, die einer konstruktiven staatlichen Minderheitenförderung ebenso wie den Grundsätzen einer effektiven und zielgerichteten Arbeit der Stiftung für das Sorbische Volk entspricht.

Gemeinsam mit unserem haushaltspolitischen Sprecher Steffen Kampeter MdB, der sich immer für die Belange der sorbischen Minderheit eingesetzt hat und unserer engagierten sorbischen Kollegin Maria Michalk MdB werden wir daher alles daran setzen, diese Lösung zu finden. Darin sind wir uns mit unserem sozialdemokratischen Koalitionspartner einig.

Bundesmittel entsperrt

(9. Mai 2008; Erklärung Steffen Kampeter, MdB, und Petra Merkel, MdB, anlässlich der Einigung der Koalitionsfraktionen, die Bundesmittel für die Stiftung für das Sorbische Volk im Haushaltsausschuss zu entsperren)

Die Förderung der Sorben aus dem Bundeshaushalt wird für das laufende Jahr in voller Höhe fortgesetzt. Dies ist das Ergebnis der politischen Abstimmung zwischen Union und SPD im Haushaltsausschuss. Die Bundesregierung wird einen Entsperrungsantrag noch in diesen Tagen an das Parlament weiterleiten. Mit dieser Einigung wird

die Bundesregierung – vertreten durch Kulturstaatsminister Bernd Neumann – beauftragt, die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Parlament gemeinsam mit den Sorben und den betroffenen Bundesländern in den nächsten Jahren fortzuentwickeln. Die Sächsische Staatsregierung hat sich bereit erklärt, zusätzliche Mittel für die Förderung der Sorbischen Minderheit bereit zu stellen, um so diesen Prozess zu begleiten. Die Bemühungen der Haushaltspolitiker haben damit einen Reformprozess angestoßen, der noch vor wenigen Monaten unwahrscheinlich erschien. Die Sorben sind aufgerufen, sich konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wird sich am 4. Juni 2008 mit dem Entsperrungsantrag befassen. Wir werben auch bei den anderen Fraktionen für die Unterstützung des Reformprozesses bei der Förderung der Sorbischen Volksgruppe.

Soziale Absicherung

Künstlersozialversicherung unverzichtbar

25 Jahre im Dienst der Kreativen

(5. Mai 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, Gitta Connemann, MdB)

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag gratuliert der Künstlersozialversicherung und der Künstlersozialkasse zum 25-jährigen Bestehen, ein Beispiel für eine konsequente Kulturförderung in Deutschland. Denn



ohne Künstler und Kreative gäbe es keine zeitgenössische Kunst und Kultur in Deutschland.

Daher bekennen wir uns zum Fortbestand der Künstlersozialversicherung. Allen Versuchen, sie grundsätzlich in Frage zu stellen, erteilen wir eine Absage.

Die Große Koalition hat bereits mit der 3. KSVG-Novelle (12. Juni 2007) eine Stabilisierung der Künstlersozialversicherung erreicht. Diese hatte das Ziel, die Höhe der Künstlersozialabgabe zu festigen bzw. zu vermindern und damit die Abgabelast für alle betroffenen Unternehmen zu begrenzen. Der Erfolg gibt uns Recht: Der Abgabesatz konnte zum 1. Januar 2008 schon auf 4,9 Prozent gesenkt werden.

Aber wir sehen weiteren Handlungsbedarf. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat dazu vielfältige Handlungsempfehlungen gegeben, deren Umsetzung sorgfältig geprüft werden muss. Es besteht aber kein Zeitdruck. Mit einer Ausnahme: Durch die verstärkte Prüftätigkeit der Deutschen Rentenversicherung werden Künstler und Publizisten von Verwertern zunehmend gedrängt, GmbHs zu gründen. Hier muss zeitnah eine Lösung gefunden werden.

Die Union setzt sich auf vielen Feldern für die soziale Sicherung der Künstler ein. Schon vor der Agenda 2010 hatten viele Schauspieler und Filmschaffende keine Chance, Arbeitslosengeld I zu beziehen. Denn die Anspruchsvoraussetzung, in 3 Jahren 12 Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet zu ha-

ben, wurde nicht erfüllt. Diese Lage hat sich verschärft. Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit geraumer Zeit beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales dafür ein, eine spezifische gesetzliche Ausnahmeregelung für die Versicherten der Kulturberufe zu finden (sog. Schweizer Modell) ...

Wir setzen uns für eine spezifische gesetzliche Ausnahmeregelung für die Versicherten der Kulturberufe ein

(19. Juni 2008; Rede: Gitta Connemann, MdB, zur sozialen Absicherung von Künstlern)

1930 warnte der Reichsbund Deutscher Kunstschüler vor den Risiken, den Beruf des Künstlers ergreifen zu wollen: „Der Künstlerberuf hat für den Fernstehenden etwas Verlockendes. ... Doch abgesehen von seltenen Ausnahmen gestaltet er sich in Wahrheit anders: Mühevoll, aneignend des handwerklichen Könnens, Ringen mit der eigenen Begabung, Kampf gegen starke Konkurrenz, ... Verknennung und Verständnislosigkeit beim Publikum, Schwierigkeiten und Entbehrungen aller Art, allmähliches Herabsinken ins Künstlerelend, Berufswechsel oder Übernahme von minderwertiger Arbeit, nur um das Leben zu fristen: solche Wirklichkeit bietet nichts Verlockendes.“ An diesem Befund hat sich – relativ gesehen – bis heute leider nicht alles geändert. Zwar gibt es inzwischen mit der Künstlersozialversicherung eine weltweit einmalige soziale Sicherung für

selbstständige Künstler und Publizisten. Aber der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zeigt auch, dass die Einkommenssituation von Künstlerinnen und Künstlern nach wie vor besorgniserregend ist.

Dennoch ließen und lassen sich Künstlerinnen und Künstler nicht schrecken. Denn sie fühlen sich berufen – zu schauspielern, zu musizieren, zu tanzen. Glücklicherweise! Künstlerinnen und Künstler sind nämlich das Fundament unseres einzigartigen kulturellen Lebens in Deutschland. Ohne ihre Werke, ohne ihre Ausübung gäbe es dieses nicht oder würde sich nur noch auf die Vergangenheit beziehen. Es ist deshalb unverzichtbar, für ihre ausreichende soziale Sicherung zu sorgen – auch im Fall der Arbeitslosigkeit von abhängig Beschäftigten in Kulturberufen.

Schon vor der Agenda 2010 hatten viele von diesen keine Chance, Arbeitslosengeld I zu beziehen. Denn die Anspruchsvoraussetzung, in drei Jahren zwölf Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet zu haben, wurde nicht erfüllt. Diese Situation hat sich durch die 2003 beschlossene Verkürzung der Rahmenfrist verschärft. Seit 2006 muss jeder Arbeitnehmer nun in zwei Jahren diese sogenannte Anwartschaftszeit erfüllen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt diese besondere Situation der Versicherten in Kulturberufen zum Anlass, den vorliegenden Antrag vorzulegen. Danach sollen künftig geringere Beitragszeiten für alle, ich



betone, alle Arbeitnehmer zu einem Arbeitslosengeldanspruch führen. Zudem soll ein Anspruch auf eine Vermittlungspause eingeführt werden, während die Leistungsempfänger ausschließlich selbst für ihre Integration verantwortlich sein sollen. Diesen Antrag lehnen wir, die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ab. Denn er setzt zum einen für alle Arbeitnehmer den fehlerhaften Anreiz, Arbeitsverhältnisse zulasten der Beitragszahler möglichst kurz zu halten. Zum anderen widerspricht die Forderung nach Einführung einer Vermittlungspause dem Grundgedanken, Arbeitslosigkeit durch intensive Vermittlungsbemühungen möglichst zu vermeiden oder zu verkürzen. Schließlich steht der vorliegende Antrag in klarem Widerspruch zu einer Empfehlung, die von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages, also auch mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ verabschiedet worden ist: nämlich eine spezifische gesetzliche Ausnahmeregelung für Versicherte in Kulturberufen zu schaffen.

Denn bei den Versicherten in Kulturberufen handelt es sich um eine Berufsgruppe, die wegen der Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse mit keiner anderen zu vergleichen ist. Es handelt sich hier um ein spezifisches Problem, das spezifisch gelöst werden muss, und nicht als Anlass für eine grundsätzliche Änderung des Arbeitslosenversicherungsrechts zulasten der Beitragsgemeinschaft missbraucht werden darf. Künst-

ler und Kulturschaffende insbesondere im Film- und Fernsehbereich stehen regelmäßig nur in kurz befristeten Engagements bei ständig wechselnden Arbeitgebern. Kennzeichnend ist die Zweck-, nicht die Zeitbefristung: angestellt für eine Produktion, egal wie lange diese dauert. Diese Versicherten sind vielfältigen Unwägbarkeiten ausgesetzt, die das Fristende bestimmen – für sie unplanbar. ...

Diese besondere Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse hat schon in der Vergangenheit dazu geführt, dass Versicherte in Kulturberufen an vielen sozialen Errungenschaften kaum Anteil hatten und haben. ...

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit war in der Vergangenheit nahezu die einzige soziale Sicherung, die Halt zu versprechen schien, und Sicherheit gegen eine stete Existenzangst, geprägt von Fragen wie: Was kommt nach der nächsten Produktion? Wird das Telefon klingeln? Tatsächlich ist dies übrigens ein Schein. Denn für Künstler und Kulturschaffende, die regelmäßig in nur kurz befristeten Engagements bei ständig wechselnden Arbeitgebern stehen, ist es nahezu unmöglich, die Anwartschaftszeit von zwölf Monaten zu erfüllen. Dazu muss zum Beispiel ein Schauspieler entweder acht Hauptrollen in einer Filmproduktion oder aber zwei Hauptrollen in einer Serienproduktion spielen. Dies ist schon faktisch in zwei Jahren, aber auch in drei Jahren ausgeschlossen. Auch das tariflich abgesicherte Zeitkontenmodell reicht nicht aus, um die erforderlichen

Pflichtversicherungszeiten zu erreichen. Künstlerisch Tätige geraten damit in die Situation, zwar Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzuzahlen, aber häufig keine Leistungen aus dieser Versicherung zu erhalten. Die von der zentralen Bühne-, Film- und Fernsehvermittlung sowie von den Künstleragenturen erbrachten Leistungen für Unterstützung, Beratung und Vermittlung sowie für Mobilitätskosten entfallen dadurch ebenfalls.

Wir sehen die Not vieler Künstler. Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit geraumer Zeit dafür ein, eine spezifische gesetzliche Ausnahmeregelung für die Versicherten der Kulturberufe zu schaffen. Eine solche wurde von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ schon 2005 angemahnt. Die Kommission hat auch in ihrem Abschlussbericht im Dezember 2007 einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen, empfohlen, eine Sonderregelung für Kulturberufe mit wechselnden und befristeten Anstellungen entsprechend des sogenannten Schweizer Modells zu schaffen. Dieser Abschlussbericht ist von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages fraktionsübergreifend angenommen worden.

Denn bei den Versicherten in Kulturberufen handelt es sich um eine Berufsgruppe, die wegen der Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse mit keiner anderen zu vergleichen ist. Es handelt sich hier um ein



spezifisches Problem, das spezifisch gelöst werden muss. Hier bietet sich die Regelung in der Schweiz an, die sich dort seit vier Jahren praxiserprobt bewährt hat. Danach wäre die ermittelte Beitragszeit für die ersten 30 Kalendertage eines befristeten Arbeitsverhältnisses zu verdoppeln – übrigens nur die Beitragszeit, nicht die Beitragsbemessungsgrenze. Diese Regelung wäre für viele Künstler und Kulturschaffende weitaus günstiger als die alte Rahmenfristregelung, und es würden mit wirklich geringen finanziellen Auswirkungen für die Beitragsgemeinschaft die schlimmsten Verwerfungen beseitigt. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen.

Sprache

Internationaler Tag der Muttersprache

(20. Februar 2008; Erklärung: Peter Bleser, MdB, Gitta Connemann, MdB, Julia Klöckner, MdB, Erika Steinbach, MdB; [Auszug])

... Gegen Englisch ist grundsätzlich nichts einzuwenden, und den frühen Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen befürworten wir. Ein Blick in die tägliche Fernsehwerbung ist jedoch bezeichnend. Da wirbt eine renommierte deutsche Süßwarenfirmen für ein Pralinenprodukt mit den Worten „Time for Gold“, eine bekannte Kosmetikfirma fordert zum Erwerb einer „pro-age beauty bodylotion“ auf. In unseren Flughäfen und Bahnhöfen ist Deutsch zur Randsprache geworden. Sicherlich ist es sinn-

voll, Flug- und Fahrthhinweise auch in englischer Sprache anzubringen. Es kann aber nicht sein, dass vieles ausschließlich in Englisch beschriftet und beworben wird! ... Denn es gibt viele Menschen, die diese Begriffe nicht verstehen. Dabei handelt es sich nicht nur um Teile der älteren Generation, die in der Schule keinen oder kaum Englischunterricht hatten. Es trifft zunehmend auch Jüngere, die Verständnisprobleme haben. Der Schülerwettbewerb „Deutsch-Olympiade“ der Initiative Deutsche Sprache sowie der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder bietet hier einen guten Gegenpol. ... Junge Menschen lassen sich für unsere Sprache begeistern – dies sollte uns allen Ansporn sein.

Sprachenvielfalt für ein tolerantes Europa unerlässlich

(8. Juli 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB)

... In Europa sind neun Sprachen fast ganz ausgestorben, 26 weitere stark bedroht. Mit dem schleichenden Sprachentod gehen einher: kulturelle Verarmung, der Verlust traditionellen Wissens, der Kommunikation, der Identität überhaupt. Der Erhalt sprachlicher Vielfalt, der Schutz von Minderheiten- und Regionalsprachen muss daher auf der politischen Agenda eine wesentliche Rolle spielen.

Durch Gesetz vom 9. Juli 1998 hat der Deutsche Bundestag der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen zugestimmt. Deutschland hat

sich damit als eines der ersten Länder zum Schutz und zur Förderung seiner nationalen Regional- und Minderheitensprachen verpflichtet: Niederdeutsch, Sorbisch, Friesisch, Romanes und Dänisch. Ihre Pflege und Förderung obliegen zu allererst den Ländern, wobei Schleswig-Holstein als fünf-sprachiges Bundesland eine herausragende Vorreiterrolle einnimmt. Doch auch der Bund beteiligt sich intensiv an der Förderung von Minderheiten und Regionalsprachen: Im Jahre 2008 wurden dafür insgesamt von Seiten des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien rund 10 Millionen Euro aufgewendet, ein unverzichtbarer Beitrag der den Respekt vor unserer sprachlichen Vielfalt und den Trägern dieser Sprachen bezeugt.

Doch auch wenn vieles vertraglich und gesetzlich geregelt ist – Sprachgebrauch in Kindergärten und Schulen, in Gottesdiensten, in staatlichen und kommunalen Verlautbarungen, in den Medien, im Justizwesen und im Gesundheitsdienst – ,für das Überleben der Sprachen wird entscheidend sein, dass sie tatsächlich im Alltag gesprochen und weiterentwickelt werden. Die Übersetzung von Populärliteratur, wie der Asterix-Bände oder Harry Potter ins Plattdeutsche, ist ein wesentlicher Schritt, wieder Menschen für diese Sprache zu gewinnen.

Notwendig ist eine zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmte und ressortübergreifende Förderung der Kulturen der autochthonen Minderheiten. Z. B. ein bundesdeutscher



Theater- oder Literaturpreis, der die Kunst und Kultur der nationalen Minderheiten oder des Niederdeutschen würdigt. Dies würde auch die Ernsthaftigkeit der Politik unterstreichen, sich neben dem Erhalt des kulturellen Erbes auch für die übergeordnete Bedeutung der Bewahrung von Minderheitensprachen einzusetzen: Toleranz und Offenheit für andere Kulturen, innerstaatliche Verständigung und Integration. Die Vermittlerfunktion von Sprache zu stärken, ist in einem Europa der Regionen, das ethnische Ausgrenzung ablehnt, unerlässlich.

Übersetzer

Fondserhöhung garantiert literarische Vielfalt

(13. Juni 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, Gitta Connemann, MdB, Prof. Monika Grütters, MdB)

Der Stiftungsrat der Kulturstiftung des Bundes hat heute eine stufenweise Erhöhung der Mittel für den Deutschen Übersetzerfonds beschlossen. Wir begrüßen, dass damit einer Forderung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ entsprochen wird. Dank des Einsatzes von Staatsminister Bernd Neumann MdB wird die Ausstattung des Fonds 2010 auf 350 000, 2011 auf 440 000 Euro angehoben. Dadurch wird die Förderung von literarischen Übersetzungen durch den Bund deutlich verbessert. ...

Der Deutsche Übersetzerfonds ist eines der Instrumente der direkten Künstlerförderung des

Bundes. Dazu zählen außerdem der Fonds Soziokultur, der Fonds Darstellende Künste, der Deutsche Literaturfonds und die Stiftung Kunstfonds, die alle über den Haushalt der Kulturstiftung des Bundes durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Bernd Neumann gefördert werden.

UNESCO

Vorschlag: Bund-Länder-Kommission zum immateriellen Kulturerbe

(12. Juni 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB)

Mit der im Jahr 2003 von der UNESCO-Generalkonferenz verabschiedeten und am 20. April 2006 in Kraft getretenen Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes hat die UNESCO ein Programm geschaffen, das weltweit über Jahrhunderte überlieferte Traditionen und Fertigkeiten erhält. ... 88 Staaten sind bis Januar 2008 der Konvention beigetreten – Deutschland fehlt bislang, auch weil zahlreiche Fragen hinsichtlich der Zusammenarbeit oder auch der finanziellen Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern geklärt werden müssen. Daher sollte eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern gegründet werden, die sich mit diesen Fragen befasst und Lösungen aufzeigt. Deutschland sollte nicht wieder in den Fehler verfallen, die Ratifikation einer UNESCO-Konvention 30 Jahre lang hinaus zu schieben, wie bei der Konvention zum Kulturgutschutz. ...

Urheberrecht

Urheberrecht – Künstler-schutzrechte müssen erweitert werden

(19. Februar 2008; Erklärung: Wolfgang Börnsen, MdB, Dr. Günter Krings, MdB)

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt den Vorstoß von EU-Kommissar McCreevy, die Leistungsschutzrechte von ausübenden Künstlern wie Studiomusikern und Sängern zu verlängern. ... Bislang sind Musiker nur 50 Jahre lang nach der Erstveröffentlichung eines Tonträgers geschützt, was bei steigendem Lebensalter immer öfter nicht mehr ausreicht. Während in den USA die Künstler 95 Jahre lang Tantiemen für von ihnen aufgenommene Stücke erhalten, bricht vielen europäischen Musikern im Alter eine wichtige Einnahmequelle weg. Das trifft gerade auch anonyme Studiomusiker sehr hart.

Dem vom EU-Kommissar vorzulegenden Gesetzgebungsvorschlag müssen auch die Mitgliedsstaaten zustimmen. Die Union wird sich daher auch auf nationaler Ebene für eine Besserstellung der Musiker einsetzen. Die ist ein weiterer Baustein in der Verbesserung der Urheber- und Leistungsschutzrechte durch die unionsgeführte Bundesregierung. Dazu zählen der Zweite Korb der Urheberrechtsnovelle ebenso wie die Umsetzung der EU-Folgerechtsrichtlinie.



Union nimmt Künstler und Kreative ernst

Tag des geistigen Eigentums
(25. April 2008; Erklärung:
Wolfgang Börnsen, MdB,
Dr. Günter Krings, MdB)

Der Schutz geistigen Eigentums ist unbedingte Voraussetzung für kreatives Handeln in unserem Land. Daher müssen Künstler das Recht haben, gegen die illegale Verbreitung ihrer Werke einschreiten zu können. ... Die Koalition hat dieses Problem erkannt und deshalb Anfang April ein Gesetz zur Verbesserung und Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums verabschiedet. Darin wird unter anderem ein zivilrechtlicher Auskunftsanspruch implementiert, der es den Inhabern von Urheberrechten ermöglicht, vom Internetprovider den Namen des Raubkopierers herauszuverlangen. Damit ist eine jahrelange Unionsforderung Gesetz geworden. Es zeigt sich inzwischen, dass nicht nur die Musikindustrie Interesse an derartigen Ansprüchen hat, sondern auch betroffene Künstler diese fordern.

Doch an dieser Stelle kann man nicht stehen bleiben. Daher wird sich die Union, wie bereits in der Bundestagsdebatte angekündigt, intensiv mit zusätzlichen pragmatischen Lösungen auseinandersetzen, um geistiges Eigentum im Internet gegen Diebstahl wirksam zu schützen. Die beabsichtigten Maßnahmen in Frankreich und England können hier als Vorbild dienen.

Auskunftsanspruch muss sich jetzt in der Praxis bewähren

(Anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums;
Erklärungen: Dr. Jürgen Gehb,
MdB/Dr. Günter Krings, MdB)

Die Union konnte bei ihrem Hauptanliegen zur Ausgestaltung des zivilrechtlichen Auskunftsanspruchs wesentliche Veränderungen erreichen. Der Rechteinhaber wird diesen Anspruch nicht erst geltend machen können, wenn eine Rechtsverletzung im geschäftlichen Verkehr stattfindet, sondern wenn sie bereits den Umfang eines gewerblichen Ausmaßes erreicht. Das bedeutet, dass dieser Anspruch auch für den Bereich der illegalen Tauschbörsen Anwendung findet, der ansonsten außen vor geblieben wären, da grundsätzlich ohne Gewinnerzielungsabsicht gehandelt wird.

Gleichzeitig ist das gewerbliche Ausmaß im Gesetz näher definiert worden. Damit wird klargestellt, dass die Gewerblichkeit nicht nur ein quantitatives Element hat, sondern auch auf die Intensität und Qualität der Schädigung abstellt. Wenn also eine Person ein komplettes Musikalbum oder einen Film vor oder kurz nach seiner Veröffentlichung zum Download bereitstellt, greift der Auskunftsanspruch auch.

Die Problematik der zum Teil horrenden Anwaltsgebühren bei Abmahnungen bekommt das Gesetz ebenfalls in den Griff. Anwälte können in einfach ge-

lagerten Fällen erstmaliger privater Rechtsverletzung nur noch einen Betrag von 100 Euro ansetzen. Gleichzeitig stellt die Begründung der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses nun klar, in welchen konkreten Fällen eine einfach gelagerte Rechtsverletzung anzunehmen ist. Die enge Grenzziehung dieser Fälle stellt sicher, dass größere und gewerbliche Rechtsverletzer immer noch mit abschreckenden Gebühren zu rechnen haben.

Der neue Auskunftsanspruch wird in vielen Fällen den Umweg über die Strafanzeige entbehrlich machen. Gerade wegen verbleibender Lücken dieses Informationsanspruchs muss dem Urheber aber weiterhin die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung offenstehen. Daher beobachten wir mit Sorge, die Haltung einzelner Staatsanwaltschaften, bei derartigen Strafanzeigen grundsätzlich keine Ermittlungen mehr aufzunehmen. Wer es ernst meint mit dem Schutz des geistigen Eigentums, darf aber keine prinzipiell anderen Maßstäbe anlegen als bei Sachbeschädigungen oder anderen Eigentumsdelikten.

Welttag des geistigen Eigentums

(16. September 2008; Erklärung: Steffen Kampeter, MdB, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Dialogforums Musikwirtschaft der CDU Deutschlands)

Es ist begrüßenswert, dass die



Bundeskanzlerin Angela Merkel das Thema geistiges Eigentum zur Cheffinnen-Sache gemacht hat. Wichtig ist, dass sie dabei auch deutlich auf die enormen Schäden durch Internetpiraterie hingewiesen hat. Das Bekenntnis der Kanzlerin zum Schutz des geistigen Eigentums zeigt die Anerkennung der Leistungen und Aktivitäten des Kulturstaatsministers Bernd Neumann auf diesem Gebiet. Er ist den Schöpfern von geistigem Eigentum ein verlässlicher Partner, der sich für ihre Belange nachdrücklich einsetzt.

Auch das Bundeswirtschaftsministerium nimmt sich verstärkt den Branchen an, für die geistiges Eigentum die Grundlage ihres Geschäftsmodells ist. Es hat im Herbst vorigen Jahres eine Kreativwirtschaftsstrategie erarbeitet, die mit dem Beginn von Branchengesprächen nun erste Früchte trägt. In diesen Branchendialogen sollen die Anliegen der verschiedenen Zweige der Kreativwirtschaft zusammengefasst werden, um im Anschluss Handlungsoptionen zu erarbeiten. Am Ende dieses Prozesses wäre auch ein „Inhalte-Gipfel“ der Bundesregierung mit der Kreativwirtschaft vorstellbar.

Aus dem Bereich des BKM

Reden

(Auswahl; weitere Reden s. die Homepage BKM)

Rede von Staatsminister Bernd Neumann zur Eröffnung der Arbeitstagung „Kulturelle Bildung“

(21. November 2007; [Auszug])

... Das umfangreiche Angebot an Theater, klassischen Konzerten, Ausstellungen und Literatur in Deutschland darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich weite Teile der Bevölkerung davon nicht angesprochen fühlen. Teils fehlt es an Interesse, teils am richtigen Zugang. Fest steht aber, dass die Zukunft unserer Gesellschaft untrennbar mit der Frage nach kultureller Bildung – insbesondere junger Menschen – verbunden ist. Hier geht es um das Publikum und um die Künstler von heute und von morgen. Darum ist mir die heutige Tagung ein zentrales Anliegen. Denn kulturelle Bildung ist ein Feld, das sowohl für die individuelle Entwicklung jedes Einzelnen wie auch für die Zukunft unserer Gesellschaft von grundlegender Bedeutung ist ... Es gilt also, Menschen stärker an Kunst und Kultur heranzuführen, sie für Musik verschiedener Genres zu interessieren und für das Verständnis von Kunst, für Museen und Theater das notwendige Hintergrundwissen zu vermitteln. Kurz gesagt, mehr Menschen das kulturelle Erbe Deutschlands als einer europäisch gewachsenen Kulturnation zu erschließen und es damit zu bewahren. Das geht natürlich nicht von heute auf morgen. Wenn wir hier etwas bewegen

wollen, brauchen wir Beharrlichkeit und langen Atem. Im Fokus sollten dabei junge Menschen stehen. Das bedeutet zwingend, neue Wege der adressatengerechten Ansprache zu beschreiten. Oder anders gesagt: Unsere kulturellen Schätze müssen besser und aktiver vermittelt werden. Gerade die Kulturschaffenden sollten ein eigenes Interesse daran haben, kulturelle Bildung auf breiter Ebene zu fördern. Ihre Zukunft hängt langfristig davon ab, ob dies gelingt, oder ob kulturelle Angebote künftig nur noch von kleinen Eliten wahrgenommen werden. Natürlich weiß ich, dass kulturelle Bildung in Deutschland in erster Linie Aufgabe der Länder und Gemeinden ist. Daran wird sich auch nichts ändern. Der Bund empfindet aber hier auch nationale Verantwortung, denn es geht um die geistige Verfassung der Kulturnation Deutschland. Viele der vom Bund geförderten Einrichtungen und viele von ihm finanzierten bzw. mitfinanzierten Projekte widmen sich der kulturellen Bildung. Kulturelle Bildung hat im Übrigen auch mit der Aneignung von Kompetenzen im Bereich der elektronischen Medien zu tun wie auch mit unserer Erinnerungskultur. Es geht darum, die Rahmenbedingungen für kultu-



relle Bildung in Deutschland insgesamt zu verbessern. Das kann nur gemeinsam mit den Ländern und Kommunen gelingen. ...

Es gibt bundesweit bereits zahlreiche gute Ansätze und Modelle, wie junge Menschen an Kunst und Kultur herangeführt werden. In den Kultureinrichtungen passiert viel in diesem Bereich. Wir betreten also kein Neuland. Eine Bestandsaufnahme gibt uns aber die Chance, Defizite besser zu erkennen und gute Projekte bekannter zu machen. Angesichts der großen gesellschaftlichen Umwälzungen geht es darum, neue Wege der kulturellen Bildung und Vermittlung zu finden. Einzelne Einrichtungen allein sind hierbei oft überfordert. Sie schaffen es leichter, wenn sie eingebunden sind in ein Netzwerk, das sie stützt und ihnen Anregungen gibt.

Wenn wir nachhaltige Verbesserungen erzielen wollen, müssen wir mehr voneinander wissen: Von den Plänen, den Erfolgen, aber auch von den Problemen. Wir brauchen systematische Ansätze – und wir müssen unsere Kräfte bündeln. ... Wir möchten dazu beitragen, neue Wege zu beschreiten und der kulturellen Bildung einen zusätzlichen Schub zu geben. Dazu gehört auch die Zielsetzung, die Integration von Menschen, die bislang nicht zur üblichen Klientel kultureller Veranstaltungen zählen, zu forcieren.

Bei der kulturellen Vermittlungsarbeit für Kinder und Jugendliche fördert mein Haus etliche Projekte, von denen ich nur drei kurz skizzieren möchte.

Vielen von Ihnen dürfte die In-

itiative „Jedem Kind ein Instrument“ bekannt sein, das die Kulturstiftung des Bundes von 2007 bis 2010 mit 10 Millionen Euro fördert. Alle 200.000 Schülerinnen und Schüler der Grundschulen im Ruhrgebiet bekommen die Möglichkeit, ein Instrument ihrer Wahl zu erhalten und zu erlernen.

Lesen ist die wichtigste Kulturtechnik. Es ist bedrückend zu beobachten, wie die Lesefähigkeit und die Fertigkeit bei Jugendlichen zurück geht. Dort setzt das „Nationale Netzwerk Zeitungen und Zeitschriften in der Demokratie“ an. Mein Haus koordiniert den informellen Verbund aller bundesweit aktiven Verbände und Organisationen im Bereich Zeitungen und Zeitschriften.

Einen sicheren Internetauraum für Kinder zu schaffen und die Informationsflut zugunsten anspruchsvoller Angebote gezielt einzudämmen, ist das Ziel der Initiative „Ein Netz für Kinder“.

Sie wurde Anfang 2007 von meinem Haus in Zusammenarbeit dem Jugendministerium, den Ländern, zahlreichen staatlichen und gesellschaftlichen Gruppen sowie Unternehmen und Verbänden der Telekommunikations- und Medienwelt ins Leben gerufen. Dieses Projekt wird der Öffentlichkeit in der kommenden Woche im Bundeskanzleramt im Beisein der Bundeskanzlerin vorgestellt. ...

Rede von Kulturstaatsminister Bernd Neumann anlässlich des Festakts zum 25-jährigen Bestehen der Künstlersozialversicherung in der Akademie der Künste
(6. Mai 2008; [Auszug])

... (Seit) einem Vierteljahrhundert haben ... die Verantwortlichen des Bundes, der Bundesarbeitsminister und damals das Bundesinnenministerium, heute der Staatsminister für Kultur und Medien, die Verantwortung für die Künstlersozialversicherung. Es ist meine Überzeugung, dass sie eine unverzichtbare Einrichtung zum Wohle der Kulturschaffenden ist. Ich werde auch weiterhin alle Maßnahmen unterstützen, die zu ihrer Stabilisierung beitragen und sie zukunftsfest machen.

Dabei werden wir uns nicht beirren lassen von den mitunter vernommenen Klagen der Verwerterseite, die Abgabe sei eine Belastung. Wer kreative Leistungen nutzt, muss auch die Produzenten dieser Leistungen, die Künstlerinnen und Künstler, in ihrer Existenz sichern!

Es geht bei der Künstlersozialversicherung nicht nur um die individuelle Zukunftssicherung der Künstler, sondern auch um die Zukunftssicherung Deutschlands als Standort der Kreativ- und Kulturwirtschaft. Kreative Köpfe und künstlerisches Potenzial bleiben dort, wo sie die besten Arbeitsbedingungen finden. Die Künstlersozialversicherung gehört dazu.

Wir dürfen uns nichts vorma-



chen: noch immer sind viele Künstler in einer schwierigen sozialen Situation – besonders im Alter und bei Krankheit. Dieses wollen wir ändern. Die jüngste Novellierung der Künstler-sozialversicherung wird mit verbesserten Durchsetzungsmaßnahmen für eine größere Beitragsgerechtigkeit sorgen ... (Der) Anstieg der Beschäftigten- und auch der Umsatzzahlen in der Kultur- und Kreativwirtschaft darf uns nicht darüber hinweg täuschen, dass die wirtschaftliche Situation der meisten Kulturschaffenden prekär ist. Laut Schlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Kultur in Deutschland“ beträgt das durchschnittliche monatliche Einkommen von Musikern, Schauspielern und Bildende Künstlern 800 bis 900 Euro. Auch von den rund 310 000 Selbständigen in Kulturberufen verdient die Hälfte weniger als 1 500 Euro monatlich.

Es ist mir als Kulturstaatsminister besonders wichtig, die Situation selbstständiger Künstler und Kulturschaffender auf nationaler und internationaler Ebene zu verbessern. Auf nationaler Ebene nimmt morgen die „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung“ ihre Arbeit auf, die mein Haus gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium koordiniert. Das Arbeitsministerium ist ebenfalls beteiligt.

Förderung der Kreativwirtschaft macht aber nur dann Sinn, wenn wir auch das Produkt kreativer Arbeit, das geistige Eigentum, nachhaltig schützen. Meiner Ansicht nach ist dies der zentrale Aspekt bei der Existenzsi-

cherung von Künstlern überhaupt. Raubkopieren ist kein Kavaliersdelikt! Wir müssen wieder ein Bewusstsein für den hohen Wert des geistigen Eigentums schaffen.

Kultur lebt vom Austausch. Für viele, insbesondere auch für freischaffende Künstler ist das Engagement im Ausland mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Die europäischen Verordnungen zum Schutz der Sozialversicherungsansprüche hinken dieser Entwicklung jedoch hinterher. Sie gelten bislang nur für abhängig Beschäftigte, die innerhalb der Europäischen Union zu- und abwandern.

Selbständige fallen durch das Raster. So zeigt sich in der Praxis, dass die unterschiedlichsten steuerlichen und sozialrechtlichen Probleme die Mobilität von Kulturschaffenden hemmen, die wir eigentlich fördern wollen. Die Mobilität von Kulturschaffenden gehört deshalb zu den Schwerpunktthemen der europäischen Kulturpolitik.

Ich hoffe darauf, dass zukünftig die sozialen und steuerrechtlichen Regelungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten besser abgestimmt werden. Der Ministerrat wird Ende Mai 2008 den entsprechenden Arbeitsplan Kultur verabschieden, und die Europäische Kommission hat Expertengruppen, unter anderem zu Mobilität von Künstlern, eingerichtet. Dort ist auch mein Haus vertreten; den Lösungsvorschlägen sehe ich mit Spannung entgegen!

In diesem Zusammenhang kann ich auf eine wesentliche Verbesserung der deutschen Neuregelung zum Quellensteu-

erabzug bei ausländischen Künstlerinnen und Künstlern hinweisen. Der soeben vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegte Entwurf des Jahressteuergesetzes 2009 sieht für die Besteuerung der ausländischen Künstlerinnen und Künstler deutliche Erleichterungen vor, die ganz im Sinne der Urteile des EuGH sind. ...

16. Oktober 2008:

Rede von Kulturstaatsminister anlässlich der Tagung

„Der Bericht der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland: Schwerpunkt Kulturelle Bildung“
in der Konrad-Adenauer-Stiftung; s.S. 119-122.

Interviews

„Rettung für Goethes Briefe“
(9.10.2007, FAZ; [Auszug])

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): ... Aber die Stiftung Klassik Weimar, zu der die (Anna Amalia) Bibliothek zählt, befindet sich immer noch in einem teils beklagenswerten Zustand. Gedenkt der Bund dieser Not abzuwehren?

Bernd Neumann: Weimar ist mehr als nur eine Mittelstadt in Thüringen. Es ist die entscheidende Quelle für eine ganze Epoche deutscher Literatur und Kultur. Und deshalb messe ich auch ganz persönlich dem Engagement des Bundes dort enorme Bedeutung zu. Das hat sich in der bemerkenswerten Summe von achteinhalb Millionen Euro



niedergeschlagen, die wir für die Restaurierung der Anna Amalia zur Verfügung gestellt haben. Das hat sich aber auch in der zwanzigprozentigen Erhöhung der jährlichen Betriebsmittel gezeigt, die ich im Frühjahr (2007) mit meinem thüringischen Kollegen vereinbart habe. Trotz dieser Erfolge, da haben Sie völlig recht, bleibt richtig: die Stiftung Klassik Weimar ist auf gutem Wege, aber noch nicht über den Berg.

(FAZ): Vor zwei Jahren veröffentlichte die Strukturkommission einen deprimierenden Bericht über die Lage der Klassik-Stiftung. Sie drängte an erster Stelle auf die Rettung der Bestände, denn eine Katastrophe wie der Brand der Anna Amalia dürfe sich nicht wiederholen.

Neumann: Das wird auch nicht geschehen. Wo akuter Handlungsbedarf besteht, haben wir die Dinge in die Wege geleitet. Beim Goethe-Schiller-Archiv etwa finanziert der Bund derzeit den Einbau einer modernen Löschanlage, die es bisher nicht gab.

(FAZ): Bedroht sind die Bestände auch von Säure und Tintenfraß. Für die Restaurierungen ihrer Schätze braucht die Stiftung fast 50 Millionen Euro. Von den gut 950 Briefen des Goethe-Schiller-Briefwechsels etwa weisen sechzig schwere und über vierhundert mittlere Schäden auf. Wenn dort nicht schnell etwas geschieht, drohen Totalverluste.

Neumann: Dieses Problem ist

erkannt. Natürlich sind unsere Mittel nicht unbegrenzt, aber gerade für die Restaurierung des Goethe-Schiller-Briefwechsels wird es eine rasche Lösung geben.

(FAZ): Ein zentrales Depotgebäude wird es nach den derzeitigen Planungen frühestens 2012 geben. Ginge das nicht schneller?

Neumann: Das wäre wünschenswert. Aber zunächst müssen wir dort eingreifen, wo wirklich Gefahr im Verzug ist. Zudem darf man nicht vergessen, daß der Bund sich bei allen Maßnahmen stets mit Thüringen abstimmen muss, das nur einen begrenzten finanziellen Spielraum hat. Dafür habe ich großes Verständnis. Ich weiß ja aus Bremen, wie knapp die Landeshaushalte sind. Und ich bin ein entschiedener Befürworter des Kulturföderalismus. Wir werden also an der gemeinsam von Bund und Land getragenen Verantwortung für Weimar festhalten.

(FAZ): Damit begibt sich der Bund kulturpolitisch in die Geiselhaft der finanzschwachen Länder. Und konzentriert seine Zuwendungen mehr und mehr auf Berlin.

Neumann: Nein, im Gegenteil. Gerade Weimar ist ein gutes Beispiel dafür, wie nachdrücklich sich der Bund auch außerhalb der Hauptstadt engagiert. Ein anderes Beispiel, das mir sehr am Herzen liegt, ist Potsdam, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, die wir in den kommenden Jahren sehr viel stärker

fördern werden, damit die Bauten dort endlich angemessen saniert werden können. Solche Signale sind mir auch politisch ganz wichtig, damit die Kritik an der Berlin-Förderung, die hier und da in Deutschland wahrnehmbar ist, sich nicht verstärkt.

(FAZ): Wie verzwickelt der Kulturföderalismus sein kann, zeigt auch das Weimarer Stadtschloss. Das soll nach dem Willen der Strukturkommission zur „Neuen Mitte“ der Stiftung werden, aber es gibt große Probleme mit dem Land Thüringen. Wie wollen Sie die lösen?

Neumann: Es ist ganz unbestritten, dass das Stadtschloss zur neuen Mitte der Klassik Stiftung Weimar werden muss. Dort soll sich verdichten, was Weimar kulturell ausmacht, auch um neue Besucher anzuziehen. Es gibt noch Diskussionen über Liegenschaften und wie die Sanierungskosten von über dreißig Millionen Euro aufgeteilt werden. Da sehe ich mein Haus gelegentlich schon in der Rolle des Antreibers. Aber ich stelle auch fest, daß die Stiftung selbst mit ihren konzeptionellen Überlegungen noch nicht so weit ist, wie ich mir das wünschen würde.

(FAZ): Für die Sanierung und Neupositionierung des Weimarer Schlosses braucht es aber nicht nur Pläne, sondern auch eine Menge Geld. Ist der Bund bereit zu investieren?

Neumann: Das möchte ich mit einem klaren Ja beantworten! Wenn die Stiftung Klassik Weimar endlich mit überzeugenden



Konzepten für die Sanierung und Bespielung des Weimarer Schlosses kommt, dann werde ich für die Finanzierung kämpfen. Und ich sehe da auch gute Chancen. Das sind ja, wenn man an die Mittel für die Museumsinsel denkt oder an die Summen, die jetzt für die Sanierung der Staatsoper in Berlin genannt werden, vergleichsweise überschaubare Beträge. Weimar mit seiner überragenden kulturellen Bedeutung verdient es, dass sich der Bund dort stark engagiert.

„Macher statt Schöngeist“
(31. Dezember 2007; Focus)

FOCUS: Ihre Kanzlerin hatte 2005 in der Kultur eine „zweite Gründerzeit“ verheißen. Bricht diese nun an mit dem jüngsten Millionensegen für Deutschlands Denkmäler?

Bernd Neumann: Mit Hilfe des neuen Investitionsfonds engagiert sich die Koalition massiv für den Erhalt des kulturellen Erbes. Mit allein 200 Millionen Euro leisten wir den Hauptbeitrag zur Sanierung der Staatsoper in Berlin; außerdem erhalten die dringend restaurierungsbedürftigen Potsdamer Schlösser 78 Millionen und die Stiftung Klassik in Weimar 45 Millionen. Darüber hinaus fördern wir ein Beethoven-Festspielhaus in Bonn mit 39 Millionen, zumal sich dort auch Unternehmen in großem Ausmaß beteiligen.

FOCUS: Profitiert die Kultur von der konjunkturellen Lage?

Neumann: Die Konjunktur

läuft gut, doch prinzipiell muss der Konsolidierungskurs zur Sanierung des Bundeshaushaltes fortgesetzt werden. Aber gerade in einer Zeit, in der die Ausgaben für Kultur bei Ländern und Kommunen zurückgehen, will der Bund ein politisches Signal setzen. Auch aus diesem Grund konnte ich den Kulturretat in den zwei Jahren meiner Amtszeit um 6,4 Prozent steigern.

FOCUS: Auf Ihre Ernennung hatte die Kulturszene recht distanziert reagiert. Haben Sie die Häme bei Amtsantritt verwunden?

Neumann: Anfangs war ich doch ein wenig enttäuscht. Schließlich hatte ich mich zuvor bereits lange mit vielen kultur- und medienpolitischen Themen befasst, als Berichterstatter für die Bundesmuseen, als Mitglied in der Jury Deutscher Filmpreis und im Kulturausschuss. Da aber meine drei Vorgänger im Amt alle aus dem Kulturbereich kamen, galt ich zunächst als Fremder und auch als unbeschriebenes Blatt. Doch mittlerweile haben wohl auch die Kritiker erkannt, dass Kulturpolitik im Kabinett weniger den Künstler braucht.

FOCUS: Respekt zollt Ihnen heute vor allem die Filmbranche – wegen der neuen Fördermillionen, die den heimischen Marktanteil deutlich steigern sollen. 2007 ist die nationale Quote aber stark gesunken. Wieso das?

Neumann: Die mit dem Deutschen Filmförderfonds finanzierten Filme kommen erst 2008

in die Kinos und werden dann den Marktanteil deutscher Filme in die Höhe schnellen lassen. Aber deutsche Produktionen zu unterstützen ist nur der eine Aspekt des Förderfonds. Der andere ist, heimische Studiokapazitäten für internationale Produktionen zu nutzen. Fragen Sie mal in Babelsberg nach, große Produktionen wie zum Beispiel „Speed Racer“ – der Film hat rund 107 Millionen gekostet – haben diesem Studio einen regelrechten Boom beschert.

FOCUS: Der neue Enquete-Bericht „Kultur in Deutschland“ mahnt parteiübergreifend eine Bundeszentrale für kulturelle Bildung an. Brauchen wir eine solche Institution?

Neumann: Für die Kultur wäre sie hilfreich. Aber wichtiger als eine solche neue Institution ist die kooperative Zusammenarbeit mit den Ländern, die hier besonders herausgefordert sind. Denn zweifellos gibt es bei der kulturellen Bildung zunehmend Defizite. Im Übrigen hat sich der Bund des Themas längst angenommen und wichtige Initiativen gestartet wie das „Netz für Kinder“, das diesen erstmals in Europa einen sicheren Surf-Raum bietet. Ein weiteres Vorzeigeprojekt beginnt jetzt in Nordrhein-Westfalen mit „Jedem Kind ein Instrument“, das wir mit 10 Millionen Euro fördern.

FOCUS: Neuerdings wird für ein eigenes Kulturministerium plädiert. Wäre es nicht tatsächlich sinnvoll, die über verschiedene Ressorts verstreuten Kulturzuständigkeiten zu bündeln?



Neumann: Sicherlich spricht vieles für eine stärkere Bündelung der Bundeskulturpolitik. Wer würde sich in der Politik nicht wünschen, mehr direkte Kompetenzen zu haben? Aber dies hat im Augenblick keine Priorität. Gute Resultate sind mir wichtiger als der Streit über Zuständigkeiten.

Bisher bin ich an vernünftigen Initiativen nicht gehindert worden, nur weil auch andere Ressorts zuständig sind. Der Titel des Bundeskulturministers ist dafür nicht unbedingte Voraussetzung.

FOCUS: Sie haben gerade ein neues Referat für Kulturwirtschaft eingerichtet. Weshalb?

Neumann: Es muss endlich publik werden, dass kulturelle Angebote nicht nur Geld kosten, sondern auch Steuereinnahmen mehrnen können. Mit ca. 125 Milliarden Umsatz pro Jahr ist hierzulande der Anteil der Kultur- und Kreativwirtschaft am Bruttosozialprodukt etwa genauso hoch wie das der gesamten Automobilbranche. Was macht denn zum Beispiel die Faszination von Berlin aus? Die Stadt ist nur wegen ihrer kulturellen Einrichtungen so attraktiv, und eine der Haupteinnahmequellen ist der Tourismus.

FOCUS: Berlin kann sein reiches Kulturangebot dennoch nur mit massiver Hilfe des Bundes stemmen. Diese Mitverantwortung steht seit der Föderalismusreform sogar im Grundgesetz. Genaueres soll ein eigenes Hauptstadtgesetz regeln. Warum liegt das noch nicht vor?

Neumann: Ende November haben wir einen Hauptstadtvertrag für die nächsten zehn Jahre geschlossen. Alle finanziellen Förderungen sind im Rahmen der Haushaltsgesetze des Deutschen Bundestages abgesichert. Deshalb halte ich ein zusätzliches Gesetz für überflüssig. Bis 2017 gibt es keinen Grund, mit Berlin erneut über finanzielle Hilfen zu verhandeln.

FOCUS: Warum zögert Ihre Partei so beim Staatsziel Kultur, das Sie persönlich befürworten?

Neumann: Es gibt ernsthafte Einwände von Verfassungsjuristen, die eine Inflation von Staatszielen im Grundgesetz befürchten. Denn es wird ja auch gefordert, zum Beispiel Sport oder Kinderschutz im Grundgesetz zu verankern. Ich halte die Kultur im Hinblick auf unsere Identität als Deutsche für so grundlegend, dass wir ihr in der Verfassung einen besonderen Rang einräumen sollten. Wenn dies aber nur durch eine Kopplung mit anderen Staatszielen zu erreichen ist, würde ich es daran nicht scheitern lassen.

FOCUS: Ein länger währendes Thema ist auch das Zentrum gegen Vertreibungen. Wann eröffnet nun die erste Dauerausstellung?

Neumann: Mit dem Koalitionspartner haben wir uns auf eine unselbstständige Stiftung unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums geeinigt. Als Ort ist in Berlin das Deutschlandhaus in der Nähe des Potsdamer Platzes vorgese-

hen. Wir haben der neuen polnischen Regierung angeboten, daran mitzuwirken.

FOCUS: Ziehen Sie das Projekt jetzt auch ohne polnische Beteiligung durch?

Neumann: Das Konzept ist bereits sehr ausgereift und durchdacht, auf gar keinen Fall soll hier Geschichte umgedeutet werden. Deswegen glaube ich, dass wir eine Tolerierung des Projektes durch Polen erreichen können, eine Beteiligung und Mitarbeit wäre aber sicher noch besser. In jedem Fall werden wir das im Koalitionsvertrag vereinbarte „sichtbare Zeichen“ in absehbarer Zeit im Kabinett beschließen.

„Die digitale Entwicklung, Filme zusätzlich und vielfältig zu nutzen, hat eine neue Lage geschaffen“

(8. Januar 2008; promedia)

promedia: Herr Staatsminister, welche Bilanz können Sie nach einem Jahr DFFF ziehen, für den in diesem Jahr 60 Millionen Euro zur Verfügung gestanden haben? Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?

Neumann: Der Deutsche Filmförderfonds hat sich im ersten Jahr seiner Laufzeit äußerst positiv entwickelt. Sowohl unsere Erwartungen als auch die Erwartungen der Filmwirtschaft sind mehr als erfüllt worden. Seit Jahresbeginn wurden 99 Projekte mit einer Gesamtfördersumme von rund 59,4 Millionen Euro bewilligt. Dieser Fördersumme



stehen 562 Millionen Euro Gesamtherstellungskosten gegenüber, wovon rund 388 Millionen Euro als sogenannte „deutsche Herstellungskosten“ in Deutschland geblieben sind. Das heißt, der Hebeleffekt für die deutsche Wirtschaft beläuft sich auf mehr als das Sechsfache der Fördersumme. Das ist ein großer Erfolg, mit dem ich hoch zufrieden bin.

Auch die Mischung der geförderten Projekte ist stimmig: Bei rund zwei Dritteln der bewilligten Projekte handelt es sich um rein deutsche Produktionen, bei etwa einem Drittel um internationale Koproduktionen mit deutscher Beteiligung. Es wurden auch alle Genres abgedeckt – vom Spielfilm über den Dokumentarfilm bis hin zum Animationsfilm.

Der Erfolg des DFFF liegt darin, dass fast alle Bereiche der Filmwirtschaft davon profitieren – angefangen bei den Produzenten, bis hin zu den Studios, filmtechnischen Betrieben und den freiberuflichen Arbeitskräften auf dem Filmmarkt. Wichtig ist darüber hinaus, dass wir die internationale Zusammenarbeit damit intensiviert haben. Das verschafft der Filmbranche in Deutschland nicht nur finanzkräftige Partner, sondern sorgt auch nachhaltig für Wachstum und über die internationalen Kontakte für einen Know-how-Transfer.

promedia: Der DFFF ist auf drei Jahre befristet. Unter welchen Bedingungen wird die Laufzeit verlängert?

Neumann: Um den eingetretenen Aufschwung der Filmwirtschaft nicht zu bremsen, sollte der Fonds über das Jahr 2009 hinaus verlängert werden. Die Verlängerung der Laufzeit des DFFF wird aber auch vom Ergebnis der Evaluierung abhängen, die die nachhaltigen Impulse für den Produktionsstandort Deutschland und die mittelbaren volkswirtschaftlichen Effekte der Maßnahme ermitteln wird. Erste Zahlen werden in einem Zwischenbericht des Evaluierungsgremiums, das aus Vertretern der beteiligten Ressorts besteht, Mitte 2008 vorgelegt werden.

promedia: Gegenwärtig läuft die Diskussion zur Novellierung des FFG. Bei der letzten Novellierung sind die Fördermittel erhöht worden. Können die Produzenten auch für die Zeit ab 2009 wieder davon ausgehen?

Neumann: Die Beiträge der Fernsehveranstalter konnten bei der letzten Novellierung verdoppelt werden. Eine ähnliche Steigerung der Fördermittel kann bei der anstehenden Novellierung kaum erwartet werden. Auch die Heranziehung neuer Nutzer lässt zumindest für den Beginn der Laufzeit des neuen Gesetzes noch keine deutliche Steigerung der Einnahmen der Filmförderungsanstalt erwarten. Ziel ist es aber dennoch, die Fördermittel bei der anstehenden Novellierung im Rahmen des Möglichen zu erhöhen.

promedia: Es wird von Produzenten eine gesetzliche Abgabe der Sender gefordert. Wie sehen

Sie die Notwendigkeit und rechtliche Möglichkeit?

Neumann: Im Vordergrund steht für uns das Ergebnis. Wenn wir auf dem Verhandlungsweg ein besseres Ergebnis erzielen können, als unseres Erachtens auf dem Weg einer gesetzlichen Verpflichtung erreicht werden könnte, sehen wir keine Veranlassung zur Einführung einer gesetzlichen Verpflichtung. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin, das die Rechtmäßigkeit der derzeitigen Differenzierung zwischen den Beiträgen der Rundfunkveranstalter und den Abgabepflichtigen anderer Nutzer bestätigt hat.

promedia: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk leistet einen großen Beitrag zur Filmförderung. Die Qualität der geförderten Filme soll nicht immer den Anforderungen der Sender entsprechen. Damit würden Gebührengelder zweckentfremdet eingesetzt. Sehen Sie das nicht mit Sorge?

Neumann: Die Leistungen der öffentlich-rechtlichen Sender kommen fast ausschließlich der Projektfilmförderung zugute. Diese soll im Rahmen der Novellierung gestärkt werden. Es ist auch zu erwarten, dass im Rahmen der Projektfilmförderung zukünftig mehr Filme gefördert werden, die den Qualitätsanforderungen der Sender entsprechen.

promedia: Wird das neue FFG eine Abgabepflicht für Telekommunikationsunternehmen ent-



halten, die inzwischen auf unterschiedlichen Kanälen Spielfilme anbieten?

Neumann: Bereits das derzeitige FFG enthält in Paragraph 66a Absatz 2 eine Abgabepflicht für Video-on-Demand-Plattformen. Die Filmförderungsanstalt hat auch bereits erste Bescheide zur Heranziehung dieser Anbieter erlassen. Ziel des Novellierungsverfahrens sollte sein, die Beitragszahlung dieser Unternehmen sicherzustellen.

promedia: In der Debatte spielen die Sperrzeiten bei der Verwertungskaskade eine wichtige Rolle. Sehen Sie hier die Notwendigkeit einer Veränderung, zum Beispiel einer Verkürzung von Sperrzeiten?

Neumann: Seit Inkrafttreten des derzeit geltenden FFG im Jahr 2004 hat sich eine rasante technische Entwicklung eingestellt. Neue Auswertungsebenen sind entstanden, Auswertungsmöglichkeiten haben sich verändert. Dies wird auch belegt durch die hohe Anzahl von Anträgen zur Sperrfristenverkürzung bei der FFA. Die bestehenden Auswertungsfenster stimmen daher nicht mehr mit den tatsächlichen Gegebenheiten der Verwertung überein. Eine moderate Verkürzung der Sperrfristen erscheint daher vor dem Hintergrund des beschleunigten Auswertungsprozesses sinnvoll.

promedia: Viele Produzenten fordern deshalb eine gesetzliche Regelung zu einer Verkürzung des Rechterückfalls. Wird das FFG hierfür eine Regelung vorsehen?

Neumann: Die Senderechte fallen derzeit nach fünf und in bestimmten Fällen nach sieben Jahren an den Produzenten zurück. Die Diskussion im Rahmen der letzten Novellierung hat gezeigt, dass eine weitere Verkürzung den Produzenten nur sehr bedingt zugute kommt, da dies zu einer deutlichen Reduzierung der Lizenzpreise führen würde. Die Überlegungen zu dieser Frage sind aber noch nicht abgeschlossen.

promedia: In Großbritannien erhalten die Sender bei den von ihnen finanzierten Filmen nur die Rechte für die analoge Welt, während die digitalen Rechte von den Produzenten selbst vermarktet werden können. Wäre das nicht auch ein Modell für Deutschland?

Neumann: Die Möglichkeit, aufgrund der digitalen Entwicklung Filme zusätzlich und vielfältig zu nutzen, hat eine neue Lage geschaffen. Hier gibt es berechnete Ansprüche der Produzenten, darüber muss verhandelt werden. Aufgrund des geänderten Nutzerverhaltens können auch Sender ein Interesse an Video-on-Demand-Rechten haben. Soweit dies von ihrem Auftrag gedeckt ist, gilt dies auch für öffentlich-rechtliche Sender. Dies betrifft insbesondere die Nutzung in den Tagen nach der Free-TV-Ausstrahlung. Entscheidend für den Produzenten ist, dass die Rechte nicht zu einem geringen Aufpreis miterworben werden und dann ungenutzt beim Sender liegen. Gegebenenfalls könnten Regelungen, die dieses verhindern, in die Abkommen

der Sender mit der Filmförderungsanstalt aufgenommen werden.

promedia: Wird das FFG Fördermittel für die Digitalisierung der Kinos zu Ungunsten der direkten Spielfilmförderung „umschichten“? Wie soll und kann die Kinodigitalisierung gefördert werden?

Neumann: Das FFG dient der Förderung von Kinofilmen. Damit stehen im Fokus des Gesetzes auch immer die Filmtheater. Und eines ist sicher: Die Digitalisierung der Kinos ist ohne Alternative, d.h. wir kommen an ihr nicht vorbei. Deswegen werden wir auch im Rahmen der Novellierung mögliche Varianten für eine Unterstützung dieser einschneidenden technischen Umrüstung prüfen. Die Diskussion zur Digitalisierung der Kinos beim „Runden Tisch zur FFG-Novelle 2009“ am 5. und 6. Dezember 2007 hat aber gezeigt, dass es hier noch weiterer gemeinsamer Gesprächsrunden mit den Beteiligten bedarf. Der Teilnehmerkreis wird dabei aber wesentlich begrenzter sein als beim Runden Tisch in Hamburg.

„Wir sollten eine Hinterlegungspflicht gesetzlich verankern“

(19. Februar 2008; DIE WELT)

Welt online: Haben Sie in jüngerer Zeit den Hildegard-Knef-Film „Es geschehen noch Wunder“ gesehen?

Bernd Neumann: Nicht, dass ich mich daran erinnern könnte.



Welt online: Das wäre auch ein kleines Wunder. Denn er ist, obwohl bereits nach dem Krieg in der Bundesrepublik gedreht, nirgends aufzufinden.

Neumann: Heute würde das nicht mehr passieren. Wir haben keine gesetzliche Pflicht, eine Kopie jedes Films zu hinterlegen, aber eine vertragliche.

Welt online: Es gab einmal eine Unesco-Empfehlung, dass die Staaten sich um so etwas kümmern sollten.

Neumann: Ja, und es gibt noch ein jüngeres – für die beitretenden Staaten sogar verbindliches – Übereinkommen des Europarates zum Schutz des audiovisuellen Erbes. Und es gibt einen Beschluss des Innenausschusses des Bundestages von 1992 – alles die gleiche Zielrichtung.

Mir ist das Thema „Pflichtexemplar“ sympathisch, weil die Diskussion darüber ein Bewusstsein schafft, dass auch der Film ein kulturelles Erbe ist, ebenso wie das Buch. Es gibt im Bewusstsein noch Defizite und die hängen damit zusammen, dass man den Film lange nicht als kulturelles Gut begriffen hat.

Welt online: In Frankreich und den USA besteht solch eine Pflichtabgabe ...

Neumann: ... was aber nicht bedeutet, dass dort jeder Film zu finden ist. Die Franzosen nehmen z.B. kleine Filme mit weniger als sechs Vorfühkopien von der Hinterlegungspflicht aus.

Die Diskussion zwischen Bund

und Ländern über die mögliche Einführung einer gesetzlich verankerten Pflichthinterlegung auch bei uns hat dazu geführt, dass wir 2004 eine verbindliche Selbstverpflichtung vereinbart haben: Jeder Film, der vom Bund oder einem der Länder in Produktion oder Verleih gefördert wird, muss ein Pflichtexemplar abgeben. Sonst wird die letzte Förderrate nicht ausgezahlt.

Welt online: Das deckt aber längst nicht alle Filme ab.

Neumann: Es gibt inzwischen kaum mehr Kinospielefilme, die keine Produktions- oder Verleihförderung erhalten. Mit diesem Verfahren werden so gut wie alle programmfüllenden Kinofilme abgedeckt. Auch für Fernsehfilme haben die Fernsehveranstalter eine Selbstverpflichtungserklärung abgegeben, die zum nationalen audiovisuellen Erbe gehörenden Filme in den eigenen Fernseharchiven zu verwahren. Video ist allerdings nicht dabei.

Welt online: Und was ist mit den 2 000 Kurzfilmen, die jedes Jahr in Deutschland entstehen? Selbst wenn wir die und Video weglassen: Wie viel deckt die Förderung wirklich ab, 70 oder 80 oder 90 Prozent?

Neumann: Es gibt keine verlässliche Statistik über die gesamte Kinofilmproduktion in Deutschland. Daher lässt sich nicht genau sagen, wie viel Prozent der Filme gefördert sind und hinterlegt werden müssen. Allerdings ist das Produzieren von Kinofilmen unstreitig ein teures

und damit zumeist förderbedürftiges Geschäft. Sie können davon ausgehen, dass der ganz überwiegende Teil in Filmarchiven landet.

Welt online: Es geht auch darum, wie Filme erhalten werden. Die bayerische Filmförderung sagt: „Auf Verlangen ist eine Kopie für Archivierungszwecke zur Verfügung zu stellen.“ Das Bremer Filmbüro erlaubt immer noch, eine VHS als Beleg abzuliefern. Es müsste, aus Archivsicht, eine vorführfähige Kinokopie eingeliefert werden.

Neumann: Das sieht auch die von allen Filmfördereinrichtungen unterzeichnete Selbstverpflichtungserklärung vor. Zudem wird in diesem Jahr das Bundesarchivgesetz novelliert und der Referentenentwurf sieht eine Pflichthinterlegung von Filmen beim Bundesarchiv vor. Wir haben ja bereits vor zwei Jahren im Gesetz zur Deutschen Nationalbibliothek die Hinterlegungspflicht für musikorientierte Filme verankert.

Welt online: Dabei haben die Länder also mitgemacht. Wenn es in der Musiksparte geht, warum dann nicht auch im Großen?

Neumann: Eben deshalb sollten wir – wie schon gesagt – die generelle Hinterlegungspflicht für Filme verankern.

Welt online: Warum gibt es dann seit 1969 die Pflichtabgabe für Bücher?

Neumann: 1969 wurde die Einführung dieser Regelung mit



der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes begründet. Es geht bei Büchern um die Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Bücher sind sowohl Mittel als auch Gegenstand der Forschung.

Ich denke aber, dass der derzeitige Zustand im Filmbereich kein dramatischer ist. Ich habe vor, bei der Novellierung des Bundesarchivgesetzes dieses Thema erneut anzusprechen – auch deshalb, weil der Videobereich nicht abgedeckt wird und wir inzwischen ohne Zweifel eine Videokunst haben, die erhaltenswert ist.

Welt online: Wenn man schon kein zentrales Archiv hat, müsste wenigstens klar sein, wo welcher Film zu finden ist. Aber es gibt kein zentrales Register.

Neumann: Die Vernetzung ist unverzichtbar. Das kann sowohl ein zentrales Register als auch ein dezentraler Sucheinstieg sein. Wir verwirklichen ja ebenfalls die digitale Bibliothek in Deutschland und bringen sie in die europäische digitale Bibliothek ein. Ich halte das für eine originäre Aufgabe der Filmwirtschaft selbst bzw. entsprechender Einrichtungen wie z. B. Kinematheksverbund oder Deutscher Filmakademie.

Welt online: Kommt von Ihnen dieses Jahr solch ein Vorstoß?

Neumann: Es muss geprüft werden, wie wir der Europaratskonvention, der wir baldmöglichst beitreten wollen, auch im Hinblick auf die Vernetzung von Daten gerecht werden.

„Künstler sind fair“
(6. März 2008; *Rheinischer Merkur*)

Rheinischer Merkur (RM): „Generation Doof“, heißt ein neues Buch. Eine der Kernthesen: Wer nach 1960 geboren ist, kann zwar die fünfzehn neuesten Klingeltöne nachpfeifen, aber nicht den Anfang von Beethovens Fünfter. Was ist da in der Kulturvermittlung schiefgelaufen?

Bernd Neumann: Diese Tendenz ist mir bekannt, und sie beunruhigt mich auch. Wir haben in unseren Bildungseinrichtungen sicher einiges versäumt. Manche Anforderungen in der Schule wurden immer höher geschraubt, aber Kultur- und Wertevermittlung wurden eher vernachlässigt. Für kulturelle Bildung sind generell die Länder zuständig, das heißt aber nicht, dass der Bund bloßer Zuschauer ist. Deshalb habe ich das Thema „Kulturelle Bildung“ auch zu einem meiner zentralen Anliegen gemacht. Aufgrund der Kulturhoheit der Länder kann ich nicht auf die Schulen einwirken, aber ich strebe an, möglichst viele Einrichtungen zu vernetzen, die kulturelle Bildung vermitteln. Bei der Vergabe von Fördermitteln werden wir künftig den Aspekt der kulturellen Bildung als Kriterium einbeziehen.

RM: Wo gibt es konkrete Ansätze?

Neumann: Ein guter Ansatz ist zum Beispiel die von uns mitfinanzierte Aktion „Jedem Kind ein Instrument“ in Nordrhein-

Westfalen, die alle Grundschul Kinder im Ruhrgebiet ans Musizieren heranzuführen will. Auch das Projekt „Kinderkulturmagazin“ der Lübbecke-Stiftung, das Kinder und ihre Eltern für kulturelle Themen und Veranstaltungen begeistern soll, ist eindrucksvoll. Oder das Theater Ludwigshafen, wo ein renommierter Theatermann wie Hans-Günther Heyme sich besonders um junge Leute mit Migrationshintergrund kümmert.

RM: Die Enquete-Kommission Kultur des Bundestages hat eine Bundeszentrale für kulturelle Bildung empfohlen. Was soll das sein?

Neumann: Das ist eine schwer realisierbare Empfehlung, da hier Konflikte mit den Ländern deutlich absehbar sind. Bevor ich mich auf diese Kontroverse einlasse, möchte ich die Einrichtungen stärken, die schon bestehen und sie besser vernetzen.

RM: Der Bund unterstützt in Bonn den Bau eines neuen Festspielhauses, ist das eine Ausgleichsmaßnahme dafür, dass es mit der Bundeskunsthalle in Bonn bergab geht?

Neumann: Ich bitte Sie! Das sind zwei voneinander völlig unabhängige Themen. Der Bund investiert 39 Millionen Euro in Bonn, damit Deutschlands bedeutendster Komponist ein Festspielhaus von internationalem Rang in seiner Geburtsstadt bekommt.

In der Bundeskunsthalle gab es im letzten Jahr eine Irritation, die wir nun hinter uns gelassen



haben. In Anbetracht des eindeutigen Rechnungshofberichts konnten wir damals nicht anders handeln, als wir es getan haben. Ich bin sehr daran interessiert, dass die Bundeskunsthalle an die Erfolge der Vergangenheit anknüpft. In diese Richtung sind die Weichen gestellt. Eine „Verschwörung“ gegen Bonn gibt es in Berlin sicher nicht.

RM: Sie haben für die Kultur mehr Geld locker gemacht als ihre Vorgänger. Was ist jenseits des Geldes maßgeblich für den Erfolg eines Staatsministers für Kultur?

Neumann: Im Einwerben finanzieller Mittel bin ich durchaus erfolgreich gewesen. Aber im weit größeren Teil meiner Arbeitszeit habe ich mich darum gekümmert, die Rahmenbedingungen für Kultur zu verbessern: beispielsweise beim Schutz von Urheberrechten, bei der Stärkung der Künstlersozialversicherung oder bei steuerlichen Regelungen. Ich konnte unter anderem das Begehren abwehren, den für Kulturhandel üblichen Mehrwertsteuersatz von sieben auf 19 Prozent zu erhöhen. Wir haben das Stiftungsrecht verbessert und wir haben etwas für die Wettbewerbsfähigkeit der Filmwirtschaft getan. Ein anderer Bereich ist das Thema Restitution, das mir sehr wichtig ist. Das Washingtoner Abkommen von 1998 hat das Ziel, zu unrecht erworbenes jüdisches Kulturgut zu identifizieren und eine faire Lösung mit den Eigentümern zu finden, also entweder Rückgabe oder Entschädigung.

RM: Eine Absicht, die Unruhe in die Museen gebracht hat...

Neumann: Diese Unruhe ist verständlich. Ich habe gerade deshalb alle Beteiligten – Museumsleute und Experten der Länder und Kommunen – in einer Arbeitsgruppe versammelt und ganz konkrete Handlungsempfehlungen für die Museen erarbeitet. Zudem haben wir am 1. Januar dieses Jahres gemeinsam mit der Kulturstiftung der Länder eine Arbeitsstelle eingerichtet, die die Provenienz von Kunstwerken recherchiert. Dafür stehen jährlich 1,2 Millionen Euro zur Verfügung.

RM: Sie konzentrieren sich bei Ihrer Arbeit auf äußerliche Rahmenbedingungen. Fallen die Kulturinhalte nicht in Ihr Arbeitsgebiet?

Neumann: Ich sehe es weniger als meine Aufgabe an, mich bei Inhalten einzumischen – also z. B. mit Schriftstellern darüber zu diskutieren, welches Thema bearbeitet werden sollte oder mit Malern über die Interpretation ihrer Bilder zu ringen. Ich fühle mich für die Verbesserung von Rahmenbedingungen zuständig, die die Basis kulturellen Schaffens sind, und hierbei ist es mir gelungen, den Stellenwert der Kultur deutlich zu erhöhen.

RM: Sie sind Christdemokrat, Künstler bekennen sich eher selten zur CDU. Stört Sie das?

Neumann: Überhaupt nicht. Diejenigen, die ins Theater, ins Konzert, in Lesungen, in Museen gehen, sind in der Regel Bil-

dungsbürger, darunter sicher viele, die der CDU nahe stehen. Bei den prominenten Kulturschaffenden gibt es sicherlich eine leichte Schlagseite nach links, aber auch bei Künstlern hat eine Entideologisierung stattgefunden. Nach meinen bisherigen Erfahrungen kann ich sagen, dass die meisten Kulturschaffenden mich jedenfalls nicht nach meinem Parteibuch bewerten, sondern nach meinem Handeln, und sie sind eine durchaus faire Klientel. Sie machen ihre Meinung davon abhängig, ob man etwas für die Kultur bewegt oder nicht. Mit Klaus Staeck zum Beispiel, dem Präsidenten der Akademie der Künste, kann ich gut zusammenarbeiten, obwohl er früher ein politischer Agitator gegen die Union war. Und im Bundestag haben wir so etwas wie eine Allparteienkoalition für die Kultur. Selbst die Abgeordneten der Linkspartei im Kulturausschuss sprechen von „unserem Kulturstatsminister“.

RM: Eines der wichtigsten nationalen Kulturprojekte ist der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. Ohne die ganze Debatte wieder aufrollen zu wollen: Warum so rückwärtsgerichtet? Vertraut eine alternde Gesellschaft auf alte Fassaden?

Neumann: Man sollte in der Regel im Stil seiner Zeit bauen. Beim Schlossplatz würde ein moderner Bau nicht in das historisch gewachsene Panorama passen. In diesem Einzelfall muss die Rekonstruktion einer barocken Fassade also möglich sein. Beim Neuen Museum z. B. erfolgt die Restaurierung genau



anders. Hier hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die das Gebäude möglichst originalgetreu restaurieren will. Diesen Purismus, der Modernes ausschließt, halte ich für unangemessen.

RM: Es gibt den Vorschlag, das Schloss als Humboldt-Forum zu nutzen. Wie gefällt Ihnen die Vorstellung, im Herzen Berlins außereuropäische Kultur zu zeigen?

Neumann: Es geht beim Humboldt-Forum um weit mehr. Es ist nicht allein die großartige Sammlung außereuropäischer Kultur, die diesen Ort im Zentrum Berlins für möglichst viele Menschen über das Museumspublikum hinaus attraktiv machen wird. Das Humboldt-Forum soll auch ein internationales kulturelles Kommunikationszentrum sein. Diese Idee gefällt mir sehr.

RM: Ihre Arbeit als Kulturstaatsminister wird vor allem daran gemessen werden, ob es gelingt, die scheinbar endlose Geschichte eines „sichtbaren Zeichens“ gegen Vertreibung zu einem würdigen Abschluss zu bringen. Wie wird das „sichtbare Zeichen“ in der Gedenkpolitik, das der Koalitionsvertrag verspricht, aussehen?

Neumann: Ich bin zuversichtlich, dass wir bald zu einem Ergebnis kommen. Das „Sichtbare Zeichen“ wird am Anhalter Bahnhof seinen Platz finden. Dort soll eine Dokumentationsstätte mit einer ständigen Ausstellung und mit Wechselaus-

stellungen entstehen. Gezeigt wird die Geschichte deutscher Flüchtlinge, zudem auch die von Flüchtlingen anderer Staaten. Ein guter Ausgangspunkt ist die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ aus dem Bonner Haus der Geschichte. Hier saßen übrigens auch polnische Wissenschaftler im Beirat.

Ganz wichtig ist: Wir wollen nicht Opfer und Täter verwechseln. Flucht und Vertreibung waren die Folge eines durch die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland ausgelösten Krieges.

RM: Sie sind in Westpreußen geboren, als Kind mit Ihren Eltern geflüchtet. Empfinden Sie sich noch als Vertriebener?

Neumann: In gewisser Weise schon. Sicher habe ich in Bremen seit langem eine neue Heimat gefunden, aber es lässt mich natürlich nicht kalt, wenn ich meinen Geburtsort Elbing, heute Elbląg, besuche. Dabei hege ich überhaupt keinen Groll gegen die Polen, auch sie sind ja dort größtenteils Vertriebene, Opfer des Hitler-Stalin-Pakts. Bei den vielen Begegnungen mit Polen habe ich festgestellt, dass auch sie keine Ressentiments haben. Die vergangene polnische Regierung war in dieser Hinsicht nicht repräsentativ, sie hat Vorurteile eher geschürt. Die neue Regierung ist wesentlich offener.

RM: Sie sind jetzt mehr als zwei Jahre im Amt. Können Sie uns zum Abschluss des Gesprächs sagen, was Kultur ist?

Neumann: Für mich ist Kul-

tur das wichtigste Identitätsmerkmal einer Region, eines Landes, ja, auch Europas. Um es pathetisch auszudrücken: Kultur ist das, was den Menschen ausmacht.

Erinnerungspolitik

(26. Juli 2008; *Stuttgarter Zeitung*)

Stuttgarter Zeitung: Herr Neumann, wozu braucht Deutschland ein Freiheits- und Einheitsdenkmal?

Neumann: Denkmale haben ja die Funktion, an bedeutende Ereignisse der Geschichte zu erinnern. Wir haben – gerade in Berlin – völlig zu Recht eine Vielzahl von Denkmalen, die an das NS-Terrorregime als schrecklichste Zeit deutscher Geschichte erinnern. Hinzu kommt die Aufgabe von Staat und Gesellschaft, das Unrecht der SED-Diktatur ins Gedächtnis zu rufen, wie zum Beispiel in der Gedenkstätte im ehemaligen Gefängnis der Stasi in Berlin-Hohenschönhausen oder in der Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße. Mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal ist nun beabsichtigt, auch an positive und glückliche Momente deutscher Geschichte zu erinnern – an demokratische Traditionslinien, auf die wir stolz sein können. In diesem Rahmen ist vorgesehen, in Berlin besonders der friedlichen Revolution von 1989 zu gedenken, so wie es der Bundestagsbeschluss auch vorsieht.

Stuttgarter Zeitung: Haben Sie ein Bild im Kopf, wie die-



ses Denkmal einmal aussehen könnte?

Neumann: Nein – das ist dann Aufgabe der Künstler, die sich an dem geplanten Wettbewerb beteiligen werden. Dafür gibt es keine gestalterischen Vorgaben. Mit der Schlossfreiheit auf dem Berliner Schlossplatz steht allerdings bereits der Standort fest. Früher stand dort ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal.

Stuttgarter Zeitung: Ist das nicht eine Provokation?

Neumann: Wir haben den Platz mit Bedacht gewählt. Das geplante Freiheitsdenkmal setzt einen Kontrapunkt zur Tradition dieser Stätte. Es verdeutlicht den Bruch und die demokratische Entwicklung seit jenen monarchistischen Zeiten. Es dokumentiert: Wir leben jetzt in Freiheit und Einheit in einer Demokratie. Wir heben mit der Wahl des Standorts bewusst den Abstand zur verherrlichenden Denkmalphilosophie vergangener Tage hervor. Das sollte man als eine Demonstration demokratischen Selbstbewusstseins verstehen.

Stuttgarter Zeitung: Müsste Erinnerungspolitik nicht mehr bieten als Symbolik in Gestalt von Denkmalen?

Neumann: Sicher, ein Denkmal kann nicht immer aus sich heraus genügend verständlich sein. Deshalb wollen wir in dem Sockelgewölbe des Denkmals eine Ausstellung einrichten. Den Besuchern wird damit die Gelegenheit gegeben, sich auch inhaltlich auseinandersetzen zu können.

Stuttgarter Zeitung: Ist das eine Lehre aus der Debatte über das Holocaust-Mahnmal?

Neumann: Die beiden Erinnerungsstätten kann man inhaltlich in keiner Weise vergleichen. Aber auch das eindrucksvolle Stelenfeld hätte ohne den Ort der Information nicht die gleiche Wirkung. Dieses kleine, didaktisch gut gemachte Museum ist eine wichtige und eindrucksvolle Ergänzung des Stelenfeldes. Die hohen Besucherzahlen unterstreichen das Interesse an Information.

Stuttgarter Zeitung: Wie viele Denkmale brauchen wir noch?

Neumann: Kürzlich hat einmal jemand über mich geschrieben, ich würde allmählich zum Denkmalspezialisten... In der Tat hat der Bundestag in der Vergangenheit einige Denkmalsvorhaben auf den Weg gebracht, die ich planerisch zu Ende geführt habe: etwa das Denkmal für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus oder das Mahnmal für die verfolgten und vernichteten Sinti und Roma. Bei dem Freiheits- und Einheitsdenkmal stehen wir noch relativ am Anfang. Nach dessen Einweihung sehe ich in der Denkmallandschaft keine größeren Notwendigkeiten mehr.

Stuttgarter Zeitung: Wo sehen Sie denn Lücken in der deutschen Museumslandschaft? Warum gibt es keine Museen, welche den Nationalsozialismus und die DDR in allen ihren Facetten darstellen?

Neumann: Ich denke nicht, dass wir hier ein Defizit haben. Das Deutsche Historische Museum dokumentiert die deutsche Geschichte sehr eindrucksvoll und im Zusammenhang. Darüber hinaus gibt es in Berlin das Jüdische Museum. Die Topografie des Terrors und das Haus der Wannsee-Konferenz dokumentieren unterschiedliche Aspekte des NS-Terrorregimes. Hinzu kommen in vielen Bundesländern zahlreiche KZ-Gedenkstätten an authentischen Orten. Zur SED-Herrschaft und der DDR gibt es ebenfalls eine Vielzahl von Dokumentationsstätten. Ich bin der Auffassung, dass mit dem in Deutschland gegebenen Angebot an Museen und Informationsorten dem historischen Interesse der Bevölkerung angemessen Rechnung getragen wird.

Stuttgarter Zeitung: Prominente Befürworter, zu denen der ehemalige tschechische Präsident Vaclav Havel und der frühere Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher zählen, fordern ein Museum des Kalten Krieges am Checkpoint Charlie. Was halten Sie davon?

Neumann: Es ist sicher begrüßenswert, wenn private Initiativen Museen einrichten. Das bedeutet aber nicht, dass dies in jedem Fall eine Angelegenheit des Bundes wäre. Im Übrigen wird an die Zeit des Kalten Krieges bereits an zahlreichen anderen Stätten erinnert.

Stuttgarter Zeitung: Bei jüngeren Deutschen herrscht Geschichtsverdruss. Was wollen



Sie dagegen tun, außer Denkmale zu betonieren?

Neumann: „Betonieren“ haben Sie gesagt! Aber im Ernst: Diese Frage müssen Sie an die Kultur- und Bildungsminister der Bundesländer stellen, die für die Schul- und Bildungspolitik verantwortlich sind. Hier wurde meiner Meinung nach in den Schulen einiges versäumt. Die Wissenslücken mit Blick auf die jüngste Geschichte sind schon frappierend, wie man aus manchen Umfrageergebnissen weiß – wie wenig Jugendlichen zum Beispiel geläufig ist, was man sich unter der SED-Diktatur vorzustellen hat. Mit den nationalen Gedenkstätten, für die ich Verantwortung trage, können wir die Vergangenheit alleine nicht bewältigen. Denkmale sind Erinnerungsstätten, die den Anstoß dazu geben können und sollen, sich mit der Geschichte zu befassen. Das historische Wissen muss man sich jedoch genauso erarbeiten wie die Einordnung in das Weltgeschehen. Momentaufnahmen wie ein kurzer Besuch z.B. einer Mauer-Gedenkstätte sind nicht ausreichend. Hier ist ein begleitender, möglichst fundierter Geschichtsunterricht gefordert. Wenn das Wissen um die eigene Geschichte defizitär ist, muss sich im Schulunterricht, aber auch in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung etwas ändern.

Stuttgarter Zeitung: Wie geht es weiter mit dem „sichtbaren Zeichen“ gegen Vertreibung?

Neumann: Das hat jetzt einen endgültigen Namen. Das war ja

nur ein Arbeitstitel.

Stuttgarter Zeitung: Der neue Name ist gewiss lang?

Neumann: Nein, er lautet: Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“.

Stuttgarter Zeitung: Sie dokumentieren damit, dass Ihre Gedenkstätte in Konkurrenz zu den Plänen der Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach tritt.

Neumann: Eine Konkurrenzsituation sehe ich nicht. Wir haben das thematische Anliegen vom Bund der Vertriebenen aufgegriffen und realisiert.

Stuttgarter Zeitung: Wird die neue Dokumentationsstätte noch vor der nächsten Wahl eröffnet?

Neumann: Nein, das ist mit Blick auf die baulichen Notwendigkeiten nicht realisierbar. Wir werden aber noch in dieser Legislaturperiode mit der Verwirklichung beginnen.

Stuttgarter Zeitung: Welche Rolle wird Erika Steinbach spielen?

Neumann: Wir sind daran interessiert, dass diese Gedenkstätte von einer großen Mehrheit im Bundestag getragen wird und nicht abhängig von wechselnden Mehrheiten ist. Mit der Realisierung des Projekts wird eine unselbständige Stiftung unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums betraut. Diese Institution wird völlig autonom arbeiten können. Dem Stiftungsrat werden 13 Mitglieder ange-

hören, darunter drei, welche der Bund der Vertriebenen vorschlägt.

Stuttgarter Zeitung: Darunter kann auch Frau Steinbach sein?

Neumann: Wie dies bei allen anderen Gremien üblich ist, werden auch hier die Verbände aufgefordert, ihre Vorschläge zu machen.

Stuttgarter Zeitung: Müssen die Opferverbände denn überhaupt beteiligt sein?

Neumann: Es ist keine Frage, dass man die Betroffenen bei diesem Vorhaben beteiligen muss. Der Bund der Vertriebenen hat sich bei der Integration und Vertretung der Flüchtlinge große Verdienste erworben und unter Erika Steinbach wurde die Arbeit des Verbandes über die Parteigrenzen hinaus konsensfähig. Deshalb halte ich es auch für notwendig, den Bund der Vertriebenen im Stiftungsrat mitwirken zu lassen. Das Projekt bleibt aber selbstverständlich in staatlicher Verantwortung.

Stuttgarter Zeitung: Ein anderes Thema: wird Frau BIRTHLER, die Chefin der Stasi-Unterlagenbehörde, noch einen Nachfolger bekommen? Oder wird diese Behörde abgewickelt, wenn sie in Pension geht?

Neumann: Dies wird in der nächsten Legislaturperiode entschieden, so haben wir das im Gedenkstättenkonzept vereinbart. Fest steht: die sogenannte BIRTHLER-Behörde ist eine auf Zeit angelegte Einrichtung. Es ist



ganz unbestritten, dass es im Moment noch einen beträchtlichen Informations- und Aufklärungsbedarf gibt – und dass manche Länder in Osteuropa, die ähnliches erlebt haben, sich an dieser Einrichtung orientieren. Deshalb kann die Arbeit zurzeit nicht als abgeschlossen gelten. Eine ihrer Schwerpunktaufgaben, den Betroffenen Auskunft über Stasi-Machenschaften zu geben, wird aber im Laufe der Zeit abnehmen. Der Bundestag wird die Entscheidung darüber treffen, wann die Behörde aufgelöst wird. Die Aufarbeitung dieses Kapitels der deutschen Geschichte wird damit aber nicht beendet sein. Die Akten werden an das Bundesarchiv überführt; – sie werden dann weiter zugänglich sein – und die Archivare dort arbeiten hochprofessionell.

Stuttgarter Zeitung: Heißt das, bisher wurde nicht professionell mit den Akten umgegangen?

Neumann: In der Birthler-Behörde wird engagiert und gut gearbeitet. Aber betrachten Sie einmal die Entstehungsgeschichte. Die Stasi-Unterlagenbehörde ging auf eine Initiative der Bürgerrechtler zurück und wurde sehr schnell eingerichtet; dabei gab es logischerweise viel Improvisation. Um das System zu verstehen, wie die Stasi gearbeitet hat, wurden sogar mehr als 50 ehemalige Stasi-Mitarbeiter angestellt. Es ist doch klar, dass bei einem solchen anfänglichen Provisorium auch Fehler passieren und hier und dort Defizite festzustellen waren. Hin und wieder gab es weniger schöne

Schlagzeilen, aber die notwendigen Korrekturen sind inzwischen vollzogen.

Stuttgarter Zeitung: Was wird sich ändern, wenn das Bundesarchiv für die Akten zuständig ist?

Neumann: Es muss sich im Prinzip überhaupt nichts ändern. Der Zugang könnte sogar in erleichterter Weise möglich sein.

Stuttgarter Zeitung: Sie werden als Kulturstaatsminister auch an Ihren Vorgängern gemessen. Die galten als Schöngeister, als Visionäre – Sie hingegen eher als Politmanager. Ärgert Sie das?

Neumann: Meine Überzeugung lautet: Politik bedarf einer professionellen Handhabung. Ohne politische Erfahrungen lassen sich Ziele nicht umsetzen. Mehrfach habe ich inzwischen gelesen, auch die Kultur verdiene es, von einem politischen Profi vertreten zu werden. In diesem Sinn habe ich mich auf Kulturpolitik konzentriert und dies wohl nicht ganz ohne Erfolg. Wenn man sagt: der redet nicht nur schön, sondern setzt auch Dinge um und hat damit die Rahmenbedingungen für die Kultur in Deutschland entscheidend verbessert, dann sehe ich das als großes Kompliment an.

Stuttgarter Zeitung: Bei welchen Kulturveranstaltungen könnte man Bernd Neumann denn treffen, auch wenn es kein Pflichttermin ist?

Neumann: Es wird ja nicht sel-

ten behauptet: beim Film. Ich bin begeisterter Cineast und bei Filmfestivals treffen Sie mich daher aus beruflichem und privatem Interesse. Gleiches kann ich auch sagen für Opern und Konzerte, für Ausstellungen, Museen oder Theater. Ich habe ein großes Interesse an allen Sparten der Kultur, so gibt es für mich als Kulturstaatsminister viele angenehme „Pflichttermine“, zu denen ich gerne auch als Privatmann gehen würde. Für mich ist es das schönste politische Amt, das ich mir denken kann.

Weitere Meldungen (Auswahl)

Klassik Stiftung Weimar ist für die Zukunft gut aufgestellt

(zur Verabschiedung des Masterplans für die Klassik Stiftung Weimar; 8. Juli 2008)

Bund und Land haben gemeinsam die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Stiftung ihre Rolle als Leuchtturm deutscher Kultur national und international effektiv und überzeugend wahrnehmen kann. Die Bundesregierung hat damit einmal mehr unter Beweis gestellt, dass sie ihrer Verantwortung gegenüber dem kulturellen Erbe Deutschlands gerecht wird. Aus dem Haushalt des BKM werden 45 Millionen Euro als Sondermittel für wichtige Investitionen wie u.a. die Herrichtung des Stadtschlusses, die Sanierung des Goethe-Schiller-Archivs und den Neubau des Bauhaus-Museums zur Verfügung gestellt. Zu-



sätzlich wird die laufende jährliche Bundesförderung für die Klassik Stiftung bis 2010 schrittweise auf dann 8,769 Millionen Euro erhöht.

Der Masterplan ist ein wegweisendes Konzept für die Zukunft. Es bietet die Gewähr für eine dauerhafte Bewahrung, Pflege und Vermittlung des kulturellen Erbes Weimars auf moderne und zeitgemäße Weise.

Der Stiftungsrat der Klassik Stiftung Weimar hat in seiner heutigen Sitzung einen Masterplan für den Zehnjahreszeitraum von 2008 bis 2017 beschlossen, mit dem die vom Wissenschaftsrat und der Strukturkommission geforderte Neuausrichtung der Stiftung ein Fundament erhält. Der Masterplan umfasst ein Gesamtkonzept der musealen Präsentation und Vermittlung des klassischen und nachklassischen Erbes Weimars bis zum Bauhaus des frühen 20. Jahrhunderts und positioniert das Stadtschloss Weimar als neue ideelle und räumliche Mitte der Stiftung. Zusammen mit einem Forschungs-, Bildungs-, Restaurierungs-, Liegenschafts-, Brandschutz-, Marketing-, Personal- und IT-Konzept bildet der Masterplan die Grundlage für die Stiftungsarbeit der nächsten Jahrzehnte.

Künstlersozialversicherung weiter stabilisiert

Die Maßnahmen zur Stabilisierung der Künstlersozialversicherung sind ein voller Erfolg. Für Künstler und Publizisten ist die effektive und zukunfts feste soziale Sicherung von existenzieller Bedeutung. Fest steht auch,

dass die Verlage, Galeristen und andere Verwerter der künstlerischen Leistungen von der deutlichen Absenkung des Abgabesatzes profitieren. Insgesamt wird dadurch die Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland weiter gestärkt.

Nach dem neuen Verordnungsentwurf, den das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales .. veröffentlicht hat, wird der Abgabesatz für die Verwerter von künstlerischen Leistungen erneut auf 4,4 Prozent abgesenkt.

Deutsches Filmerbe besser sichern

Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) hat am 13. März 2008 eine Gesetzesinitiative zur generellen Pflichtabgabe von Filmkopien zu Archivzwecken angekündigt. Bisher gibt es eine solche Pflichtabgabe nur für Bücher. „Die Sicherung des nationalen Filmerbes könnte noch in diesem Jahr im Bundesarchivgesetz gesetzlich verankert werden, einer Zustimmung der Länder bedarf es nicht“, sagte Neumann zu einem von ihm begrüßten Antrag zu dem Thema, der am 13. März im Bundestag debattiert und an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Neumann kündigte an, die Hinterlegung von Filmkopien künftig gesetzlich sicherzustellen: „Eine 2004 vereinbarte ‚Selbstverpflichtung der Filmwirtschaft‘ hat zwar dazu geführt, dass von jedem Film, der von Bund oder Ländern gefördert wird, eine Pflichtkopie hinterlegt wird. Eine komplette Archivierung wurde aber nicht erreicht.

Dies wollen wir mit dem neuen Bundesarchivgesetz ändern.“ Daneben teilte Kulturstaatsminister Neumann mit, dass er bereits konkrete Schritte zur Vorbereitung der Unterzeichnung und Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens zum Schutz des audiovisuellen Erbes eingeleitet habe. Das 2001 initiierte Übereinkommen ist erst 2008 in Kraft getreten und damit für die beigetretenen Staaten verbindlich. Die deutsche Unterzeichnung soll noch im Sommer 2008 erfolgen.

Im Zusammenhang mit der Filmarchivierung wies der Staatsminister auch auf eine vom Kinematheksverbund bereits erstellte, maßgeblich bundesfinanzierte und auf CD-ROM veröffentlichte nationale Filmographie von 17 905 deutschen programmfüllenden Spielfilmen von 1985 bis 1998 hin. An einer entsprechenden Datei über Dokumentar- und Kurzformate wird momentan noch gearbeitet. Die seit 1998 produzierten deutschen Filme werden vom Filmportal – betreut vom Deutschen Filminstitut (DIF) – erfasst.

Schon jetzt seien zu einem erheblichen Teil nicht mehr zu schließende Lücken in der Archivierung des deutschen Filmerbes zu beklagen, heißt es zur Begründung des Antrags der Fraktionen. So sei nur ein Viertel der historischen Stummfilme aus deutscher Produktion überliefert. Bei den frühen Tonspieelfilmen sei es etwas mehr als die Hälfte. Bedenklich sei vor allem die sinkende Quote der Archivierung von Spielfilmen aus der Bundesrepublik von rund 90 Prozent in den 50er und 60er



Jahren auf unter 50 Prozent in den 90er Jahren.

Zum Zustand des Bundesfilmarchivs s. freilich den eher negativen Beitrag in der WELT vom 11. Oktober 2008: „Deutsches Filmerbe: Wer bezahlt das neue Konzept?“

Start der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft

In einer hochrangigen und branchenübergreifenden Auftaktveranstaltung hat die Bundesregierung am 7. Mai 2008 den Grundstein für die Umsetzung ihrer Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft gelegt. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kultur- und Kreativbranche ist in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus nationaler und internationaler Politik gerückt. Verwiesen wird dabei etwa auf die große Bedeutung der Kreativwirtschaft für Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Gerade die direkten und indirekten Formen der Innovationswirkung gelten als charakteristisch für diesen dynamischen Sektor. Weitaus weniger Interesse fand dieser Wirtschaftsbereich hingegen in der Wirtschaftsforschung und der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung. Im Jahreswirtschaftsbericht (BMWi), aber auch in den Berichten zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands (BMBF) bzw. den Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) blieb das Thema bislang ebenfalls unberücksichtigt. Ziel der Initiative der Bundesregierung ist es, die Bedeutung dieses Wirtschaftsbe-

reiches stärker in das politische Bewusstsein zu rücken. Mit dem Konzept will die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) die Rahmenbedingungen für die kultur- und kreativwirtschaftlichen Akteure verbessern. Dabei sollen sowohl die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt als auch das Arbeitsplatzpotenzial ausgeschöpft und entwickelt werden. Einen wichtigen Eckpfeiler der Initiative bildet das Forschungsvorhaben „Kultur- und Kreativwirtschaft“, das unter anderem folgende Schwerpunkte umfasst: Erschließung der charakteristischen und übergreifenden Bestimmungsmerkmale der Kultur- und Kreativwirtschaft, Analyse des Innovationspotentials und der brancheninternen Verflechtungen dieses Wirtschaftszweiges und den dazugehörigen Teilbranchen, Darstellung der bestehenden Rahmenbedingungen, insbesondere in den Bereichen Mittelstandsförderung und EU-Regionalförderung, Entwurf wirtschaftlicher Szenarien und Ableitung möglicher Handlungsoptionen in binnen- und außenwirtschaftlicher Perspektive.

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dagmar G. Wöhrle: „Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist für unsere Volkswirtschaft von erheblicher Bedeutung. Ihr Beitrag liegt noch über dem der Chemischen Industrie. Mit unserer Initiative zielen wir darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der Branche weiter zu stärken und damit

zu mehr Wachstum und Beschäftigung beizutragen. Auch wollen wir erreichen, dass künftig nicht mehr nur von ‚made in Germany‘, sondern auch von ‚created in Germany‘ gesprochen wird.“

Die Kultur- und Kreativwirtschaft setzt sich aus einer Reihe von Teilbranchen zusammen: den Buch- und Presseverlagen, der Bildenden und Darstellenden Kunst, der Musik, der Film- und Rundfunkwirtschaft, dem Design, der Architektur, der Werbewirtschaft und den Herstellern von Computerspielen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft bringt nicht nur bedeutende kulturelle und künstlerische Produkte und Dienstleistungen hervor, sondern ist auch ein Raum, in dem Künstler und Kulturschaffende für ihre Produkte einen Markt finden. „Wir haben mit Maßnahmen wie dem Deutschen Filmförderfonds, der Initiative Musik oder dem Deutschen Computerspielpreis gezeigt, wie die Kultur- und Kreativwirtschaft erfolgreich gestärkt werden kann. Davon profitieren die Künstler, aber auch und zugleich die Kulturlandschaft und der Wirtschaftsstandort Deutschland“, so Kulturstaatsminister Bernd Neumann. Schätzungen zufolge hat dieser Bereich bereits im Jahr 2004 mit 58 Mrd. Euro zur Bruttowertschöpfung beigetragen. Rund 210 000 Unternehmen und knapp 1 Mio. Erwerbstätige sind in diesem Wirtschaftszweig tätig. Die Quote der Selbständigen und Freiberufler ist mit 25 Prozent außergewöhnlich hoch. Besonderes Anliegen des Beauftragten für Kultur und Medien ist es deshalb, die



Situation selbständiger Künstler und Kulturschaffender, kleiner und mittlerer Unternehmen zu verbessern. Sie bilden den kreativen Kern dieser Branche.

In der Bildenden Kunst unterstützt der Beauftragte für Kultur und Medien außerdem Verbände und Vereinigungen. Beispielsweise den Deutschen Museumsbund, den Deutschen Künstlerbund, den Bundesverband bildender Künstlerinnen und Künstler sowie die Arbeitsgemeinschaft der Kunstvereine. Auch durch die Förderung von national bedeutsamen Kultureinrichtungen trägt der Beauftragte für Kultur und Medien zur Kulturwirtschaft bei. Als besondere touristische Attraktionen ziehen sie Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland an. In der engeren Zusammenarbeit zwischen Tourismus- und Kulturbranche sieht die Bundesregierung neue Chancen für die Kulturwirtschaft. Sie strebt deshalb eine für beide Seiten gewinnbringende Kooperation von Kultur und Tourismus an.

Wesentliche Impulse erhielt die Initiative der Bundesregierung durch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, die neben einer Sachstandsbeschreibung eine Reihe von Empfehlungen vorgelegt hat. So empfiehlt die Kommission der Bundesregierung, einen Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht vorzulegen sowie sich auf eine statistische Darstellung zu einigen, die mit europäischen Ansätzen weitgehend kompatibel ist. Außerdem weist sie darauf hin, die wissenschaftliche Forschung hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen kultu-

rellem Angebot und der Ansiedlung von Unternehmen aus dieser Branche zu intensivieren und die Bedeutung der Kultur als Standortfaktor für die Kultur- und Kreativwirtschaft weiter zu untersuchen.

Des Weiteren spricht sich die Kommission dafür aus, eine Plattform für strategisches kulturtouristisches Marketing zu schaffen und auf eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Ländern und Kommunen, Städten und Regionen im kulturtouristischen Bereich hinzuwirken. Hinsichtlich von Förderinstrumenten und ordnungspolitischen Maßnahmen empfiehlt sie, den unterschiedlichen Betriebsgrößen stärker als bisher Rechnung zu tragen und die Aufmerksamkeit auf Klein- und Kleinstunternehmen zu richten. Überdies rät sie bezüglich der allgemeinen Wirtschaftsförderung, die besonderen Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft und die konkreten Wettbewerbsbedingungen einzelner Branchen stärker zu berücksichtigen. Auch auf europäischer Ebene besitzt die Thematik der Kultur- und Kreativwirtschaft Aktualität.

Mit der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 10. Mai 2007 über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung und einer Entschleunigung des Rates vom 16. November 2007 ist der Weg zu einer gemeinsamen europäischen Kulturagenda geebnet worden. Eine ausführliche Darstellung der damit intendierten Maßnahmen findet sich im nunmehr auf drei Jahre ausgelegten Arbeitsplan des Rates, der mit den

Schlussfolgerungen des Rates der Kulturminister vom 21. Mai 2008 angenommen wurde (Ratsdokument 9018/08). Besonders detailliert sind die Vorgaben für die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Vorgesehen ist eine Arbeitsgruppe mit Experten aus den Mitgliedstaaten. Ein wesentliches Ziel ist die Erarbeitung eines Handbuchs bewährter Praktiken. Auf der Grundlage einer Reihe von Gutachten und Studien soll die Kommission Ende 2009 ein Grünbuch über die Kultur- und Kreativwirtschaft vorlegen. Um die Wissensgrundlagen der Kultur- und Kreativwirtschaft zu stärken, ist außerdem das Jahr 2009 zum „Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation“ erklärt worden (Ratsdokument 8935/08). Die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft unterstreicht darüber hinaus der „Creative Economy Report 2008“ der Welthandels- und Entwicklungskonferenz. Dem Bericht zufolge hat sich der Weltmarkt für Waren und Dienstleistungen der Kultur- und Kreativindustrie zwischen 1996 und 2005 fast verdoppelt. Das „kreative“ Volumen wuchs von 227 Mrd. auf 424 Mrd. Dollar, das entspricht 3,4 Prozent des gesamten Welthandels.

Denkmal für die verfolgten Homosexuellen

Der Deutsche Bundestag hatte 2003 beschlossen, in Berlin ein Denkmal für die in der NS-Zeit verfolgten und ermordeten Homosexuellen zu errichten. Kulturstaatsminister Bernd Neumann übergab das Denkmal im Berli-



ner Tiergarten am 27. Mai 2008 der Öffentlichkeit. In seiner Rede erinnerte Neumann daran, dass diese Opfer in der öffentlichen Wahrnehmung lange Zeit kaum Beachtung gefunden haben. Wenn jetzt ein nationales Denkmal für die verfolgten Homosexuellen eingeweiht werde, sei es nicht nur Ausdruck fortgeschrittener historischer Erkenntnis. „Es ist auch und vor allem Zeichen einer gereiften demokratischen Gesellschaft und Ausdruck unserer Überzeugung, dass in unserem Land Vorurteile und Ressentiments gegenüber Lesben und Schwulen, gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensweisen, gegenüber Andersdenkenden und Anderslebenden keinen Platz haben dürfen. Uns daran beständig zu erinnern, ist Aufgabe dieses Denkmals“, erklärte Neumann. Geplant und errichtet wurde das Denkmal vom Land Berlin, das auch das Grundstück im Berliner Tiergarten zur Verfügung stellte. Die Kosten in Höhe von insgesamt 600 000 Euro übernahm der Bund.

Förderung der Provenienz-recherche

Öffentlich unterhaltene Museen, Bibliotheken und Archive in Deutschland können bei der Arbeitsstelle Provenienzrecherche/-forschung Anträge zur Unterstützung von Vorhaben der Provenienzrecherche und -forschung stellen. Hierfür stehen aus dem Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien jährlich Fördermittel in Höhe von einer Million Euro zur Verfügung.

Förderung von Internet-angeboten für Kinder

Dazu erklärte der Staatsminister: „Ich freue mich, dass wir die Voraussetzungen für die gezielte Förderung kindgerechter Internetangebote schaffen konnten. Die Vergabekommission hat in ihrer Sitzung qualitativ hochwertige Projekte kleiner Anbieter ausgewählt und die Kinderseitenlandschaft dadurch nachhaltig bereichert. Dies ist ein erster Schritt hin zu einem besseren Jugendschutz und zur Stärkung der Medienkompetenz bei Kindern.“

Zu den ausgewählten Projekten gehören Seitenstark e.V., („Vernetztes Portal zur Fußball-Europameisterschaft 2008“), Kidsville GbR („KIDSVILLE 2.0 – kreativ, sozial und engagiert im Web!“), Verein „Museum im Koffer“ („Virtuelles Kindermuseum“), Verein „Politik zum Anfassen e.V.“ („Polisperten“) sowie das Projekt „Mein Körper und ich“ von Renate Sedlak. Diese werden mit insgesamt 435 000 Euro gefördert.

Die Förderung ist Teil der Gesamtinitiative „Ein Netz für Kinder“, bei der mit <http://www.fragFINN.de> für 7- bis 12-jährige Kinder ein Angebot geschaffen wurde, das dieser Altersgruppe einen umfangreichen, vielfältigen und gleichzeitig sicheren Surfraum bietet.

Als eine Säule der Initiative stellen Kulturstaatsminister Bernd Neumann jährlich eine Mio. Euro und das Bundesfamilienministerium 500 000 Euro pro Jahr für einen Zeitraum von insgesamt drei Jahren zur Verfügung. Aus diesem Programm

können Anbieter für neue, qualitativ hochwertige Kinderangebote bis zu 200 000 Euro erhalten. Die geförderten Projekte gehen von den Bedürfnissen der Kinder aus und regen sie zu einer kompetenten Nutzung des Internets an. Neben Bildungsseiten stehen Unterhaltungsseiten und Mitmachangebote für Schüler im Mittelpunkt. Es werden vorrangig kleine und mittlere Anbietern aus dem nicht-öffentlichen Bereich berücksichtigt.

Kultur von allen für alle Fonds Soziokultur feiert 20. Geburtstag

Vor 20 Jahren wurde er vom Rat für Soziokultur und der Kulturpolitischen Gesellschaft aus der Taufe gehoben. Seitdem fördert der „Fonds Soziokultur“ Kunst- und Kulturprojekte mit aktuellem gesellschaftlichem Bezug. Ziel ist es, möglichst viele Menschen aktiv am kulturellen Leben zu beteiligen. So soll eine „Kultur von allen für alle“ entstehen. Finanziert wird der Fonds von der Kulturstiftung des Bundes. Ein Museum für Kinder, ein Theaterprojekt für Menschen mit und ohne HIV, eine Geschichtswerkstatt oder eine Kulturinitiative auf dem Land – das sind Projekte, die wie viele andere vom „Fonds Soziokultur“ gefördert werden.

In seiner Rede zum 20-jährigen Bestehen des Fonds betonte Kulturstaatsminister Bernd Neumann, die Soziokultur sei ein bedeutender Teil unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Durch sie würden Menschen auf immer wieder neuen



unkonventionellen Wegen für Kunst und Kultur begeistert. Insgesamt rund 10 Millionen Euro hat der Bund seit der Gründung des „Fonds Soziokultur“ für die Projektförderung eingesetzt. Seit 2004 stehen dem Fonds jährlich bis zu einer Million Euro zur Verfügung. Sie werden von der Kulturstiftung des Bundes bereitgestellt. Die einzelnen Projekte erhalten Förderbeträge zwischen 3 000 Euro und 26 000 Euro. Neben dem Fonds Soziokultur fördert die Kulturstiftung des Bundes noch vier weitere selbstverwaltete Bundeskultur-fonds: die Stiftung Kunstfonds, den Deutschen Literaturfonds, den Deutschen Übersetzerfonds und den Fonds Darstellende Künste.

Zum diesjährigen „Tags des offenen Denkmals“

(12. September 2008)

(Die) Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren deutliche Akzente für den Erhalt des kulturellen Erbes gesetzt. Neben dem jährlich mit rund 11 Mio. Euro ausgestatteten Denkmalpflegeprogramm ‚National wertvolle Kulturdenkmäler‘ fördert der BKM mit einem Sonderinvestitionsprogramm von 400 Mio. Euro den Erhalt bedeutender Bauten und Kultureinrichtungen: Für notwendige Sanierungen erhalten die Berliner Staatsoper Unter den Linden 200 Mio. Euro, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten 78 Mio. Euro und die Klassik Stiftung Weimar 45 Mio. Euro. Mit einem Denkmalschutz-Sonderprogramm in Höhe von 40 Mio. Euro wird zudem nach Kofinan-

zierung durch die Länder in den nächsten beiden Jahren eine große Anzahl kleinerer Denkmäler in ganz Deutschland unterstützt und zu deren Erhalt beigetragen.

Kulturstaatsminister Neumann vergibt knapp 2,4 Millionen Euro Fördermittel für neue Film- und Drehbuchprojekte in Deutschland. Finanziell unterstützt wird unter anderem das

Gemeinschaftsprojekt „Deutschland 09“ (150 000 Euro), an dem sich Regisseure wie Fatih Akin, Wolfgang Becker, Romuald Karmakar, Tom Tykwer und Hans Weingartner beteiligen. Dabei reflektieren die Filmemacher mit unterschiedlichen künstlerischen Handschriften das politisch-gesellschaftliche Klima der deutschen Gegenwart, wie Neumanns Büro am 21. Mai 2008 mitteilte.

Meldungen aus den Ländern

Baden-Württemberg

Neues von Salem

Das Land Baden-Württemberg will nun wohl doch Schloss Salem kaufen. Nach Angaben aus Koalitionskreisen in Stuttgart hat die Landesregierung dem Haus Baden ein Angebot in Höhe von 23 Millionen Euro unterbreitet, insgesamt will das Land 60,8 Millionen für Salem und den Ankauf badischer Kunstschatze aufwenden. Ministerpräsident Oettinger verteidigte auch den Plan, Bernhard Prinz von Baden, zum Verwalter zu berufen. Die Ausgaben von 60,8 Millionen Euro würden nicht zu Lasten anderer politischer Aufgaben gehen. Oettinger setzt mit dem jetzt vereinbarten Kauf einem langen Kunststreit ein Ende, der vor zwei Jahren in eine ernste Krise geführt hatte.

Damals hatte er mit dem Haus Baden einen Vergleich schließen wollen, der vorsah, für 70 Millionen Euro wertvolle Handschriften zu verkaufen. Es folgte ein internationaler Aufschrei von Kunstexperten, die der Regierung vorwarfen, wertvolle Kulturgüter verscherbeln zu wollen.

Bayern

Wahlprüfsteine der Kulturpolitischen Gesellschaft

(August 2008; Erklärung der Landesgruppe Bayern)

Zum vierten Mal nach 1994, 1998 und 2003 hat die Kulturpolitische Gesellschaft, Landesgruppe Bayern, zur Landtagswahl 2008 kulturpolitische Fragen an die bayerischen Parteien



gestellt: 11 Fragenkomplexe standen zur Beantwortung an – und CSU, SPD, Grüne/Bündnis 90, FDP und Linke antworteten detailliert, während die Freien Wähler keine Aussagen zu aktuellen kulturpolitischen Fragen zu Papier brachten. Im Folgenden sind einige Kernaussagen zusammengefasst:

Gleich die erste Frage wurde von allen Parteien besonders ausführlich beantwortet: Ging es doch um den Ausbau der kulturellen Bildung – und Bildung ist das Schwerpunktthema des gesamten Landtagswahlkampfes.

Die CSU will Engagement für kulturelle Bildung zum generellen Kriterium für staatliche Förderung machen und sieht künftige Förderungsschwerpunkte in den Bereichen Integration und ehrenamtliches Engagement, u.a. durch die Einführung einer „Ehrenamts-card“.

Die SPD verweist auf den großen Rückstand, den Bayern bei kulturellen Bildungsangeboten gegenüber anderen Flächenstaaten hat und setzt auf die Ganztagschule. Sie hat konkrete Forderungen aus Gesprächen mit Künstlern und Kulturvermittlern entwickelt, die bessere Vernetzungen u.a. mit einer „Kommission für kulturelle Bildung“, eine stärkere Verankerung der kulturellen Bildung in den schulischen Lehrplänen, regionale Konzepte für kulturelle Bildung in Kindergärten und Horten und eine eigenständige Berücksichtigung der kulturellen Bildung bei der Zuschussvergabe durch den bayerischen Kulturfonds vorsehen. Die Grünen befürworten ebenso wie die FDP einen Ausbau der Institutionen für kul-

turelle Bildung (z.B. Musikschulen, Jugendkunstschulen, Kooperationen Schule und Kultur) und befürworten auch eine institutionelle Förderung einer Landesstelle für kulturelle Bildung.

Die FDP merkt kritisch (und aus Sicht der Kulturpolitischen Gesellschaft zutreffend) an: „Von Ausnahmen abgesehen scheint es dennoch so, dass der Alltag der meisten Schulen und vieler Kulturinstitutionen noch nicht durch eine verbreitete Praxis kultureller Bildung bestimmt ist“ und legt auch den Finger auf die Wunde der „rigiden Abgrenzung“ der Ressorts Kulturpolitik, Bildungspolitik, Jugendpolitik. „Die Linke“ fordert einen „Kulturpass“, der für sozial Schwächere Angebote kultureller Bildung offen hält. Zum Thema „Interkulturalität“ verweist die CSU auf ihr 10-Punkte-Programm zur Integration (inkl. Sprachförderung und Einbürgerung) und betont die „Prägestärke einer Leitkultur“ für das Zusammenleben der Kulturen, verbunden mit „positiver Offenheit“ gegenüber den Beiträgen anderer Kulturen.

Die SPD definiert die interkulturelle Arbeit als „Querschnittsaufgabe für alle kulturellen Einrichtungen“, um einen Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe am Leben aller Menschen, unabhängig der Herkunft, zu leisten. Die Grünen sehen das kulturelle Potential der Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern „durch die staatliche Kulturförderung bisher kaum wahrgenommen“. Bei der Frage nach Teilhabe und Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten an der Kultur verweist die CSU auf

die bayerische Stärke der Verbindung von Tradition und Moderne, und will deshalb Brauchtum bewahren und weiterentwickeln, Spitzenleistung und Breitenförderung verbinden. Schwerpunkt für die Zukunft sei deshalb die kulturelle Bildung.

Die SPD sieht bei dieser Frage die Soziokultur als wichtigen Mittler, kritisiert die bisherige Ablehnung einer institutionellen Förderung und setzt sich explizit für eine Finanzierung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur ein (was auch von Grünen und Linken unterstützt wird). FDP und Grüne betonen besonders die Rolle von bürgerschaftlichen Engagement auch in der Kulturarbeit. „Die Linke“ will bei diesem Thema gleich an vermeintliche Privilegien herangehen: „Die Umkehrung des Sozialprinzips heißt: keine Freikarten für den Politik- und Staatsbetrieb“.

Zum in anderen Bundesländern hoch gehandelten Thema der Kulturwirtschaft und der „Creative Industries“ haben die bayerischen Parteien relativ wenig zu sagen – immerhin befürworten alle den Vorschlag einer Erstellung eines Kulturwirtschaftsberichts für Bayern.

Außer der CSU befürworten alle Parteien auch ein grundsätzliches „Landesentwicklungskonzept Kultur“ als Basis für Transparenz und Verteilungsgerechtigkeiten und die SPD will von ihren „Auskunftsrechten im Parlament so lange Gebrauch machen, bis die Berichtskultur der Bayerischen Staatsregierung ausreichend ist“. „Die Linke“ könnte sich auch einen „Landeskulturrat“ mit Mitbestimmungs-



kompetenzen vorstellen. Im Hinblick auf die regionale Verteilung von staatlichen Fördermitteln vertraut die CSU der Exekutive und der Kontrolle durch den Bayerischen Landtag. Die SPD begrüßt die Möglichkeit, über den „Kulturfonds“ auch außerhalb der Metropolen kulturpolitische Schwerpunkte setzen zu können, fordert aber eine Erhöhung der Mittel, um in allen Landesteilen wirksam zu werden. Befragt zu den langfristigen Perspektiven der Kulturpolitik für Metropolregionen und ländlichen Raum, setzt die CSU weiter auf die Mischung von „internationaler Strahlkraft und reichen kulturellen Traditionen“. Den demografischen Wandel haben alle Parteien als Problem und (in geringerem Umfang) als Chance im Blick, können aber (noch) nicht mit Vorschlägen punkten. Die FDP bringt immerhin das Konzept der „Kulturräume“ nach sächsischem Vorbild ins Spiel, wo gezieltere Kulturförderung auf regionaler Basis angestrebt ist.

Bei der Frage nach künftigen kulturellen Großinvestitionen halten sich alle Parteien bedeckt: Die CSU setzt auf Fertigstellungen (u.a. Hochschule für Fernsehen und Film, Ägyptisches Museum in München, Kunstakademie Nürnberg); die SPD sieht den Schwerpunkt in der Kulturförderung und nicht bei neuen Kulturbauten; auch die Grünen wollen keine weitere „Einweihungskultur“ im herrschenden Zentralismus; „Die Linke“ hält weitere Großinvestitionen für „kontraproduktiv“. Die FDP hat im Bereich Museen und Musik detaillierte Einzelvor-

schläge, die sich jedoch ebenfalls nicht auf große Neubauten beziehen.

Insgesamt vertraut die CSU auf eine ihr seit Jahrzehnten verbundene Exekutive in den Ministerien, dementsprechend fallen die Antworten oft knapp (und selbstbewusst) aus.

Die SPD reagiert auf ihre Oppositionsrolle mit ausführlichen Positionen und detaillierten Forderungen, ebenso wie die FDP, die ihren außerparlamentarischen Status verlieren will.

Bei der abschließenden Frage nach einer Zukunftsvision fasst sich die SPD allerdings in einem Satz am kürzesten: „Die gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an kultureller Bildung und kultureller Erfahrung“.

Berlin/ „Hauptstadtkultur“

Berlin erhöht die Zuschüsse für die Kultur

Nach einem Bericht der FR vom 7. Dezember 2007 dürfen sich viele Berliner Kultureinrichtungen in 2008/2009 über mehr Geld freuen. 2008 werden die Zuschüsse insgesamt um über 21 Millionen Euro und 2009 um über 25 Millionen Euro erhöht, wie der Berliner Kulturstaatssekretär Andre Schmitz anlässlich der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2008/09 durch das Abgeordnetenhaus mitteilte. Den Löwenanteil der Erhöhung bekommt demnach die Opernstiftung (2008: 16 Millionen Euro, 2009: 19,5 Millionen Euro). Damit solle das „finanzielle Gleichgewicht“ unter dem

Stiftungsdach gewahrt bleiben. Allerdings fügt die FAZ hinzu, dass die Lindenoper „zum Hauptstädtischen Glanzstück“ aufgewertet wird. (FAZ vom 6. Dezember 2007).

Darüber hinaus startet Berlin ein bauliches Investitions- und Sanierungsprogramm für seine Kultureinrichtungen von über 250 Millionen Euro. Zusammen mit den vom Bund bereitgestellten 200 Millionen Euro zur Sanierung der Staatsoper fließen so in den kommenden Jahren über 450 Millionen Euro in die Renovierung und technische Ausstattung von Kultureinrichtungen wie Volksbühne, Deutsches Theater oder Friedrichstadtpalast, hieß es weiter (s. auch Berichte im Bonner General Anzeiger/SZ vom 1. Dezember 2007/FAZ vom 1. Dezember 2007). Zu den 200 Mio. Euro für die Sanierung der Berliner Staatsoper siehe allerdings auch die Bedenken von Steffen Kampeter (CDU) lt. Die WELT vom 17. November 2007: Wenn Berlin sich im Streit um die Hauptstadtförderung nicht bewege, „kann das Geld auch woanders rein fließen“, so Kampeter.

Neuausschreibung für die Staatsoper

Nach dem Verzicht auf einen Totalumbau des Rokoko-Saals, über den es heftigen Streit gegeben hatte, in der Berliner Staatsoper Unter den Linden wird die Sanierung des gesamten Hauses neu aufgerollt. „Keiner der im Wettbewerb präsentierten Entwürfe ist in der Lage, den Denkmalschutz zu gewähren“, sagte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit am 15. Juli



2008. In einem neuen Verfahren soll ein Generalplaner für das auf 241 Millionen Euro bezifferte Projekt gefunden werden. Dabei werde auf einen neuen Architekturwettbewerb verzichtet. Die Umgestaltung des Zuschauerraums müsse sich eng an den vorhandenen Zuschauerraum des DDR-Architekten Richard Paulick anlehnen. Der Berliner Architekt Klaus Roth, der den Architekturwettbewerb gewonnen hatte, wollte eine völlige Beseitigung aller historischen Spuren in dem von 1952 bis 1955 nach altem Vorbild wieder aufgebauten Saal. Wowereit äußerte sich „überrascht“ über das Auswahlverfahren. „Ich wäre nie auf den Gedanken gekommen, dass Paulick zerstört wird“, sagte er. „Vielleicht war der Anspruch an die Architekten zu weit gesteckt“. Architekturwettbewerb und Vergabeverfahren für die Gesamtanierung hätte man möglicherweise trennen sollen. Man müsse nun in Kauf nehmen, dass mit dem Erhalt des Saales, Akustik und Sicht „nie so optimal sein werden, wie wenn man ein neues Opernhaus baut“.

Am 14. Juli 2008 hatten Wowereit und Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) beschlossen, das Vergabeverfahren zu kippen und neu auszuschreiben. Der Bund trägt den Löwenanteil der Umbaukosten. Wowereit will trotz des geplatzten Vergabeverfahrens am Zeitplan (Sanierung zw. 2010 bis 2013) festhalten.

Zum Stadtschloss

Siehe den Beitrag in der FAZ vom 23. Januar 2008. An diesem Tag lief die Bewerbungsfrist für

den Architektenwettbewerb ab. Andreas Kilp mit folgendem Vorschlag: „Das neue Stadtschloss ist ein Stadtschloss und ein Symbol deutscher Kulturgeschichte, deshalb ist es richtig, hier ein Wissenschaftsmuseum aus dem Geist Humboldts zu schaffen, und deshalb sollte man sich nach wie vor überlegen, ob die Gemäldesammlung der Hohenzollern nicht hier, in der Mitte Berlins, besser als in einem Neubau am nördlichen Ende der Museumsinsel präsentiert werden kann.“ Dazu weiter Andreas Kilp in der FAZ vom 25. März 2008: Der Parlamentsbeschluss von 2002: „Es ist ein politisches Gebäude, ein Schloss des Staates ist kein Triumph des Bürgersinns für den Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden“, und er plädiert dafür, dort die Galerie der Hohenzollern unterzubringen, zumal das Gebäude nicht zur „Hülle für ein kultur-gastronomisches Allerlei werden“ darf: „Die Gemäldegalerie wird dem Stadtschloss ein museales Fundament geben, auf dem die bunte Vielfalt der wissenschafts- und kulturgeschichtlichen Sammlung aufbauen könnte. Und sie würde die deutsche Öffentlichkeit für ein Großprojekt versöhnen, das nach optimistischen Berechnungen eine halbe Milliarde kosten wird.“; siehe positiv auch Die WELT vom 22. Dezember 2007. Dass beim „Wiederaufbau des Berliner Schlosses als Humboldt-Forum selbst aufmerksame Beobachter den Überblick verlieren“ können, betonte die WELT vom 10. November 2007. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat jedenfalls grünes Licht gegeben.

Die Linksfraktion stimmte dagegen. Der Kostenrahmen beträgt 440 Millionen Euro. Nach einem Bericht der FAZ vom 22. November 2008 soll das Schloss bis 2013 gebaut werden. Allerdings hat der Förderverein bislang nur ein knappes Viertel der von ihm einzuwerbenden Mittel von 80 Millionen aufgebracht. Ende November 2008 jubelten die Feuilletons: Der Architektenwettbewerb ist abgeschlossen; es baut Franco Stella aus Vicanza; dazu die WamS vom 30. November („Endlich in der Gegenwart angekommen“): „Berlin als eine Art Themenpark deutscher Geschichte erhält ein Happy End.“; Alan Posener, meint in der WELT vom 30. Oktober: „bieder – und das ist vielleicht gut so.“; „Es kann ein Erfolg werden“, meint die WELT vom 29. November 2008; dass der Streit weitergehen wird, prophezeit hingegen die SZ vom 29. November, und lt. Andreas Kilp in der FAZ vom 1. November 2008 stellt der Stella-Entwurf die „Humboldt-Frage neu“: „Das Schloss hat seine Form gefunden. Nun sucht es einen Inhalt.“ Kulturstaatsminister Neumann würdigte den Siegerentwurf als schlüssiges und tragfähiges Gesamtkonzept zur Schaffung eines neuartigen Zentrums kultureller und wissenschaftlicher Begegnung von internationaler Bedeutung: „Der Entwurf besticht durch eine kluge architektonische Verknüpfung von Alt und Neu, von moderner Nutzung und der Rekonstruktion des ehemaligen Schlosses. Der 1. Preis wird in optimaler Weise dem Beschluss des Deutschen Bundestages gerecht, der die Wieder-



errichtung der barocken Fassaden der Nord-, West- und Südseite sowie von drei Fassaden innerhalb des Schlüterhofes und eine Rekonstruktion der historischen Kuppel vorsieht.“ Sehr kritisch gegenüber dem Stella-Entwurf hingegen der Spiegel 49/2008 („Vorwärts in die Vergangenheit“). *

Brandenburg

Landtag

Der Neubau des Landtags in Potsdam mit der historischen Fassade des ehemaligen Stadtschlusses kommt voran. Der Software-Milliardär Hasso Plattner hat dem Land Brandenburg 20 Mio. Euro gespendet (General Anzeiger vom 28. November 2007). Zur Millionenspende an das Potsdamer Schloss siehe auch FAZ vom 29. November 2007: „Doch wie es drinnen aussieht, geht jeden etwas an: die Millionenspende für Potsdams barocke Schlossfassaden.“

Hamburg

Hamburg stellt Kirchen auf den Prüfstand

Die Kulturbehörde werde gemeinsam mit der Nordeibischen Kirche eine Übersicht darüber erstellen, welche Kirchen erhalten, verkauft oder umgewidmet werden sollen, sagte Kultursenatorin Karin von Welck (parteilos) am 8. Januar 2008. Nach Angaben des Denkmalschutzamtes sind von den 191 evangelischen Kirchen in der Stadt 147 schutzwürdig. Der Sanierungsbedarf liege bei mindestens 50 Millio-

nen Euro. Kirchliche Bauwerke seien kulturelles Erbe und dafür gebe es eine gemeinsame Verantwortung, betonte von Welck.

Neues Stiftungsgesetz

Die Hamburger Bürgerschaft hat am 12. Dezember 2007 ein neues Stiftungsgesetz für die Museen beschlossen. Die vier stadt-historischen Museen sollen zu einer Stiftungseinheit zusammengeführt werden. Bisher waren alle 7 Hamburger Museen rechtlich selbständig (SZ vom 14. Dezember 2007). Nach einem Bericht der FAZ vom 25. Januar 2008 bekommt Hamburgs Museumslandschaft eine neue Struktur, v. a. durch die Gründung einer „Stiftung Historische Museen in Hamburg“, das die vier Hamburger Geschichtsmuseen zusammenfasst. Man verspricht sich davon eine bessere Abstimmung der Arbeit der vier Museen, etwa durch Absprache der Ausstellungspläne aber auch durch gemeinsame Ausstellungen. Die Restaurierung und digitale Inventarisierung der Museumsbestände soll koordiniert werden. In die Stiftung einbezogen wird der Museumsdienst Hamburg, um die Besucherbetreuung zu verbessern. Auch auf die anderen Hamburger Museen – die Kunsthalle, das Museum für Kunst und Gewerbe sowie das Museum für Völkerkunde – hat die Reform Auswirkungen. Kernpunkte der Reform sind die Entschuldung der Stiftungen in Höhe von 13,6 Millionen Euro, die Erhöhung der Betriebszuschüsse (2,1 Millionen Euro) für Kunsthalle und Museum für Kunst und Gewerbe und die Bereitstellung von In-

vestitionsmitteln von 2,3 Millionen Euro für die Neugestaltung von Dauerausstellungen.

Mehr Geld für Hamburger Privattheater?

Die Hamburger Privattheater sollen einem Gutachten vom Juni 2008 zufolge mehr Geld bekommen. Der Etat für die Bühnen soll um 2,2 Millionen auf 7,7 Millionen Euro aufgestockt werden. Außerdem werde empfohlen, die Zahl der geförderten Spielstätten von bisher acht auf 22, die der Kinder- und Jugendtheater von zwei auf vier zu erhöhen.

Mehrkosten

Nach einem Bericht des Generalanzeigers vom 18. September 2008 entstehen für die auf 241 Mio Euro geplante Elbphilharmonie 100 Mio Euro Mehrkosten. Dazu meint die ZEIT vom 25. September 2008: „Nachdem die Kommunen – beileibe nicht nur Hamburg – ihre Hochbauämter verkleinert haben, fehlt der Sachverstand, derartige Projekte zu betreuen.“ Also setze man auf Public-Private-Partnership. „Nur krankt die Partnership daran, dass der private Investor Geld verdienen muss. Und also die öffentliche Hand gern über den Tisch zieht. Auch dafür nutzt sein Sachverstand.“ *

Mecklenburg Vorpommern

Schwerin will Theater neu ordnen

Nach einem Bericht der FAZ vom 29. August 2008 hat die Landesregierung Vorschläge für



die Zukunft der Theater (derzeit vier Mehrsparten- und drei Einspartentheater) und Orchester im Land gemacht. Die Landesregierung verspricht zwar, trotz sinkender Einnahmen aus dem Solidaripakt (der 2019 ausläuft) und aus dem Länderfinanzausgleich (wegen der sinkenden Zahl der Einwohner), die Theater wie bisher mit 35,8 Millionen Euro jährlich über den kommunalen Finanzausgleich zu fördern, bis 2020. Zugleich erwartet das Land Gegenleistungen. Die Kommunen sollen sich künftig an der Finanzierung ihrer Theater mit mindestens fünfzig Prozent beteiligen. Nach den Vorstellungen von Kulturminister Henry Tesch (CDU) wird es künftig zwei sogenannte Kooperationsräume im Land geben: Im westlichen sollen die Häuser von Schwerin und Rostock enger zusammenarbeiten, deren Orchester zusammengelegt werden; im östlichen sollen die bereits fusionierten Theater von Stralsund und Greifswald einerseits und Neubrandenburg und Neustrelitz andererseits enger zusammenarbeiten und deren Orchester ebenfalls fusionieren. Tesch sieht als eine Möglichkeit auch die Zusammenarbeit der Vorpommerschen Landesbühne Anklam mit dem Theater von Stralsund und Greifswald. Das Anklamer wie auch das Haus in Parchim sollen künftig ihr Geld nicht mehr direkt, nur noch über die Mehrspartenhäuser erhalten: für den Minister ein „geeignetes Druckmittel“, Kooperationen zu erzwingen. Das Konzept sieht außerdem vor, erheblich beim Personal zu sparen. Bei den Intendanten im Land gibt es über-

all erheblichen Unmut. Der Minister dagegen hält ihnen wie Kommunen vor, bislang nicht selbst ein Konzept für die künftige Theaterstruktur vorgelegt zu haben.

NRW

Beethovenfestspielhaus

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat 39 Mio. Euro für das Projekt Beethovenfestspielhaus in Bonn zugesagt. Die Mittel des Bundes fließen in die neue Stiftung „Festspielhaus Beethoven“, aus der der laufende Unterhalt des Hauses finanziert werden soll. Das Geld für Bonn ist Teil des „Nationalen Kulturinvestitionsplanes“, für den Kulturstaatsminister Bernd Neumann insgesamt 400 Mio. Euro zusätzlich bewilligt wurde. Der Finanzbedarf für den Betrieb des Festspielhauses soll bei rund 70 Mio. Euro liegen. Die Bausumme wird derzeit auf 80 Mio. Euro geschätzt. Für diese Summe stehen die drei Bonner Unternehmen Post, Telekom und Postbank ein. Unklar ist noch der Standort des Festspielhauses, dessen Eröffnung in den Jahren 2011/12 begangen werden könnte. (Bonner Generalanzeiger vom 17. November 2007).

Kulturkommission

Im November 2007 haben die Kunststiftung NRW und die Landesregierung eine zehnköpfige Kommission ins Leben gerufen, die im Juni 2008 ihre Vorschläge und Empfehlungen zur Kunstszene in Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat, sie ist auf der

Homepage der Kunststiftung NRW abzurufen. Siehe auch Bericht in der WamS vom 16. März 2008 und einen großen Beitrag in der WamS vom 2. November 2008: „Welche Kultur wollen wir?“

Bibliotheksgesetz

Die Büchereien in Nordrhein-Westfalen haben das geplante „Bibliotheksgesetz“ begrüßt. Damit könnten die Bildungseinrichtungen rechtlich aufgewertet werden, sagte die Vorsitzende des Verbands der Bibliotheken in NRW, Monika Rasche, am 27. März 2008 in Düsseldorf. Entsprechende Anträge zur Bibliotheksentwicklung hatten die Regierungsparteien CDU und FDP sowie auch die SPD im Landtag eingebracht. Beide Anträge bezögen sich auf die Enquete-Kommission Kultur des Bundestags. Diese hatte die besondere Bedeutung der Bibliotheken anerkannt und den Ländern empfohlen, Bibliotheksgesetze zu verabschieden; s.u. zu Thüringen.

Kulturhauptstadt Essen: Was erwartet das Ruhrgebiet?

Dazu Andreas Rossmann in der die FAZ vom 11. Juli 2008 (s. auch die WAZ vom 9. Juli 2008: „Oper ist für alle da“): Keine anderthalb Jahre mehr, dann sind Essen und das Ruhrgebiet Europäische Kulturhauptstadt. Doch was denken eigentlich die Einheimischen über das, was da auf sie zukommt? Welche Erwartungen, Wünsche, Auswirkungen verbinden sie mit dem pausenlosen Großereignis? Darauf gibt es erste Antworten, denn das Kulturpolitische Institut der Uni-



versität Hildesheim hat dazu, in Zusammenarbeit mit einem Meinungsforschungsinstitut, im Auftrag der Ruhr 2010 GmbH eine Umfrage durchgeführt. Siebenundsechzig Prozent der Bevölkerung, so ihr erstes Ergebnis, haben schon mal etwas von der „Kulturhauptstadt 2010“ gehört. Na, immerhin, wo die Werbetrommel erst im Herbst richtig heißlaufen soll. Die Einheimischen – eintausendfünfhundert Personen zwischen Wesel und Fröndenberg wurden befragt – durften Noten wie in der Schule geben und die Region nach verschiedenen Aspekten bewerten. Die „Kultur“ bekam eine 2,3 und landete auf Platz fünf – hinter „Verkehrsanbindung“, „Sport“, „Einkaufen“, „Menschen“ und noch vor der „Freizeit“, „Landschaft“ oder gar „Tourismus“ und „Arbeit“. Dreiundfünfzig Prozent sagten „ja auf die – tatsächlich so gestellte - Frage, ob „Kultur wichtig ist für die Gesellschaft“, doch nur neununddreißig Prozent bezeichnen sich selbst als „kulturräffin“. „Kultur wird als sehr wichtig angesehen für die Gesellschaft und sich selbst“, so die Professorin Birgit Mandel aus Hildesheim, eine Expertin für Kultur-Marketing: „Aber es entspricht nicht dem tatsächlichen Nutzungsverhalten.“ Schon identifizieren sich einundzwanzig Prozent seiner Einwohner mit dem Ruhrgebiet statt – wie immer noch fast vierzig Prozent – nur mit „ihrer“ Stadt. Und wie viele eigentlich eher mit SO4 oder BVB 09? Aber das wurde nicht abgefragt. Die Ruhrgebietler, so Projektleiterin Vera Timmerberg, „geben auch viele

Hinweise auf Sehenswürdigkeiten, glauben aber kaum, dass die dem Eiffelturm standhalten oder Menschen aus Bayern Zechen besichtigen“. Der wachsende Stolz auf die Region hat den tief-sitzenden Minderwertigkeitskomplex noch nicht ganz getilgt: Dass die Zeche Zollverein in Essen mit der anderen Weltkulturerbestätte Schloss Augustusburg in Brühl mithalten kann, wird keineswegs für selbstverständlich gehalten. Die Revierbewohner kennen ihre kulturellen Imageträger Ruhrfestspiele (54,8 Prozent), Ruhrtriennale (48,1), Extraschicht (48,1) und Klavierfestival (43,9), aber sehr viel populärer ist die Loveparade (91,1). Was aber heißt das alles für das Programm der Kulturhauptstadt?

Gefragt nach ihren Wünschen, was sich durch die Kulturhauptstadt verbessern soll, fanden über 90 Prozent der Befragten am wichtigsten: „Mehr Angebote für Kinder/Jugendliche“ und „Positiveres Image des Ruhrgebiets“. Immerhin 44 Prozent erwarteten „Mehr Sportveranstaltungen“ von der Kulturhauptstadt.“

Nach einem Bericht der WAZ vom 19. Dezember 2007 sieht Bundestagspräsident Norbert Lammert, vorm. Vorsitzender der CDU im Ruhrgebiet, in der Kulturhauptstadt 2010 „die letzte große Gelegenheit für das Ruhrgebiet, sich nach außen und innen“ als eine der großen Metropolregionen darzustellen. Vielen, die an der Verwirklichung der Kulturhauptstadt beteiligt sind, bescheinigt er großes Engagement. Gleichzeitig kritisiert er jedoch, dass allzu

viele im Ruhrgebiet nur „gelangweiltes Interesse“ zeigten. „Diese Distanz zwischen beiden Gruppen muss dringend überwunden werden.“ Wer aus seiner Sicht abseits steht und sich nicht hinreichend engagiert, sagt Lammert nicht. Stattdessen betont er, das Ruhrgebiet müsse „alle Kräfte und Mittel“ ausschöpfen, um die Kulturhauptstadt zu einem nachhaltigen Erfolg zu machen. „Die Kulturhauptstadt 2010 bietet die große Chance, das neue Bild der Region vorzuführen. Meine dringende Empfehlung an alle ist, diese Gelegenheit beim Schopfe zu greifen.“ In die Klagen, die in jüngster Zeit über unzureichende finanzielle Mittel für die Kulturhauptstadt 2010 laut wurden, mag Lammert nicht einstimmen. Obwohl der Bund nach den Prinzipien der Föderalismusreform für Kulturpolitik nicht zuständig sei, habe die Bundesregierung drei Millionen Euro bereit gestellt. Sie habe damit dokumentiert, dass die Kulturhauptstadt 2010 eine wichtige Angelegenheit für die ganze Bundesrepublik sei. Das eröffne auch „Aussicht auf ein verstärktes Engagement des Landes“. Drei Aufgaben müsse das Konzept für die Kulturhauptstadt berücksichtigen. Notwendig seien Spitzenproduktionen. Das Ruhrgebiet habe inzwischen den Nachweis erbracht, dass es in der Lage sei, international wettbewerbsfähige Kulturveranstaltungen hervorzu-bringen. Für 2010 seien auch große Veranstaltungen nötig, um weltweit Aufmerksamkeit zu erzeugen. Manche der Veranstaltungen, die derzeit diskutiert



würden, seien sicher geeignet, große Beachtung zu finden. „Sie haben mit Kultur jedoch nicht viel zu tun.“ Es sei schon „ein sehr erweiterter Kulturbegriff“ notwendig, um die geplante Sperrung der A 40 als kulturelles Ereignis zu begreifen, spottet er. Und fügt hinzu: Die Planungen für die 2010 sollten sich „nicht allzu sehr auf anspruchsvolle Gags kaprizieren.“ Die Kulturhauptstadt müsse vor allem nachhaltig wirken. Dazu seien Investitionen notwendig, die über das Jahr 2010 hinaus Bestand haben müssten und „ohne die Kulturhauptstadt 2010 nicht zustande kämen.“ Als Beispiele nennt Lammert den Neubau des Folkwang- und des Ruhr-Museums sowie den geplanten Bau des Bochumer Konzerthauses. Bei den Klagen über die finanzielle Ausstattung der Kulturhauptstadt 2010 würden diese Investitionen, die im Zusammenhang mit dem Projekt stünden und den vorhandenen Etat weit überstiegen, fahrlässig übersehen, merkt der Bundestagspräsident kritisch an. „Die Neigung zur Zusammenarbeit ist im Ruhrgebiet immer noch zu gering“, findet er. Diese Erfahrung machte er bei der Diskussion um die große Verwaltungsreform, die er seit zwei Jahrzehnten zum Thema macht. Immer noch sei der Lokalpatriotismus ausgeprägter als die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Da nimmt er seine eigene Partei nicht aus. „Ich habe Zweifel, ob die notwendigen Veränderungen so rechtzeitig kommen, dass sie uns noch nützen.“ Seine große Sorge: Das Ruhrgebiet könnte seine Chance im internationalen

Konkurrenzkampf verspielen. In den nächsten zehn Jahren, davon ist er überzeugt, werde sich entscheiden, welche Region künftig weltweit eine Rolle spielen werde. Zwei Dutzend Regionen würden in der ersten Liga antreten. „In Deutschland ist das Ruhrgebiet die einzige Region, die dafür in Frage kommt. Entweder das Ruhrgebiet spielt diese Rolle, oder es wird keine Rolle mehr spielen. Wer das nicht sieht, hat den Ernst der Lage nicht begriffen. Zur aktuellen Situation in Essen s. auch den kurzen Bericht in der ZEIT vom 1. Oktober 2008 („unerhört“). Nach einem Bericht in der FAZ vom 24. November 2008 hat der Haushaltsausschuss des Bundestages weitere 5 Millionen Euro für die Kulturhauptstadt bewilligt und damit die Fördersumme des Bundes auf 18 Millionen Euro erhöht.*

Köln:

Die Debatte um den Standort des Jüdischen Museums

(Peter Pauls, Kölner Stadt-Anzeiger vom 3. Juli 2008; Auszug): „Im Mai 2006 beschloss der Kölner Stadtrat auf Antrag von SPD, Grüne und FDP zum Bau eines Jüdischen Museums ausdrücklich: ‚Ob eine Realisierung auf dem Rathausvorplatz, für die ein gesonderter Beschluss notwendig ist, erfolgt, hängt von der Umsetzung folgender Maßnahmen ab: 1. Wegen der besonderen Bedeutung des Vorhabens und der Standortfrage soll eine breite öffentliche Debatte stattfinden.‘ Aber man nahm die Absicht für die Tat. Als jetzt ein von der Stadt ausgelobter Architektenwettbewerb einen Preisträ-

ger ermittelte, hat zumindest der ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘ seine Leser befragt und ein überwältigendes Echo ausgelöst. In überwiegend sachverständigem Ton zeichnet eine Mehrheit der Briefschreiber ein Meinungsbild, wonach ein Jüdisches Museum willkommen sei, man jedoch den Rathausvorplatz als einen der wenigen freien und ruhigen Plätze so schätze, dass man rät, ein solches Haus der jüdischen Kultur nicht unmittelbar an dieser Stelle zu errichten.“

Ausgaben

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat erstmals ihre Ausgaben für die Kulturförderung aufgeschlüsselt. Den größten Anteil der insgesamt 97,6 Millionen Euro an Fördermitteln, erhielten demnach die Theater mit gut 45,6 Millionen. (SZ vom 30. Oktober 2008).

Kunststiftung

Zur Debatte um die Förderpolitik der Kunststiftung NRW s. den Bericht in der WamS vom 7. Dezember 2008: „Welche Kunst soll gefördert werden“.

Rheinland-Pfalz

Denkmalschutzgesetzentwurf überarbeiten

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Denkmalschutz- und -pflege-rechts muss grundlegend überarbeitet werden, so am 29. April 2008 für die CDU-Fraktion der Landtagsabgeordnete Thomas Weiner. Von der nur mangelhaften Beteiligung der betroffenen Eigentümer im



Unterschutzstellungsverfahren, über unzureichende Regelungen beim Nachteilsausgleich bis hin zu gravierenden Mängeln bei der Gesetzesformulierung und -systematik reiche das Spektrum der Einwendungen. Insbesondere sei von mehreren Gutachtern moniert worden, dass der Entwurf zu sehr von einem obrigkeitsstaatlichen Denken geprägt sei, so Weiner. „Denkmalschutz und -pflege kann nur im Miteinander erfolgreich sein. Notwendig ist deshalb eine gesetzliche Regelung, die Eigentümer von potentiellen Denkmälern einbezieht, ihnen hilft und sie unterstützt. Ziel muss eine partnerschaftliche Zusammenarbeit sein. Dieses wird verfehlt, wenn die Betroffenen noch nicht einmal eine Begründung für die Unterschutzstellung ihres Eigentums erhalten. Hier sehe ich große Defizite. Für mich ist außerdem ganz entscheidend, welche Kosten durch die Novellierung auf die kommunale Ebene zukommen. Hierauf hat die Landesregierung bislang keine Antwort gegeben. Wir werden sehr genau darauf achten, dass das Konnexitätsprinzip eingehalten wird. Wenn für die kommunale Ebene zusätzlicher Aufwand entsteht, bedeutet das Mehrkosten, für die das Land aufkommen muss.“

Hintergrund: Die Landesregierung plant die Zahl der in Rheinland-Pfalz unter Denkmalschutz stehenden Objekte von derzeit 13 000 auf 53 000 auszuweiten. Im Unterschied zur bisherigen Verfahrensweise sollen die zusätzlichen 40 000 Objekte per Gesetz festgelegt und erst danach die Eigentümer in-

formiert werden. Wer schon heute wissen will, ob sein Eigentum unter Denkmalschutz gestellt wird, muss bei den Stadt- und Kreisverwaltungen Einsicht in die dort geführten Listen nehmen.

Weiter Streit um das Arp Museum

Am 22. Oktober 2004 wurde der Bahnhof als Arp Museum wieder eröffnet. Nach dem ursprünglichen Konzept sollten die Stiftung Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp e. V. und das Land Rheinland-Pfalz das Museum gemeinsam betreiben. Die Stiftung stellte zunächst ihre Sammlung mit Werken von Hans Arp und Sophie Taeuber-Arp für Ausstellungen zur Verfügung. Nach massiven Streitigkeiten über die Vertragstreue der Stiftung erklärten die Partner im Juli 2008 die Zusammenarbeit für beendet, die Stiftung zieht die ihr gehörenden Werke aus dem Museum ab. Das Land erklärte, den Bau mit den rund 400 Werken Arps in Landesbesitz und Leihgaben anderer Sammler und Museen bestücken zu wollen.

Die CDU-Fraktion im Rheinland-Pfälzischen Landtag hatte im Januar 2008 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragt, der die Vorgänge um das Arp-Museum überprüfen soll. CDU-Fraktionsvorsitzender Baldauf dazu: Beck sei daran Schuld: „Er hat 1995 eine Rahmenvereinbarung geschlossen, die dem Land zwar erhebliche finanzielle Lasten aufbürdet, ihm aber so gut wie keine Mitspracherechte bei Entwicklung und Betrieb des Museums gegeben hat. Der Vertrag war so schlecht verhandelt, dass er

10 Jahre später novelliert werden musste. Die Landesregierung erlebt mit dem Skandal um das Arp-Museum einen kulturpolitischen Supergau. Das muss parlamentarisch aufgearbeitet werden. Außerdem bestünden Zweifel an der Authentizität und Wertigkeit vom Land angekaufter Kunstwerke und zentrale Fragen der Provenienz und Echtheit großer Teile der Exponate seien ungeklärt.“ Im November 2007 hatte die Landesregierung die Rahmenvereinbarungen mit dem Verein gekündigt, zu dessen Mitgliedern auch der ehemalige Kulturstaatsminister und jetzige Hamburger Bürgerschaftskandidat Michael Naumann gehört (SZ vom 14. Dezember 2007; s. dazu auch den Bericht im „Bonner General-Anzeiger“ vom 14. November 2007 („Mainz, wie es sinkt und kracht“). Mit der Überschrift „Das Land Rheinland-Pfalz muss sich beim ARP-Museum entscheiden, Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende“ berichtet auch die FAZ vom 16. November 2007 über die Vorgänge, die durch den Berliner Rechtsanwalt Peter Raue ausgelöst wurden: „Nachdem sie für 33 Mio. Euro in Remagen/Rolandseck ein neues Museum unter der Voraussetzung gebaut hat, dass der Verein dafür Werke im Wert von 30 Mio. Euro zur Verfügung stellt, würde der Ausstieg des Landes aus dem Vertrag eine kulturpolitische Niederlage besiegeln. Doch wäre ein Ende mit Schrecken gegenüber einem Schrecken ohne Ende, wie es sich bei der Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem ARP-Verein abzeichnet, das deutlich kleinere Übel.“



Der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Arp-Untersuchungsausschuss Gerd Schreiner hat im Juni 2008 die wiederholten Versuche der SPD, die Geschichte des Arp-Museums neu zu schreiben, für gescheitert erklärt. Der frühere Kultusminister Dr. Georg Gölder habe vor dem Arp-Untersuchungsausschuss klar bestätigt, dass es keine Planungen der damaligen CDU-geführten Landesregierung zur Errichtung eines millionenschweren Arp-Museums in Rolandseck gab. Zugleich habe der frühere Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Ernst Eggers (FDP) bekräftigt, dass die Weichenstellung für das Arp-Museum erst durch die SPD-Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Rudolf Scharping (SPD) vorgenommen wurde. Schreiner hatte am 2. Juli 2008 die Landesregierung aufgefordert, Parlament und Öffentlichkeit umgehend über die Einzelheiten zu der mit dem privaten Arp-Verein erzielten Übereinkunft zu informieren. Es sei ein unerträglicher Affront, dass Kulturstaatssekretär Hofmann-Göttig Parlament und Öffentlichkeit mit einer dünnen Pressemitteilung abspeise, die ganz zentrale Fragen zur Zukunft des Arp-Museums offen lasse. Die CDU-Landtagsfraktion werde dies auch im zuständigen Kulturausschuss zur Sprache bringen, so Schreiner: Die von der Landesregierung verbreitete Erklärung lässt nur den Schluss zu, dass das Land nun nach über zwei Jahrzehnten hoch problematischer Zusammenarbeit mit dem privaten Arp-Verein mit leeren Händen dasteht. Kurt Beck persönlich hat zu La-

sten des Landes zwei millionenschwere Verträge mit dem Arp-Verein geschlossen. Das Land hat seine Verpflichtungen daraus erfüllt, für einen zweistelligen Millionbetrag ein Arp-Museum gebaut und dem Verein für 10 Mio. Euro Kunst abgekauft, die zum Teil noch gar nicht vorhanden ist. Im Gegenzug wird nun der Arp-Verein von seinen Verpflichtungen entbunden, d.h. es fehlen die zugesagten Dauerleihgaben im Wert von 30 Mio. Euro. Damit haben sich unsere schlimmsten Befürchtungen bewahrheitet. Das Land hat ein Arp-Museum gebaut und weiß nicht, was dort ausgestellt werden soll. Von einem Arp-Museum jedenfalls kann keine Rede mehr sein. Der Skandal um dieses umstrittene Projekt hat damit ein weiteres Kapitel bekommen. Wie gut, dass wir den Untersuchungsausschuss haben. Gäbe es ihn nicht, müssten wir ihn jetzt einsetzen.“ (s., auch den Bericht in der Bonner Rundschau vom 9. Juli 2008: „Arp und kein Ende“). Am 15. September 2008 stellte Schreiner fest, dass die CDU-Landesregierung nie vorgehabt habe, den Bahnhof in Rolandseck zu einem Arp-Museum auszubauen. „Erst seit die SPD in der Landesregierung ist, wurden die Museumspläne konkret. Die CDU in der Landesregierung plante eine Begegnungsstätte im Künstlerbahnhof Rolandseck, aber kein Museum, das ausschließlich einem Künstler gewidmet werden sollte. Das haben die Zeugenvernehmungen des Arp-Untersuchungsausschusses ergeben. Die Aussagen der Zeugen, vor allem des ehemaligen Bundeswirtschaftsmini-

sters Dr. Hans Friedrichs, haben eindeutig die Position der CDU-Landtagsfraktion bestätigt. Der klassizistische Bahnhof aus der Mitte des 19. Jahrhunderts bei Remagen sollte seine Bausubstanz und somit seine Eigenart behalten. Erst auf den Wunsch der SPD hin, wurde von Richard Meier ein Museum konzipiert, das ausschließlich auf die Skulpturen von Hans Arp ausgerichtet wurde.“ S. weiter auch die Beiträge in der SZ vom 11. September 2008: „Was sind Kopien wert?“ und FAZ vom 10. September 2008: „An Arps Legenden arbeiteten viele Meißel.“; RZ vom 23. August 2008: „Arp-Museum schon in den 80er Jahren Thema“). Stand am 16. Dezember 2008:

Zur heutigen Befragung des Ministerpräsidenten Kurt Beck erklärt der Obmann der CDU-Landtagsfraktion, Gerd Schreiner:

„Der heutige Untersuchungsausschuss hat deutlich gemacht, dass Ministerpräsident Beck die volle politische Verantwortung für das Gesamtprojekt Arp-Museum trägt. Die zuvor gehörten Zeugen, wie zum Beispiel Prof. Joachim Hofmann-Göttig und Ernst Eggers, räumten bei ihren Aussagen bereits große Fehler der SPD-Landesregierung ein. Dies wurde heute vom ehemaligen Kulturstaatssekretär, Roland Härtel, und dem früheren Leiter der Staatskanzlei, Klaus Rüter, nochmals bestätigt. Ganz nach dem Motto der Landesregierung ‚Wir machen’s einfach‘ hat Beck, nach eigenen Angaben, dem Arp-Verein über das normale Maß hinaus Rechte zugestanden. Schon unmittelbar nach



dem Abschluss der ersten Rahmenvereinbarung erkannte Beck, dass für das Land kein befriedigender Stand erreicht worden sei. Zweifel und Kritik wischte er aber beiseite und boxte das Projekt gegen alle fachliche Bedenken durch. Damit trägt der Ministerpräsident die volle politische Verantwortung für die Arp-Misere.“

Sachsen-Anhalt

Wege aus der Dauerkrise Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz zur Zukunft der Theaterfinanzierung

(Mitteldeutsche Zeitung vom 24. Mai 2008): Sachsen-Anhalts Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz sieht den Fortbestand der Theater und Orchester auf Landesseite gesichert, räumt aber zugleich drohende finanzielle Probleme für die Ensembles ein. „So froh ich bin, dass ich mit Hilfe des Parlaments die Zuwendungen von 36 Millionen Euro konstant halten kann, so klar sehe ich den Mehrbedarf der Häuser durch die Finanzlage ihrer Träger und durch die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst“. Würde man bei unverändertem Personalbestand die Tarifabschlüsse umsetzen, käme laut Olbertz ein Gesamt-Fehlbetrag von rund acht Millionen Euro zusammen. Allein die zusätzlichen Erwartungen der Träger an das Land beliefen sich auf 1,3 Millionen Euro, für die es keinen realistischen Spielraum gebe. Nach Abschluss der Sondierungsgespräche, die nun in die neuen Theater- und Or-

chesterverträgen bis 2012 münden sollen, sieht Olbertz im Wesentlichen drei Wege aus dieser Misere. Einerseits gäbe es Signale, dass einige Kommunen – beispielsweise Stendal – mehr Geld für ihre Theater einstellen wollten, um die Krise abzufedern. Zum anderen zeigten sich einige Bühnen bemüht, ihre Ensemblegröße „moderat und mit Fingerspitzengefühl“ zukunftsfähig zu gestalten – ein Prinzip, das der Kultusminister etwa in Halle für „möglich und nötig“ hält. Und schließlich würden auf lokaler Ebene Verhandlungen laufen, um mit Hilfe von Haustarifverträgen oder anderen Modifikationen das Defizit auszugleichen. Vor solchen Prozessen, wie sie derzeit am Anhaltischen Theater Dessau laufen, äußert Olbertz „höchsten Respekt“, zumal sie sich aus der „nötigen Debatte über eine realistische Größe des Ensembles“ entwickelt hätten. Allerdings warnt Olbertz davor, dass der eigentlich als temporäres Mittel gedachte Lohnverzicht, der normalerweise mit Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen wird, auf Dauer die Wettbewerbsfähigkeit der Theater gefährden könnte. Gerade in jenen Mehrspartenhäusern, in denen die Orchester im Vergleich zu den Solisten unverhältnismäßig besser bezahlt würden, sei eine Schieflage programmiert.

Darüber hinaus sind nach Ansicht des Ministers auch im Landesvergleich behutsame Verschiebungen nötig: Während Magdeburg nur 36 Prozent seines Theateretats aus Landesmitteln bestreiten könne, sei Halle bislang auf 40 Prozent

festgeschrieben – und liege im Direktvergleich des Gesamtbedarfs pro verkaufter Opern-Eintrittskarte sogar fast doppelt so hoch wie die Landeshauptstadt. Von der Rendite, die sich die Stadt Halle nach Bildung ihrer Kultur-GmbH verspricht, erwarte daher das Land einen Anteil. Das Anhaltische Theater Dessau wird dank einer Zulage für sein Wirken in der Region sogar zur Hälfte vom Land gefördert – was Olbertz allerdings ebenso verteidigen will wie die Zuwendungen für kleine Ensembles, an den Theatern in Eisleben und Naumburg, im Kammerorchester Wernigerode und in der Kammerphilharmonie Schönebeck. Gerade diese Häuser leisteten vielfältige Beiträge zur kulturellen Bildung der Jugend und zur Kooperation mit Schulen. Die Stadt-Umland-Finanzierung, die für die meisten Bühnen einen Ausweg aus der Dauerkrise darstellen könnte, sieht der Minister weiterhin als Herausforderung für den Gesetzgeber. Allerdings sei eine bloße Kopie des sächsischen Kulturraumgesetzes, das allgemein als Vorbild für eine solche Regelung gilt, angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen nicht mehr leistbar. Stattdessen empfiehlt Olbertz zunächst Modelle auf regionaler Ebene, wie sie das Nordharzer Städtebundtheater seit Jahren erfolgreich praktiziert. Solche Verbundstrukturen wären beispielsweise in der Altmark zwischen Stendal und Salzwedel oder im Mansfelder Land – wobei das wechselseitige Bekenntnis zu den Kulturangeboten, zum Beispiel zwischen dem Rosarium Sangerhausen und dem Theater



Eisleben, auch das regionale Selbstbewusstsein stärken könnte. Ein selbstbewusstes Auftreten empfiehlt Jan-Hendrik Olbertz auch angesichts der derzeitigen Vakanz in Magdeburg, Stendal und Naumburg sowie am Opernhaus Halle. Wo die Intendanten neu zu besetzen sind, müsse man „nach den Sternen greifen“ – und solle auf keinen Fall Kandidaten wählen, die das ästhetische Prinzip der scheidenden Hausherrn nur kopieren wollten. Jeder neue künstlerische Leiter müsse das Recht haben, der durch die langjährige Präsenz von dominanten Künstlerpersönlichkeiten gewachsenen „Überstabilität von Erwartungen“ mit seiner eigenen Konzeption zu begegnen – und dafür auch die Zeit bekommen, um neben dem Stammpublikum neue Besucherschichten anzusprechen. Dies sei ein Prozess, den man nur „mit heiterem Mut“ gestalten könne. „Hausinterne Lösungen“, so Olbertz, „halte ich für falsch.“

Sachsen

Kulturraumgesetz bis 2011

Das 1994 verabschiedete sächsische Kulturrahmengesetz soll zumindest bis 2011 nach einer Entscheidung des Landtages vom 14. November 2007 erhalten bleiben. Dies sei ein Instrument solidarischer Kulturfinanzierung, der Freistaat stellt Landkreisen und Gemeinden 86,6 Mio. Euro zur Verfügung, um, so die FAZ vom 16. November 2007, die „finanziellen Ungleichgewichte zwischen Gemeinden mit großen Kulturein-

richtungen und dem Umland, das von ihnen profitiert, auszugleichen“.

Waldschlösschenbrücke

Die immer neuen Runden im Streit um die Waldschlösschenbrücke und die Zukunft des Kulturerbetitels zeichnen wir erst dann wieder nach, wenn eine Einigung in Sicht ist. Letzter Stand: Das Verwaltungsgericht Dresden hat einen Antrag auf Baustopp durch drei Naturschutzverbände lt. Meldung des Generalanzeigers vom 17. September 2008 abgelehnt; die Entscheidung über Rechtmäßigkeit und Fortführung des Brückenbaus bleibe allerdings den Entscheidungen in der Hauptsache vorbehalten.

Museumsdatenbank für

Dresdner Kunstsammlungen

Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) können ihre bundesweit einmalige Museumsdatenbank „Daphne“ einrichten. Ein entsprechender Projektantrag der SKD wurde vom Kunstministerium im Februar 2008 genehmigt. „Ausgelöst durch die ganzen Restitutionsdebatten sind die SKD damit als erstes Museum in der Bundesrepublik in der Lage, konsequent die Gesamtbestände auf ihre Geschichte hin zu überprüfen“, sagte SKD-Generaldirektor Martin Roth. Das Rechercheprojekt hat eine Laufzeit von zehn Jahren und einen finanziellen Umfang von 15 Millionen Euro.

Thüringen

Staatstheater Weimar

Am 14. Dezember 2007 wurden die Verträge zur Umwandlung des deutschen Nationaltheaters Weimar in ein Staatstheater unterzeichnet. Von 2009 bis 2012 wird das Land jährlich rund 16,6 Mio. Euro zahlen, also 80% der Kosten, auf die Stadt entfallen 4,4 Mio. Euro. Die neue Struktur wurde bereits zum 1. Januar 2008 umgesetzt.

Erstes Bibliotheksgesetz in Deutschland

Thüringen hat am 4. Juli 2008 als erstes Bundesland ein Bibliotheksgesetz verabschiedet. Darin werden der Bestand und die Finanzierung der Bibliotheken geregelt. „Damit setzen wir bundesweit Maßstäbe“, sagte Kultusminister Bernward Müller (CDU) im Landtag in Erfurt. Die Opposition bezeichnete die Regelungen dagegen als bloßes Zeichen des guten Willens ohne Konsequenzen. Auf Kritik stieß vor allem die Festlegung, dass Bibliotheken weiterhin freiwillige Leistungen der Kommunen bleiben sollen. Damit stünden sie an vorderer Stelle bei Sparprogrammen der Gemeinden. Der Thüringer Bibliotheksverband hatte bereits 2006 eine gesetzliche Regelung gefordert, die den Bestand der Einrichtungen sichert. Die Landesregierung lehnte dies anfangs ab, änderte jedoch ihre Meinung nach der Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler bei der Wiedereröffnung der Anna Amalia Bibliothek im Oktober 2007. Dort hatte er vor einem Bibliothekensterben gewarnt. Auch die Enquete-



kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages wies auf die mangelnde „rechtliche und strukturelle Präzisierung der deutschen Bibliothekslandschaft“ hin.

Mit dem Gesetz habe Thüringen die Bibliotheken „auf die politische Tagesordnung gesetzt“, sagte Müller. Sie seien jetzt offiziell als Bildungsinstitutionen anerkannt und könnten auf entsprechende Fördertöpfe zugreifen. Die finanzielle Verantwortung für die Bibliotheken müsse jedoch weiterhin bei den Trägern liegen. Dies sei Teil der Autonomie der Kommunen und Hochschulen. Die Festschreibung als Pflichtaufgabe wäre nach Angaben des CDU-Abgeordneten Jörg Schwäblein nicht zu bezahlen. In diesem Falle müsste das Land die gesamten Kosten für die Bibliotheken von 20 Millionen Euro pro Jahr übernehmen. „Die Verantwortung muss deshalb in den Orten bleiben. Dort muss die Bibliothek angenommen, erstritten und auch gegen Widerstände verteidigt werden.“ In ihrem Schlussbericht hatte die Bundestags-Enquete-Kommission vorgeschlagen, in den Ländern Bibliotheksgesetze zu schaffen, in denen Bibliotheken als Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand geregelt werden. Als Alternative dazu regte die Kommission die rechtliche Absicherung der Bibliotheken durch einen länderübergreifenden Staatsvertrag an, woran der Deutsche Kulturrat am 3. Juli erinnerte. Deutschlands Bibliotheken sind die am stärksten genutzten Kultur- und Bildungseinrichtungen im Land. Jährlich besuchen laut Kulturrat mehr als 200 Millio-

nen Leser Bibliotheken. Gleichwohl sind öffentliche Bibliotheken bei Kürzungen der Zuwendungen für Kultur immer wieder besonders betroffen.

Klassik Stiftung Weimar organisiert sich neu

Um das kulturelle Erbe Weimars erhalten und zeitgemäß vermitteln zu können, hat die Klassik Stiftung Weimar im Juli 2008 einen Masterplan beschlossen. Er soll mit Unterstützung von Bund und Freistaat Thüringen bis 2017 umgesetzt werden.

Wichtigstes Anliegen der Stiftung ist es, die ihr anvertrauten Kulturdenkmäler und Kunstschätze zu sichern und zu erhalten. Bis 2011 soll deshalb nicht nur ein zentrales Depot errichtet, sondern auch das Goethe- und Schiller-Archiv saniert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die dringend notwendige Restaurierung wertvoller Druck- und Handschriften. Bis 2017 soll der Erhaltungszustand der gefährdeten Bestände des Goethe- und Schiller-Archivs, der Herzogin Anna Amalia Bibliothek und der Graphischen Sammlungen stabilisiert werden.

Der Brand der Herzogin Anna Amalia Bibliothek im Herbst 2004 hat an die 50 000 Bücher vernichtet, rund 62 000 Bände zum Teil schwer beschädigt. Ihre Wiederbeschaffung ist – soweit möglich – im Masterplan ebenfalls vorgesehen. Neues Zentrum der Klassik Stiftung wird laut Masterplan das Weimarer Stadtschloss sein. Die Museumslandschaft in und um Weimar soll zukünftig von dort aus erschlossen werden. Einen Überblick

über 500 Jahre deutscher Kulturgeschichte aus der Perspektive Weimars soll eine neue Dauer Ausstellung zum „Kosmos Weimar“ bieten.

Zur Klassik Stiftung Weimar gehören 25 Kunst- und Literaturmuseen, Dichterhäuser sowie historische Schloss- und Parkanlagen. Nicht nur die Wohnhäuser Goethes und Schillers, sondern auch die letzte Wohnung Friedrich Nietzsches mit dem Jugendstil-Interieur Henry van de Velde und der Weimarer Wohnsitz Franz Liszts zählen dazu. Neun Gebäude und Parklandschaften des „klassischen“ Weimar wurden 1998 in die Welterbeliste der Unesco aufgenommen. Seit 2001 ist auch der handschriftliche Nachlass Johann Wolfgang von Goethes in den Registern des „Memory of the World“ verzeichnet. Die Klassik Stiftung Weimar entstand 2003 aus der Zusammenführung der Stiftung Weimarer Klassik mit den Kunstsammlungen Weimar. Finanziert wird die Stiftung vom Bund, vom Freistaat Thüringen und von der Stadt Weimar.

Auch eine der bedeutendsten Kunstschulen der Moderne wurde in Weimar gegründet. Zwischen 1919 bis 1925 versammelte das „Staatliche Bauhaus“ die damalige Künstlerelite in der Stadt. Die Stiftung plant, dem historischen Bauhaus nun ein neues Museum zu widmen. 2009 soll deshalb ein Architektenwettbewerb ausgelobt werden, aus dem der Entwurf für das geplante Bauhaus-Museum hervorgehen soll.

Für die Umsetzung des Masterplans haben der Bund und der



Freistaat Thüringen jeweils 45 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Kulturstaatsminister Bernd Neumann, aus dessen Haushalt das Sonderprogramm finanziert wird, erhöht außerdem die jährliche Förderung der Klassik Stiftung Weimar bis 2010 auf 8,769 Millionen Euro.

Weitere Meldungen aus der Kulturpolitik

Was ist Kunst, was Kultur? *

Natürlich gab es wieder die üblichen Skandale und Tabubrüche: Ein Künstler namens Gregor Schneider hatte den Plan, einen Sterbenden auszustellen: „Ich möchte eine Person ausstellen, die eines natürlichen Todes stirbt oder der eben eines natürlichen Todes gestorben ist.“ immerhin gab es darüber erhebliche Empörung (General-Anzeiger vom 22. April 2008; WamS vom 20. April 2008). Der Goldmann-Verlag hat sich geweigert aus Michael Jürgers erschienenen zweiten Auflage der Grass-Biographie den Hinweis herauszunehmen, er habe sich freiwillig zur Waffen-SS gemeldet. (FAZ vom 5. November 2007) und nach einem Hinweis des Süddeutschen Zeitungsmagazins soll Günter Grass auch das Wort von der „Entartung der deutschen Presse“ geprägt haben. Und kein Geringerer als der Papst empörte sich über einen grünen Frosch am Kreuz in einer Ausstellung in Klagenfurt. Den Skandal um die gefälschten Terrakotta-Krieger im Hamburger Völkerkundemuseum erklärt die FAZ vom 15. Dezember 2007 wie folgt: „Dabei sind bei-

de Seiten (gemeint das Museum und das Leipziger Eventunternehmen CCAC) doch nur über das Ziel hinaus geschossene Handlanger eines Trends: Ausstellungen müssen heute Events sein, müssen noch nie Dagewesenes bieten oder zumindest versprechen, müssen Besucherrekorde brechen und Umsatzexplosionen in den Museumsshops verzeichnen. Show als Show ... Museen unter Erfolgs- und Eventzwang: wen wundert vor diesem Hintergrund der Hamburger Reinfall?“ Ob Peter Lenks nackte Politikergestalten (s. Bericht in der FAS vom 21. September 2008) wirklich künstlerisch wertvoll sind, sei ebenso dahingestellt wie die Frage, ob es eine gute Idee war, anlässlich einer Marat-Aufführung im Hamburger Schauspielhaus Hartz IV-Empfänger auftreten zu lassen, die die Namen der reichsten Hamburger und die Höhe ihres Vermögens vorlasen. Die Kultursponsoren waren jedenfalls empört (FAS vom 2. November 2008; SZ vom 31. Oktober 2008).

Kein Skandal war hingegen der angebliche über die Eichstätt-Bibliothek, wo nach Angaben des Landes Bayern nur verschimmelte und neuere Exemplare vernichtet worden. Vor einem Jahr war bekanntgeworden, dass die Uni-Bibliothek rund 80 Tonnen der teils wertvollen Bestände der 1999 übernommenen Zentralbücherei der Kapuziner als Altpapier entsorgt hatte. Daraufhin hatte die Staatsanwaltschaft Ingolstadt Anklage wegen Untreue in fünf Fällen gegen die Leiterin der Bibliothek erhoben. Die Leitung der Katho-

lischen Universität Eichstätt-Ingolstadt sieht sich durch das Gutachten der Staatsbibliothek rehabilitiert.

Ein Plädoyer gegen „mehr Kultur“ hat Nils Minkmar in der FAS vom 25. November 2007 vorgelegt: „Irgendwie ist die Sache suspekt, wird mit der Kultur ein Mehr an Menschlichkeit oder ... gefördert, oder bloß ein Mehr an Heuchelei? Soll die ... Gemütlichkeit von anderem Unangenehmem Brisantem ablenken ... Kultur drohe zu einer ‚Art Reservat‘ vor den Instrumenten der Vernunft zu werden, in das jene fliehen, die sich den global verhandelten Argumenten auf den gesamten Feldern Marktwirtschaft, Umwelt, wissenschaftlicher Fortschritt und Menschenrechte nicht wachsen fühlen.“ Und das, wo nach einer Umfrage in der FAS vom 6. Januar 2008 gerade einmal 10 % der Bevölkerung häufig am kulturellen Leben teilnehmen, 43 % gelegentlich, darüber entscheidet Bildungsniveau und soziale Schicht. Einfache Arbeiter oder Facharbeiter sind selten dort zu finden. Immerhin hat das Sozialgericht in Köln Dieter Bohlen die Künstlereigenschaft zugesprochen in seiner Eigenschaft als Juror der RTL-Sendung „Deutschland sucht den Superstar“. Bohlen sei, so die FAZ vom 13. November 2007, ungeachtet des Niveaus künstlerisch tätig und daher muss nun RTL mehr als 173 000 Euro an die Künstlersozialkasse zahlen. Und eine ganz entscheidende Frage ist natürlich: Darf man noch rauchen? Auf dem Theater wenigstens? Müssen jetzt alle Inszenierungen rauchfrei wer-



den, um dem Schutz der Gesundheit Vorrang vor der Freiheit der Kunst zu geben? Der Deutsche Bühnenverein hat sich schon 2006 gegen die Absicht der Bundesregierung verwehrt in Theatern ein generelles Rauchverbot vorzuschreiben. Dies sei rechtlich nicht haltbar. Die Kunstfreiheit gebiete für das Rauchen auf der Bühne gesetzliche Sonderregelungen. Da hat auch Bayern die Ausnahme explizit geregelt, dort gilt das Rauchverbot nicht bei künstlerischen Darstellungen, in denen das Rauchen als Teil der Darbietung Ausdruck der Kunstfreiheit ist. Andere Länder wie Rheinland Pfalz und Niedersachsen haben diese Rauchernische für die Kunst nicht im Gesetz. Christine Dössel kommt in der SZ vom 5. Januar 2008 zu folgender Schlussfolgerung: „Viele Theater, und das ist anzunehmen, werden Nikotin fast ja schon im Kopf ansetzen, um die Zigarette im Namen der Mehrheit und der Quote von der Bühne verbannen. Andere, und das werden nicht wenige sein, werden nach den Kunstprotesten jetzt erst recht Prinzip deutliche Rauchzeichen setzen und die Bühne als letztes öffentliches Refugium für Tabak- und andere Sünder behaupten. Dass Rauchen gesundheitsgefährdend ist und eine böse Sucht darstellt, dass es in einer durchkontrollierten Drill- und Trimmgesellschaft als eine Charakterschwäche angesehen wird, als eine Krankheit, ein Sozialmerkmal, eine Widrigkeit gegen die allgemeine Sauberkeit und Ordnung, dass es stigmatisiert und reglementiert wird, ist genau das, was die Kunst daran zu interessieren

hat. Denn das war immer schon ihre vornehmste Aufgabe: zu zeigen, wie lasterhaft, schädlich und tödlich das menschliche Leben ist. Und von denen zu erzählen, die sich verbrennen. Das Theater warnt: Leben gefährdet ihre Gesundheit! Und auch Nichtraucher müssen sterben.“ Und natürlich muss man die Jugend vor all zu freizügigen Bildern warnen, so auch vor solchen des Malers Otto Dix. Das hat jedenfalls das Chemnitzer Museum Gunzenhauser getan mit dem Hinweis „Einige der in diesem Kabinett ausgestellten Werke sind für Kinder ungeeignet.“ (DIE WELT vom 12. Januar 2008).

Ob Romanstoffe dem Theater aus der Not helfen, darüber sinniert Christopher Schmid in der SZ vom 2. Oktober 2008 („Plappernde Buchstützen“). Immerhin biete das die Möglichkeit, dem Risiko eines neuen Theaterstücks zu entgehen. Es spricht allerdings nicht für einen positiven Zustand der kulturellen Bildung hierzulande, wenn die GEZ von Friedrich Schiller, verstorben 1805, Gebühren eintreiben will (FAZ vom 2. Oktober 2008).

Und dass wir uns den ganzen Sommer über die Winkelzüge bei der Nachfolge im Haus Wagner haben unterrichten lassen müssen, wurde dann doch langsam langweilig. Kurzweiliger war da, dass ein Herr Erich Fischer namens einer Kulturstiftung München per Anzeige gegen die Parsifal-Neuinszenierung protestierte, weil „Richard Wagners Bühnenweihfestspiel bis zur Unkenntlichkeit verfälscht wird“. Aber jetzt wissen wir immerhin, wer sich für was

interessiert: Für die Untersuchung „Kulturindikatoren im Ländervergleich“ stellten die Experten des Statistischen Bundesamtes sowie der Statistikämter der Länder erstmals ihre Daten zum Thema Kultur in einen Zusammenhang (Berichte in der SZ vom 30. Juli 2008: „Guck mal, wer da guckt“; Die WELT vom 30. Juli 2008: „In Deutschland blüht allerorten die Kultur“). Ausgewertet wurden dabei nicht nur die amtlichen Statistiken, sondern auch die Daten anderer Kultureinrichtungen – jeweils die neuesten aus den Jahren 2005 und 2006. So entstand ein 70 Seiten starker Überblick über 20 sogenannte „Kulturindikatoren“ – vom Theaterbesuch über Erwerbstätige in Kulturbereufen bis hin zu Besuchszahlen von Volkshochschulkursen und den öffentlichen Ausgaben der Länder (einzusehen im Internet unter www.statistik-portal.de). Die Ergebnisse fasst der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Wolfgang Radermacher, so zusammen: Kultur wird in Deutschland zunehmend zum Standortfaktor für Städte. Dabei erfreuen sich klassische Kultureinrichtungen wie Theater und Museen ungebrochener Beliebtheit, während gleichzeitig die neuen Medien genutzt werden. Damit belegt sie die anhaltende Beliebtheit – und wirtschaftliche Wertschöpfungskraft – klassischer Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. So wurden im Jahr 2006 in Deutschland knapp 103 Millionen Museumsbesucher und in der Spielzeit 2005/06 34,8 Millionen Theatergänger gezählt. Womit feststeht, dass die Deutschen (und



ihre Besucher) dreimal öfter ins Museum als ins Theater gehen. Am meisten Geld floss ins Theater und die Musik (37 Prozent), dahinter folgten Museen und Ausstellungen (19 Prozent). Spitzenreiter ist ganz klar die Museumsstadt Berlin mit 3,5 Besuchen pro Einwohner. Auch Bremen konnte sich mit 2,3 Museumsbesuchen je Einwohner recht weit von den übrigen Ländern absetzen. Bei den Theatern führt dagegen die selbsternannte „Musicalhauptstadt“ Hamburg die Statistik an: Da kommen 2380 Besuche auf 1 000 Einwohner. Bremen (920), Berlin (910), Sachsen (560) und Baden-Württemberg (470) erreichten ebenfalls Zahlen, die über dem Bundesdurchschnitt von 420 Theaterbesuchen je 1 000 Einwohner lagen. Schlusslichter sind in dieser Kategorie Brandenburg und Rheinland-Pfalz, bei den Museumsbesuchen: Hessen und das Saarland. Insgesamt gehen im Schnitt vier von zehn Bundesbürgern einmal im Jahr ins Theater. Zwar ging die Zuschauerzahl seit der Saison 2000/01 tendenziell zurück, in den letzten zwei Jahren ist sie jedoch – ebenso wie die Zahl der Museumsbesucher – weitgehend konstant geblieben. Anders bei den Kinogängern: Deren Zahl nimmt deutlich ab. Bei den Filmvorführungen auf bundesweit 4848 Leinwänden wurden 2006 insgesamt rund 137 Millionen Besucher gezählt – das sind zwar neun Millionen mehr als im Vorjahr, aber 41 Millionen weniger als im Jahr 2001. Durchschnittlich ging im Jahr 2006 jeder Einwohner nur 1,7-mal ins Kino.

Die Zahl der Leinwände in

Lichtspielhäusern stieg im gleichen Zeitraum von 4 792 auf 4 848 an.

Das mag auch mit der ebenfalls in der Statistik erfassten Rundumausstattung der privaten Haushalte mit technischen Geräten und neuen Medien zu tun haben. Dabei fällt vor allem auf, dass die klassischen Kultureinrichtungen wie Theater und Museen eben nicht von den neuen Medien verdrängt werden. 2006 besaßen 95 Prozent aller deutschen Haushalte einen Fernseher, 69 Prozent einen Videorecorder und 59 Prozent ein DVD-Gerät. Immerhin 71,6 Prozent der Haushalte besaßen in demselben Jahr einen Computer und 57,9 Prozent einen Internetanschluss. Leidtragende dieser Entwicklung sind allerdings die Kinos.

Im Jahr 2005 gab jeder Privathaushalt in Deutschland im Durchschnitt 2 784 Euro für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus, erheblich mehr als noch 2003, als es 2616 Euro waren. Den Löwenanteil machten dabei Zeitungen und Zeitschriften mit 264 Euro aus, gefolgt von Büchern, erst dann folgen Wiedergabegeräte wie MP3-Player. Interessant ist auch, dass schon 2005 die Privathaushalte mit 96 Euro für Tonträger genauso viel Geld ausgaben wie für den Besuch von Theater, Musik, Film oder Zirkus. Ferner ging jeder bundesdeutsche Einwohner im Jahr 2006 statistisch gesehen zwei Mal in eine Bibliothek am Ort und entlieh dabei fünf Medien. Doch auch das Interesse an Kultur insgesamt scheint zu wachsen: Mehr als fünf Prozent

aller Schüler unter 19 Jahren lernten 2006 an einer öffentlichen Musikschule ein Instrument, die meisten davon anteilig in Baden-Württemberg. Und immerhin rund eine Million Menschen besuchten 2006 einen Volkshochschulkurs im Bereich Kultur und Gestalten, die meisten davon in Bayern. Dazu passt, dass die Zahl der Hochschulabsolventen im Bereich Kunst und Kunstwissenschaften zwischen 2000 und 2006 um fast ein Viertel stieg. Die meisten Absolventen zählten die Statistiker in Nordrhein-Westfalen, prozentual aber sticht Berlin als bedeutender Hochschulstandort für angehende Künstler hervor.

Deutschland wird also tatsächlich zum Medienland – und das nicht nur bei der Nutzung, auch bei der Kulturproduktion. Denn offenbar entlassen die Hochschulen ihre Absolventen keineswegs in die Arbeitslosigkeit: Auch die Zahl der im Kulturbereich bezahlten Tätigen nimmt zu, dabei rechnen die Statistiker allerdings auch die Medien ein. So arbeiteten 2006 bereits 7,5 Prozent der Erwerbstätigen in Berlin in Kulturberufen, bundesweit waren es 2,3 Prozent aller Erwerbstätigen. Die wenigsten „Künstler“ gibt es in Sachsen-Anhalt, hier sind es nur 1,2 Prozent aller Erwerbstätigen. Was die Kulturausgaben angeht, liegt Sachsen im Ländervergleich vorne: Mit 155,40 Euro pro Einwohner gab der Flächenstaat im Jahr 2005 am meisten für Kulturzwecke aus, gefolgt von den drei Stadtstaaten Bremen (147,10 Euro), Berlin (146,90 Euro) und Hamburg (144,60 Euro).



Schlusslichter waren Schleswig-Holstein (53,60 Euro) und das Saarland (50,10 Euro).

Die Länder bestreiten in Deutschland knapp 42 Prozent der Kulturausgaben, die Kommunen kommen für 45,5 Prozent auf, der Bund übernimmt gut zwölf Prozent. Insgesamt haben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2005 acht Milliarden Euro für Kultur ausgegeben. Dass diese Summe lediglich 1,6 Prozent des Staatshaushaltes ausmacht, ist die Kehrseite der glänzenden Kulturmedaille (DieWELT vom 15. September 2008). Immerhin vermutet die Zeit vom 23. Oktober, dass angesichts der Finanzkrise Kunst und Kultur profitieren werden: „Sie stehen auf einmal, von den Zudringlichkeiten der Ökonomie befreit, in ihrer ursprünglichen Hoheit da und müssen nicht mehr leiden, dass die häppchenverschmierten Finger der Partygäste aus der Wirtschaft ihren Leib beflecken.

Auf lange Zeit werden es die Industrie- und Finanzmagnaten, die ungebetenen Berater und Marketingexperten nicht mehr wagen, den Bühnen und Museen und Universitäten jeden höheren Ehrgeiz auszureden und ihnen peinlichste Beachtung des Marktes zu empfehlen. Die Rede vom Markt überhaupt hat ihre Autorität verloren, seitdem der Markt selbst dort, wo er zu Hause ist, nicht mehr den Dienst tut, den man ihm andichtete. ... Erkenntnis und Schönheit unterliegen nicht dem Gesetz von Angebot und Nachfrage: Eine Wahrheit bleibt wahr, auch wenn sie zur Handelsware nicht taugt oder sogar außer Verkehr gerät. Das sind Binsenweisheiten; aber sie waren gründlich verschüttet. Bis vor wenigen Wochen galt, dass jedes Qualitäts- oder Geschmacksurteil, das sich nicht dem Markt unterwarf, als elitär denunziert wurde. Aber was meinte der Vorwurf? Als elitär

wurde bezeichnet, was keinen massenhaften Absatz, also keinen Gewinn erwarten ließ. Auf merkwürdigen Wegen hatte der Marktradikalismus unserer Tage den Proletkult der frühen Sowjetunion wieder hervorgebracht: Was den Massen nicht schmeichelte, hatte als unsittlich zu gelten.“

Immerhin plädierten die Kulturbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Petra Bahr, und der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann für neue eine Sonntagskultur, ausgesprochen. „Der arbeitsfreie Sonntag ist eine kulturelle Errungenschaft, die wir nicht leichtfertig aufgeben dürfen. Wir brauchen einen Tag, der uns daran erinnert, das Leben mehr ist als das, was wir leisten“, betonte Petra Bahr bei einem gemeinsamen Pressegespräch am 28. November in Berlin.



Sparten in Verlautbarungen und Presse

Architektur

Berliner Baukollegium gegründet

In Berlin gibt es von August 2008 an ein „Baukollegium“. Dieses Fachgremium soll zu wichtigen Entwicklungs- und Einzelprojekten in der Stadt Stellung nehmen. Die Mitglieder werden von Senatsbaudirektorin Regula Lüscher für die Dauer einer Legislaturperiode berufen.

Sehnsucht

„Sehnsucht nach Baukunst“ konstatiert Rainer Haubrich in der WELT vom 1. Dezember 2007 und kommt zu dem Schluss: „Mit dem Ende der deutschen Teilung ist das Zwiegespräch mit der eigenen Geschichte neu in Gang gekommen, und der Verlust bedeutender Werke der Baukunst wird mehr denn je auch als solche empfunden. Angesichts dessen, was die architektonische Moderne in den letzten Jahrzehnten hinterlassen hat, grenzt es in den Augen vieler Menschen heute erneut an Hybris, wenn zeitgenössische Architekten glauben, sie könnten mit ihren Empfindungen die in Jahrhunderten lang gewachsenen Überlieferung antreten.“

Auswärtige Kulturpolitik

„Miserable Selbstdarstellung“

Zum Ausbau der Auslandsschulen bemerkt Heike Schmoll in der FAZ vom 29. Dezember 2007: „Andere europäische Staaten haben die Bedeutung ihrer auswärtigen Kulturpolitik schon viel früher erkannt, das schulische Netz entsprechend ausgebaut.“ Frankreich verfügt etwa über 252 Auslandsschulen in 39 Ländern, 40 unabhängige Schulen, gefördert für jeden Schüler mit weit mehr als 2 000 Euro. In Deutschland gibt es bislang 117 deutsche Auslandsschulen in 63 Ländern und über 400 Schulen im Ausland mit deutschsprachigem Zweig. „Angesichts dieser miserablen Selbstdarstellung Deutschlands im Ausland, aber wenig attraktiver Repräsentanz durch Dauerkonflikt zwischen Schulvorstand und Schulleitung an einigen deutschen Auslandsschulen sei eine Verstärkung der ausländischen Kulturpolitik längst überfällig.“

Zahl der Auslandsschulen verdoppeln

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) will die Zahl der deutschen Auslandsschulen in den nächsten drei bis fünf Jahren auf etwa 1 000 verdoppeln. Das kündigte der Vizekanzler am 13. Februar 2008 an. „Der Bedarf nach deutscher ‚Beschulung‘ ist größer als PISA vermuten lässt“, meinte der Außenminister, der auch für das Goethe-

Institut zuständig ist. Das Goethe-Institut, die Partnerschulen im Ausland und die deutsche Wissenschaftspolitik im Ausland bezeichnete Steinmeier als Reformschwerpunkte der Auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands. Fraktionsübergreifend beabsichtigten die Bundestagsabgeordneten Steinmeier, einen „positiven Paradigmenwechsel“ in der Auswärtigen Kulturpolitik eingeleitet zu haben.

Neue Initiativen

Am 30. Mai 2008 wurde im Bundestag über eine neue Initiative des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik verhandelt zur Förderung der deutschen Schulen im Ausland sowie der ausländischen Schulen mit einer engen Bindung an Deutschland. Derzeit gibt es 123 solcher Schulen, die über eine Zentralstelle für das Auslandsschulwesen gesetzlich vom Innenministerium betreut werden, darüber hinaus existieren 164 so genannte Partnerschulen in insgesamt 60 Ländern. Diese Zahl soll stark vermehrt werden auf insgesamt 1 000 Schulen, es wurde bereits in 2007 das Budget um 45 Millionen Euro insgesamt auf 225 Millionen Euro erhöht.

Die SZ vom 30. Mai bemerkt dazu: „Es ist Jahrzehnte her, dass die auswärtige Kulturarbeit in der Politik so leicht gehabt wird und zum ersten Mal seit langer Zeit kann man sich auf einen Außenminister verlassen, der nicht nur wohlgesonnen ist, sondern sich eklatant im Unterschied zu seinem Vorgänger auch mit ihr beschäftigt.“



Goethe-Institut

Unter anderem sind neue Goethe-Institute in Afrika (vgl. auch Bericht in der FR vom 4. September 2008: „Die deutsche Charmeoffensive“; DIE WELT vom 12. September 2008: „Goethe kam bis Tansania“) in Dar-essalam und Ruanda sowie Ausbildungszentren an fünf afrikanischen Universitäten geplant.

Außenminister Steinmeier räumte ein, dass man Lateinamerika bei der auswärtigen Kulturpolitik „etwas aus den Augen verloren“ habe. „Es ist eine Region, die uns kulturell viel näher ist, als viele bei uns denken. Dabei sind es Länder, die sich gerne zu ihren europäischen Wurzeln bekennen und wieder stärker ihren eigenen Auftritt bei uns suchen.“ Steinmeier kündigte daher wieder einen stärkeren Austausch mit südamerikanischen Ländern an. Das Goethe-Institut will seine Arbeit auch in Asien verstärken und dabei unter anderem auch in China eine stärkere Präsenz zeigen. So sollen die Einrichtungen in Peking und Shanghai erweitert werden, in Shanghai ist ein eigenes Goethe-Institut geplant. Auch an anderen Orten in der Volksrepublik will das Goethe-Institut künftig vertreten sein. In Russland hofft man auf eine Gründung in Nowosibirsk, da das Institut bisher in Sibirien nur mit Lesesälen vertreten ist. An das „Experiment Pjöngjang“ in Nordkorea hat Goethe-Präsident Lehmann keine übertriebenen Erwartungen: „Die Bedingungen für unsere Arbeit müssen dort kritisch beobachtet werden. Goethe-Institute sind als geistige Orte Freiräume für Menschen, die etwas

kennenlernen wollen und sie vermitteln auch Kritikfähigkeit und Urteilsvermögen, manchmal auch fruchtbare Irritationen.“ S. auch den Bericht in der SZ vom 14. Dezember 2007.

Am 8. September 2008 war die Bundeskanzlerin zu Gast in der Münchner Zentrale des Goethe-Instituts. In einer Grundsatzzrede zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik erklärte sie, dass angesichts von Globalisierung und dynamisch wachsender Wirtschaftsregionen die kulturelle Arbeit im Ausland für Deutschland immer wichtiger werde: „Wenn wir in einer Welt mit anderen Ländern zusammen leben, arbeiten und gestalten wollen, dann haben wir die Aufgabe, uns besser kennen zu lernen. Genau dieser Aufgabe fühlen sich die Goethe-Institute verpflichtet.“ Das Goethe-Institut sei das kulturelle Gesicht und ein Botschafter Deutschlands in die Welt hinein: „Die Arbeit des Goethe-Instituts schafft Vertrauen in unser Land und dieses Vertrauen brauchen wir.“ Mit Blick auf die jüngsten Spannungen im Kaukasus setzte sich Merkel besonders für einen stärkeren Kulturaustausch mit Russland ein. Auswärtige Kulturpolitik sei für die Bundesregierung einerseits Selbstwerbung, auf der anderen Seite könne Deutschland damit seine Wertvorstellungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten vermitteln. Zugleich warnte sie vor einer „schleichenden Kompetenzverlagerung“ der Kulturpolitik nach Brüssel, weil es dort die „materiellen Pfründe“ gebe. Die

Bundeskanzlerin sagte den Goethe-Instituten weitere Unterstützung der Bundesregierung zu. Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2009 sei der Mittelansatz für die Kultureinrichtungen um 7,5 Prozent erhöht worden. Sie hoffe, dass er nicht nach unten revidiert werde. Das Goethe-Institut mit fast 150 Dependancen in mehr als 80 Ländern sei „so etwas wie eine Visitenkarte für unsere Kulturlandschaft“, sagte Merkel. Die deutschen Sprach- und Kultureinrichtungen seien weltweit „das Symbol des kulturellen Austausches“. Vor Merkel hatte noch kein Kanzler den Hauptsitz des Goethe-Instituts besucht. Die Kanzlerin forderte auch eine selbstbewusste Stärkung der deutschen Sprache weltweit. Dabei müsse sich vor allem die Wirtschaft Mühe geben, englische Begriffe ins Deutsche zu übertragen.

Die FAZ vom 9. September 2008 kommentiert: „Man hat sie nicht verwöhnt in den letzten Jahren, die dreitausend Mitarbeiter des Goethe-Instituts (GI). Die Regierung Schröder ließ in Person ihres Außenministers Joseph Fischer von Anfang an keinen Zweifel daran, dass ihr die auswärtige Kulturpolitik maximal ein Lippenbekenntnis wert war. Zwar besuchte Fischer die Münchner Zentrale, gab sich dort aber reserviert bis kalt-schnäuzig. Sparrunden, Etat-kürzungen und Institutsschließungen, die an Image und Selbstverständnis der Sprach- und Kulturvermittler kratzten, waren die Folge. Nichts hätte uninteressanter sein können als auswärtige Kulturpolitik, so



schien es. Diese Auffassung ist Vergangenheit.“

Die SZ vom 9. September 2008: „Nein, glamourös war die Rede der Kanzlerin im Goethe-Institut sicher nicht. Aber erfri-schend deutlich und unbescheiden. Denn eines dürfe sich die deutsche Kulturpolitik schon leisten: mehr Selbstbewusstsein zeigen.“ taz vom 9. September 2008: „(Die Bundeskanzlerin) formulierte ... ziemlich handfest, was die Bundesregierung von auswärtiger Kulturpolitik will: vor allem, so lässt sich das zusammenfassen, ein sorgfältiges Ausschöpfen der Begegnungspotenziale, die sich in diesen Bereichen bieten. Wenn dabei noch Deutsch als „selbstbewusste Sprache im 21. Jahrhundert“ vermittelt wird, ist für sie alles gut. Vor allem in längerfristiger Perspektive ist das wirklich interessant. Kultur ist jetzt nicht mehr wie bis in die Achtzigerjahre das andere von Politik; sei es als deren Prügelkna-be, sei es als deren vermeintlich moralisch überlegener Lehrmeister. Kultur ist auch nicht mehr – wie noch unter Rot-Grün – der Ort, der die Leerstelle im Zentrum der Gesellschaft füllen und die Wunden von Krieg und Holocaust heilen soll. Sondern sie ist für Merkel der Ort, an dem Menschen sich begegnen können, ohne gleich über nationale Interessen oder Geschäfte reden zu müssen (wobei spätere Gespräche in diese Richtungen nicht ausgeschlossen sind).“

Regensburg koordiniert Welterbe-Modellprojekt

Die Stadt Regensburg wird in

den kommenden Jahren ein europaweites Modellprojekt von Weltkulturerbe-Städten leiten. Bei dem Vorhaben geht es darum, Strategien für den Umgang der Städte mit ihren Denkmälern zu erarbeiten. Das Projekt „HerO – Heritage as Opportunity“ (Kulturerbe als Chance) hat ein Budget von insgesamt 850 000 Euro und wird von der EU mit 250 000 Euro gefördert. Die Regensburger Altstadt war vor zwei Jahren als bislang letzter Ort in Deutschland mit dem Weltkulturerbe-Prädikat der UNESCO ausgezeichnet worden. Das europäische Städtenetz soll Anfang 2009 mit der Arbeit beginnen.

Unterfinanzierung des Kunstaustauschs

Derzeit zeigt das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) über 40 Tourneeausstellungen deutscher zeitgenössischer Kunst der Genres Malerei, Fotografie, Design und Architektur. Diese ifa-Präsentationen sind wichtige Mittler und Türöffner diplomatischer und kultureller Beziehungen, haben jährlich nahezu 1 Mio. Besucher weltweit, sind aber leider „heftig unterfinanziert“, wie die Präsidentin des ifa, Ursula Seiler-Albring, in der 59. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Bundestags am 4. Juni 2008 in Berlin ausführte.

Statt fünf möglicher Auslandsstationen pro Jahr ermöglicht die schlechte Finanzlage bei einzelnen Ausstellungen nur zwei Stationen, was die außenkulturpolitische „Rendite“ aus der in einer Ausstellung steckenden Investition erheblich herabsetzt.

DAAD: Betreuungsinitiative mit Hochschulen

Anfang 2008 hat der DAAD erstmals die „Betreuungs-Initiative Deutsche Auslands- und Partner-Schulen“ (BIDS) ausgeschrieben. Mit BIDS, das aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert wird, fördert der DAAD die Zusammenarbeit zwischen deutschen Auslands- und Sprachdiplomschulen auf der einen und deutschen Hochschulen auf der anderen Seite. BIDS zielt auf die rund 7 000 jährlichen Absolventen beider Schultypen. Zukünftig sollen mehr von ihnen als bisher für ein Studium in Deutschland gewonnen werden. Dazu werden im Jahr 2008, dem „Jahr der Auslandsschulen“, zunächst 30 Projekte gefördert. Regionale Schwerpunkte sind Lateinamerika und Mittel- sowie Osteuropa. Auch Schulen in Afrika – etwa Ägypten, Äthiopien und Südafrika – sowie Asien (vor allem China) sind beteiligt. Mit den Fördermitteln können die Hochschulen Ansprechpartner für die ausländischen Studierenden unterstützen, Uni-Schnuppertage durchführen oder auch Stipendien oder Preise vergeben. Die Absolventen deutscher Schulen im Ausland bringen aufgrund ihrer Sprachkenntnisse und des Leistungsniveaus gute Voraussetzungen für ein Studium in Deutschland mit.

Buch

Buchmarkt auf Rekordkurs

2007 wurden nach Berechnungen des Börsenvereins mit Büchern 9,58 Milliarden Euro Um-



satz gemacht, 3,4 Prozent mehr als 2006. Damit übertraf der Buchumsatz seinen bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2000. Wachstumsgewinner innerhalb der Absatzkanäle war 2007 das Internet, hier stieg der Umsatz um rund 21 Prozent auf 853 Millionen Euro, 8,9 Prozent des Gesamtumsatzes mit Büchern. Größter Absatzkanal für Bücher bleibt mit 53,6 Prozent der Sortimentsbuchhandel, auch hier stieg der Umsatz im vergangenen Jahr erstmals wieder nennenswert um 2,1 Prozent auf 5,14 Mrd. Euro. Zu den erfolgreichen Vertriebswegen gehörten 2007 außerdem die Verlage direkt mit 1,72 Mrd. Euro (plus 5,6 Prozent) und die sonstigen Verkaufsstellen mit 873 Millionen Euro (plus 2,6 Prozent). Meist verkaufte Bücher waren 2007 Harry Potter und beim Sachbuch Hape Kerkelings Schilderung seiner Pilgerwanderung: „Ich bin dann mal weg“. Unter den Taschenbüchern hat sich „Zusammen ist man weniger allein“ von Anna Gawalda und „Nachtzug nach Lissabon“ von Pascal Mercier besonders erfolgreich erwiesen. (Die WELT vom 12. Januar 2008).

Die Zahl der Neuerscheinungen stieg 2007 auf 96.479 Titel, 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Ebenfalls angestiegen ist wieder die Zahl der Übersetzungen. 9.225 Lizenzverträge haben die deutschen Verlage 2007 mit Partnern im Ausland geschlossen – 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr (8.828). Für das Wachstum verantwortlich sind insbesondere die Märkte in Osteuropa. Zugelegt hat das Kinder- und Jugendbuch, dessen Markt-

anteil von 13 auf rund 15 Prozent angestiegen ist. Dieser Umsatzanstieg um 24 Prozent ist insbesondere auf die beiden Bestseller „Harry Potter VII“ und „Tintentod“ zurückzuführen. Einen deutlichen Umsatzeinbruch erlebt die Warengruppe Geisteswissenschaften, Kunst und Musik: Ihr Umsatzanteil betrug 2007 4,9 Prozent, im Jahr davor waren es noch 8,9 Prozent.

„Lesestart“

Nach einem Bericht des General-Anzeigers vom 30. Mai 2008 ist für die bundesweit größte Initiative zur Leseförderung bei Kleinkindern in Düsseldorf der Startschuss gefallen, bei der Aktion „Lesestart“ erhalten Einjährige zur Vorsorgeuntersuchung U6 vom Kinderarzt ein kostenloses Päckchen mit „Lesestoff“. Damit wolle man auch der Tatsache entgegentreten, dass laut jüngsten Studien 42 % der Eltern ihren Kindern nicht mehr vorlesen.

Buchmesse

7 000 Aussteller aus mehr als 100 Ländern waren bei der Frankfurter Buchmesse vom 15.-19. Oktober 2008 gemeldet; erwartet wurden etwa 1 000 Autoren. Ehrengast war die Türkei (Generalanzeiger Bonn vom 11. September 2008). Zur Zukunft des Buches auch angesichts der neuen e-book-Generation Felicitas von Lovenberg in der FAZ vom 14. Oktober 2008: „Sollte das Geschäftsmodell Buch weiter aufgebläht werden, weil Autoren mittlerweile darauf bestehen, dass zu jedem neuen Titel mindestens das Hörbuch, wenn nicht gar eine Hörspielfassung,

Filmrechte und Fernsehauftritte vermarktet werden müssten, droht der Branche möglicherweise eine ähnlich grundlegende Desillusionierung, wie wir sie in diesen Wochen am Finanzmarkt erleben. Die Verlage sollten dem Buch, diesem verlässlich anarchischen Gegenstand, trauen. Es braucht kein Ladekabel, kann nicht abstürzen, und sein Betriebssystem veraltet nicht. Denn die Technik bringt einen zwar von A nach B, die Phantasie jedoch überallhin.“

Zuviel Literaturpreise?

Gegen die ausufernde Literaturpreismanie wendet Oliver Jungen in der die FAZ vom 30. April 2008: „Es gibt in Deutschland mehr Preise als Schriftsteller, und die meisten werden auch noch jährlich vergeben. Das Ergebnis ist ein Wanderzirkus: Literaten auf Lorbeersammeltour durch die Republik. Die Kehrseite dieser Inflation ist die Entwertung der Währung Schriftstellerlob. Wie kam es dazu? Wie meistens: durch einen Systemfehler. Die Preisschwemme nämlich stellt nur den sicht- und meldbaren Teil einer viel gewaltigeren Subventionsverschwörung dar. Diese beruht, das ist der eigentliche Skandal, auf einer herablassenden Prämisse: Literatur gilt als Pflegefall. Man verüßt der tattrogen Tante den Lebensabend.“

Immerhin wird unter den „säkeweise“ Privatliteraturpreisen der Preis der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den „ansehnlicheren“ gezählt. Und immerhin will Daniel Kehlmann lt. FAS vom 21. September 2008 den Deutschen Buchpreis abschaffen.



„Zögert nicht, handelt!“

Zum eBook die ZEIT vom 20. November 2008: „Digitalisten, besonders wenn sie Computerspiele verteidigen (11 Milliarden Euro geschätzter Jahresumsatz weltweit), stellen sich gern als die Verfolgten eines Kultur-Establishments dar, das ihnen immer dann mit Dünkel gegenübertritt, wenn der bildungsbürgerliche Kanon durch eine neue Kulturtechnik bedroht scheint. Aber wer versucht eigentlich wen einzuschüchtern? Der Elektronikkonzern Apple warb zum Beispiel mit Plakaten, auf denen eBooks und richtige Bücher abgebildet waren, unter der Schlagzeile: Die einzigen Bücher, die du brauchen wirst. Subtext: Bücher sind überflüssig, wenn man alle Informationen auf dem Laptop mit sich herumtragen kann. Bücher sind gewiss das bildungsbürgerliche Symbol schlechthin für die Mühsal des Lernens, für eine Hierarchie des Wissens, für Kontinuität statt Häppchenmix, für die ganze Geschichte (und nicht nur einen Clip). ‚Das Buch ist das einzige Objekt unserer Zivilisation, auf das wir wirklich stolz sein können‘ hat der Verleger Michael Krüger gesagt, als die Debatte über die neuen elektronischen Textspeichergeräte begann.‘ Wenn es sich jetzt in einen multifunktionalen Speicher verwandeln soll, dann entspricht das dem Lauf der Zeit, der aus unserer Zivilisation eine elektronische Hölle machen will.‘ Sagen wir nicht gleich Hölle. Sagen wir, dass es eine Interpretation der digitalen Entwicklung gibt, die keineswegs neutral ist, sondern ideologische Züge trägt: Sie gibt das Heilsversprechen

eines neuen Menschen, einer besseren Gesellschaft; sie nimmt für sich in Anspruch, Inbegriff jugendlichen Denkens und Willens zu sein; sie macht sich breit und verschlingt öffentliche Aufmerksamkeit; sie blendet die kommerziellen Verwertungsinteressen mancher ihrer Fürsprecher auf geradezu groteske Weise aus; sie hat eine klare Vorstellung von ihren Gegnern: den Kulturkonservativen, den Bildungsbürgern, den Nostalgikern der Buchkultur und jenen Traditionalisten, die meinen, Politik mache man am besten von Angesicht zu Angesicht. Und da Fortschritt, Glück, Zukunft, ja sogar ‚Bildung‘ schwer zu messende Kategorien sind, kommt sie nie in die Verlegenheit, den Nachweis ihrer Wirksamkeit führen zu müssen. Das müssen immer nur die Deppen, die sich um die Kollateralschäden sorgen. Um es klar zu sagen: Es geht nicht darum, Maschinen zu stürmen, E-Mails zu verbieten und eine kleine Blockhütte im Wald zu beziehen. Sondern darum, dass es keine Verpflichtung geben kann, bei jeder Kritik an den schädlichen Nebenwirkungen der digitalen Kultur die ganze Liste ihrer Segnungen herunterzuleiern. Es geht darum, dass freie Menschen das Recht haben, Technik zu benutzen, ohne sie anbeten zu müssen.“

Die FAZ vom 6. Dezember 2008 kommentiert: „Während Sachbuchverlage wie Campus, Walter de Gruyter und Springer bestens gerüstet sind, weil sie Fachbücher und Zeitschriften seit Jahren digital vertreiben, stehen Häuser wie Fischer, Hanser

oder Suhrkamp vor schwierigen Entscheidungen und großen Investitionen, wenn sie auch nur einen Bruchteil ihrer Backlist als eBook anbieten wollen. Genau das scheint aber das Gebot der Stunde: Anne Stirnweis von Amazon berichtete, dass der Anteil der Belletristik am eBook-Absatz stark wächst, und Dagmar Lagings Erfahrungen beim Springer Verlag zeigen, dass eBook-Käufer keineswegs nur auf Bestseller und Novitäten versessen seien. Aber noch ist das digitale Geschäft mit der Longlist mühsam und teuer. Zwischen hundertfünfzig und sechshundert Euro muss ein Verlag aufwenden, wenn er einen gedruckten Titel zusätzlich als eBook anbieten will. Amazon tut dies mittlerweile mit mehr als zweihunderttausend Titeln und hat damit 2008 in den Vereinigten Staaten grob geschätzt so viel umgesetzt wie Japans ‚Phone Novels‘ schon vor zwei Jahren.“

Mehr Lesen

Nach einer Studie der Stiftung Lesen, veröffentlicht am 4. Dezember 2008, greifen 25 Prozent der Deutschen niemals zum Buch. Nur 3 Prozent sind Vielleser mit mehr als 50 Büchern pro Jahr. Die Zahl der Bücher pro Haushalt sinkt ebenfalls. (Bericht in der SZ vom 5. Dezember 2008).

Dazu die SZ vom 5. Dezember 2008: „Trotz der digitalen Revolution und der allzeit abrufbaren Mobil-Berieselung haben die meisten doch das Gefühl, dass Bücher gut oder wenigstens wichtig sind. Dieses Gefühl muss man um nahezu jeden Preis stärken. Auch lesefaule Eltern



müssten ihren Kindern vorlesen oder sollten ihnen wenigstens Bücher schenken. Sie rauben ihnen sonst Möglichkeiten, die sie selbst schon aufgegeben haben. Wer liest, lernt auch sich auszudrücken, seine Gedanken zu ordnen und kann außerdem mit der oft chaotischen Welt des Internets kompetenter umgehen, weil er Dinge einordnen und längere Texte verstehen kann. Ein geübter Leser wird ein schlauer Nutzer des Netzes sein. Wer aber über dem Herumklicken im Netz die Bücher vernachlässigt, kann nie vom User zum Leser werden.“

Die WELT vom 6. Dezember 2008 weist allerdings darauf hin, dass Literatur und Lektüre nicht dasselbe seien: „Wo man um des Wiedereerkennungseffekts und der Kundenbindung willen allein auf Serien setzt, reicht er zumeist nicht. Zwar hat uns der Pisa-Schock eine neue Flut von Erstlesebüchern beschert, über all dem emsigen Gerede von Schlüsselqualifikation und Lesekompetenz allerdings ist fast völlig in Vergessenheit geraten, dass erste Bücher erste Expeditionen sind. Doch statt ins Wunderland der Literatur führen sie heute zumeist in die Monokultur der Lesedidaktik auf chemisch gedüngte, öde Felder, auf die sich kein einziges weißes Kaninchen mehr wagt. In vielen Fällen sind Erstleser bloß uninspiriert, im schlimmsten sind sie Klischeemaschinen. Sollte aber das Ziel eines jeden Erstlesetextes, fragen Borromäusverein und St. Michaelsbund, neben der Förderung der Lesefähigkeit nicht auch immer die Förderung der Literaturfähigkeit

sein? Gewiss, der Pisa-Schock hatte sein Gutes. Eltern und Lehrern und sogar Politikern hat er zu einem höheren Problembewusstsein verholfen, dem Kinderbuchmarkt hat er beeindruckende Wachstumszahlen beschert. Doch wo es nicht um Gesetzestexte und Gebrauchsanweisungen geht, sondern um Literatur, wird die eigentlich gute Sache der Leseförderung zur Lebenslüge einer ganzen Branche. Im Schutz einer Studie der OECD – immerhin einer Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit – ist sie auf dem besten Wege, das Kinderbuch restlos zu ökonomisieren – als wäre ein Buch so gut wie das andere und jedes letztlich nur Mittel zum Zweck. Weder das eine noch das andere ist wahr. Solange wir aber nicht wieder lernen, zwischen bloßer Lektüre und Literatur zu unterscheiden, werden zu viele Kinderbuchabteilungen bleiben, was viele von ihnen derzeit sind: eine leere Pracht.“

Denkmal

Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen

Der Deutsche Bundestag hatte 2003 die Errichtung eines Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen beschlossen. Als Standort wurde der südliche Rand des Berliner Tiergartens bestimmt. „Mit diesem Denkmal will die Bundesrepublik Deutschland die verfolgten und ermordeten Opfer ehren, die Erinnerung an das Unrecht wach halten und ein beständiges Zeichen gegen Into-

leranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben setzen.“ So lautet eine der zentralen Textpassagen am Denkmal, das am 27. Mai 2008 in Berlin eingeweiht wurde. Für das ebenfalls in der Stadt geplante Mahnmal zur Erinnerung an die in der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma haben die bauvorbereitenden Maßnahmen gegenüber dem Reichstagsgebäude bereits begonnen. Die Grundsteinlegung ist noch in 2008 geplant.

Freiheits- und Einheitsdenkmal: Baubeginn voraussichtlich 2009 *

Am 9. November 2007 beschloss der Bundestag den Bau eines Einheitsdenkmals auf dem Berliner Schlossplatz. Sofort wurden in Sachsen Stimmen laut, ein entsprechendes Freiheitsdenkmal auch in Leipzig zu errichten. (Siehe Bericht in der FAZ vom 23. November 2007). Das Denkmal soll an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands erinnern. Zugleich soll es die freiheitlichen Bewegungen und die Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte in Erinnerung rufen und würdigen.

Die FAZ vom 8. November 2007 kommentiert: „Gespeist wird die Initiative offenbar gleichermaßen vom Wunsch nach einer symbolischen, also weiterhin kostenlosen Geste für die Ostdeutschen, und, vor allem in der Union, vom Willen neben all die Erinnerungszeichen an die Verbrechen und Verwerfungen der deutschen Geschichte endlich auch einmal ein positives



Monument zu stellen.“ Und am 10. November 2007 („Die Stunde der Deutschen“): „Seit jeher vergewissern sich Völker ihrer eigenen Geschichte durch Denkmäler. Es wäre unhistorisch und unwahrhaftig, wenn im Zentrum der deutschen Hauptstadt zwar auf Schritt und Tritt an die Ungeheuerlichkeiten der deutschen Vergangenheit erinnert würde, nicht aber an die friedliche Überwindung einer dieser Schreckensherrschaften aus eigener Kraft. Ein Berliner Monopol auf Mahn- und Denkmäler gibt es gleichwohl nicht. Die Bürger von Leipzig haben es selbst in der Hand etwas auffallender auf ihren Anteil am Sturz des SED-Regimes hinzuweisen, als mit jener bescheidenen Säule auf dem Kirchhof von St. Nikolai.“ Die Kosten werden auf rund fünf Millionen Euro geschätzt. Offen ist, ob das neue „nationale Symbol“ bis zum 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer am 9. November 2009 fertig sein wird. Auf dem Denkmal soll nun aber auf Leipzigs herausragende Rolle in der Zeit der Wende Bezug genommen werden.

Bedenken meldet Andreas Kilb in der FAZ vom 25. September 2008 an („Symbolische Kampfzone“): „...Tatsächlich ist der Kostenrahmen schon jetzt nicht mehr zu halten. Die fünf Millionen Euro, die der Entwurf veranschlagt, reichen wohl nicht einmal für das Informationszentrum zur deutschen Geschichte, das Kulturstaatsminister Bernd Neumann dem Denkmal angliedern will. Der gesamte Bau könnte leicht das Dreifache der angesetzten Summe kosten.

Aber die Finanzplanung ist nicht das entscheidende Problem des Einheitsdenkmals.

Schwerer wiegt, dass viele Beteiligte offenbar bis heute nicht richtig gemerkt haben, worauf sie sich mit dem Projekt eingelassen haben. Das ‚Denkmal der Freiheit und Einheit‘ wäre einer der ganz wenigen deutschen Gedenkorte mit positivem Inhalt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs: ein Denkmal, das kein Mahnmal ist. Es solle ‚als nationales Symbol in der Mitte der deutschen Hauptstadt seinen Platz finden‘, heißt es im Bundestagsbeschluss.

Der Platz indessen, den das Parlament für dieses Vorhaben ausgewählt hat, spricht seine eigene Symbolsprache, nicht zuletzt durch seine Proportionen. Dreitausend Quadratmeter Granit zwischen Stadtschloss und Gendarmenmarkt sind kein Ort für beiläufige Formgebärden, sondern eine mit Prunk und Pathos aufgeladene symbolische Kampfzone, die sich im Handumdrehen in ein nationales Fettnäpfchen verwandeln kann. ... Ein deutsches Nationaldenkmal vor der Westfassade des Stadtschlusses wird geschichtspolitisches Aufsehen erregen, in Deutschland ebenso wie im interessierten Ausland. Der Kulturstaatsminister will diese Debatten für das Bauwerk fruchtbar machen, indem er den Architektenwettbewerb in zwei Stufen teilt. Zuerst soll ein offener, frei zugänglicher Ideenwettbewerb stattfinden, danach folgt die interne Konkurrenz der Experten. Ein Probelauf unter Studenten deutscher Kunsthochschulen, deren Entwürfe Ende

2007 in der Berliner Nikolai-Kirche zu sehen waren, hat freilich wenig ermutigende Resultate erbracht. Ein zerbrochener Kettenring hier, ein Stelenbündel dort – der Sockel des Kaiserdenkmals würde solche steinerne Kleinigkeiten verschlucken wie Gargantua einen Kirschkern. Das Monumentale, als Gefährdung wie als Chance, ist die Herausforderung dieses Ortes, und es wird das bestimmende Thema des Architektenwettbewerbs sein. Bevor er den Wettbewerb für das Einheitsdenkmal ausschreibt, sollte sich der Bundestag über die Dimensionen dieses Projekts Gedanken machen. Schon der ‚räumlich kleine‘ Informationsort, der vergangenes Jahr beschlossen wurde, ist ein Irrweg: Für kleinräumige Lösungen bietet Berlin einfach nicht die geeignete Kulisse. Wer hier nicht großzügig denkt, produziert nur Provisorien. Der Architektenwettbewerb für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal endete übrigens mit einem Eklat: Nachdem Wilhelm II. seinen Favoriten Reinhold Begas durchgesetzt hatte, trat die Hälfte der Jury zurück. Das wird beim Einheitsdenkmal nicht passieren. Diesmal baut das Volk.“

Nationalpreis für Initiative zum Freiheits- und Einheitsdenkmal

Die Deutsche Nationalstiftung wird den mit 50 000 Euro dotierten Nationalpreis 2008 an die Initiative zur Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals verleihen. Neben den vier Initiatoren, Jürgen Engert, Lothar de Maizière, Florian Mausbach und Günter Nooke, wird auch der



Einsatz der Deutschen Gesellschaft e.V. für das Denkmal geehrt. „Nach zehnjähriger Anstrengung hat diese Bürgerinitiative erreicht, dass die erste erfolgreiche Revolution in Deutschland für Freiheit und Einheit im europäischen Kontext einen sichtbaren, zentralen Erinnerungsort erhält“, teilte die Stiftung am 18. März 2008 in Hamburg mit. S. auch den Bericht im General Anzeiger vom 10. November 2007.

Realität dramatisch

Am 14. September war der Tag des offenen Denkmals. Die Realität, besonders in den ostdeutschen Bundesländern, ist dramatisch, so Dieter Bartetzko in der FAZ vom 13. September 2008: „Doch was in Dresden und Leipzig, wo der Bau von Malls, Tiefgaragen und U-Bahnen Dutzende Bodendenkmale freilegte und dann verschwinden ließ, noch als aussichtsreiche Investition gelten konnte, wird in den übrigen Städten nun zum Akt der Verzweiflung – ihr einzigartiges historisches Erbe wandert in Archive und Magazine, um Platz für Zweckbauten zu schaffen, die das Dilemma der schrumpfenden Städte kaschieren, aber nicht beheben. Fast jede der unter leeren Häusern und leeren Kassen leidenden ostdeutschen und nahezu alle im Wettbewerb der Standorte hechelnden westdeutschen Städte tauschen bereitwillig Bodendenkmale gegen Baugruben. So liest sich die diesjährige Losung zum Denkmaltag wie ein Selbstbetrug.“

Bundeswehr-Ehrenmal

Im November 2008 wurde der

Grundstein für das Ehrenmal der Bundeswehr gelegt.

Kritisch die SZ vom 28. November 2008 („Unentschlossen, aber edel“): „An dessen Ende in einem guten halben Jahr wird ein künstlerisch aufwendiges Bild der tiefen Unentschlossenheit stehen, mit der die Deutschen die Bundeswehr und ihre Einsätze betrachten.“ „Ein Ehrenmal für eine Parlamentsarmee hätte in die Nähe des Bundestags gehört“, meint der General-Anzeiger vom 1. Dezember 2008; hingegen lobt die FAZ vom 27. November 2008: „Mecks Entwurf lässt keine Wünsche offen.“

„Kindertransporte“

Am 30. November 2008 wurde in Berlin ein Denkmal an der Friedrichstraße zur Erinnerung an die Transporte jüdischer Kinder vor nationalsozialistischer Verfolgung nach England 1938/39 eingeweiht.

Dazu die FAZ vom 2. Dezember 2008 („Kritik an neuem Berliner Denkmal“).

Elser-Denkmal

In Berlin erinnert seit dem 24. September ein Denkmal an den Hitler-Attentäter Georg Elser. Damit wird erstmals der aus Baden-Württemberg stammende Schreiner, der am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller auf Hitler einen Bombenanschlag verübte, mit einem Denkmal in Deutschland gewürdigt. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sagte, es sei den Deutschen nicht leicht gefallen anzuerkennen, „dass es Menschen gab, die ein klareres Urteil und den Mut hatten, sich dem Hitler-Regime zu widersetzen“.

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Der Bericht der Enquete-Kommission nach über vierjähriger Arbeit unter Vorsitz von Gitta Connemann (CDU) ist die umfassendste Untersuchung der Kulturlandschaft Deutschlands seit mehr als 30 Jahren. Daran arbeiteten auch Experten wie der Musiker Heinz Rudolf Kunze, die Intendantin des Kunstfestes Weimar, Nike Wagner, und Olaf Zimmermann als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates mit. Der über 500 Seiten umfassende Bericht, laut Connemann ein „Kulturkompass für die Kulturpolitik des Bundes der nächsten Jahre“, enthält 465 Handlungsempfehlungen an den Bund, aber auch an Länder und Kommunen, um die Lage der Kultur in Deutschland zu verbessern. Dazu gehören auch die mehr als 150 Theater und Opernhäuser und etwa 6 000 Museen im Lande. Die Kultur dürfe angesichts der Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand nicht länger eine rein freiwillige Aufgabe bleiben, betonte Connemann. 2001 seien noch 8,4 Milliarden Euro für die Kultur ausgegeben worden, 2005 seien es nur noch 7,8 Milliarden gewesen. Eine rühmliche Ausnahme bilde dabei der Bund, der seine Kultur Ausgaben unter Staatsminister Bernd Neumann sogar noch gesteigert habe.

Der Vorsitzende des Bundestagskulturausschusses, Hans-Joachim Otto (FDP), sprach sich dafür aus, eine Vielzahl der Empfehlungen der Kommission noch in dieser Legislaturperiode



umzusetzen. Das gelte auch für das Staatsziel Kultur im Grundgesetz. „Kunst und Kultur haben einen Anspruch auf Freiheit und auch darauf, dass wir als politisch Verantwortliche an ihrer Seite stehen“, betonte der CDU-Abgeordnete Wolfgang Börnsen. Der SPD-Politiker Siegmund Ehrmann plädierte allerdings auch dafür, die Schwerpunkte in der Kulturförderung in bestimmten Abständen neu zu überprüfen. Sein Fraktionskollege Steffen Reiche bedauerte, dass in der Plenumsdebatte über den Kulturstaat Deutschland – die allerdings auch nur im „kleinen Kreis“ der Kulturpolitiker des Parlaments statt fand – die Kultusminister und Ministerpräsidenten der Länder fehlten.

Dem Bericht zufolge verdienen Künstler in Deutschland im Durchschnitt jährlich 11 000 Euro, haben kein regelmäßiges Einkommen und können eine eigene Alterssicherung nicht finanzieren. „Von Leistungsgerechtigkeit ist bisher keine Spur“, meinte Lukrezia Jochimsen von der Linken in Bezug auf das Urheberrecht. Sie beklagte, dass die Enquete-Kommission die Folgen der deutschen Teilung in der Kultur nicht genügend berücksichtigt habe. Ihr Fraktionskollege Roland Claus sprach in diesem Zusammenhang von einem „völligen Versagen“.

Mit spöttischer Kritik reagierte Bayerns vorm. Kunstminister Thomas Goppel (CSU) auf den Bericht der Enquete-Kommission. „Der Berg kreiste und gebar im Laufe von 87 Sitzungen auf 509 Seiten rund 400 Handlungsempfehlungen, die allerdings überwiegend an andere gerich-

tet sind, nämlich an die Länder und Kommunen“, erklärte Goppel in München. Der „unzuständige Bund“ erkläre, „was die anderen wollen sollen und übt sich in der beherrschenden Distanz des Unbeteiligten“, so Goppel.

Ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz, eine Bundeszentrale für kulturelle Bildung und ein Städtewettbewerb „Kulturstadt Deutschland“ – das sind wesentliche Forderungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestages. Ihr mehr als 500 Seiten umfassender Abschlussbericht enthält 465 Handlungsempfehlungen an den Bund, um die Lage der Kultur in Deutschland zu verbessern. Außerdem sollte das kulturelle Leben im ländlichen Raum stärker gefördert werden, da fast 70 Prozent der Deutschen außerhalb von Großstädten leben. In der Hauptstadtkulturförderung des Bundes spricht sich die Enquete-Kommission für ein Bundesgesetz aus. Zudem fordert die Kommission, in das Grundgesetz einen Artikel 20b etwa mit der Formulierung „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ aufzunehmen.

Dem Bericht nach muss die deutsche Sprache, mit 18 Prozent auch die meistgesprochene Muttersprache in der EU, gestärkt werden, aber auch Regionalsprachen und Dialekte sollten gepflegt werden. Der Rundfunk soll mehr Kultursendungen ausstrahlen und Kulturberichte als festen Bestandteil in den Hauptnachrichtensendungen verankern. Angesichtes des „absoluten Notstands der Bibliotheken“ sollten diese in den Ländern in

die Bildungskonzepte für Schulen, Kindergärten und anderen Einrichtungen eingebunden werden. Alternativ sei die Finanzierung über ein Bundesbibliothekengesetz zu sichern. Im Theaterbereich versieht die Enquete-Kommission hinter dem traditionellen „Modell Stadttheater“ mit festem Ensemble, Repertoire und Mehrspartenbetrieb ein Fragezeichen für die Zukunft. Für Freie Theater sollte es eine „nationale Gastspielförderung“ durch die Länder und die Bundeskulturstiftung geben. Im Tarifrecht empfiehlt die Kommission einheitliche Bühnenverträge, die den besonderen Bedingungen des Theaterbetriebes gerecht werden und eine „theatergerechtere Gestaltung der Arbeitszeiten“ ermöglichen. Besonders die Kinder- und Jugendtheater sollten gestärkt werden. In Deutschland gibt es 150 Theater und Opernhäuser sowie 48 Kulturorchester, die jährlich mit 2,2 Milliarden Euro von der öffentlichen Hand gefördert werden und 22 Millionen Zuschauer und 2,5 Millionen Konzertbesucher erreichen. Hinzu kommen etwa 1 000 Freie Theater. Um Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kunst und Kultur zu erleichtern, spricht sich die Kommission zudem für die Einrichtung einer Bundeszentrale für kulturelle Bildung aus. Diese solle auch mithelfen, den Dialog zwischen Alt und Jung zu verbessern.

Im Museumsbereich – in Deutschland gibt es über 6 150 Museen mit jährlich über 100 Millionen Besuchen und 488 Ausstellungshäuser mit rund sieben Millionen Besuchen – sieht es



die Enquete-Kommission als bedenklich an, dass es in den vergangenen 30 Jahren zwar eine kontinuierliche Zunahme an neuen Museen gegeben hat, aber nur einen sehr begrenzten Besucherboom. Viele mittlere stadgeschichtliche Häuser „mit eher wenig attraktiven Angeboten“ bereiteten den kommunalen Trägern oft große finanzielle Probleme. Ähnlich wie bei den Theatern wird auch hier eine „klare Standort- und zielgruppenorientierte“ Arbeit empfohlen. Die öffentlichen Träger wiederum sollten den Museen neue Spielräume in finanzieller und verwaltungsmäßiger Hinsicht eröffnen.

Der Deutsche Kulturrat kritisierte die Abwesenheit von Vertretern der Bundesländer während der Parlamentsdebatte über den Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. „Die Bundesratsbank war leergefegt. Nicht ein einziger Kulturminister eines Landes, nicht ein einziger Kulturstaatssekretär eines Landes, schon gar nicht einer der Ministerpräsidenten, die gleichzeitig auch für das Kulturressort verantwortlich sind, war anwesend“, stellte Geschäftsführer Olaf Zimmermann fest.

Erinnerungskultur

Topographie des Terrors

Im November 2007 gab es grünes Licht für die Topographie des Terrors. Dafür sollen 24 Mio. Euro zur Verfügung stehen, die sich Bund und Berlin teilen. Am 2. November 2007 begannen die Bauarbeiten, die Einweihung des Hauses ist für den 8.

Mai 2010 geplant (Berliner Kurier vom 3. November 2007). Das Gebäude sollte ursprünglich 1998 schon fertig werden, aber der Zumthor-Entwurf wurde wegen zu hoher Kosten gestoppt und später abgerissen.

Historisches Kolleg

In einem Bericht der FAZ vom 12. November 2007 wird die bayerische Staatsregierung vom Jahr 2009 an wieder die Grundversicherung des historischen Kollegs übernehmen. Im Februar 2006 hatte der Freistaat seine Absicht verkündet, die Alimentierung des Kollegs einzustellen.

Gedenkstättenkonzept

Eine Auseinandersetzung mit dem Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung führt Franziska Augstein in der SZ vom 10. November 2007 („Geschichte im Tetra-Pak“) und weist u. a. darauf hin: „Wie können die NS-Gedenkstätten dem ständig wachsenden Besucherandrang gerecht werden? Derzeit müssen selbst international bekannte KZ-Gedenkstätten jede zweite Bitte um eine Führung abweisen, weil sie nicht das Geld dafür haben. Auch die angemessene pädagogische Betreuung der deutschen Schulklassen wird angesichts eingefrorener Etats schwieriger. Die Abgeordneten schielen auf immer neue Bauten und übersehen, dass Museen oder Gedenkstätten, die aus Geldmangel innerlich nicht belebt werden können, hohle Körper sind.“ Siehe dazu auch den Bericht in der FAZ vom 7. November 2007 („Denkstätten und Gedenkkonzepte“).

Das Bundeskabinett hat am

18. Juni 2008 das neue Gedenkstättenkonzept beschlossen, am 24. September billigte der Kulturausschuss des Bundestages einen entsprechenden Entschließungsantrag, am 13. November 2008 ist es im Bundestag auf große Zustimmung gestoßen. In diesem Jahr sind zehn Millionen mehr und 2009 weitere zwei Millionen Euro zusätzlich vorgesehen, so dass die Gedenkstätten künftig jährlich 35 Millionen Euro vom Bund erhalten.

Sichtbares Zeichen

Das Bundeskabinett stimmte am 19. März 2008 einem entsprechenden Konzept von Kulturstatsminister Bernd Neumann am 3. September 2008 zu dem Gesetzentwurf für die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu. Das Zentrum wird seinen Sitz in Berlin am Anhalter Bahnhof haben in der Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums, das dafür von einer GmbH in eine Stiftung umgewandelt wird. Gegen das vom Bund der Vertriebenen angestoßene Vorhaben hatte es jahrelangen heftigen Widerstand vor allem aus Polen gegeben. Der Streit wurde erst Anfang Februar 2008 bei einem Besuch Neumanns in Warschau beigelegt. Das als Bundesstiftung angelegte Projekt wird 29 Millionen Euro kosten. Für den laufenden Betrieb werden dann jährlich nochmals rund 2,5 Millionen Euro fällig. In 2008 sind 1,2 Millionen vorgesehen. Mit dem Aufbau kann nach der Verabschiedung durch den Bundestag wohl noch im Herbst begonnen. Offen ist die personelle Beset-



zung der Stiftungsgremien, Streit gibt es um die Beteiligung der BdV-Präsidentin Erika Steinbach. Kern wird eine Dauerausstellung im bereits bestehenden „Deutschlandhaus“ sein. Außerdem sind Wechselausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen geplant. So soll noch in diesem Jahr eine internationale Historikerkonferenz stattfinden. Einen Termin für die Eröffnung gibt es noch nicht. Das Zentrum wird unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums angesiedelt. Es soll Erinnerung und Gedenken an das „Jahrhundert der Vertreibungen“ und das damit verbundene tiefe menschliche Leid in Europa wachhalten und zur Versöhnung beitragen. Dabei sollen „der historische Kontext, Ursachen und Beweggründe von Flucht und Vertreibung differenziert dargestellt werden“. Geplant ist auch die Dokumentation von Einzelschicksalen der 12 bis 14 Millionen deutschen Vertriebenen sowie der Angehörigen anderer Völker, deren Vertreibung von deutscher Seite verursacht wurde – etwa der 1,5 Millionen Polen, die nach dem Krieg aus dem sowjetisch annektierten Ostpolen nach Westen geschickt wurden. Neumann sprach von einem wichtigen Schritt zur „Aufarbeitung eines schmerzlichen Teils deutscher und europäischer Geschichte“. Vize-Regierungssprecher Thomas Steg sagte, das Zentrum diene „der Aussöhnung und der Versöhnung bei der historischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur“. Die Entscheidung der Bundesregierung stieß bei Politikern, Parteien und Ver-

bänden überwiegend auf Zustimmung. Nur die Linke kritisierte, der Kabinettsbeschluss öffne „den Weg in staatlich subventionierten Geschichtsrevisionismus“.

Am 12. November 2008 hat die Dokumentationsstätte im Bundestagskulturausschuss Grünes Licht erhalten. Am 4. Dezember 2008 billigte der Bundestag die Gedenkstätte, dazu s. die Berichte in der WELT vom 6. Dezember 2008 (Erika Steinbach und Bernd Neumann als „Sieger“), die kommentiert: „Ohne den Einsatz der BDV-Vorsitzenden Erika Steinbach wäre es zu dem jetzigen Beschluss nicht gekommen. Am Ende wäre stattdessen vielleicht eine multinationale Gedenk- und Begegnungsstätte in Breslau, Straßburg oder an einem anderen Ort entstanden. Es ist gut, dass man sich nun doch für Berlin entscheiden hat. Auch dieses Erinnern gehört in das Ensemble der Stadt, die im Bösen die Hauptstadt der Deutschen war und es nun im Guten ist. Nichts spricht dafür, dass das „sichtbare Zeichen“ (so die tonlose Wendung im Koalitionsvertrag) dieser Ausstellung missbraucht werden könnte.“

Und die FAZ vom 4. Dezember 2008 kommentiert: „Sozialdemokraten und Grüne haben dabei gelernt, dass so etwas wie eine europäische Vergangenheitsperspektive (noch) nicht gibt, sondern allenfalls mehr oder weniger nachbarschaftsverträgliche nationale Darstellungen. Die aber sind nicht durch Geschichtsdiplomatie herstellbar, sondern nur durch das Bemühen um Wahrhaftigkeit und die Einbeziehung unterschiedli-

cher Sichtweisen. Wohlmeinende ausländische Historiker ließen die Deutschen wissen, dass sie ihnen die Erinnerungsarbeit nicht abnehmen könnten.“

Offen ist noch die personelle Besetzung der Stiftungsgremien. Der Bundestag hat für vorbereitende Maßnahmen des Projekts 1,2 Millionen Euro für 2008 bereitgestellt. Bis 2011 sind im Finanzplan des Bundes jährlich 2,5 Millionen Euro vorgesehen.

Film

NRW vorne

NRW gibt für seine Filmwirtschaft mehr aus als jedes andere Bundesland, aktuell über 30 Mio. Euro pro Jahr. Seit der Gründung der Filmstiftung 1990 sind somit gut 400 Mio. Euro zusammen gekommen. Das Dortmunder Formatt-Institut stellt fest: „Nirgendwo wird so viel produziert wie in NRW.“ Allerdings liegt in der TV-Filmproduktion NRW hinter Hamburg, Berlin und Bayern. Anders in den Kategorien Comedy, Serien und Doku-Soaps der Privatsender ist Rhein und Ruhr ein beliebter Produktionsort (WAMS vom 6. Januar 2008).

Kinokrise

Der Kinokrise widmet sich die WELT am Sonntag vom 16. Dezember 2007. Sie empfiehlt angesichts des Verlustes von etwa 28% der Zuschauer seit 2001 und eines Umsatzschwundes von 5% in 2007 die Zeit für neue Strategien, insbesondere für die Videotheken, die seit 2001 ein Viertel ihrer Kunden verloren haben. Zu den neuen Wegen ge-



hört etwa die Integration der Angebote für Filminteressierte über Shops, den Postversand und seit neuestem auch per Video.

Kabinett beschließt Film-Gesetzentwurf

Das Bundeskabinett hat am 4. Juni 2008 dem Entwurf des novellierten Filmförderungsgesetzes (FFG) zugestimmt. „Gemeinsam mit dem Deutschen Filmförderfonds wird das modernisierte FFG der Filmwirtschaft verbesserte Rahmenbedingungen verschaffen“, erklärte Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU). Mit der Novellierung, die am 1. Januar 2009 in Kraft treten soll, und der der Bundestag am 13. November 2008 zustimmte, werde das Filmförderungsgesetz an die technischen und medienwirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre angepasst. Das Gesetz sieht u.a. eine Neuverteilung der Fördermittel vor, darunter auch höhere Fördergelder für Drehbuchautoren und den Filmverleih. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Fördermöglichkeiten für die Kinos, die zudem bei den Abgaben für die Filmförderungsanstalt (FFA) entlastet werden. Verkürzt werden ferner die Sperrfristen für die Weiterverwertung von Filmen im Fernsehen und im Internet.

Finanzierung/ Sponsoring

Fundraising-Preis

Die Leiterin der Kunsthalle Emden, Eske Nannen, erhält den Deutschen Fundraising Preis

2008. Der mit 5 000 Euro dotierte Preis wurde ihr am 17. April in Fulda verliehen. Eske Nannen erhalte den Preis für ihren unermüdlichen Einsatz für die Kulturförderung und ihre außergewöhnlichen Verdienste um die Vermittlung von Kunst. Der Deutsche Fundraising Verband (DFRV) ist der Berufsverband der Fundraiserinnen und Fundraiser. Er wurde 1993 gegründet und hat nach eigenen Angaben rund 1 300 Mitglieder.

Sorbenförderung des Bundes

Die Förderung der Sorben aus dem Bundeshaushalt wird für 2008 in voller Höhe fortgesetzt. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat am 28. Mai 2008 zunächst gesperrte Bundesmittel von 2,6 Millionen Euro für die Stiftung für das Sorbische Volk freigegeben. Nach dem Entwurf des neuen Finanzierungsabkommens bekommt die Stiftung jährlich 7,6 Millionen Euro Bundeszuschüsse rückwirkend zum 1. Januar 2008 und für die nächsten fünf Jahre. Nach dem Votum des Bundestags-Ausschusses kündigte das brandenburgische Kultusministerium an, seinen ebenfalls gesperrten Anteil von jährlich 600 000 Euro freizugeben. Sachsen will seinen Beitrag zur Finanzierung der Stiftung für das Sorbische Volk in den nächsten Jahren um bis zu 400 000 Euro aufstocken.

Insgesamt gibt es noch 60 000 Sorben – davon 40 000 in Sachsen und 20 000 in Brandenburg.

Sozial Schwache nutzen 3-Euro-Ticket für Theater wenig

Nur jeder 16. Empfänger von

Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und staatlicher Grundsicherung nutzt das Drei-Euro-Ticket von Berliner Opern und Theatern.

Seit der Einführung der verbilligten Tickets im Mai 2005 wurden mehr als 25 300 solcher Karten an sozial Schwache verkauft, teilte die Senatskulturverwaltung am 5. Februar 2008 mit.

Insgesamt erhielten rund 400 000 Berliner Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und staatliche Grundsicherung. Kulturstaatssekretär Andre Schmitz forderte deshalb die Berliner Kultureinrichtungen auf, bei sozial Schwachen verstärkt für das Drei-Euro-Ticket zu werben.

Besteuerung

Der Deutsche Kulturrat hat eine Reform für die Besteuerung ausländischer Künstler gefordert, die in Deutschland auftreten. Er verlangte unter anderem die Entlastung von Künstlern, die kleinere Gagen erhalten. Die Besteuerung von Künstlern mit Wohnsitz im Ausland, aber Auftritten in Deutschland sei 2001 nur halbherzig reformiert worden. Der Kulturrat empfiehlt das niederländische Modell zur Besteuerung ausländischer Künstler.

Finanzierung

Die Bundeskulturstiftung hat die Finanzierung der Kulturförderfonds bis 2013 verlängert. Der Deutsche Literaturfonds, der Fonds Soziokultur, der Fonds Darstellende Künste und die Stiftung Kunstfonds bekämen nun auch nach 2009 je eine halbe Million Euro, teilte die Stiftung am 12. Juni 2008 mit. Der Deutsche Übersetzerfonds erhält



eine kleinere Summe. Die Kulturförderfonds werden seit 2004 von der Kulturstiftung des Bundes unterstützt, die selbst nur größere Projekte internationaler Ausrichtung fördert.

Zwei-Millionen-Euro-Verstärker für deutsche Popmusik

Die von der Bundesregierung beschlossene „Initiative Musik“, die sich auch auf der Popkomm 2008 im Herbst in Berlin (19.-21. September) vorstellte, will bereits im laufenden Jahr für 60 bis 80 Projekte in den Sparten Rock, Pop und Jazz zwei Millionen Euro bereitstellen. Damit soll zum einen professioneller Künstlernachwuchs unterstützt werden, andererseits aber auch die Infrastruktur der oft mittelständisch geprägten Musikwirtschaft nachhaltig gestärkt werden. Ziel sei die Förderung populärer deutscher Musik im In- und Ausland, wie sie der Bundestag beschlossen hat. Damit gebe es in Deutschland erstmals eine öffentliche Förderung für populäre Musik.

Mehr Geld für Kultur

Der Bund hat im vergangenen Jahr für Kultur mit rund 1,1 Milliarden Euro etwa 90 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor ausgegeben. Dies teilte die Bundesregierung am 20. Juni 2008 in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion mit. Die Bundesländer hätten im Jahr 2007 rund 3,4 Milliarden Euro für Kultur ausgegeben und die Gemeinden etwa 3,6 Milliarden Euro. Hinzu kämen die Ausgaben für den „kulturnahen Bereich“ wie Rundfunk und Fern-

sehen, kirchliche Angelegenheiten und die Volkshochschulen.

Gemessen an den Gesamtausgaben machten nach Angaben der Bundesregierung die Kulturausgaben des Bundes 0,73 Prozent aus, die der Länder 1,69 Prozent und die der Gemeinden 2,42 Prozent. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt seien die Kulturausgaben in Deutschland in den vergangenen Jahren allerdings gesunken. Machten sie im Jahr 2001 noch 0,4 Prozent aus, lagen sie 2007 noch bei 0,34 Prozent (s. auch den Beitrag in der FAZ vom 10. September 2008: „Ausgaben für Kultur stagnieren“).

An der Spitze der Bundesländer lag im Jahr 2005 Sachsen, das 3,7 Prozent des Landeshaushalts in den Kulturbereich investierte. Das waren rund 155 Euro pro Kopf der sächsischen Bevölkerung, knapp vor den drei Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg. Unter den westdeutschen Flächenländern liegt Baden-Württemberg mit knapp 2,1 Prozent vorn. Das sind 83,70 Euro pro Einwohner. Dahinter rangiert Bayern mit zwei Prozent beziehungsweise 78,99 Euro pro Kopf. Gesamtdeutsches Schlusslicht ist das Saarland. Hier wurden 2005 nur 1,2 Prozent des Haushalts für Kultur ausgegeben. Das waren 50,25 Euro pro Einwohner.

Abschaffung der Künstlersozialversicherung vom Tisch Industrie, Handel und Handwerk haben die Abschaffung der Künstlersozialversicherung in Deutschland gefordert. Die Beiträge belasteten das Handwerk in großem Maße, erklärte der Ge-

neralsekretär des Zentralverbandes, Harms-Eberhard Schleyer, am 27. Dezember 2007 und schloss sich damit einem ähnlichen Protest des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) von Mitte Dezember an. Der DIHK hatte in einem Schreiben an das Bundesarbeitsministerium eine „verstärkte Prüfung und Erfassung der Betriebe“ mit zum Teil hohen Nachforderungen für vier bis fünf Jahre kritisiert und ein Auslaufen dieser Versicherung verlangt. Die Versicherung sei „insgesamt unsystematisch und bürokratisch“, hieß es. Der Sprecher von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU), Hagen-Philipp Wolf, verteidigte die vermehrten Betriebsprüfungen. Es sei „gerade Sinn und Zweck der Gesetzesänderung zur Stärkung der Künstlersozialversicherung“, dass jetzt viele Unternehmen überprüft werden, „um hierdurch Beitrags- und Abgabegerechtigkeit herzustellen und die Finanzierung der Künstlersozialversicherung auch bei steigenden Mitgliederzahlen zu stabilisieren“. Der Deutsche Kulturrat reagierte empört auf die Abschaffungs-Forderung. Endlich werde überprüft, ob die Unternehmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung wirklich nachkommen, meinte der Spitzenverband der Bundeskulturverbände. Der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) forderte alle Beteiligten auf, sich noch einmal an einen Tisch zu setzen.

In seinem Newsletter vom 6. März 2008 teilte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit, dass



viele Unternehmen in der Vergangenheit keine Künstlersozialabgabe gezahlt haben. Der Deutsche Kulturrat ist über dieses offene Bekenntnis, dass offenkundig über Jahre hinweg einer Sozialversicherungspflicht von Unternehmen nicht nachgekommen wurde, mehr als erstaunt. Seit der Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes aus dem Jahr 2007 prüft die Deutsche Rentenversicherung alle Unternehmen, ob Künstlersozialabgabepflicht besteht und ob bei Vorliegen der Abgabepflicht dieser auch nachgekommen wird. Wie im Sozialversicherungsrecht üblich, müssen nicht gezahlte Beiträge auch bei der Künstlersozialversicherung für fünf Jahre nachgezahlt werden.

Am 9. September 2008 meldete der Deutsche Kulturrat, auf Initiative der Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein solle die Künstlersozialversicherung abgeschafft werden. Klammheimlich, versteckt in einer Empfehlung (Bundesratsdrucksache 558/1/08 vom 08.09.2008) zum „Entwurf des Dritten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstands-entlastungsgesetz)“ (Bundesratsdrucksache 558/08) haben der federführende Wirtschaftsausschuss, der Ausschuss für Frauen und Jugend, der Ausschuss für Innere Angelegenheiten sowie der Finanzausschuss des Bundesrates mit den Stimmen der genannten Länder beschlossen: „Der Bundesrat fordert, dass die Künstlersozial-

versicherung abgeschafft oder zumindest unternehmerfreundlich reformiert wird.“ Gegen die Empfehlung haben sich folgende Länder gewandt: Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen. Enthalten haben sich: Bayern, Berlin und das Saarland. Daraufhin brannte die Kulturszene: Reaktionen (Auswahl): Kulturstatsminister Bernd Neumann lehnt Forderungen, die Künstlersozialversicherung abzuschaffen, entschieden ab; Verband der Freien Lektorinnen und Lektoren: Existenzsicherung freier Künstler und Publizisten bedroht; Kulturkreis der deutschen Wirtschaft: für den Erhalt der Künstlersozialversicherung; Otto Waitz (FDP-Bundestagsfraktion): Wir brauchen die Künstlersozialversicherung; Deutsche Orchestervereinigung fordert Erhalt der Künstlersozialkasse; Internationales Theaterinstitut protestiert gegen Versuche, die Künstlersozialversicherung infrage zu stellen; Deutscher Journalistenverband: Erfolgreich: Front gegen KSK bröckelt; Dachverband Freier Theaterschaffender Hamburg: „Abschaffung der Künstlersozialkasse katapultiert das Kulturland Deutschland ins letzte Jahrhundert zurück!“; ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg, Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg Oettinger: Künstlersozialversicherung und „Bürokratische Hemmnisse“; GRÜNE (im Hessischen Landtag): Hände weg von der Künstlersozialversicherung – Geschäftsführende Landesregierung will

Künstlersozialkasse abschaffen; Linksfraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Künstlersozialversicherung muss erhalten und weiter verbessert werden; Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW im Landtag Schleswig-Holstein: Erhalt der Künstlersozialversicherung (Drs. 16/2223). Allerdings gab es auch Zustimmung, so Georg Meck in der FAS vom 14. September 2008: „Dass der Talentierte dem weniger gefragten Kollegen abgeben muss, gehört zum Prinzip der Sozialversicherung. Die KSK treibt die Umverteilung weiter: Gemolken wird auch, wer überhaupt nicht Mitglied ist, folglich nie eine Gegenleistung zu erwarten hat. Der vielgefragte Sänger zahlt für das Heer der Freiberufler mit überschaubarem künstlerischem Ehrgeiz.“

Die Sache war rasch vom Tisch, zumal mehrere Länder wie Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Bremen inzwischen deutlich gemacht haben, dass es sich keineswegs um eine „Bundesratsinitiative“ handele, da es dazu noch keine Kabinettsbeschlüsse in den Ländern gebe. Der Bundesrat hat die Forderung am 19. September mit breiter Mehrheit zurückgewiesen (SZ vom 20. September 2008). Freilich hatte bereits die FAZ vom 11. September 2008 darauf hingewiesen („Ausweitung der Kampfzone“), dass die Aufregung „verfrüht“ gewesen sei: „Der DIHK wendet sich vor allem gegen die nachträgliche Großprüfung – und darauf zielt auch die Empfehlung aus dem



Bundesrat, die man bei aller Aufregung ruhig bis zu ihrem Ende lesen sollte.“

„Kulturtaler“

Der Vorschlag des Schweriner Landtags zur Erhebung eines „Kulturalters“ bei den Musikfestivals zur Unterstützung von Musikschul-Projekten stößt auf Skepsis bei den Betroffenen. Der Intendant der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern, Sebastian Nordmann, teilte am 28. April 2008 mit, dazu müssten die Eintrittspreise erhöht werden. Die Festspiele seien aber gerade stolz darauf, dass es gelungen sei, in den vergangenen Jahren auf Preiserhöhungen weitestgehend zu verzichten.

Kulturhaushalt steigt auf 1,13 Milliarden Euro

Der Kulturhaushalt 2009 des Bundes erhöht sich auf rund 1,13 Milliarden Euro. Mit dem Haushalt sei es gelungen, „die Rahmenbedingungen für die Kultur weiter zu stärken und die Voraussetzungen für wichtige kulturpolitische Vorhaben wie der Umsetzung des Gedenkstättenkonzepts zu schaffen“, sagte Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) nach der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2009 durch das Bundeskabinett am 2. Juli 2008 in Berlin. Für die Realisierung des vor kurzem von der Koalition beschlossenen Konzepts werden demnach die Mittel 2008 und 2009 um 50 Prozent erhöht – von 23 auf mehr als 35 Millionen Euro. Zahlreiche neue Gedenkstätten könnten so erstmals in die Förderung des Bundes aufgenommen werden. Außerdem ist

der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) in Höhe von 60 Millionen Euro jährlich von 2010 bis 2012 im Haushalt vorgesehen. Der Deutsche Kulturrat würdigte die erneute Steigerung des Kulturhaushalts des Bundes. Damit sei es Neumann zum vierten Mal in Folge gelungen, seinen Etat zu erhöhen. Bundeshaushalt: 25 Millionen Euro mehr für die Kultur. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, sagte am 26. November 2008: „Die Erhöhung des Bundeskulturretats ist uneingeschränkt zu begrüßen. Sie ersetzt aber nicht die dringend notwendige Diskussion im Deutschen Bundestag über die grundlegende Ausrichtung der Kulturpolitik. Ein Jahr nach Vorlage des Schlussberichts der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages ist die Diskussion, wie die Weichen mittelfristig in der Kulturpolitik des Bundes gestellt werden sollen, überfällig.“

Der Wert des Mehrwerts: Kultursponsoring

„Es werden geschätzt etwa eine halbe Milliarde Euro pro Jahr für Kultursponsoring ausgegeben, für Sportsponsoring ein zweistelliges Vielfaches davon. Das Sozial- und Umweltsponsoring konkurriert hart mit dem für Kultur. Da stellt sich die Frage, warum im Sport so viel und in der Kultur so wenig gesponsert wird. Der Sponsor muss beim Finanzamt dafür geradestehen, dass seine Logos auf Sprinterhosen oder die Firmenfahne vor dem Konzertsaal der Steigerung des Absatzes seiner Produkte

dienen. Wenn das nicht nachweisbar ist, soll er wenigstens eindeutig belegen, dass er damit eine Erhöhung des betrieblichen oder unternehmerischen Ansehens einführt. Jede Form von Altruismus, jede Gemeinwohlerregung oder Begabungsbewunderung haben also im Sponsoringgeschäft nichts verloren – es geht um weiche Faktoren wie Glanz, Leistung, Ruhm als Grundlage von Werbebotschaften gegen hartes Geld, zu buchen bei den betrieblichen Ausgaben. Die kann man in beliebiger Höhe, sie muss nur nachweisbar sein, vom versteuerbaren Einkommen absetzen, bei Spenden oder mäzenatischem Wirken geht das nicht – für Kultur, gemeinnützige Sportvereine oder Sozialverbände sind fünf Prozent des zu versteuernden Jahreseinkommens die Spendenobergrenze, für wissenschaftliche Zwecke zehn Prozent. Sollte Sponsoring in der Kultur tatsächlich funktionieren, sollte man dies also nicht an der Zahl der Dankesreden an den Sponsor von Kulturleuten nach der gesponserten Veranstaltung messen, sondern mit dem (selten wirklich zu führenden) Nachweis von Werbeeffekten durch entsprechende Absatzzahlen.

Glanz, Leistung, Ruhm – vor allem der Hochleistungssport kann diesbezüglich mehr bieten als die Institutionen und Initiativen der Hochkultur, er ist, um im Jargon des Sponsoringumfelds zu bleiben, hier eindeutig besser aufgestellt. ... Davon ist ein Sponsoringansinnen zum Beispiel der örtlichen Musikschule beim örtlichen Baustoffmittelständler für die zwei wirklich Hochbegabten oder gar für den



ganz normalen Musikschulbetrieb des Mittelzentrums himmelweit entfernt. Denn die Schnittstelle in der metaphorischen und symbolischen Interessenlage von Baustoffmittelländler und Musikschule auszumachen, um das betriebliche Ansehen der Firma und den Absatz ihrer Produkte zu befeuern, ist eine Aufgabe, die viele Kacheln und Röhren mit vielen schönen Tönen und dem Erwerb der Fertigkeit ihrer Hervorbringung zu verbinden hätte.

Eine solche Arbeit wäre ein notwendigerweise sehr differenzierender Vorgang, für den ein Firmenlogo als Symbol nie ausreichend sein kann. Es ginge ja darum, musikalische Bildung und Praxis als gleichberechtigten, konkurrenzfähigen Wert neben den Absatz erstklassiger Röhren und Kacheln in einer Gesellschaft zu stellen und aus dieser Verbindung zweier Werte einen gemeinsamen größeren abzuleiten. Mehrwerte haben immer auch mit Werten zu tun, und damit mit der Verständigung über sich selbst, manche nennen das Bildung.

Diese Verständigung aber mit einem Firmenlogo über dem Portal der Musikschule oder auf den Pullovern ihrer Schüler zu dokumentieren wäre ihre Reduktion auf eine bekannter werden wollende Marke, die wiederum nichts erklärt, sondern Geschichten braucht, um im Gedächtnis zu bleiben. Das Beispiel der Musikschule ließe sich übrigens auf jeden normalen Sportverein, selbst örtliche Fußballvereine, übertragen – das Einzige, was für Sponsoring als hartes Geschäft wirklich taugt, ist der Bereich

medial vermittelbarer Hochleistung ohne lange Geschichten. Der Preis dafür sind das monströse Zupflastern von Kleidung mit Logos, der Fahnenwald und die Sponsorenlogobleiwüste im Festivalprospekt.

Die Bereitschaft vermögender Menschen oder gut verdienender Firmen in einer Gesellschaft, für das kulturelle, soziale, ökologische, sportliche Gemeinwohl Geld aus eigenem Einkommen auszugeben, wird umso eher gegeben sein können, wenn eine Gesellschaft, in welcher dies stattfinden soll, sich über die mit diesem Gemeinwohl verbundenen Ziele kollektiv verständigt. Eine solche Werteverständigung kann man fiskalisch begleiten – ob mit niedrigeren Steuersätzen insgesamt oder einer Erweiterung der Gemeinnützigkeitsobergrenzen, kann man diskutieren. Sponsoring aber ist dafür nur ein sehr, sehr eingeschränktes Werkzeug.“ (Stefan Opitz in der SZ vom 24. Juli 2008).

Gemeinsame öffentliche und private Kulturförderung

Anlässlich der Eröffnung des „Allianz Stiftungsforums Pariser Platz“ am 24. Juni 2008 in Berlin unter dem Motto „Kultur der Nachhaltigkeit“ hat sich Kulturstatsminister Bernd Neumann für eine noch stärkere Kooperation von staatlicher und privater Kulturförderung ausgesprochen. In seiner Rede betonte der Staatsminister: „Ein wichtiger Aspekt einer nachhaltigen Kulturpolitik ist es, das effektive Miteinander von öffentlicher und privater Kulturförderung zu ermöglichen. Der Bund hat die rechtlichen Rahmenbedingun-

gen dafür erst kürzlich entscheidend verbessert. Rückwirkend zum Jahresbeginn 2007 ist das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Kraft getreten. Es erweitert die bereits im Jahr 2000 geschaffenen steuerlichen Abzugsmöglichkeiten von Zuwendungen an Stiftungen erheblich.“ Bernd Neumann würdigte in diesem Zusammenhang das beispielhafte Engagement der Allianz-Kulturstiftung: „Die Allianz engagiert sich mit ihren Stiftungen für den Erhalt von Kulturgütern, für eine nachhaltige kulturelle Bildung und den kulturellen Dialog in Europa. Hier verfolgen wir gemeinsame Interessen. So ist die Allianz eines der Mitglieder des Kuratoriums Museumsinsel, das sich vielfältig für unser wunderbares Unesco-Weltkulturerbe in Berlin einsetzt. Ein Idealfall für das Potenzial, das in der Zusammenarbeit der großen Förderstiftungen und der öffentlichen Hand liegt, war der wunderbar gelungene Wiederaufbau der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar, bei dem die Kulturstiftung der Allianz 1,4 Mio. Euro und der Bund 8,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt haben. Ich begrüße es deshalb sehr, dass das Allianz Stiftungsforum Pariser Platz nicht nur den vier Stiftungen der Allianz und Dresdner Bank als Repräsentanz dienen wird, sondern auch für andere Stiftungen offen sein soll.“ Zudem bekräftigte Bernd Neumann, dass Kulturförderung sich verstärkt für eine nachhaltige Entwicklung der kulturellen Bildung einsetzen müsse. Sein Haus widme darum seine besondere Auf-



merksamkeit der professionellen und zielgruppenorientierten Vermittlung kultureller Inhalte. Dies realisierte sich beispielsweise durch das Modellprojekt „Jedem Kind ein Instrument“, das mittlerweile in ganz Deutschland große Aufmerksamkeit findet. Auch im Bereich der Medienerziehung wurden mehrere innovative und nachhaltige Projekte angestoßen. Dazu gehöre auch die „Nationale Initiative Printmedien: Zeitungen und Zeitschriften in der Demokratie“, die Kindern und Jugendlichen den Wert von Zeitungen und Zeitschriften als politischem Leitmedium vermitteln soll.

Liaison von Kultur und Kommerz

(*Sonderveröffentlichung der Anzeigenabteilung der ZEIT vom 15. November 2008*): Dankesreden sind für gewöhnlich eine eher lästige Pflicht – für Vortragende wie Zuhörer. Im besten Fall sind solche Monologe unterhaltsam, wenn der oder die freundlich Bedachte sich selbst zurück- und das Auditorium ernst nimmt. Bisweilen nutzen Redner ihre Danksagung allerdings, um deutliche Worte zu finden. So wie Ingo Schulze Anfang November 2007 in Weimar. Der in Berlin lebende Schriftsteller war gerade mit dem alle zwei Jahre vergebenen Thüringer Literaturpreis geehrt worden. Der Preis wird alle zwei Jahre von der Literarischen Gesellschaft Thüringen vergeben. Der mit 6 000 Euro dotierte, vom Energiedienstleister E.on Thüringer Energie gestiftete Preis soll gezielt zeitgenössische Autorinnen und Autoren würdigen,

die aus Thüringen stammen, dort leben oder deren Werke einen Thüringen-Bezug aufweisen. Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine dreiköpfige Jury unter Vorsitz des Schriftstellers Wulf Kirsten. Erste Preisträgerin 2005 war die Literaturwissenschaftlerin und Schriftstellerin Sigrid Damm.

... Preisträger Ingo Schulze dankte es mit Verbalinjurien. Mit Blick auf das vom Energiekonzern E.on gestiftete Preisgeld, (6 000 Euro) sprach Schulze von der „Refeudalisierung“ und kritisierte, warum es nicht möglich sei, dass ein Bundesland monatlich 250 Euro abzweigen könne, um alle zwei Jahre einen Literaturpreis auszuloben. Er beklagte die stete „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ und eine „Kultur der Zahl“. Die enge Anbindung der Kultur an ökonomische Kriterien sei fatal, denn so werde das Geld dorthin geleitet, wo es größtmögliche Beachtung erzeuge, so Schulze. Kunst könne durchaus als „Beitrag zur Standortattraktivierung“ oder als „Werbefaktor“ dienen. Doch Kunst müsse vor allem „um ihrer selbst willen“ da sein, „so wie ein Mensch um seiner selbst willen da ist und sich nicht in erster Linie über seine Arbeits- und Kaufkraft definiert“. Das Feuilleton nahm die Brandrede dankbar auf: „Ingo Schulze hat zweifellos Recht, wenn er (...) dazu auffordert, das kulturelle Engagement großer Unternehmen kritisch zu beäugen. Aber die von Schulze beklagte Ökonomisierung der Kultur ist nicht allein einigen Konzernen anzulasten. Sie speist sich aus vielen Quel-

len, unter denen der Kulturbetrieb selbst längst zu den am heftigsten sprudelnden zählt“, kommentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Stephan Frucht, Geschäftsführer des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft in Berlin, warnt indes grundsätzlich vor einer pauschalen Aburteilung: „Im Hinblick auf eine kommerzielle Betrachtung müssen Sie den Bereich der mäzenatischen Kulturförderung ausklammern.“ Denn hierfür gelte das Prinzip „Geld gegen Gegenleistung“ nicht. Frucht: „Es gilt für den Bereich des Sponsorings, doch führt es auch hier nicht zwingend zur Kommerzialisierung.“ Auch beim Kultursponsoring gehe es vor allem um die Qualität der Kunst, anders ließen sich Sponsorings von wenig medienwirksamer und experimenteller Kultur auch nicht erklären, so Frucht. „Natürlich gibt es auch das Eventsponsoring, dessen Erfolg hauptsächlich an Besucherzahlen gemessen wird.“ Mit Blick auf die Vielfalt an Sponsoringformen könne man jedoch nicht von einer generellen Kommerzialisierung reden. Im Übrigen sei jede Form des Kultursponsorings besser als kein Kultursponsoring. Die größten Ressentiments verortet Frucht „eigentlich vor allem noch in den Medien“. Die Öffentlichkeit sei dagegen in steigendem Maße von der unternehmerischen Kulturförderung als mehrheitlich langfristige, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Künstlern respektive Kulturinstitutionen und Privatwirtschaft überzeugt. Vor allem aber hat sich die Erkenntnis



durchgesetzt, dass das kulturelle Leben in Deutschland durch Zuwendungen aus der Wirtschaft deutlich lebendiger geworden ist, ohne dabei Freiheit oder Qualität der Kultur zu beeinträchtigen. So interpretiert es auch Hans-Carsten Hansen, Personalchef der BASF in Ludwigsburg: „Jedes Sponsoring und jede Kooperation bedeutet per se Einflussnahme, denn man entscheidet sich ja dafür, ein bestimmtes Projekt zu fördern.“ Weiter gehe diese Einflussnahme aber nicht, so Hansen, dessen Abteilung Human Resources neben Sport- und Bildungssponsoring auch die Kulturförderung im Haus verantwortet. „Fest steht, dass wir uns – und da unterscheiden wir uns nicht von anderen großen kulturfördernden Unternehmen – nicht in die inhaltliche Gestaltung einmischen“, bekräftigt Hansen. Ähnlich argumentiert die Deutsche Bank, einer der diesbezüglich weltweit engagiertesten Förderer. Nur ein „kontinuierliches und zielgerichtetes Engagement“ vermittele Unternehmen die nötige Urteilskompetenz – mithin „entscheidende Grundlage für nachhaltige Partnerschaften und Glaubwürdigkeit“, betont Michael Münch, Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank Stiftung Kultur und Gesellschaft in Frankfurt. Münch: „Diese Glaubwürdigkeit ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Akzeptanz eines unternehmerischen Kunstengagements.“

Kulturkreis-Chef Frucht hält die Kommerzialisierungsdebatte ohnehin für scheinheilig. „Im Sport, der sicherlich eine ebenso gewichtige gesellschaftliche

Relevanz vorzuweisen hat wie die Kultur, sind Sponsorings in der öffentlichen Berichterstattung so gut wie noch nie in die Kritik geraten. Obwohl es dort um ganz andere Summen geht, gehören sie selbstverständlich zum Alltag: Ein Fußballverein ohne Trikotwerbung braucht doch gar nicht erst aufzulaufen.“ Man stelle sich aber ein Orchester vor, welches am Fracktragen mit Webelogos aufwarte, so Frucht. Ganz zu schweigen von einem Opernhaus, welches etwa „EnBW-Arena“ hieße. Daher gemahnt Frucht: „Die sponsoring-induzierte ‚Umwegrentabilität‘ ist jedenfalls kein Kriterium nachhaltiger Kulturförderung. Das rechte Maß setzt allein die Qualität der Kunst.“

Verwertung von Kunstwerken im öffentlichen Raum vergütet

Anlässlich des Welttages in Berlin des geistigen Eigentums am 26. April 2008 hat der Deutsche Kulturrat auf die Notwendigkeit des Schutzes des geistigen Eigentums hingewiesen. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat eine langjährige Forderung des Deutschen Kulturrates, dass die gewerbliche Verwertung von Kunstwerken im öffentlichen Raum vergütungspflichtig werden soll, aufgegriffen und fordert eine entsprechende gesetzliche Änderung. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hat in der aktuellen Ausgabe von politik und kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, geschrieben, dass sie sich dieser Empfehlung noch in dieser Legislaturperiode annehmen will.

Dazu der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann: „Jeder Postkartenhersteller verdient selbstverständlich daran, dass Aufnahmen von Kunstwerken im öffentlichen Raum verkauft werden. Nur die Bildenden Künstler, die die Werke geschaffen haben, gehen leer aus. Sie erhalten lediglich vom Auftraggeber einmalig ihr Honorar für die Erstellung des Kunstwerkes. Von den nachher stattfindenden Nutzungen wie z.B. der Erstellung von Postkarten oder der Abbildung in Reiseführern sehen sie keinen Cent. Hier herrscht eine Gesetzeslücke, die noch in dieser Legislaturperiode geschlossen werden muss.“

Künstler erwarten deutlichen Einkommenszuwachs 2008

Fand vom Jahr 2006 zum Jahr 2007 noch ein sehr moderater Anstieg um 280 Euro im Jahr statt, steigt die Einkommenserwartung von 2007 auf 2008 um 1 522 Euro im Jahr. Insbesondere die Versicherten der Berufsgruppe Wort erwarten einen deutlichen Einkommensanstieg um 1 987 Euro/Jahr. Sie werden gefolgt von den Versicherten der Berufsgruppe Bildende Kunst mit einem erwarteten Anstieg um 1 712 Euro/Jahr. Deutlich geringere Einkommenszuwächse erwarten die Versicherten der Berufsgruppe Darstellende Kunst mit einem Plus von 1 102 Euro/Jahr und der Berufsgruppe Musik mit einem Zuwachs von 1 056 Euro/Jahr.*(s. auch S.124)

Autonomie gewahrt

Als „gute Lösung“ bezeichnet die FAZ vom 2. Oktober 2008 die Konditionen, unter denen die



Deutsche Bank dem Frankfurter Städel sechshundert Kunstwerke als Dauerleihgabe überlässt, weil die Autonomie des Museums gewahrt bleibe.

Kulturstiftung der Länder: Mehr Geld

Zum 20-jährigen Bestehen der Kulturstiftung der Länder hat Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) am 22. September 2008 die Bereitschaft der Länder erklärt, zusätzlich eine Million Euro zur Verfügung zu stellen, sofern der Bund die selbe Summe gebe. Die Kultusministerkonferenz habe ihre Zustimmung signalisiert; er sei zuversichtlich, dass die Länder ihren Anteil ab 2009 in ihre Haushalte einstellen.

Fallender Kunstmarkt

Zum abrupten Nachfrageeinbruch am Kunstmarkt s. auch den Bericht in der WamS vom 7. Dezember 2008 („Sammler spüren das Börsenbeben“); Spiegel 48/2008: „Der große Höllensturz“.

Weiter Streiks?

Im Dezember 2008 hat die Tarifkommission der Deutschen Orchestervereinigung den Vorschlag des Deutschen Bühnenvereins abgelehnt. Beim teilweise gekündigten Orchestertarifvertrag streitet man sich seit 3 Jahren, inweil Orchestermusiker unmittelbar an den Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst beteiligt werden.

Mehr Geld für Welterbestätten

Für die 33 deutschen Sehenswürdigkeiten des UNESCO-Weltkulturerbes stellt die Bundes-

regierung 150 Mio. Euro für 5 Jahre zur Verfügung; dabei geht ein erheblicher Teil in die ostdeutschen Länder (General-Anzeiger vom 15. Dezember 2008).

Kulturelle Bildung

Kulturelle Initiativen

Die WamS vom 30. Dezember 2007 widmet einen größeren Beitrag kulturellen Initiativen, um Kinder wieder mit Theatern, Musik, Tanz und bildender Kunst vertraut zu machen.

Eigene Kulturpolitik für Kinder

Die Kinderkommission im Bundestag hat im April 2008 eine eigene Kulturpolitik für Kinder gefordert. Es müssten bundesweite Standards für die kulturelle Bildung erarbeitet und diese auch zum verbindlichen Inhalt in der Ausbildung von Grundschullehrern und Erziehern gemacht werden. Außerdem solle Kindern freier Eintritt in alle kulturellen staatlichen Einrichtungen gewährt werden.

Förderfonds

Der Berliner Senat will die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen stärker fördern. Dazu wird ein Fonds eingerichtet, der bestehende Projekte noch besser vernetzen und neue Initiativen unterstützen soll. Das ressortübergreifende Projekt soll vor allem „bildungsfernere Schichten und Migranten“ ansprechen. Dafür stehen 2008 1,5 Millionen Euro, 2009 zwei Mio. Euro bereit.

Museum

Besucher gesteigert

Die Museen in Deutschland haben im Jahre 2006 mit über 102,6 Mio. Besuchern ihre Zahlen leicht um 1,2% gesteigert. Im Jahr zuvor waren es 101,4 Mio. Besucher. Zusammen mit den Einzelobjekten in den anderen Ausstellungshäusern wurden nun 109,7 Mio. Gäste gezählt, etwa soviel wie 2004. Insgesamt gibt es in Deutschland mehr als 6 150 Museen mit jährlich über 100 Mio. Besuchern und 488 Ausstellungshäuser mit meist etwa 7 Mio. Besuchern. Damit ist seit 1990 eine leicht steigende Tendenz bei den Museumsbesuchen zu beobachten. Siehe Bonner General Anzeiger vom 22. Dezember 2007. Das Haus der Geschichte hat 2007 rund 850 000 Besucher angezogen vor allem mit den Rennern „Das Boot, Geschichte Mythos, Film“ und „Skandale in Deutschland nach 1945“. Die Dauerausstellung zählte im Durchschnitt rund 1 700 Besucher täglich; s. auch DIE WELT vom 22. Dezember 2007.

Deutsches Museum vor Sanierung

Nach einem Bericht der FAZ vom 13. September 2008 verkündeten Bundesforschungsministerin Annette Schavan und Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU), dass das Deutsche Museum von 2009 an saniert werden solle, das mit rund 1,4 Millionen Besuchern sicher im Jahr das meistbesuchte Museum Deutschlands, möglicherweise sogar Europas. Die Museumsleitung beziffert die



Sanierungs- und Neubaukosten auf vierhundert Millionen Euro, ein Kreis von privaten Gebern soll einen Grundstock von vierzig Millionen zur Verfügung stellen. Frau Schavan hat einen „relevanten Beitrag“ des Bundes zugesagt. Woher die Millionen tatsächlich kommen sollen, blieb derweil noch unklar. Das Museum hofft, dass die Zusage verbindlich ist – und dass sich die beiden Träger die Kosten teilen. Im laufenden Betrieb zahlt Bayern fünfundsiebzig, der Bund fünfzehn Prozent der Ausgaben. 2019 soll die Sanierung abgeschlossen sein; dazu s. auch den Kommentar in der WELT vom 13. September 2008: „Späte Rettung“.

Musik

„Spitzenplätze“

Nach einem Bericht der FAZ vom 21. November 2008 wurden bei einem Orchesterranking des britischen Musikmagazins „Gramophone“ vier deutsche Ensembles unter die zwanzig weltbesten gewählt; so belegten die Berliner Philharmoniker den 2. Platz.

Nationalkultur*

Tagung

In einem großen Bericht über die Tagung Wiedervorlage Nationalkultur, eröffnet von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am 24. April 2008, gibt die SZ vom 28. April vor: „Der Außenminister hat gewiss eine quälende Fülle von Terminen zu bewältigen. Trotzdem hatte er den

Eindruck, zur Nation müsse er sich hören lassen: Und so sprach er lang und mäandernd, über die Gefahr der Beschränktheit, nicht über die Notwendigkeit der Bescheidenheit, seine Ablehnung dogmatischer Feststellungen und die Unvermeidlichkeit des Wandels. Vor allem soll sich ‚die Rede von Nationalkultur nicht isoliert und in eine eben Abgehobenheit‘ bewegen. Und damit hatte er den Ton angeschlagen, das bei diesem Thema wie von selbst einzustellen scheint, den Ton der Sorge. Vor lauter Bescheidenheit und Unsicht bei allen Beschwörungen der Zugänge und Offenheit bleibt zuletzt völlig unbestimmt, was es eigentlich ist, das solche Sorgen verlangt: ... Die Ankündigung sich dem zu nähern ‚was das Deutsche unserer Kultur ausmache‘, blieb aber gänzlich uneingelöst und wo es mal anschaulicher wurde, ging es schief, ein Außenminister muss sich nicht mit Riemenschneider oder Wittgenstein oder der romantischen Ironie befassen; Aber wenn er darüber spricht, dann sollten er und seine Redenschreiber wissen, worum es sich handelt. Wissen sie es wiederholt nicht, dann entsteht der Eindruck, hier gehe es nicht mehr um eine Sache (‚unsere Kultur‘) sondern allein um den reibungslosen Geschäftsverkehr mit derselben.“ Siehe dazu auch den Beitrag der türkischstämmigen Journalistin Myli Kiyak: „Nationalkultur“ ist ein schönes Wort, in der WELT vom 26. April 2008.

Nationalkultur

Dazu auch die Zeit vom 30. April 2008: „Die zugehörige Berliner

Konferenz endete so wie sie enden musste: heiter und schwer im Nebel. Es gibt Nationalkultur nicht, aber das Gegenteil zu behaupten wäre auch falsch. Auf jeden Fall ist sie eine Sehnsuchtsfigur, die neuen Bürger beteiligen sich als Schmuckkästlein, die das menschliche Sein zu Hause. Andere sehen ihr ganz unverächtlich ein Asyl von kritischer Weltdeutung und Selbstbesinnung. Auf jeden Fall ist die Nationalkultur immer das was gerade fehlt.“

Unter der Überschrift: „Seid opulent! Ein Symposium des Goethe-Instituts sucht die deutsche Nationalkultur“ berichtet DIE WELT vom 26. April 2008: Ein Symposium des Goethe-Instituts sucht die deutsche Nationalkultur. Auf der Berliner Museumsinsel konnte man am Donnerstag die seltene Erfahrung machen, dass eine Rede eine neue Wirklichkeit schafft, indem sie beim Publikum Blockaden löst, Empathie fördert, Staunen hervorruft, Vorurteile ins Wanken bringt und von Warnschildern umstellte Bezirke der Sprache und des Denkens öffnet. Solches geschah in der Basilika des Bode-Museums bei der Eröffnung des Symposiums „Wiedervorlage: Nationalkultur“. Die 32 Jahre alte türkisch-deutsche Journalistin Mely Kiyak sprach zum Thema „Deutsche Nationalkultur mit Migrationshintergrund?“ und verwandelte dabei das Fragezeichen souverän in ein Ausrufezeichen ... Mely Kiyak fand im rhetorischen Umgang mit den Deutschen und dem Nationalen einen Ton, der in seiner Leichtigkeit



und Unverkramptheit in den einschlägigen Debatten bisher nicht vorkam. Dort hört man zu oft ein Tremolo, das entsteht, wenn trotzig von Nation, Nationalkultur, Nationalstolz die Rede ist und dem Redner vor Bewunderung des eigenen „Muts“ die Stimme zu zittern beginnt. Und noch öfter vernimmt man das routinierte Klappern der politisch korrekten Floskeln, dass zum Beispiel Nationalkultur nichts Abgeschlossenes und Statisches sei und man im Übrigen im Zeitalter der Globalisierung nicht der Illusion verfallen dürfe, man könne auf einer nationalen Insel selig werden. Mely Kiyak sagt: „Als Deutsch-Orientalin möchte ich daher manchmal all den Bedenkenträgern zurufen: Seid opulent! Emanzipiert euch, und holt euch eure Worte zurück! Habt keine Angst vor Verallgemeinerungen, wenn ihr von der Nation redet!“

Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der nach ihr sprach, hätte diesen Rat beherzigen sollen. Stattdessen führte er den deutschen Eiertanz um die Nationalkultur – er sprach sogar von „sogenannter Nationalkultur“ – exemplarisch vor. Kein relativierendes, Vorbehalte setzendes Argument ließ er aus. Falsch sind sie ja nicht. Aber wenn eine junge Einwanderin, die ihre Lektionen über die deutsche Geschichte gelernt hat, von ihrer Sehnsucht spricht, Teil der deutschen Kultur zu werden, dann darf der deutsche Außenminister nicht kühl zu verstehen geben, dass es das eigentlich gar nicht gibt. Wahrscheinlich hat Steinmeier es so nicht gemeint. Er wollte eine argumentativ nach

allen Seiten abgesicherte Rede darüber halten, wie wichtig die Kultur für die Außenpolitik und wie sehr ihm deshalb an engen Beziehungen zur Kultur gelegen sei. Hohle Worte sind das für ihn nicht. Er hat in seiner Amtszeit die Auswärtige Kulturpolitik deutlich aufgewertet und das mit seinem Auftritt bei der Eröffnung des Symposions unterstrichen. Der neue Goethe-Präsident Klaus-Dieter Lehmann setzt mit dem Symposion einen ersten deutlichen Akzent. Die Staatlichen Museen zu Berlin, seine frühere Wirkungsstätte als Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, fungieren als Gastgeber, womit deutlich gemacht wird, dass künftig zwischen den Akteuren der Auswärtigen Kulturpolitik und den Hütern des kulturellen Erbes ein enger Schulterschluss herrschen soll.

Parteien

Kultursalon

Am 23. April 2008 fand im Berliner Reichstag zum ersten Mal der „Kultursalon“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt, dazu der Bericht in der FAZ vom 26. April 2008 und in der SZ vom 25. April 2008 („Ihr seid in der Zirkusgruppe“); s. oben S. 25ff.

Unter der Überschrift: „Merks Salon. Die Unionsfraktion lud in Berlin Künstler-Prominenz zum ersten „Kultursalon“ ein - Auch erklärte SPD-Anhänger durften kommen“ berichtet DIE WELT vom 25. April 2008: „Du wählst CDU“, sang Rocko Schamoni, „und darum mach ich Schluss.“ Das war da-

mals, in den Achtzigerjahren, als die Feindschaft zwischen Christdemokraten und „Kulturschaffenden“ noch zum guten Ton gehörte. Die eine Seite erzählte sich Kohl-Witze, die andere harderte mit dem Untergang des christlichen Abendlands. 1986 hatte Franz Josef Strauß in einer legendären Rede noch seinen Neid auf die Nationalkultur der anderen Deutschen formuliert: „Die hellen und festlichen Farbtöne, mit denen die DDR ihr Land malt, werden auf Dauer erfolgreicher sein als die düstere Götterdämmerungspalette der Bundesrepublik Deutschland.“ Selbstkritik bis zum Selbsthass hier, der Traum von der „formierten Gesellschaft“ (Ludwig Erhard) dort – inzwischen haben wohl beide Seiten ausgeträumt. Ein bunter Abend unter der Reichstagskuppel vor den Fraktionsräumen der Union sollte den Wandel durch Annäherung manifest machen. Interessanterweise waren zum „Ersten Kultursalon“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwochabend sehr viele Prominente geladen, die praktisch „SPD“ auf der Stirn stehen haben: Mario Adorf segelte finster zwischen den weißen und orange-farbenen Plastiksesseln dahin, Senta Berger lachte ihr Jungmädchenlächeln in die Runde. Mein Gott, sogar Klaus Staack kam zum Händeschütteln – da war das Déjà-vu perfekt. Im Frühjahr des Unbehagens an der großen Koalition verschafft sich die Union den letzten Rest von Glamour, der die SPD noch umweht: das Bündnis mit der Kunst.

Es war aber Bundestagspräsi-



dent Norbert Lammert, ebenfalls am Mittwochabend anwesend, der schon vor Jahren in ganz neuem Selbstbewusstsein signalisiert hatte, ein Bündnis strebe man eigentlich nicht an. „Der Zweck der Kulturpolitik“, hieß es in einem Papier Lammerts, „auch der auswärtigen Kulturpolitik, ist Kultur, nicht Politik.“ Schwitzkasten ist also nicht vorgesehen.

Hatte speziell die CSU, eifersüchtig auf die Kulturhoheit der Länder pochend, früher das Amt eines Kulturstaatsministers mit dem üblichen berlinfeindlichen Affekt als „Blattgold an der Pickelhaube“ verspottet, begrüßte die Kanzlerin nun den Amtsinhaber Bernd Neumann mit einem kleinen Seitenhieb gegen die Regionalfürsten: „Deutschland soll auch im Ausland als ein Land wahrgenommen werden!“ Vielleicht könne man die Liebe zum Land an der Liebe zu seinen Künstlern ablesen. Zu viele Komplimente solle man Bernd Neumann zwar nicht machen, „sonst nimmt er womöglich noch ab!“. Aber es sei nun einmal nicht von der Hand zu weisen, dass unter seiner Ägide der Kulturetats um 400 Millionen Euro so gesteigert worden sei wie nie zuvor („Bravo!“ ruft es eilig aus der Künstlerlounge). Ein bisschen hüstelnd-krampfing ging es selbstredend noch zu. „David und Götz“, die „Showpianisten“ an den zwei Flügeln lassen es sich nicht nehmen, der Kanzlerin ein „Schatzi, ist dein kleines Herz für mich noch frei?“ zuzuhauchen, was diese nur mit starrem Blick auf ihr Redemanuskript und vermutlich beruhigenden Atemtechniken

übersteht. Eine türkische Geschwistercombo gehört auch zum Kulturprogramm der Union, sowie eine Arie aus dem „Freischütz“. „Not bad!“ versetzt die Kanzlerin höflich, und macht den Anwesenden Mut: „Im Laufe des Abends wird sich die Unsicherheit noch mehr verflüchtigen.“

Und so kam es. Bei den Gesprächen am Rande wird mehrfach registriert, dass Til Schweiger sehr viel dünner und überhaupt weniger imposant sei als allgemein angenommen. „Aber die Frauen stehen drauf.“ Auch Christiane Paul sei früher runder und letztlich auch hübscher gewesen. Dass Staatsminister Neumann die Schauspielerin Nadja Uhl zunächst als „Sabine“ ansprach, konnte rasch korrigiert werden („Hab ich Hannelore gesagt?“). Fraktionschef Volker Kauder, der den Abend über nach bestem Wissen und Gewissen gelobt, gelächelt und Blumen verteilt hatte, wurde gegen 22 Uhr gesehen, wie er kerzengeraden, aber eiligen Schrittes zum Fahrstuhl schoss und verschwand. Der Kultursalon soll fortgesetzt werden.

CDU MediaNight 2008

Panel 4: Veranstaltungswirtschaft

Die Veranstaltungswirtschaft stand im Mittelpunkt des Panel 4, unter Moderation von Steffen Kampeter, Vorsitzender des Dialogforums Musikwirtschaft der CDU Deutschlands. Nicht ohne Grund. Denn während der deutsche Tonträgermarkt in den letzten Jahren rund 40 Prozent seines Umsatzes eingebüßt hat,

boomt dieser Wirtschaftszweig. Live-Konzerte sind gefragt wie nie zuvor, ziehen immer mehr Menschen an. Von dieser Entwicklung profitieren Konzertveranstalter wie Henning Tögel, Chef der Stuttgarter Veranstaltungsagentur „Moderne Welt“. Als Grund für die steigende Nachfrage nannte er unter anderem die stärkere Kundenorientierung der Veranstalter sowie eine größere Altersspanne bei Konzertbesuchern. Zudem merkten die Künstler, dass sie mit Konzerten die wegbrechenden Einnahmen aufgrund rückläufiger Plattenverkäufe wieder wettmachen könnten. Auch für Bernd Dopp, Chef von Warner Music Central & Eastern Europe, sind Konzerte ein Markt mit Zukunft. Der Trend in den Tonträgerunternehmen gehe eindeutig weg von den klassischen Geschäftsfeldern wie CD-Produktion und Vermarktung. Stattdessen wolle auch Warner in Zukunft die gesamte Palette der Vermarktungsmöglichkeiten von Konzerten bis hin zu Merchandising anbieten. Ein wichtiger Eckpfeiler in diesem Konzept seien auch internetbasierte Shops, die für Kunden maßgeschneiderte und exklusive Angebote zu einem Künstler anbieten. Dopp unterstrich in diesem Zusammenhang noch einmal den immensen Schaden, den die Musikindustrie durch illegale Downloads, aber auch die illegale Verbreitung von urhebergeschützten Werken auf Internetseiten wie Youtube oder Myspace verursachten.

Auch Jazz-Trompeter Till Brönner zeigte sich besorgt über



die Urheberrechtsverletzungen im Internet. „Vielen Nutzern ist offenbar gar nicht bewusst, wie viel Arbeit und Liebe in den Werken der Künstler steckt“, sagte er. Es dürfe aber nicht der Eindruck entstehen, die ganze Kreativität und geleistete Arbeit in den Stücken sei gar nichts mehr wert. Brönner bedauerte, dass es trotz der vielen Plattformen für Musiker und Bands an musikalischer Vielfalt mangle. Es gebe 20 Bands in Deutschland, die Songs in der Qualität der Beatles schrieben, aber kaum Chancen auf Karrieren hätten, weil der Markt fehle.

Jubiläumsfeier

Unter der Überschrift: „Die drei von der Kulturtankstelle“ widmet Andreas Kilp in der FAZ vom 1. Oktober 2008 folgenden Beitrag der Jubiläumsfeier der SPD am 29. September zur Einführung des Kulturstaatsministers vor 10 Jahren.

„Wir haben Kultur und Medien ins Kanzleramt und in den Deutschen Bundestag geholt. Wir haben die Kulturlandschaft Ostdeutschlands erhalten und gefördert. Wir haben Berlins weltweiten Ruf als Kulturmetropole gestärkt. Wir haben Erinnerungspolitik zu neuer Bedeutung verholfen. Wir haben die Lebensbedingungen für Kultur- und Medienschaffende verbessert.“ So steht es in einer Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion zu ‚Zehn Jahren Kultur- und Medienpolitik des Bundes‘, die in der vergangenen Woche vorgestellt wurde. Und das alles ist wahr. Die SPD hat, gemeinsam mit den Grünen, im Herbst 1998 das Amt des Kulturstaatsmi-

nisters geschaffen und Kulturpolitik zur Bundesangelegenheit gemacht, gegen den Widerstand vieler Bundesländer und großer Teile der CDU. Wahr ist aber auch, dass der Posten des Kulturstaatsministers seit drei Jahren von einem Christdemokraten bekleidet wird, und zwar mit erheblichem und unbestreitbarem Erfolg. Bernd Neumann hat die Arbeit seiner Vorgänger in vielem fortgesetzt, etwa beim Gedenkstättenkonzept, beim Urheberrecht oder beim Filmförderungsgesetz, aber er hat auch diverse eigene Projekte in Gang gebracht: „Sichtbares Zeichen“, Staatsopernsanierung, Deutscher Filmförderfonds, Forschungsstelle Restitution. Die Bundeskulturpolitik der CDU steht glänzend da. Und damit hat die SPD ein Problem erinnerungspolitischer Art: Der Glorienschein, den die Erfindung des Staatsministeramts auf die Sozialdemokraten geworfen hat, löst sich auf. Das Gedächtnis der Demokratie ist kurz. Im alten Athen wurde der Sieger von Salamis ein paar Jahre später zum Tode verurteilt. Berlin verurteilt nur zum Vergessen, aber das ist hart genug.

Zu hart für die SPD. Deshalb lud sie ... zu einer kulturpolitischen Jubiläumsgala ins Jüdische Museum, Motto „Hauptsache Kultur“. Wie in Berlin üblich, wird zuerst diskutiert und dann gefeiert. In zwei „Foren“ geht es um Bildungs- und Medienfragen, vor allem aber um das Amt, das sie bundespolitisch beantworten soll. Der Kulturminister von Sachsen-Anhalt erinnert daran, dass der Kulturzentralismus Neuberliner Prägung

keine preußische Knute, sondern dringend notwendige Überlebenshilfe für die föderalen Verwalter des deutschen Welterbes ist. Und der Präsident der Deutschen Filmakademie stellt fest, dass es ohne die Kulturpolitiker aus dem Kanzleramt weder eine Filmakademie noch sonst irgendeine zeitgemäße Gesetzesregelung im Medienbereich gegeben hätte. Der Wind der Kultur, scheint es, weht in Deutschland aus den Bundesländern, aber die Wetterfahnen drehen sich alle nach Berlin.

Dann beginnt der repräsentative Teil des Fests. Mario Adorf, der im April beim „Kultursalon“ der CDU mit der Kanzlerin und Bernd Neumann posiert hat, lässt sich mit Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier fotografieren. Till Brönner und das Bundesjugendjazzorchester spielen Jazz für Fortgeschrittene. Gerhard Schröder hält eine Begrüßungsrede, in der er über vieles spricht, nur nicht über Kulturpolitik. Hubertus Heil begrüßt Christina Weiss, Michael Naumann und Julian Nida-Rümelin, die ehemaligen Kulturstaatsminister der SPD, als „die drei von der Tankstelle“ (weil sie dafür gesorgt hätten, „dass dieses Land kulturell wieder aufatmen konnte“). Günter Grass, der mit Gesine Schwan, Ingo Schulze und Wilfried Schoeller die literarische Sättigungsbeilage des Abends bestreitet, warnt vor einem Spannungsabfall im europäischen Kulturaustausch und preist den altdeutschen Provinzialismus, der dem Land „einen Wasserkopf wie Paris“ erspart habe. Der Kanzlerkandidat und Bundesaußenminister Stein-



meier schließlich, der als Letzter ans Mikrofon tritt, gibt freimütig zu, dass er die Kultur für ein kostbares, edles und privilegiertes Mittel, aber eben doch für ein Mittel zum Zweck der deutschen Außen- und Integrationspolitik hält – nur sagt er es in viel freundlicheren Worten. Wie ein Fußballtrainer, der sein Team von Mann- auf Raumdeckung umstellt, beschwört Steinmeier das nahende Ende des amerikanischen Jahrhunderts, die neuen, östlichen Horizonte der Globalisierung und „die vielen jungen Fatih Akins und Trojanows“, die das Land brauche, um multikulturell auf dem Quivive zu bleiben. Die eigentlichen Hauptfiguren des Abends, die drei „Beauftragten für Kultur und Medien“ der Regierung Schröder zwischen 1998 und 2005, kommen zwischen all den Musik- und Selbstdarstellernummern nur kurz zu Wort. Sie reden über Dinge wie den Hauptstadtkulturfonds (Michael Naumann), die Kulturstiftung des Bundes (Julian Nida-Rümelin) und die Spendensammlung nach dem Brand der Anna-Amalia-Bibliothek (Christina Weiss). Kulturpolitik, wir erinnern uns, ist ein mühsames Geschäft. Bei einem bunten Abend mit Jazz- und Moraltrumpetern wirkt sie wie eine Anstandsdame auf der Kirmeis. Dafür kann man ihre Erfolge aber auch anfassen, betrachten und manchmal sogar verzehren. Die eigentliche Frage für die SPD ist nicht, ob ihre Kulturkompetenz in die Geschichtsbücher, sondern ob ihr Kandidat bei der nächsten Wahl ins Kanzleramt gelangt. Dann fällt ihm die Bundeskulturpolitik als Zuge-

winn in den Schoß. Aber nur dann.

Raub- und Beutekunst*

Verbesserte Modalitäten für die Rückgabe von NS-Raubkunst

Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat im Mai 2008 die überarbeitete Auflage der Empfehlungssammlung für die Recherche nach Raubkunstwerken veröffentlicht. „Mit der neuen Handreichung bekräftigt die Bundesrepublik ihre Verpflichtung, NS-Raubkunst aufzuspüren und faire und gerechte Lösungen zur Rückgabe an die ehemaligen Besitzer oder deren Erben zu finden“, betonte der Staatsminister.

Die Neuauflage der „Handreichung zur Umsetzung der Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ wurde im November 2007 von einer Arbeitsgruppe im Bundeskanzleramt verabschiedet und dann von den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gebilligt. Die Arbeitsgruppe zu Restitutionsfragen war im Januar 2007 von Staatsminister Bernd Neumann in Folge der Diskussionen um die Rückgabe des Kirchner-Gemäldes „Berliner Straßenszene“ eingesetzt worden. Ihr gehörten Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen sowie von Museen und Kulturstiftungen an.

Zuvor hatte der „Arbeitskreis

Provenienzforschung“ das Vorhaben von Kulturstaatsminister Bernd Neumann zur Einrichtung einer „Zentralstelle Provenienzforschung“ begrüßt. Derzeit gibt es einen Kreis von fast 40 Wissenschaftlern, die an Museen, in Auktionshäusern oder freiberuflich seriöse Provenienzforschung betreiben. Er forderte aber zugleich, dass auch an den Museen eine kontinuierliche langfristige und systematische Provenienzforschung durch die Schaffung von entsprechenden Stellen zu gewährleisten sei. Die Zentralstelle könne die museumsinterne Forschung nicht ersetzen, wohl aber unterstützen. Erst durch diese Verzahnung sei die Provenienzforschung überhaupt möglich. (SZ vom 23. November 2007). Zusammen mit der neu geschaffenen „Arbeitsstelle Provenienzforschung“ am Berliner Institut für Museumsforschung, für die jährlich 1,2 Millionen Euro zur Verfügung stehen, werde die Handreichung den Einrichtungen helfen, „einen sensiblen Weg im Umgang mit NS-Raubkunst zu finden“. Die Bundesregierung unterstützt mit der Handreichung für die Museen die Ziele der Washingtoner Konferenz aus dem Jahr 1998. Dort war man übereingekommen, dass Kulturgüter, die in der NS-Zeit entzogen wurden, nach individueller Prüfung den legitimierten früheren Eigentümern beziehungsweise deren Erben zurückgegeben werden. Hingegen lehnte es die große Koalition ab, zehn Jahre nach der Washingtoner Erklärung eine Nachfolgekonferenz auf Regierungsebene auszurichten. Statt



um Grundsatzfragen – wie 1998 in Washington – gehe es diesmal um konkrete Praxisfragen. Diese könnten auf Fachebene viel besser geklärt werden als bei einer Regierungskonferenz, sagte die CDU-Politikerin Monika Grütters am 21. Februar 2008 im Bundestag und wandte sich damit gegen entsprechende Forderungen der FDP. (S. oben S. 30).

Die WELT vom 4. Oktober 2008 macht darauf aufmerksam, dass die eine Million Bundesmittel für museale Provenienzforschung jährlich zu wenig seien. „Trotzdem wird man wieder jubeln müssen. Denn ein wenig Forschung ist besser als gar keine.“ Die FAZ vom 27. Oktober 2008 bemerkt: „Die Hoffnung des Bundes sei offenbar, dass sich auch die Länder stärker beteiligen. Immerhin hat Sachsen für die nächsten 10 Jahre 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Und es hat lange gedauert, bis das Versprechen, die Provenienzforschung zu intensivieren, eingelöst wurde – denn dafür braucht man nicht nur Sachverstand, sondern auch viel Geld. Das hat die Staatskasse nun zur Verfügung gestellt und die Arbeitsstelle für Provenienzforschung, erst im Sommer in Berlin eingerichtet, konnte bei ihrer ersten Beiratssitzung sechs Anträge sofort bewilligen, drei weitere müssen nachgebessert werden. Sechshunderttausend Euro vom Bund und von der Kulturstiftung der Länder stehen dafür bereit. Das ist die gute Nachricht. Die weniger gute lautet: Es hätten mehr Museen und Bibliotheken dabei sein müssen, denn viel mehr als diese neun haben weiße Flecken im Be-

stand. Die Schatzhäuser hierzu-lande sind fast alle unterfinanziert, viele in prekärem Zustand, es fehlt am Geld für Ankäufe genauso wie an Stellen für Kuratoren, Restauratoren, ja, gar für Museumswärter reicht es mancherorts nicht mehr. Die Zurückhaltung, Sondermittel für die Provenienzforschung zu beantragen, ist auch darum irritierend. Der Entlastungsreflex, föderale Kofinanziers, Länder und Kommunen, würden wieder einmal bremsen, kann nicht überzeugen. Es liegt wohl eher daran, dass in nur wenigen Schubladen von Museumsdirektoren und Chefbibliothekaren ein überzeugendes Konzept lag, das sie hätten hervorzaubern können für den Fall, das versprochene Geld stünde endlich bereit.“ Zu den aktuellen Problemen s. auch den Beitrag in der ZEIT vom 20. November 2008: „Zwielichtige Herkunft“.

Zu einer entsprechenden internationalen Tagung mit Kulturstatsminister Neumann, der sich erneut zum „moralischen Verantwortungsbewusstsein“ bekannte, und Kulturbesitz-Präsident Hermann Parzinger am 11./12. Dezember 2008 in Berlin s. den großen Bericht in der FAZ vom 15. Dezember 2008 („Der moralische Disput erübrigt sich“).

Kulturgüterverzeichnis beschlossen

Ein vom Bundeskabinett beschlossenes Kulturgüterverzeichnis will den Kunstschmuggel erschweren oder unmöglich machen. Mit dem Verzeichnis können die Zollbehörden Kulturgüter beschlagnahmen, wenn be-

gründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Einfuhr bestehen. „Durch das Kulturgüterverzeichnis erreichen wir zusammen mit der in diesem Jahr in Deutschland wirksam gewordenen UNESCO-Konvention von 1970 einen deutlichen Fortschritt im internationalen Kulturgüterschutz“, sagte Kulturstatsminister Bernd Neumann.

Verjährungsfrist

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Andreas Schmidt (CDU), fordert im Fall von NS-Raubkunst eine Änderung der im Schuldrecht verankerten Verjährungsfrist von 30 Jahren. „Das kann ein Rechtsstaat eigentlich so nicht akzeptieren. Wir müssen wirklich überlegen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen können wir in die Wege leiten, um hier zu einer Änderung zu kommen“, sagte Schmidt am 8. Mai 2008 im ARD-Politmagazin „Kontraste“.

Sprache

Deutsche Sprache

Über die deutsche Sprache hat sich auch die vormalige Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach in einem großen Beitrag für die FAZ vom 24. April 2008 geäußert. Sie kommt zunächst zu dem resignierenden Entschluss: „Gäbe es nicht die Lichtblicke einer brüsseldeutsch sprechenden Kanzlerin, und dem Protest des Deutschen Bundestages für die fehlende Übersetzung brüsseler Text in deutsche Sprache, man könnte schier verzweifeln über die deutsche Sprachflucht in der Union.



Wir können nur hoffen, dass der Deutsche Bundestag und das Auswärtige Amt nicht zu spät erwacht sind, um die Versäumnisse künftig wett zu machen. Eine kluge Personal- und Sprachpolitik sind gefordert.“ Immerhin hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert Brüssel gemahnt, wichtige Gesetzesdokumente auch in Deutschland nach Berlin zu leiten, ansonsten werde er deren Beratung ablehnen. Auch 18 europäische Regionen fordern mehr Deutsch auf EU-Ebene, fordern auf Initiative von Hessen eine stärkere Berücksichtigung der deutschen Sprache in der Europäischen Union (EU). Obwohl Deutsch die meistverbreitete Muttersprache in der EU sei, werde sie gegenüber Englisch oder Französisch benachteiligt, sagte der hessische Europaminister Volker Hoff (CDU) am 3. April in Wiesbaden. So würden Dokumente oder Internetseiten oft gar nicht mehr ins Deutsche übersetzt. „Wir müssen, was die deutsche Sprache betrifft, auch etwas selbstbewusster auftreten“, sagte Hoff. Dabei gehe es nicht um „Deuschtümelei“. Auch der Vorsitzende der Gesellschaft für Deutsche Sprache, Rudolf Hoberg, hält eine stärkere Sensibilität in Sachen Deutsch für dringend notwendig. „Wir müssen die Deutschen dazu bringen, sprachbewusst zu werden, ohne nationalistisch zu sein“, sagte er. Das müsse schon in der Schule beginnen. „Fast 100 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Europa sind Deutsch-Muttersprachler“, heißt es in der vierseitigen Erklärung. Deutsch sei in der EU die wichtigste Fremd-

sprache nach Englisch. Alle Dokumente, Webseiten und sonstige Veröffentlichungen müssten daher auch auf Deutsch vorgelegt werden. Zudem müssten die EU-Einrichtungen sicherstellen, dass die Bürger ihre Anliegen auf Deutsch vorbringen können. Die Erklärung unterzeichnet haben bisher sechs deutsche und einige österreichische Bundesländer sowie Regionen in Italien, Rumänien und Belgien. Auch knapp 50 EU-Parlamentarier zählen zu den Unterstützern. Die Erklärung sollte am 10. April in Brüssel dem rumänischen EU-Kommissar Leonard Orban überreicht werden.

Dass Paris das ganze mit der Sprache anders sieht berichtet der General-Anzeiger vom 31. Mai 2008, nach dem Paris seine Diplomaten angewiesen hat, ab 1. Juli französisch zu sprechen, gleichgültig ob es eine Übersetzung gebe oder nicht. Nach einem Bericht der FAZ vom 12. Dezember 2007 gilt es in Frankreich als chic deutsch zu lernen. Ursache ist die Band Tokio Hotel. Ein Deutschkurs mit dem Titel „Ich liebe Tokio Hotel“ hat bereits eine Auflage von 500.000 Exemplaren erhalten.

Zum Tag der Muttersprache am 21. Februar 2008 haben Unionspolitiker beklagt, dass Deutsch auf den hiesigen Flughäfen und Bahnhöfen zur „Randsprache“ geworden ist. „Sicherlich ist es sinnvoll, Flug- und Fahrthinweise auch in englischer Sprache anzubringen“, teilten die Gründer der „Initiative Sprachlicher Verbraucherschutz“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit. „Es kann aber nicht sein, dass vieles aus-

schließlich in Englisch beschriftet und beworben wird!“ Durch die Verwendung von Fremdwörtern, insbesondere von Anglizismen, würden zunehmend ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt. Fremdsprachliche Ausdrücke und Begriffe im Schulunterricht, in der Arbeitswelt, in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit nehmen laut Union stetig zu. Zum „Internationalen Tag der Muttersprache“ will der Verein Deutsche Sprache ein Gütesiegel einführen. Das „Sprachsiegel“ in Form eines Dreiecks enthält die Worte „klar, logisch, treffend“. Nach einer Prüfung sollen damit Produkte oder Dienstleistungen ausgezeichnet werden, die durch gut verständliche Sprache auffallen. Der „Internationale Tag der Muttersprache“ ist ein von der UN-Bildungsorganisation UNESCO seit dem Jahr 2000 jährlich ausgerufenen Gedenktag (s. oben S. 36).

Neuer Vorstoß für Deutsch in EU

SPD, Union und Grüne im Bundestag haben im Juni 2008 einen neuen Vorstoß für mehr Übersetzungen wichtiger politischer Dokumente der Europäischen Union in die deutsche Sprache unternommen. Da alle bisherigen Bemühungen in dieser Frage in Brüssel ohne ausreichende Resonanz geblieben seien, müsse jetzt Bundeskanzlerin Angela Merkel aktiv werden, sagte der SPD-Europapolitiker Michael Roth am 5. Juni in Berlin. Nach seinen Angaben liegen bereits einige EU-Themen in Ausschüssen des Bundestages auf Eis, weil die Texte dazu nicht in deut-



scher Übersetzung vorliegen. Roth nannte 47 wichtige Dokumente, die nur zum Teil oder gar nicht übersetzt seien. Das schränke die Transparenz und Verständlichkeit europäischer Politik erheblich ein. In einem von den Koalitions-Fraktionen und den Grünen eingebrachten Antrag wird von der EU eine grundlegende Überarbeitung der Übersetzungsstrategie verlangt. Die Ausgaben dafür müssten im EU-Haushalt extra ausgewiesen und notfalls auch erhöht werden. Derzeit gibt die Kommission etwa ein Prozent ihrer Mittel für Übersetzungen aus. 2006 waren das 800 Millionen Euro. 72 Prozent der Ursprungstexte in den EU-Verwaltungen sind auf Englisch, 14 Prozent auf Französisch und nur 2,8 Prozent auf Deutsch. Offiziell ist Deutsch neben Englisch und Französisch die dritte Arbeitssprache der EU. Auch der Bundesrat hat den Umgang der EU-Kommission mit der deutschen Sprache förmlich missbilligt. Sollte sich Brüssel weiter „beharrlich weigern“, die Strategie für die Übersetzungen der offiziellen europäischen Dokumente zu ändern, verlangten die Länder am 7. November Konsequenzen. Konkret wird in dem von Baden-Württemberg eingebrachten Antrag verlangt, die Berichte der EU über die Beitrittsverhandlungen etwa mit der Türkei auch auf Deutsch vorzulegen. Sollte dies nicht geschehen, müsse die Bundesregierung eine inhaltliche Beratung dieser Dokumente ablehnen.

Deutsche fürchten Sprachverfall

Nach Ansicht von zwei Dritteln

der Bundesbürger (65 Prozent) droht die deutsche Sprache „mehr und mehr zu verkommen“. Als Ursachen dafür werden in einer am 13. Juni 2008 in Berlin veröffentlichten Umfrage unter anderem genannt, dass weniger gelesen und mehr ferngesehen wird, der Einfluss anderer Sprachen auf die deutsche Sprache stark zunimmt und weniger Wert gelegt wird auf eine gute Ausdrucksweise. Das betreffe vor allem das Elternhaus, die Schule, die Medien und insbesondere auch die Kommunikation per SMS oder E-Mail. Hinzu kämen immer mehr unverständliche Abkürzungen. 42 Prozent der Befragten urteilen, dass sich viele Menschen heute schlechter ausdrücken können als noch vor 20 oder 30 Jahren. Allerdings gibt es dabei deutliche Altersunterschiede, jüngere Menschen sehen auch positive Entwicklungen. In einer Umfrage für den Deutschen Sprachrat und die Gesellschaft für deutsche Sprache wird von jedem Dritten angemerkt, dass der Wortschatz heute größer ist als früher und dass vor allem durch die Arbeit am Computer sogar mehr gelesen und geschrieben wird als früher. 18 Prozent, darunter vor allem viele Jüngere, haben sogar den Eindruck, dass die deutsche Sprache vielseitiger und lebendiger geworden ist. Das Institut für Demoskopie Allensbach befragte im April 2008 ausgewählte Bürger. Viele der Befragten beklagten, dass immer weniger Wert gelegt werde auf eine gute Ausdrucksweise. So räumten insgesamt 63 Prozent ein, das anstößige Wort „Scheiße“ selbst zu verwenden –

bei Männern sind es sogar 72 Prozent, bei Frauen nur 56 Prozent.

An die zunehmende Verwendung englischer Ausdrücke wie Kids, Event oder Meeting haben sich inzwischen viele Deutsche gewöhnt, aber 39 Prozent – vor allem Ältere – stören sich daran. Die Mehrheit fordert aber auch eine stärkere Verwendung der deutschen Sprache in der EU angesichts des stärkeren deutschsprachigen Bevölkerungsanteils gegenüber Englisch und Französisch in Europa. Bei der Frage, welche Sprache Kinder heutzutage in der Schule vor allem lernen sollten, folgt überraschend nach Englisch, Französisch und Spanisch das Chinesische bereits an vierter Stelle.

Rechtschreibreform ein Jahr in Kraft

Die Rechtschreibreform löst auch ein Jahr nach ihrem offiziellen Start Unbehagen und Unsicherheit aus. Nach einer Untersuchung der Forschungsgruppe Deutsche Sprache, der einige Reformgegner angehören, haben die neuen Regeln das korrekte Schreiben an Schulen nicht erleichtert – im Gegenteil. Die Fehlerquote sei etwa in freien Aufsätzen von Viertklässlern um 80 Prozent, bei Diktaten in der gymnasialen Oberstufe gar um 110 Prozent gestiegen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) sieht dagegen keinen „akuten“ Handlungsbedarf. Vor allem Schriftsteller, aber auch Institutionen wie die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung hatten die ihrer Ansicht nach willkürlichen Änderungen kritisiert.



Staatsziel Kultur?

Bislang gescheitert

Der Deutsche Kulturrat hat im Juni 2008 für die Zeitung „politik und kultur“ Bundes- und Landespolitiker nach ihrer Einschätzung befragt, ob das Staatsziel Kultur noch in dieser Legislaturperiode im Grundgesetz verankert wird. Von den befragten Landespolitikern haben sich Jens Böhrnsen, Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und Senator für Kultur; Karin von Welck, Kultursenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg und Eva Stange, Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst klar für das Staatsziel Kultur ausgesprochen. Der Ministerpräsident und Kulturminister des Landes NRW Jürgen Rüttgers und der vorm. Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Thomas Goppel sind gegen das Staatsziel Kultur im Grundgesetz.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat in ihrem Zwischenbericht im Sommer 2005 empfohlen, das Staatsziel Kultur als Art. 20 b im Grundgesetz mit dem Satz „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ zu verankern. Diese Empfehlung wurde im Schlussbericht der Enquete-Kommission bekräftigt. Der Deutsche Kulturrat hat an die Union appelliert, ihren Widerstand gegen ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz aufzugeben. Vor allem die unionsgeführten Länder befürchten ein Aufweichen ihrer Kulturhoheit. Im September 2008 wurde eine Berliner Gesetzesinitiative pro

Staatsziel im Bundesrat eingebracht (Bonner General-Anzeiger vom 20. September 2008), die allerdings gescheitert ist (11. Oktober 2008). Zwischenzeitlich hat sich zwar auch Außenminister Steinmeier dafür ausgesprochen, aber die Bundesregierung lehnt derzeit ab.

Am 2. Dezember 2008 beschloss der CDU-Bundesparteitag, den Art. 22 des GG um den Satz zu ergänzen: „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch.“ Zustimmung bei der FAZ vom 3. Dezember 2008. „Man spricht bedrohtes Deutsch“, titelt dazu die WELT vom 6. Dezember 2008: „Mit dem Wunsch, unsere Sprache in der Verfassung zu verankern, rennen die CDU-Politiker offene Türen ein. Die Mehrheit der CDU hegt den Wunsch, die deutsche Sprache im Grundgesetz zu verankern. ‚Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch‘, lautet der entsprechende Passus, der auf dem Parteitag in Stuttgart denkbar griffig formuliert wurde - und prompt Unmut aus allen Lagern auf sich zog. Aber warum eigentlich? Die CDU-Delegierten rennen mit dem von ihnen mehrheitlich erwünschten Verfassungszusatz ja eigentlich offene Türen ein: Seit einigen Jahren ist an zahlreichen Initiativen und anderen Indizien ablesbar, dass landauf, landab das Begehren nach einem solchen Sprach-Bekenntnis besteht. Ungeachtet des Umstands, dass dies nicht mehr sein kann als ein bloß symbolischer Akt. Aber gerade weil der Vorstoß von der CDU-Basis nicht als leitkultureller Fanfarenstoß vorgetragen wur-

de, sondern als leiser, moderater Ergänzungsvorschlag für den Verfassungstext, sollte er Gehör finden ... Zwar ist kaum zu erwarten, dass demaleinst wieder ‚Gabelfrühstück‘ statt ‚Brunch‘ gesagt wird. Und doch stimmt es sehr hoffnungsfroh, dass die Deutschen, gänzlich unabhängig von Alter und Weltanschauung, außerinstitutionell längst eine Lanze für jene Sprache gebrochen haben, zu der sich die CDU-Politiker nun durch eine überdeutliche Zeichensetzung bekennen wollen.“

Übersetzer

Neue Vergütungsregelung?

Am 20. Juni 2008 wurde sie vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Verband der deutschsprachigen Literaturübersetzer bekannt gegeben; sie betrifft etwa 2 000 literarische Übersetzer. Im Kern besteht die bekanntgegebene Vergütungsregel aus einer Umsatzbeteiligung für alle Übersetzer von belletristischen Werken und Sachbüchern ab einer verkauften Auflage von 5 000 Exemplaren sowie weiteren Erlösbeteiligungen an Taschenbuch-, Hörbuch- und elektronischen Ausgaben. Zusätzlich gibt es eine Beteiligung an sämtlichen Lizenzerlösen. Die Beteiligungssätze liegen nach Auflagen gestaffelt und getrennt zwischen Hardcover und Taschenbuch zwischen 0,25 und 1 Prozent. Bei den Lizenz-erlösen sollen sie mit 7,5 Prozent beteiligt werden. Die Grundvergütung soll für eine übersetzte Seite im Mittel bei 17 Euro



beim Hardcover und 13 Euro beim Taschenbuch liegen, mindestens aber 12 beziehungsweise 10 Euro betragen. Für besonders anspruchsvolle Übersetzungen sollen auch weiterhin über 20 Euro gezahlt werden. Mehr als 100 Übersetzer haben aber einer Honorar-Vereinbarung widersprochen. In einer am 23. Juni 2008 veröffentlichten Erklärung heißt es, von einer Einigung könne noch keine Rede sein. „Eine Vielzahl namhafter Literaturübersetzer lehnt diesen Vorschlag ab, weil er insbesondere die Situation für anspruchsvolle Übersetzungen in den Bereichen Belletristik und Sachbuch sowie für Übersetzungen aus kleineren Sprachen noch weiter verschlechtert.“ Dazu auch der Kommentar in der WELT vom 20. September 2008: „Der Wert des Übersetzens“.

Urheberrecht

Folgerechtsabgabe nur für lebende Künstler

Europas Kunstversteigerer möchten die Folgerechtsabgabe, mit der Künstler am Wiederverkauf ihrer Werke finanziell beteiligt sind, auf lebende Künstler begrenzen. Die Harmonisierung des Folgerechts in den meisten Ländern der EU auf rund vier Prozent des Kunstpreises habe zwar zu besseren Wettbewerbsbedingungen im Handel geführt, aber nicht den erwünschten sozialen Effekt für die Künstler gebracht, kritisierte der Vizepräsident des Europäischen Versteigererverbandes (EFA), Henrik Hanstein, am 18. Juli 2008.

Online-Piraterie massiv bekämpfen

Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat am im Mai 2008 am Rat der EU-Kultur- und Medienminister in Brüssel teilgenommen. Zur Initiative der EU-Kommission, mehr kreative Inhalte im Internet verfügbar zu machen, erklärte er im Kulturministerrat:

„Wichtigste Voraussetzung für mehr kreative Inhalte im Internet ist, dass die Online-Piraterie massiv bekämpft wird. Kreative und Kulturschaffende werden erst dann Vertrauen in Internet-Geschäftsmodelle entwickeln, wenn gegen Urheberrechtsverstöße konsequent vorgegangen und das geistige Eigentum zuverlässiger geschützt wird. Ein guter Weg sind freiwillige Vereinbarungen zwischen Providern, Rechteinhabern und Verbrauchern, entsprechende Modelle, wie die ‚Olivennes‘-Initiative in Frankreich, sollte man diskutieren und weiterverfolgen. Ich begrüße auch die von der EU geplanten Aufklärungsmaßnahmen, um das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher für den Wert des geistigen Eigentums zu stärken.“

Bernd Neumann betonte auch die kulturpolitische Bedeutung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Ausdrucksformen: „Mit Blick auf die Vorbildfunktion der EU und zum Schutz der kulturellen Vielfalt in Europa kommt es nun darauf an, dass dieses Übereinkommen nicht nur bei den EU-Außenbeziehungen wirksam wird, sondern als Thema auch in sämtlichen Feldern der EU-Binnenpolitik be-

achtet und umgesetzt wird. So muss das Übereinkommen auch bei Themen der gemeinsamen europäischen Handelspolitik oder des freien Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs einbezogen werden, selbst wenn diese erst auf einen zweiten Blick eine kulturelle Dimension offenbaren. Hierfür alle Akteure auf europäischer Ebene zu sensibilisieren, halte ich für ein ganz wesentliches Anliegen.“

Hilfe im Kampf gegen Internet-Raubkopien

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Künstlern Unterstützung im Kampf gegen illegale Raubkopien aus dem Internet zugesagt. In ihrer wöchentlichen Videobotschaft erklärte Merkel am 26. April 2008, sie werde sich auch auf internationaler Ebene für mehr Schutz des geistigen Eigentums stark machen. Zugleich rief sie zu einer gesellschaftlichen Debatte über Urheberrechtsverletzungen im Internet auf. „Raubkopien sind kein Kavaliersdelikt“, sagte Merkel an dem von der UN initiierten „Welttag des geistigen Eigentums“.

Zuvor hatten rund 200 prominente Künstler in einem offenen Brief an Merkel einen besseren Schutz geistigen Eigentums gefordert. Im Internet würden millionenfach Musiktitel, Filme oder Hörbücher illegal angeboten. 2007 seien in Deutschland mehr als 300 Millionen Musikstücke illegal heruntergeladen worden – zehnmals mehr als legal verkauft wurden.

„Nehmen Sie sich dieses Themas an und machen es zur Chefsache“, hatten die Künstler in Anzeigen gefordert.



Merkel verwies darauf, dass die Bundesregierung das Thema bereits im vergangenen Jahr auf die Tagesordnung der G8-Beratungen der sieben führenden Industrienationen und Russlands gesetzt habe. „Und auch in diesem Jahr werde ich dieses Thema wieder ansprechen“, kündigte die Kanzlerin an. Internetpiraterie sei „eine Sache, vor der nationale Grenzen nicht schützen können“. In Deutschland sei das Urheberrecht novelliert worden. Damit sei deutlich gemacht worden, was im privaten Rahmen an Kopien erlaubt sei und was geschützt werden müsse. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) hatte zuvor kritisiert, dass der Respekt vor dem Wert und der wirtschaftlichen Bedeutung des geistigen Eigentums im Zeitalter der Digitalisierung zurückgegangen sei.

Urheberrechtsverletzungen müssten effektiv bekämpft werden. Die illegalen Downloads von Musik, Film und Hörbüchern schaden der Kreativwirtschaft und bedrohen die Existenz der Künstler. Er kündigte eine EU-Initiative zusammen mit seiner französischen Kollegin Christine Albanel an. S. auch Berichte im General-Anzeiger Bonn und der FAS vom 27. April 2008.

Kultur im Ausland

EU

„Jahr des Dialogs“

Die Europäische Union hat ihr „Jahr des Dialogs des Kulturen“ gestartet. Bis Ende 2008 werde es mit einem Budget von zehn Millionen Euro nationale Projekte in den 27 Mitgliedstaaten und sieben übergreifende europäische Vorhaben geben. (Internet: www.dialogue2008.eu).

Kulturminister starten weltweite Förderung

Beim 6. Europatag während des Filmfestivals in Cannes gaben die EU-Kulturminister am 19. Mai 2008 den Startschuss für eine weltweite Vertriebsförderung europäischer Filme. Der europäische Film erreichte in den Mitgliedsländern 2007 einen Marktanteil von 28,8 Prozent. In den USA liegt der Marktanteil der europäischen Filme seit vielen Jahren unter einem Prozent.

Verlängerung des Urheberrechts

Das Urheberrecht für Europas Künstler soll künftig 95 Jahre geschützt werden – fast doppelt so lange wie bisher. EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy stellte am 14. Februar 2008 in Brüssel eine entsprechende Initiative vor. Derzeit gilt der Schutz des Urheberrechts für Sänger oder Musiker 50 Jahre.

Steffen Kampeter, MdB, begrüßte den Richtlinienvorschlag.

Kampeter ist zuversichtlich, dass die deutsche Bundesregierung auch im Ministerrat der EU für eine Zustimmung zur Schutzfristenverlängerung werbe. Ebenso hoffe er darauf, das Europäische Parlament von der Notwendigkeit dieses Schritts überzeugen zu können. „Auch im Leistungsschutzrecht müssen wir die längere Lebenserwartung zur Kenntnis nehmen und das Recht den heutigen Gegebenheiten anpassen. Es ist doch aberwitzig, wenn ein Künstler noch zu Lebzeiten alle Rechte an seinen eigenen Werken verliert“, so Kampeter. Der Kommissionsvorschlag sei so ausgestaltet, dass die Einnahmen aufgrund der verlängerten Schutzfristen auch wirklich den ausübenden Künstlern, darunter viele Studio Musiker, zugute kämen. Befürchtungen, die Verlängerung der Schutzfristen nütze vor allem den Weltstars und den Plattenfirmen, seien somit unbegründet.

Abgelehnt

Der Bundesgerichtshof hat eine pauschale Urheberabgabe für Computer abgelehnt (DIE WELT vom 4. Oktober 2008).

UNESCO

Neues Welterbe

Die UNESCO hat bei ihrer Tagung vom 2. bis 10. Juli 2008 im kanadischen Quebec insgesamt 27 Kultur- und Naturstätten neu als Welterbe anerkannt. Damit gibt es jetzt 878 Stätten auf der Schutzliste, 33 davon in Deutschland. Hier stehen sechs



Berliner Wohnsiedlungen aus den Jahren von 1913 bis 1934 neu auf der Welterbeliste.

Schweden

Die Wiedereinführung von Eintrittsgeldern in die staatlichen Museen Stockholms hat die Besucherzahl der Museen für moderne Kunst für 2007 um 300 000 gesenkt. Im Naturhistorischen Museum fiel die Zahl der Besucher von mehr als 700 000 auf ebenfalls 300 000. Der freie Eintritt galt ab 2005 und hatte in den ersten beiden Jahren seines Bestehens zu einem massiven Anstieg der Besucherzahlen geführt (Bonner General Anzeiger vom 11. Januar 2008).

Slowakei

Die slowakische Stadt Kosice wird Europäische Kulturhauptstadt 2013 (General-Anzeiger Bonn vom 11. September 2008); 2009 sind Linz und Vilnius an der Reihe.

Russland

Bereit zu „Beutekunst-Verhandlungen“

Der neue russische Kulturminister Alexander Awdejew ist im Streit um die Rückgabe von „Beutekunst“ aus dem Zweiten Weltkrieg zu Verhandlungen mit Deutschland bereit. „Wir sollten das zurückgeben, was wir im Einklang mit den Gesetzen und dem Gewissen zurückgeben

können“, sagte der Minister am 21. Mai 2008 in Moskau. Gleichzeitig müsse Russland aber auch jene gewaltigen Kunstschatze zurückfordern, „die von unserem okkupierten Territorium verschleppt wurden“. Die Verhandlungen über die Übertragung der „Beutekunst“ sind seit langem festgefahren. Nach dem russischen Beutekunstgesetz werden die bis 1945 aus Deutschland von Soldaten ausgeführten Kunstschatze als Wiedergutmachung für Kriegsschäden angesehen. Das ist nach Meinung internationaler Experten ein Bruch internationalen Rechts.

USA

Mäzene: Rückgrat der US-Kultur:

„Ungefähr 65 Prozent der Haushalte mit einem Jahreseinkommen unter 100 000 Dollar spenden“, sagt der Vorsitzende des Giving Institute in Glenview (Illinois), George Ruotolo. Vor allem Kunst und Kultur könnten ohne die Finanzspritzen aus privaten Kassen nicht überleben, und hier spielen auch zahlreiche große Mäzene eine gewichtige Rolle.

Jüngstes Beispiel: Der milliardenschwere Blackstone-Chef Stephen Schwarzman, „König der Wall Street“, ließ der berühmten New York Public Library für ihren dringend benötigten Ausbau gerade einen Rekordzuschuss von 100 Millionen Dollar zukommen. Insgesamt gingen von den 295 Milliarden Dollar, die Amerikaner im Jahr 2006

spendeten (die Zahlen für 2007 liegen noch nicht vor), 12,5 Milliarden in den kulturellen Bereich, Tendenz steigend.

Zum Vergleich: Das staatlich finanzierte Förderprogramm „National Endowment for the Arts“ ist in diesem Jahr nach hartem Kampf gerade mal auf 145 Millionen Dollar aufgestockt worden.

Personalien

- Wahlversprechen können also auch gehalten werden, so Jens Bisky in der SZ vom 20. November 2007 anlässlich der Erhöhung des Bundeskulturhaushalts 2008. „Mit diesem Coup entzückte der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, die Kommentatoren und überwältigte selbst Skeptiker und notorische Nörgler wie den Deutschen Kulturrat. Es sei ihm gelungen, erklärte der Geschäftsführer Olaf Zimmermann, ‚die bisherigen Erwartungen an sein Verhandlungsgeschick und seine Überzeugungskraft‘ zu übertreffen: ‚Chapeau: Kulturstaatsminister Neumann!‘ Verwundert reibt man sich über so viele kulturpolitische Erfolgsmeldungen die Augen ... Der Bremer CDU-Politiker war vor zwei Jahren mit Zurückhaltung und unverhohlener Ablehnung im Amt begrüßt worden. Ihm fehlte der Stallgeruch des Kulturbetriebes, den er durch organisatorische Tüchtigkeit erst allmählich für sich einnehmen



konnte. ... Auch in der Frage, ob die Bundeskulturstiftung und die Kulturstiftung der Länder vereinigt werden sollten, bewährt sich der Pragmatismus, mit dem Bernd Neumann die von ihm anfangs energisch betriebene Fusion abgesagt hat. Beide kooperieren hier und da und konzentrieren sich ansonsten auf ihre jeweiligen Förderschwerpunkte. Die neue kulturpolitische Stille ist gewiss auch ein Ausdruck der Erschöpfung nach Jahren des Jammerns und Klagens, auch ein Zeichen der Überraschung, dass sich manches doch zum Besseren wendet. Vernünftig aber ist sie nicht. Die jetzt verabschiedeten Investitionsprogramme dienen in erster Linie dazu, sträflich lange Aufgeschobenes zu erledigen: In Berlin, Weimar und beim Weltkulturerbe der preußischen Schlösser und Gärten geht es immer noch um die Beseitigung der Teilungsfolgen. An anderen Stellen wird nachgeholt, was in den kargen Tagen um den Jahrtausendwechsel nicht bezahlt werden konnte. Ein kulturpolitisches Programm eine ‚Zukunftsentscheidung‘ der Kulturnation, wie Bernd Neumann ... sagte, ist damit kaum verbunden. Darüber wäre jetzt, da die unmittelbare Gefahr des unaufhörlichen Kaputtsparens abgewendet scheint, zu streiten. Etwa über die Methoden und Programme der kulturellen Bildung. Zwar gibt es manche vollmundig angekündigten Projekte, denen zufolge jedem Kind ein Instrument in die Hand gedrückt werden soll. Aber was ist damit gewonnen, wenn ... etwa in Hamburg nicht einmal die Grundversorgung der Grundschüler mit Mu-

sikunterricht gesichert ist? Warum hat die Rede Horst Köhlers zur Eröffnung der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar nicht eine Debatte über Zustand und Zukunft der öffentlichen Bibliotheken des Landes ausgelöst? In den Bibliotheken auf dem Lande oder in den Problemkiezen entscheidet sich, ob das Erbe, das mit viel Geld bewahrt wird, künftigen Generationen noch etwas bedeuten kann oder ob es nur noch von denen genutzt werden wird, die im Elternhaus ohnehin zum Musizieren und Verslesen verleitet werden. Das Programm ‚Kultur für Alle‘, so gestanden Fachleute unter den Sozialdemokraten vor kurzem ein, sei weitgehend gescheitert. Dennoch stehen sowohl im SPD-Programm als auch in dem der CDU wohl klingende Sätze über die staatstragende, Gesellschaft erhaltende Rolle der Kultur und der Künste. Diesem Gegensatz wird man sich stellen müssen, sonst wären all die Beteuerungen über die segensreichen Wirkungen des Schönen und Wahren bloß Masken von Gruppeninteressen. Die Sparrunden der Neunziger haben es leicht gemacht, über Kulturpolitik zu reden und sich dabei auf der Seite der Guten zu wähnen. Nun wäre es an der Zeit, über die Inhalte, über das Ineinander von Bildung und Kunstförderung zu streiten“.

In der WELT vom 19. Dezember 2007 lesen wir: „Es ist für den Feuilletonisten ein hartes Brot. Das Loben ist eigentlich nicht seine Lieblingsbeschäftigung. Lieber wetzt er das Messer der Kritik. Besonders müh-

sam wird es, wenn dieses Lob immer wieder an dieselbe Adresse gehen muss. Die Rede ist von Kulturstaatsminister Bernd Neumann. Er ist zum Sunnyboy der Großen Koalition geworden. Niemand scheint ihm mehr einen Wunsch abschlagen zu können. Und deshalb läuft er mit einem Füllhorn herum, das die Kulturlobby in andächtiges Staunen versetzt. Sie hat sich angewöhnt, davor zu warnen, dass kulturferne Politiker die Kultur kaputt sparen. Und nun verabreicht ihr der Kulturstaatsminister einen Geldsegen nach dem anderen. Jedem wunden Kinderpopo wünscht man solche Ölungen. Am Freitag tagte der Haushaltsausschuss des Bundestages. Als die Abgeordneten sich ins Wochenende verabschiedeten, hatte Neumann für die Kultur zusätzliche 400 Millionen Euro in der Tasche, Investitionsmittel, die in den nächsten Jahren abgerufen werden können ... Neumann (ist) nicht der Onkel aus Amerika, der protzig Geschenke verteilt. Er nutzt den von den Ländern misstrauisch betrachteten Handlungsspielraum der Bundeskulturpolitik auch dazu, die Länder an ihre originären Kultur-Aufgaben zu erinnern. Das trägt ihm dort nicht immer Sympathien ein. Als Neumann als vierter Kulturstaatsminister nach den Intellektuellen Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin und Christina Weiss sein Amt antrat, ging ein spürbares Fremdeln durch die Kulturszene. Ein CDU-Landespolitiker aus Bremen, Schullehrer von Beruf, sollte nun ihr Ansprechpartner sein? Heute ist davon nichts mehr zu spüren. Neumann hat



Respekt gewonnen. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass der Hund die Hand nicht beißt, die ihn füttert. Neumann ist nicht nur als Geldbeschaffer für die Kultur überaus erfolgreich. Er bewegt sich auch sicher und zielstrebig auf politisch hoch brisanten Feldern, etwa bei dem im Koalitionsvertrag vereinbarten ‚sichtbaren Zeichen‘ zur Erinnerung an die Vertreibungen. Neumann verfolgt dieses Projekt hartnäckig aber gesprächsoffen. Niemand käme auf die Idee, ihn des ‚Revisionismus‘ zu zeihen. Also sei’s drum: Lob, wem Lob gebührt.“

- Eine Eloge auf die Leistung von Kulturstaatsminister Bernd Neumann wirft in einem ausführlichen Artikel der Bonner Generalanzeiger vom 12. Dezember 2007: „Er ist ein Macher, ein ungeheuer aktiver Verhandler, begnadeter Strippenzieher, beharrlicher Propagandist der Kultur. Keinem vor ihm ist gelungen, die Kulturbaustellen des Bundes tatsächlich in die Öffentlichkeit zu tragen und zu diskutieren. Filmförderung und Gedenkstättenkonzept, kulturelles Erbe und Zukunft der Museen, Bildung und Medienpolitik, Denkmalschutz ... Nationalkultur: Neumanns Terminplan ist voll, ein Blick auf die Homepage des Ministers enthüllt das immense Profil dieses Kulturarbeiters.“

- Anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Einführung des Amtes eines Kulturstaatsministers bemerkt Jens Bisky in der SZ vom 30. Oktober 2008: Der kulturpolitische Friede täusche,

weil „das vermint Feld der Erinnerung zum Aufgabenbereich des Kulturstaatsministers gehört. In einem kurzen Schlagabtausch stritten Michael Naumann und Bernd Neumann, die einander an Schlagfertigkeit ebenbürtig sind, um die Kulturarbeit der Vertriebenen. Unter Kohl war sie stark gefördert worden, Naumann kürzte nach seinem Amtsantritt die Mittel, Neumann lobte nun die Vertriebenenmuseen. Geschichtspolitisch setzen die beiden großen Parteien deutlich unterschiedene Akzente – wir werden das im kommenden Jahr noch oft genug erleben. ... Ein Skandal war das Amt anfangs, weil es den Anspruch nationaler Kulturpolitik mit sich führte. Der Streit, was nationale Kulturpolitik heute sein könne, ist verebt – nicht zuletzt durch den Erfolg des Bundes in Berlin oder die Hilfe für die Anna-Amalia-Bibliothek. Entschieden aber ist die Frage nicht, ob wirklich Theater, Museen und Gedenkstätten, Buchpreisbindung und Filmfonds das ‚einigende‘ Band der Deutschen sind.“

- Mit der Hamburger Kultursenatorin Karin von Welck beschäftigt sich die SZ vom 7. November 2008: „Karin von Welck ist eine sympathische Frau. Sie lobt viel, streicht gerne die positiven Dinge heraus, ist um Fairness bemüht und sagt sehr häufig ‚wir alle gemeinsam‘. Obwohl sie seit über vier Jahren Kultursenatorin in Hamburg ist, konnte sie sich bisher relativ frei von politischer Oberflächenpolitik halten. Sie nähert sich Menschen vorsichtig, spricht für eine wichtige Person immer noch viel

zu leise und wirkt häufig eher schüchtern als robust. Nach ihrer Vorgängerin, der ehemaligen BILD-Journalistin Dana Horakova, die von all dem das Gegenteil war, kehrten mit der promovierten Ethnologin und vormaligen Museumsdirektorin 2004 wieder kultivierte Umgangsformen in die Hamburger Kulturpolitik zurück.“

- Der frühere Direktor des Frankfurter Städel Museums, Herbert Beck, ist neuer Geschäftsführer des Kulturfonds Frankfurt Rhein. Dem nach langen Kontroversen gegründeten Fonds gehören der Main-Taunus- und der Hochtaunuskreis sowie die Städte Frankfurt und Darmstadt an. Dem Fonds stehen 2008 für Kulturprojekte nach Angaben der Landesregierung 7,2 Millionen Euro zur Verfügung.

- Gegen die Entlassung des Essener Philharmonie-Intendanten Michael Kaufmann haben Sponsoren mit Mittelkürzungen gedroht (Bonner General-Anzeiger vom 2. Oktober 2008; s. auch FAZ vom 25. September 2005: „Essen blamiert sich“). Angeblich hatte Kaufmann zunächst 1,5 Mio Euro Schulden aufgehäuft, insgesamt sollen es 1,7 gewesen sein (FAZ vom 6. November 2008). Dazu auch die ZEIT vom 1. Oktober 2008: Tatsächlich trägt der entlassene Intendant noch die geringste Schuld an dem Dilemma. Er bediente nur jene Großmannssucht, der sich Essen ebenso gerne hingibt wie andere Städte auch.“ Dazu auch die FAZ vom 15. November 2008 („Rettet die



Kulturhauptstadt“): „Die verheerende Außenwirkung, die sich Essen leistet, aber droht die nächste und für viele Jahre letzte große Chance des Ruhrgebiets, sich international darzustellen, zu verspielen. Dabei geht es auch um den Etat, der mit 52 Millionen Euro auf dem Niveau von Linz 2009 liegt und mithin sehr knapp bemessen ist. Mehrfach schon, so ist in Essen zu hören, habe Berthold Beitz intern erklärt, dass sich die Krupp-Stiftung über die 55 Millionen Euro hinaus, mit denen sie dem Museum Folkwang einen Neubau spendiert, nicht an der Kulturhauptstadt beteiligen werde, solange Michael Kaufmann nicht rehabilitiert ist. Der mächtigste Mäzen in der Stadt ist Leitwolf für andere Sponsoren: Auch Thyssen-Krupp, das 2010 von Düsseldorf zurück nach Essen zieht, hat bisher keine Mittel für die Kulturhauptstadt bewilligt.“

- Der Literaturwissenschaftler Paul Raabe hat mit der angekündigten Rückgabe des ihm 2007 zuerkannten Weimarpriests gegen den von der Stadt geplanten – „und der Tat fatalen“ – Verkauf des Hauses der Frau von Stein an einen spanischen Kunsthändler protestiert (FAZ vom 7. Oktober 2007).

- Gegen die Entlassung von Stephan Märki als Intendant des Nationaltheaters Weimar protestiert die SZ vom 4. Oktober 2008: „Dahinter steckt eine Koalition der Gekränkten – all jene in Stadt und Land, die Märki nicht aufhalten konnten und die sich jetzt rächen, für Märkis Wi-

derstand gegen die Fusion mit Erfurt, die Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH und die Einführung von Haustarifen.“ Mittlerweile wurde bekannt, dass der Vertrag bis 2015 verlängert wird (General-Anzeiger vom 8. Oktober 2008).

- Die frühere Kulturstaatsministerin Christina Weiss ist neue Vorsitzende des Vereins der Freunde der Nationalgalerie in Berlin. Sie übernahm das Amt am 11. März in Berlin von Peter Raue, der den Verein mit seinen 1 400 Mitgliedern seit 1977 leitete. Der Verein fördert wichtige Bildankäufe oder große Ausstellungsprojekte wie die MoMA-Schau oder „Die schönsten Franzosen“. Er vergibt auch einen mit 50 000 Euro dotierten Preis für Junge Kunst. Die Mitglieder unterstützen mit einem Jahresbeitrag von 600 Euro das Museum.

- Die bisherige Präsidentin Jutta Limbach des Goethe-Instituts übergab am 31. März 2008 das Amt an ihren Nachfolger Klaus-Dieter Lehmann. Lehmann war seit 1999 Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin und im September 2007 einstimmig zu Limbachs Nachfolger gewählt worden.

- Im Dezember 2007 wurde Michael Eissenhauer, vormals Direktor der staatlichen Museen Kassel und Präsident des Deutschen Museumsbundes als neuer Generaldirektor der staatlichen Museen in Berlin gewählt (Die Welt vom 15. Dezember 2007). Udo Kittelmann wird Chef der neuen Nationalgalerie

(SZ vom 15. Dezember 2007).

- Das Kölner Oberlandesgericht hat die Kündigung des früheren Intendanten der Bundeskunsthalle Wenzel Jacob für unwirksam erklärt (General-Anzeiger vom 10. Oktober 2008)

- Der CSU-Landtagsabgeordnete und ehemalige bayerische Wissenschaftsminister Thomas Goppel wird neuer Präsident des Bayerischen Musikrates.

Zitate*

Der Staat wird sparen, bis es knackt! Und er wird besonders dort sparen, wo er nicht durch gesetzliche Verpflichtungen zu einer Zahlung gezwungen wird. Die Kulturfinanzierung ist eines dieser Felder, die, weil ja nur eine sogenannte „freiwillige Leistung“, sich geradezu als Sparschein anbietet. Meine Prognose für das Jahr 2010 sind globale Minderausgaben für den Bundeshaushalt in einen zweistelligen Prozentsatz, die selbstverständlich auch den Haushalt des Kulturstaatsministers und den Kulturhaushalt des Auswärtigen Amtes betreffen werden. In den Ländern und Kommunen, die selbst in den Zeiten des Wirtschaftsaufschwunges bei der Kultur, im Gegensatz zum Bund, kontinuierlich gespart haben, wird der Einschnitt nochmals deutlich brutaler ausfallen.

Zusätzlich befürchte ich darüber hinaus deutliche Sonderopfer bei der mittelbaren Bundeskulturförderung, um den Bun-



deshaushalt zu stabilisieren. Hier werden wir uns darauf einstellen müssen, dass der Finanzminister der neuen im Herbst gewählten Bundesregierung, welchen politischen Lagers er auch immer angehört, eine Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes und möglicherweise sogar die Streichung für bestimmte Kulturprodukte fordern wird. Auch wird der Bundeszuschuss zur Künstlersozialversicherungen wieder ein Thema werden.“
Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, im Dezember 2008.

„Ich kann kein Haus führen, das ein geringeres Budget hat als das kleinste Haus in Frankreich.“
Gerard Mortier über seine Absage an die New York City Opera lt. General-Anzeiger vom 10. November 2008.

„Knapp 130 Goethe-Institute sollten uns als kulturelle Infrastruktur in aller Welt durchaus so viel wert sein wie 12 bis 15 Kilometer Autobahn in Deutschland.“
Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier lt. Tagespiegel vom 9. September 2008.

„Wir brauchen die Ermunterung, unser Land zu gestalten, an der Demokratie mitzuwirken. Eine Nation wird durch zweierlei geprägt: durch die gemeinsame Erinnerung und durch den Willen zu einer gemeinsamen Zukunft.“
Bischof Wolfgang Huber zum Freiheits- und Einheitsdenkmal lt. SZ vom 2. November 2007.

„Ein Kulturinvestitionspro-

gramm in diesem Umfang hat es in Deutschland noch nie gegeben.“

Kulturstaatsminister Bernd Neumann lt. SZ vom 17. November 2007.

„Mich stört, dass ich über e-on nachdenken muss, wenn ich den Literaturpreis annehmen will.“

Schriftsteller Ingo Schulze über den von e-on gesponserten Thüringer Literaturpreis, lt. FAZ vom 7. November 2007.

„Kein Unterrichtsfach fällt in Deutschland so oft aus wie Musik. Das liegt daran, dass die Politik zum Opfer der Bürokratie geworden ist. Bei unseren Projekten gibt es nur die unvermeidbare Bürokratie, wir machen die Dinge einfach und fertig, Punkt, aus. Das ist letztlich auch wie in der Musik: man kann Beethoven nicht bürokratisch musizieren.“
Daniel Barenboim im Gespräch mit der FAS vom 11. November 2007.

„Die Steuerdebatten werden in 50 Jahren vergessen sein, Kultur aber ist das, was von einer Gesellschaft bleibt.“

Gitta Connemann, MdB, Vorsitzende der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ lt. General-Anzeiger vom 15. Dezember 2007.

„Dass Günter Grass den Nobelpreis für Deutschland bekommen hat, und nicht ich, sagt doch schon alles über die Welt, wie sie heute ist“

Der im Juli 2008 verstorbene Nicolaus Sombart laut FAZ vom

6. Juli 2008.

„Mit der Steigerung des Kulturhaushalts des Bundes ist es Kulturstaatsminister Neumann wieder gelungen, die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kultur in Deutschland zu verbessern. Das begrüßen wir sehr und gratulieren Kulturstaatsminister Neumann zu seinem Erfolg.“

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann.

„Auf die Kultur (...) kommt die herausragende Aufgabe zu, den Prozess der Verzivilgesellschaftung zu gestalten. Selbstermächtigung und Engagement können und müssen als zentrale Komponenten des Lebens in der Gesellschaft vermittelt und eingeübt werden.“

Rupert Graf Strachwitz, Maezenata-Institut, Berlin, Loccumer Protokolle 06/07, S. 22.

„Vielleicht leiten die dramatischen Verhältnisse an den internationalen Märkten einen Prozess der qualitativen Aussiebung ein, der schon lange überfällig ist.“

Der Salzburger Galerist Thaddaeus Ropac über den Einbruch im Kunstmarkt lt. WamS vom 16. November 2008.

„Vor allem wird fürs erste die Zeit der richtig großen Deals vorbei sein. Da ist viel über Kredite zwischenfinanziert worden.“!

Der Frankfurter Museumsdirektor Max Hollein lt. General-An-



zeiger vom 13. Oktober 2008.

Süddeutsche Zeitung: „Wer über Kunst redet, muss leider auch über Geld reden. Der Kunstmarkt bewegt enorme Summen, Museen haben kein Geld. Sind Sponsoren die Antwort?“

Peter Raue: „Zunächst einmal: der Kunstmarkt ist aus den Fugen – bis zur Lächerlichkeit. Nicht wegen der Höchstpreise für Picasso und Rothko, sondern im Bereich der Gegenwartskunst. Was sich da abspielt, hat mit Verstand nichts zu tun.“
Kunstkenner Peter Raue im Gespräch mit der SZ vom 26. Januar 2008.

GA: „Kann Musik hören oder machen ihrer Meinung nach zur Erziehung des Menschen, wohlmöglich zur Erziehung zum „besseren Menschen“ beitragen?“

Harnoncourt: „Ich würde gern die Kunst als Ganzes sehen und nicht die Musik herausnehmen aus den Künsten. Musik ist auch eine Sprache – fast jede Kunst ist mit einer Sprache zu vergleichen – Musik ist wie ich meine absolut unverzichtbar! Falls es überhaupt möglich sein sollte, dass der Mensch besser werden könnte durch irgendetwas. Das ist uns ja zehntausend Jahre lang nicht gelungen ... Aber wenn es für die Menschheit eine Chance gibt, liegt sie sicher in den Künsten!“

Nikolaus Harnoncourt im Gespräch mit dem Bonner General Anzeiger vom 5. Januar 2008.

„So ging es den ganzen Abend und zwischendurch immer wieder Köche, nichts als Köche. Es war schrecklich.“

Marcel Reich-Ranicki über die Verleihung des Deutschen Fernsehpreises lt. FAZ vom 13. Oktober 2008.

„Für uns ist diese Haltung inakzeptabel.“

Der für EU-Fragen zuständige Ländervertreter Wolfgang Reinhardt (CDU) zur Weigerung der EU-Kommission, die deutsche Sprache stärker zu berücksichtigen, am 9. Oktober 2008.

„Ich halte den Corine Buchpreis und auch den Deutschen Buchpreis für völligen Schwachsinn.“
Elke Heidenreich lt. General-Anzeiger vom 11. Oktober 2008.

„Die schwerpunktmäßige Auslagerung der Kulturförderung auf den privaten Sektor und die starke Abhängigkeit der Kultureinrichtungen von Spenden und Sponsoring wie in den USA ist riskant. Wir stehen mit unserem bewährten Modell von starker öffentlicher Finanzierung und ergänzender privater Unterstützung in Deutschland sehr gut da. Es ist ein wichtiges Anliegen meiner Politik, dieses gute Miteinander zu fördern und weitere Anreize zu schaffen.“

Kulturstaatsminister Bernd Neumann vor der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Fördervereine Deutscher Museen für bildende Kunst, November 2008.

„Die Kunstszene wird jetzt wieder kleiner und ernsthafter. Es wurde langsam Zeit.“

Klaus Biesenbach, MoMA New York, angesichts der Wirtschaftskrise lt. WELT vom 29. November 2008.

Das E-Book wird die Verlagswelt ziemlich durcheinanderwirbeln.“

Ronald Schild, Internet-Experte beim Börsenverein des Deutschen Buchhandels in Frankfurt.

GA: Sie selbst haben schon sehr früh den Bildungsnotstand, was den Musikunterricht an den Schulen betrifft, angesprochen.

Mutter: Ja, ich habe nie gemurmelt, sondern einfach versucht, früh darauf hinzuweisen, dass schon in meiner Generation abzusehen war, dass wir in einen Bildungsnotstand hineingeraten.“

Anne-Sophie Mutter im Interview mit dem General-Anzeiger vom 28. November 2008.

Spiegel: „Sie schlagen vor, Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen. Ist das nicht reine Symbolpolitik?“

Wowereit: „Ich bin nicht so naiv zu glauben, dass man durch so eine Maßnahme die Situation für die Kultureinrichtungen der Republik direkt verbessern kann. Aber eine Diskussion allein über die Frage, ob dieses als Staatsziel ins Grundgesetz hineinkommt, ist eine Auseinandersetzung mit der Frage der Wertigkeit von Kultur für eine Gesellschaft. Wir bezeichnen uns – zu Recht – immer als der Dichter und Denker und sind stolz auf unsere kulturelle Tradition. Sie muss jedoch gepflegt werden. Im ersten Anlauf hat der Bundesrat die Initiative abgelehnt, aber ich bin mir sicher: Dieses Thema kommt wieder.“

Der regierende Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit im Gespräch mit dem Spiegel 45/2008.



Zeitschriften und Publikationen*

Die Ausgabe: Nr.06/07, November/Dezember 2007 von „**politik und kultur**“, hg. vom Deutschen Kulturrat, galt der Kulturpolitik der CDU: Welche Bedeutung hat die Kulturpolitik in der CDU? Damit setzen sich Christian Wulff, Bernd Neumann, Wolfgang Börnsen, Johanna Wanka, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, Jörg-Dieter Gauger und Hans-Jörg Clement auseinander. Gabriele Schulz kommentiert die Beiträge. Außerdem u.a. Beiträge zur Kulturellen Bildung, zu Kultur und Kirche; Dossier: Wertungsgesellschaften und die Beilage: Kultur Kompetenz Bildung.

Die Ausgabe: Nr.01/08 Januar/Februar 2008 gilt der u.a. der Kulturpolitik der Grünen – mit Beiträgen von Claudia Roth, Katrin Göring-Eckardt, Grietje Bettin, Uschi Eid, Alice Ströver und Jan Engelmann. Olaf Zimmermann kommentiert die Kulturpolitik der Grünen. Weitere Beiträge zur Kultur-Enquete, zur schulischen kulturellen Bildung und dem „Streitfall Computerspiele“

Die Ausgabe: Nr.02/08 - März/April 2008 widmet sich u.a. der Kulturpolitik der Linken mit Beiträgen von Oskar Lafontaine, Lothar Bisky, Lukrezia Jochimsen, Thomas Flierl und Birgit Klaubert, der Kultur-Enquete, Kultur und Kirche/Religion und der Kulturellen Bildung.

Ausgabe: Nr.03/08 Mai/Juni 2008 beschäftigt sich mit der Kulturpolitik der CSU: Der Vorsitzende der CSU Erwin Huber, der Bayerische Kulturminister Thomas Goppel, die CSU-Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär und der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung Hans Zehetmair erläutern die Grundlagen der CSU-Kulturpolitik. Olaf Zimmermann kommentiert. Weitere Themen: Kultur-Enquete, Jahresbericht 2007, puk-Journalistenpreis; Frühkindliche kulturelle Bildung.

Die Ausgabe: Nr.04/08 Juli/August 2008 setzt sich u.a. auseinander mit dem „Staatsziel Kultur“, dem neuen Bibliotheksgesetz in Thüringen, der Kulturlandschaft Deutschland und dem Thema: Kultur und Kirche.

Die Ausgabe: Nr.05/08 September/Oktober 2008 beschäftigt sich u.a. mit der Luther-Dekade, der Kultur-Enquete: Museen, der Zukunft der Künstlersozialversicherung und der Kulturlandschaft Deutschland.

Die Ausgabe: Nr.06/08 November/Dezember 2008 beschäftigt sich mit Computerspielen, der Bedeutung des Sonntags und u. a. der Sonntagsöffnung von Bibliotheken, der Kultur-Enquete bezogen auf die Theater und schließlich mit der Entwicklung von Buchhandel und Verlagswesen. Dazu die neue Beilage „Interkultur“.

Kulturpolitische Mitteilungen
Heft 119 IV/2007: KULTURwirtschaft – KulturPOLITIK, hg. von

der kulturpolitischen Gesellschaft, widmet sich u.a. den Themen: Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin, Kulturpolitische Grundzüge der CDU Sachsen, Von der „Boom-“, zur „Zukunftsbranche“, Wandel durch Kulturwirtschaft – Essener Erklärung.

Im Heft 120 I/2008 der Kulturpolitischen Mitteilungen ist Themenschwerpunkt die Auseinandersetzung mit dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“. Daneben die üblichen Rubriken wie „Kulturpolitik aktuell“ und „Projekte und Initiativen“ sowie Literaturhinweise und Nachrichten. Kultur in Deutschland, u.a. mit Neujustierung der Auswärtigen Kulturpolitik, „Vertriebenemuseum“ als „Sichtbares Zeichen“?, Zwischen Bestandsaufnahme und Analyse, Kulturmanagement in Theorie und Praxis, Kulturmanagement als Wissenschaftsdisziplin, 53. Loccumer Kulturpolitisches Kolloquium, Bericht der Beauftragten für Integration – Kulturelle Bildung.

Heft 121/ II 2008 enthält neben einer Hommage auf Hermann Glaser Beiträge u.a. zu 20 Jahre Fonds Soziokultur, zu „Bildung“ und „Lernen“ und zum Enquete-Bericht „Kultur in Deutschland“.*

Kulturpolitik der Parteien:
Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen, hg. v. Olaf Zimmermann/Theo Geiß-



ler (2008): Bei viel Übereinstimmung und Einmütigkeit unter den Kulturpolitikern taucht die Frage auf, gibt es denn überhaupt keine Unterschiede? Ist es für die Kulturpolitik egal, ob Christdemokraten, freie Demokraten, Grüne, Linke oder Sozialdemokraten für Kulturpolitik verantwortlich sind?

Streitfall Computerspiele: *Computerspiele zwischen kultureller Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz* (2. um 32 Seiten erweiterte Auflage), hg. von Olaf Zimmermann und Theo Geißler; mit Beiträgen von 46 Autorinnen und Autoren (2008): Sind Computerspiele „Kulturgüter“ oder handelt es sich hierbei um „Schund“? Sollten Computerspiele strenger kontrolliert werden oder reichen die bestehenden Jugendschutzbestimmungen aus? Sollten qualitativ hochwertige Computerspiele von der öffentlichen Hand gefördert werden oder soll es der Markt richten? Wie soll der neue Deutsche Computerspielepreis aussehen?

Kultur als Arbeitsfeld und Arbeitsmarkt für Geisteswissenschaftler, hg. vom Deutschen Kulturrat: Was brauchen Geisteswissenschaftler, um eine Stelle im Arbeitsmarkt Kultur zu finden? Welche Anforderungen werden an sie gerichtet? Was bringen sie für Qualifikationen mit? Wie hat sich der Arbeitsmarkt Kultur in den letzten Jahren geändert und wie werden Geisteswissenschaftler darauf vorbereitet? Wie finden sie eine Marktlücke im breiten Arbeitsfeld Kultur?

Künstlersozialversicherungsgesetz – Hintergründe und aktuelle Anforderung (2. erweiterte und aktualisierte Auflage, 2008). Die Autoren Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz informieren in diesem Buch über die Entwicklung der Künstlersozialversicherung. Die Grundsätze der Künstlersozialversicherung und die einzelnen Reformschritte werden skizziert. Die Autoren stellen den Arbeitsmarkt Kultur vor und bereiten aktuelle Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlern und Publizisten auf. Die Sonderstellung der Künstlersozialversicherung im Sozialversicherungssystem wird geschildert und die Autoren gehen auch auf die künftigen Herausforderungen zur Sicherung der Künstlersozialversicherung ein. Besonderen Raum nehmen die Maßnahmen zur Reform des Künstlersozialversicherungsgesetzes im Jahr 2007 ein.

Dokumentation des 4. Kulturpolitischen Bundeskongresses: Im Juni 2007 diskutierten ca. 500 Politiker und Kulturfachleute aus Deutschland und Europa auf dem vierten Kulturpolitischen Bundeskongress „*kultur.macht.europa* – *europa.macht.kultur*“ über die Begründungen und Perspektiven einer europäischen Kulturpolitik. Die nun vorliegende Publikation enthält Beiträge aus so unterschiedlichen Bereichen wie Stadt- und Regionalentwicklung, Erinnerungskultur, Öffentlichkeit, Vernetzung und Kulturaustausch. Ferner werden Ansätze einer europäischen (Kultur-

)politik an die regionale und lokale Ebene rückgekoppelt (die Kulturagenda der EU, Kulturhauptstädte Europas, die Kulturförderung und die Strukturfonds der EU etc.).

In ihrer Broschüre **Politik und Kultur** Heft 9/2008 bietet das Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim unter anderem einen Bericht über kulturelle Bildung, ein Forschungsfeld zwischen Theorie und Praxis, in dem darauf hingewiesen wird, dass es zur Zeit ca. 8% der Bevölkerung in Deutschland regelmäßig Kulturinstitutionen besuchten. Außerdem beschäftigt man sich mit der auswärtigen Kulturpolitik, mit dem Thema Kirche und Kultur und dem Kulturmanagement, alles unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten. –

Um „**kulturelle Bildung für alle**“ geht es in einer Tagesdokumentation, die die deutsche UNESCO-Kommission 2008 vorgelegt hat und die die Beiträge der entsprechenden Tagung in Lissabon 2006 zusammenfasst. Dort auch 16 bis 55 der UNESCO-Leitfragen für kulturelle Bildung im Wortlaut.

Einen harten Verriss des von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen „**pocket kultur!**“ in der SZ vom 21. November 2008: „Reiht man nur genügend Wortblasen aneinander, wird es schon irgendwie nach Kultur aussehen. Doch was kann man von einer Werbebroschüre anderes erwarten? Wenigstens eines: Dass sie nicht aus



Steuergeldern finanziert wird.“

Jahrbuch für Kulturpolitik 2007 – „Europäische Kulturpolitik“, hg. vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (2007)

„Europäische Kulturpolitik“ – gibt es die? Kann es sie geben? In den Römischen Verträgen, deren Ratifizierung sich im Frühjahr zum fünfzigsten Male jährte, kam das Wort Kultur nicht vor. Die Europäische Gemeinschaft war zunächst ausschließlich als Wirtschaftsverbund konzipiert, dem erst allmählich eine kulturelle Dimension hinzugefügt wurde. Mittlerweile wird die Bedeutung der Kultur für den europäischen Einigungsprozess mehr und mehr erkannt. Seit dem Vertrag von Maastricht (1992) gibt es einen Kulturartikel, der die kulturpolitische Kompetenz der EU umreißt, und damit hat auch die kulturelle Förderpolitik der EU an Profil gewonnen. Es gibt inhaltliche Zielvorstellungen, gesetzliche Rahmenbedingungen, institutionelle Strukturen, politische Verfahren und ein bescheidenes Budget.

Das „Jahrbuch“ versteht sich als Versuch, das Feld der europäischen Kulturpolitik zu vermessen. Es will Begründungen liefern, Kompetenzen, Institutionen und Akteure beschreiben und damit die Diskussion über Europäische Kulturpolitik befördern.

Autoren sind u.a. Thomas Goppel, Ulf Grossmann, Jörn Rüsen, Oliver Scheytt, Hortensia Völckers, Johanna Wanka. Zusätzlich zum Schwerpunkt ent-

hält das Jahrbuch einen Beitrag zur europäischen Kulturwirtschaft und Kulturstatistik von Michael Söndermann, eine kulturpolitische Chronik und ausführliche Literaturhinweise.

Jahrbuch für Kulturpolitik 2008 – Kreativwirtschaft und Kreative Stadt

Viele Tagungen und Publikationen setzen sich gegenwärtig mit dem Themenkomplex „Kultur- und Kreativwirtschaft“ sowie „Kreative Stadt“ auseinander. In Landtagen und im Bundestag wird über Kulturwirtschaftsberichte und die Stärkung der Kreativwirtschaft debattiert und auch in Kommunen werden entsprechende Berichte und Fördermaßnahmen erarbeitet. Der aktuelle Band 8 enthält Beiträge zum Verhältnis von Kultur und Wirtschaft, über Kulturwirtschaftsberichte auf kommunaler und auf Landesebene sowie zu den kulturpolitischen Herausforderungen der Kulturwirtschaftsdebatte. Abgerundet wird das Themenfeld durch Beiträge zum Arbeitsfeld Kultur, zu den Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern und neuen Kulturunternehmern, den Ausbildungsanforderungen und kulturpolitischen Fördermöglichkeiten. Daneben enthält auch der Band Beiträge zu öffentlichen Kulturausgaben (Michael Söndermann) und zur europäischen Kulturstatistik, eine kulturpolitische Chronik, eine Bibliographie, die Neuerscheinungen des zurückliegenden Jahres auflistet, sowie wichtige Adressen zu Kultur und Kulturpolitik.

Autoren sind u.a. Peter Ben-

dixen, Andreas Wiesand, Karin von Welck, Max Fuchs, Olaf Zimmermann.

Auswärtige Kulturpolitik. Dialog als Auftrag – Partnerschaft als Prinzip

Wolfgang Schneider (Hrsg.), 232 Seiten Bonn/Essen 2008

Auswärtige Kulturpolitik steht auf dem Prüfstand. In einer global vernetzten Welt, in der neben den ökonomischen auch kulturell und religiös geprägte Konflikte neue Herausforderungen an die Außenpolitik darstellen, stehen Konzepte und Programme zur Diskussion. Das vorliegende Buch diskutiert Schwerpunkte der Auswärtigen Kulturpolitik und zeigt Perspektiven auf. Neben der Überprüfung von Anspruch und Wirklichkeit der Programmarbeit bildet die kulturelle Zusammenarbeit in den auswärtigen Beziehungen Europas sowie die Diskussion um eine engere Verzahnung von Kultur- und Entwicklungspolitik ein Zentrum der Auseinandersetzung. Die Etablierung von Netzwerken und Kooperationsmodellen zwischen Staaten, Mittlerorganisationen und privaten Initiativen ist dabei ein wesentlicher Faktor, um den Stellenwert der Kultur in den internationalen Beziehungen zu stärken. Die Publikation vereint erstmals einzelne Studien zur Auswärtigen Kulturpolitik, die am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim entstanden sind.

Autoren sind u.a. Wolfgang Schneider, Felicia Maier, Robert Peise, Nina Lutz, Claudia Schneider, Heike Pflingsten.



Essay

Wir sind wir Der Weg von der Migration zur Integration führt über Kultur

(SZ vom 20. Dezember 2007)

Es gab Zeiten in Deutschland, da reichte das fröhliche Bekenntnis zu einer multikulturellen Gesellschaft als Nachweis der Weltoffenheit, Toleranz und Modernität völlig aus. Die Zeiten haben sich geändert – und die Debatten auch. Dabei geht es nicht um eine gegen den Islam gerichtete, „geistige Aufrüstung“, wie kürzlich Navid Kermani in dieser Zeitung geschrieben hat.

Es handelt sich vielmehr um die kaum noch bestrittene Einsicht, dass unsere Gesellschaft, wie jede andere Gesellschaft auch, ein Mindestmaß an gemeinsamen Überzeugungen und Orientierungen braucht, ohne die sie ihren inneren Zusammenhalt nicht bewahren und die politische Legitimation für den Geltungsanspruch ihrer Normen, ihrer Gesetze, ihrer Entscheidungen nicht aufrechterhalten kann.

Ohne Gemeinsamkeit erträgt eine Gesellschaft auch keine Vielfalt. Wie notwendig dies ist, führt uns der in dieser Woche veröffentlichte Bericht der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung vor Augen: 15 Millionen Menschen, die in Deutschland leben, haben das, was – nicht sehr integrationsfreundlich – als „Migrationshintergrund“ bezeichnet wird, darunter 3,3 Millionen Muslime. Diese Menschen stellen inzwischen ein Fünftel unserer Ge-

samtbevölkerung. Bei den unter 15-Jährigen sind es über 30 Prozent, in Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern sogar 45 Prozent. Viele leben in Parallelgesellschaften, die die unterschiedliche Herkunft gegen die gemeinsame Zukunft nahezu perfekt abschotten. „Man kann hier 30 Jahre mitten in einer deutschen Großstadt leben, ohne sein anatolisches Dorf im Geiste auch nur einen Tag verlassen zu müssen“, beschreibt die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek diese Welt. Wenn ich seit Jahren ohne missionarischen Eifer für eine Leitkultur in Deutschland werbe, dann meine ich damit keineswegs den Dominanzanspruch einer Kultur gegenüber einer anderen. Einen solchen Anspruch halte ich im Gegenteil für absurd und historisch widerlegt. Für vernünftig und unvermeidlich halte ich dagegen den Geltungsanspruch einer bestimmten Kultur in einer konkreten Gesellschaft. Leitkultur in diesem Sinne bedeutet, dass nicht alles, was kulturell begründet oder begründbar ist, in einer Gesellschaft in gleicher Weise gelten kann: Der Anspruch auf Vorrang des Mannes und der Anspruch auf Gleichberechtigung der Frau können zum Beispiel ebenso wenig gleichzeitig gelten wie die Religionsfreiheit und die Auffassung, der Abfall vom Glauben sei ein strafwürdiges Verbrechen.

Es geht im Übrigen nicht um eine „deutsche Leitkultur“. Es geht vielmehr um Prinzipien wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau,

die Freiheit von Wissenschaft, Kunst und Kultur sowie die Freiheit der Religionsausübung, die als Grundlage für Demokratie und Rechtsstaat am treffendsten wohl als „westlich“ oder „europäisch“ bezeichnet werden können. Spezifisch deutsch ist in diesem Kontext allein die Sprache, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Auch wenn viele der für unsere Gesellschaft maßgeblichen Werte und Orientierungen im Grundgesetz kodifiziert sind, reicht der Hinweis auf die Verfassung als Grundlage für das Zusammenleben einer Gesellschaft allein nicht aus. Verfassungen setzen historisch-kulturell gewachsene Werte voraus, die sie in Rechte und Pflichten umsetzen. Verfassungen sind kein Ersatz, sondern Ausdruck der Kultur einer Gesellschaft. Nicht die Politik hält eine Gesellschaft zusammen, sondern die Kultur – in Gestalt von geschriebenen und ungeschriebenen Werten, Normen, Überzeugungen und Orientierungen. Sie bilden die Grundlage einer Gesellschaft, die sich ständig weiterentwickelt im Diskurs ihrer Mitglieder, der „Einheimischen“ wie der „Zuwanderer“. Diese Einsicht ist allzu lange durch eine doppelte Realitätsverweigerung blockiert worden: die Bestreitung der Tatsache, dass wir in einer multikulturellen Gesellschaft leben und die Verwechslung von Befund und Konzept.

Multikulturalität ist ein Befund, eine zutreffende Beschreibung des Zustands moderner westlicher Gesellschaften – ein Konzept zur Selbstverständigung und Orientierung solcher



Gesellschaften ist sie aber ganz gewiss nicht. Multikulturelle Gesellschaften bedürfen im Gegenteil einer Leitkultur, denn sie können ihre unvermeidlichen Konflikte nur bewältigen, wenn sie verbindlich wissen, was gilt. Das romantische Missverständnis von Multikulturalismus birgt sogar die Gefahr einer Verweigerung von Grund- und Menschenrechten aus falsch verstandenem Respekt vor kultureller Differenz.

Kulturelle Werte und Orientierungen entstehen nicht im luftleeren Raum. Die wichtigsten Institutionen zur Bildung und Vermittlung von gesellschaftlichen Werten und Orientierungen sind die Religionen. Deren Funktion wird durch fundamentalistischen Eifer ebenso gefährdet wie durch die Indifferenz gegenüber religiösen Überzeugungen. Der zweite Irrtum ist in unserem Kulturkreis zweifellos weiter verbreitet, jedoch nicht weniger gefährlich als der erste. Nicht ohne Grund hat Jürgen Habermas vor der „Gefahr einer entgleitenden Modernisierung der Gesellschaft“ gewarnt und einen schonenden Umgang mit den kulturellen Ressourcen angemahnt, aus denen sich das Normbewusstsein und die Solidarität von Bürgern speisen.

Es bleibt das Fragezeichen

Die für unsere Gesellschaft und ihre Geschichte wichtigsten kulturellen Ressourcen sind zweifellos die antike Philosophie, die christlich-jüdische Tradition und die Aufklärung. Unsere Kultur mitsamt unserer Verfassung und unserem politischen System ist ohne den Beitrag des Christen-

tums weder zu erklären noch zu verstehen – ebenso wenig allerdings ohne die Aufklärung und ihren Beitrag zur Trennung von Staat und Kirche. Auch der Islam hat unsere Kultur keineswegs erst in jüngster Zeit beeinflusst. Acht Jahrhunderte waren die Muslime in Spanien; sie haben bedeutende Teile der Philosophie der griechischen Antike für das europäische Gedächtnis bewahrt und tradiert und so einen wichtigen Grundstein für das moderne Europa gelegt.

Dessen Kultur zeichnet sich nach meiner persönlichen Überzeugung im Kern durch eine einzigartige Verbindung von Glaube und Vernunft, ihrer wechselseitigen Begründung wie Relativierung und, – als Folge dieser Verbindung – durch den Verzicht auf absolute Wahrheiten als Legitimation für verbindliche politische Entscheidungen aus. Seit der Aufklärung steht hinter jedem Anspruch auf absolute Wahrheit nicht mehr der Punkt, sondern das Fragezeichen. Und jede Behauptung, etwas sei richtig oder verbindlich, muss sich mit diesem Zweifel auseinandersetzen. Diese Verbindung von Vernunft und Glaube, von Einsichten und Orientierungen, von Erkenntnissen und Überzeugungen als korrespondierende Prinzipien individuellen und staatlichen Handelns ist für mich der unaufgebbare, aber keineswegs ein und für allemal gesicherte Fortschritt unserer Zivilisation. „Wer ist Wir?“ – „Wir!“, möchte ich auf diese Frage von Navid Kermani antworten, wir alle jedenfalls dann, wenn wir ernsthaft eine gemeinsame Basis für

unser Zusammenleben entwickeln, vermitteln und fortschreiben wollen. Dazu bedarf es des Dialogs. Deswegen ist das Beste an der aktuellen Debatte zur Leitkultur, dass sie endlich stattfindet. Und je länger die Debatte andauert, desto größer wird die Übereinstimmung in der Sache. Nur auf den passenden Begriff können wir uns nicht einigen. Damit, meine ich, lässt sich leben, besser jedenfalls als mit dem umgekehrten Befund.

Norbert Lammert, MdB, ist seit 2005 Bundestagspräsident. Er antwortet auf Navid Kennanis Essay „Wer ist Wir?“ (SZ vom 7. Dezember 2007).



Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

2008 – Bilder, Klänge, Literatur: Das KAS-Engagement in der Kultur

Das Kulturjahr der Konrad-Adenauer-Stiftung stand vor allem im Licht der Konsolidierung des Trustee-Programms EHF 2010. Das Programm, das an den Else-Heiliger-Fonds EHF anschließt und die Idee bürgerschaftlichen Engagements für Kunst und Kultur fortsetzt, ist weiter auf Erfolgskurs. Nicht nur, dass neue Mitglieder die Runde der mäzenatisch tätigen Trustees bereichern – auch die alljährliche Benefiz-Ausstellung zugunsten des Programms endete mit einem Rekordergebnis. Die vielfältigen Aktivitäten stellen unter Beweis, wie sehr sich die Konrad-Adenauer-Stiftung inzwischen in der Kulturszene einen Namen als nachhaltige Förderin der Kultur gemacht hat, und zeigen darüber hinaus die hohe identitätsstiftende Funktion: Die Stipendiaten fühlen sich der Stiftung verbunden, die Trustees den ausgewählten Künstlern und dem KAS-Programm und alle gemeinsam dem glaubwürdigen Dialog zwischen Politik und Kultur; kein Wunder also, dass alle Trustees der alljährlichen Einladung des Vorsitzenden, Professor Dr. Bernhard Vogel, zum Dinner folgten. Eine Selbstverständlichkeit war es auch, dass sich die engagierten Förderer des Fonds im Rahmen der Kultur-Soirée anlässlich

des 60. Geburtstages von Bundestagspräsident Professor Dr. Norbert Lammert in der ersten Reihe des Forums in der Akademie einfanden, um einem ganz speziellen Ereignis beizuwohnen. Ein exquisites Programm versammelte Vertreter der bundesweiten Kulturszene, der Diplomatie und Mitglieder des Deutschen Bundestages. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, würdigte Professor Dr. Bernhard Vogel in diesem Kontext das Kulturrengagement des stellvertretenden KAS-Vorsitzenden. Literatur-Nobelpreisträger Imre Kertész, die Schauspielerin Jutta Lampe, der Tänzer Friedemann Kriener, Countertenor Alex Nowitz und der Konzertmeister der Kammerakademie Potsdam, Peter Rainer, ließen es sich nicht nehmen, Lammert mit Lesung, Rezitation, Tanz und Musik zu gratulieren: Ein emotionaler Abend, der das breitgefächerte Kulturprogramm der KAS zur Begeisterung aller dokumentierte.

Pünktlich zu diesem speziellen Anlass zeigte die Stiftung als Voreröffnung die erste große Einzelschau in Berlin mit Arbeiten der bildenden Künstlerin Miwa Ogasawara. Zur offiziellen Eröffnung am folgenden

Abend, an dem Klangkunst-Preisträger 2008, Johannes S. Siermanns – ebenfalls ein ehemaliger EHF-Stipendiat –, die Künstlerin mit einer speziell komponierten Klanginstallation beschenkte, gab es dann kein Halten mehr: Die Ausstellung endete mit einem fast kompletten Ausverkauf der ausgestellten Werke.

Die Vorstellung der aktuellen Stipendiaten des Else-Heiliger-Fonds gehört in den festen Kunstherbst-Kalender der Hauptstadt. Mit einer Ausstellung und einem Programm, das Lesung, Tanz und Musik umfasste, präsentierte sich der Jahrgang 2008 in seiner ganzen Vielfalt.

Musikfachtagung

Zur festen Tradition ist auch die Musikfachtagung geworden, die sich am 29. Mai 2008 unter dem Titel „Dialog? Integration? Musik!“ und unter der Regie von Musikexperte Steffen Kampeter, MdB mit der Frage der integrierenden, zusammenführenden und identitätsstiftenden Kraft von Musik beschäftigte. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, verwies in einer viel beachteten Eröffnungsrede dabei auch auf das bürgerschaftliche und bildungspolitische Potenzial der kulturellen Vielfalt des Genres Musik.

Gleich zu Beginn des Jahres strahlte die Stiftung besonders glanzvoll. Im Rahmen einer feierlichen Hommage ehrte die KAS die große Ballerina Birgit



Keil. Laudator Prof. Dr. h.c. Lothar Späth und Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert zollten gemeinsam mit 400 Gästen und standing ovations einer der großen Tänzerinnen unserer Zeit ihren Respekt. Frau Professor Keil wurde nicht nur für Ihre aktive Zeit, die Bühnengeschichte geschrieben hat, geehrt, sondern auch für beispielhaftes Engagement im Bereich der Nachwuchsförderung.

Literaturpreis in Weimar

Höhepunkt des Literaturjahres 2008 war die Verleihung des mit 15 000 Euro dotierten Literaturpreises der KAS an Ralf Rothmann in Weimar durch den Vorsitzenden der Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel im Weimarer Musikgymnasium. Der 1953 in Schleswig geborene und heute in Berlin lebende Autor hat bislang sechs Romane, drei Prosa-, zwei Lyrikbände und einen Essayband publiziert. Bei der Ehrung hob Prof. Dr. Vogel, die stilistische und kompositorische Begabung des Erzählers Rothmann und seine Sensibilität für Themen unserer Zeit hervor: Familie und Autorität, Freiheit und Verantwortung, Interkulturalität, religiöse Grundorientierung. Auch der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, Dieter Althaus MdL, würdigte Rothmanns Überzeugung, dass „Kultur den Alltag humanisiert“. In ihren Laudationes hoben Dr. Thomas Oberender, Leiter des Schauspielprogramms der Salzburger Festspiele, und Matthias Hartmann, künstlerischer Direktor des Zürcher Schauspielhauses und designierter Burgtheater-

Direktor, Ralf Rothmanns hohe erzählerische Empathie für soziale Lebenswelten, vor allem in den Ruhrgebiet- und den Berlin-Romanen, hervor. Der Preisträger bedankte sich mit einer Rede, in der ein persönlicher Bezug zu dem Namensgeber des Preises ebenso eine zentrale Rolle spielte wie der Freiheitsgedanke. Mit Berufung auf Konrad Adenauer votierte Rothmann entschieden für eine freie Gesellschaft, zu der auch „Transparenz des Staatswesens“ gehöre. Musikalisch umrahmt wurde das Programm von Schülerinnen und Schülern des Musikgymnasiums Schloss Belvedere.

Die Preisverleihung fand in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus Politik und Kultur statt: darunter der Bundestagspräsident und stv. KAS-Vorsitzender Prof. Dr. Norbert Lammert, die Thüringer Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Mitglieder des Thüringer Kabinetts, MdBs, MdLs. Sie dokumentieren ebenso wie das weite Presse-Echo die große politische und öffentliche Bedeutung des Literaturpreises der KAS. Der Preisträger wird von einer Jury unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Birgit Lermen (Köln) ermittelt.

„Dialog der Religionen“

Aktuellen Themen widmeten sich die literarischen Reihen der KAS: Bei dem V. Bonner „Dialog der Religionen“ ging es, u.a. mit KAS-Preisträger Hartmut Lange, um Spiritualität und Literatur. In Bonn fand anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Staates Israel die Soirée „Erinnerung ist eine Chance der Be-

gegnung“ (Helmut Kohl) mit Bundesministerin a.D. Dr. Dorothee Wilms, dem Schriftsteller Robert Menasse und Klezmerim statt.

Autorenwerkstatt

Die Villa La Collina, Adenauers ehemaliges Domizil am Comer See, in der seit 1995 die Autorenwerkstatt der Konrad-Adenauer-Stiftung stattfindet, ist eine europäische Begegnungsstätte von Kultur und Politik. An der XIV. Werkstatt nahmen 12 Schriftsteller teil, zwei Germanisten und die Literaturkritiker Dr. Sebastian Kleinschmidt (Sinn und Form), Ijoma Mangold (Süddeutsche Zeitung), Andreas Öhler (Rheinischer Merkur).

Nach einem Vortrag von Prof. Dr. Wolfgang Braungart (Universität Bielefeld) über die Hypothek der Schönheit in unserer Zeit der „Nicht mehr Schönen Künste“ lasen die Autoren aus unveröffentlichten Werken und diskutierten über die Verantwortung der Sprache, die gesellschaftliche Funktion der künstlerischen Ästhetik im technischen Zeitalter und die kulturell-literarische Aufwertung ethischer Fragen. Es lasen u.a. KAS-Preisträger Burkhard Spinnen, KAS-Stipendiaten wie Jan Wagner sowie eine Reihe erfolgversprechender Debütanten wie Reinhard Kaiser-Mühlecker, aus unveröffentlichten Werken. Hervorhebenswert unter den Lesungen waren die Deutschland- und Europagedichte von Dieter M. Gräf, Nancy Hüniger und Uwe Kolbe, die „Wende“-Geschichte von Katja Oskamp sowie die Novelle von KAS-Literatur-



preisträger Hartmut Lange, die sich eindringlich mit dem Verhältnis zwischen Ethik und Ästhetik auseinandersetzte.

Europakonferenz in Berlin

Mit 55 Germanistikprofessoren und Studenten des Fachs aus 15 europäischen Ländern fand vom 12. bis zum 14. September in Berlin die Auftaktveranstaltung einer neuen Konferenzreihe statt. Unter dem Titel „Zukunft der Erinnerung – Zukunft der europäischen Bildungsgesellschaft“ sprachen die Teilnehmer drei Tage lang über die ethischen und historischen Grundlagen und die kultur- und bildungspolitischen Perspektiven deutscher Sprache und Literatur im „Europa der 27“. Und das vor dem Hintergrund einer nicht nur quantitativen Verschiebung des Interesses an der Germanistik von West nach Ost. Mit dieser Auftaktveranstaltung, deren Themen (Europäische Erinnerungskultur; Bildungs- und Wissensgesellschaft in Europa; Identität und Integration) aus einer Pilotkonferenz der KAS im Herbst 2007 erwachsen sind, schafft die Stiftung ein in seiner Art exemplarisches Forum für die europäische Germanistik, in dem die Zukunftsaufgaben der deutschen Sprache und Kultur für eine europäische Identität und die bildungspolitischen Perspektiven einer europäischen Germanistik erörtert werden. Zu den Mitwirkenden gehörten Prof. Dr. Jürgen Barkhoff (Trinity College), Prof. Dr. Rüdiger Görner (University of London), Prof. Dr. Bogdan Mirtshev (Universität Sofia), Prof. Dr. Jürgen Mittelstraß

(Universität Konstanz), Prof. Dr. Barbara Naumann (Universität Zürich), Prof. Dr. Walter Schmitz (Dresden, Präsident des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes), Prof. Dr. Miroslaw Ossowski (Universität Danzig) u.a. In der Abschlussdiskussion plädierten die Studierenden der Germanistik für ein aktuelles Deutschlandbild, das im Germanistikstudium vermittelt werden soll, um das Deutschland von heute kennen zu lernen. Zudem müsse es gelingen, mehr talentierte Studenten für das Studium von deutscher Sprache und Literatur zu gewinnen. Auch bi- oder trilinguale Graduiertenkollegs wie das deutsch-chinesische Kolleg in Göttingen seien wünschenswert. Die Reihe der KAS wird 2009 im Kreis der europäischen Germanisten fortgesetzt.

Literatursymposium in Berlin

Am 4. Dezember 2008 fand das XII. Literarisch-Politisches Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Literatur als Kultur der Freiheit“ in der Berliner Akademie der KAS statt. Ausgangspunkt des Symposiums ist Norbert Lammerts Hinweis darauf, dass sich die „Stärke der Freiheit“ als Grundwert der westlichen Leitkultur die Frage gefallen lassen muss, wie sicher sie im Angesicht von globalem Fundamentalismus und Terrorismus ist. Im Mittelpunkt des Symposiums stehen die kulturellen Aspekte der Freiheitsidee: Freiheit als politisches und kulturelles Postulat, als geistiges Ideal, als individuelle und soziale Verantwortung. Der Bo-

chumer Philosoph Walter Schweidler sprach über *Das Schicksal der Freiheit in der postsäkularen Gesellschaft*, der Göttinger Germanist Heinrich Detering über *Die Aporien der literarischen Freiheit: Ernst Jünger und Stephan Hermlin*. In einer Podiumsdiskussion widmeten sich KAS-Literaturpreisträgerin Herta Müller, Christoph Böhr MdL u.a. der Freiheit des Wortes als essentieller Voraussetzung für den literarisch-politischen Dialog. Beschlossen wurde das Symposium mit einer Lesung von Julia Franck (Roman „Die Mittagsfrau“).

An dem Symposium nahmen über 30 Studierende der Germanistik teil, darunter Doktoranden aus der Promotionsförderung der KAS, mit denen (bis zum 8.12.) das themengleiche Theaterseminar der Stiftung stattfand.

Information: Dr. Hans-Jörg Clement, Leiter Kultur der KAS / Prof. Dr. Michael Braun, Leiter Literatur der KAS.

8. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik

Das diesjährige wieder sehr gut besuchte 8. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik fand unter Leitung von Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages und Stv. Vorsitzender der KAS, vom 26. bis 27. September 2008 statt. Zum aktuellen Stand der Kulturpolitik in Bund, Ländern und Kommunen sprachen und diskutierten Bernd Neumann, MdB, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, Wolfgang Börnsen,



MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Monika Grütters, MdB, Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, Prof. Dr. Johanna Wanka, MdL Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, Staatssekretär für Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen und Ulf Großmann, Bürgermeister der Stadt Görlitz.

Der inhaltliche Schwerpunkt lag 2008 auf dem Thema „Bibliotheken. Dazu nahmen Dr. Thomas Bürger, Generaldirektor der Sächsischen Landesbibliothek, Staats- und Universitätsbibliothek Dresden, Barbara Lison, Sprecherin Bibliothek und Information Deutschland, Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheks- und Informationsverbände e.V., Elke Scheid, Direktorin der Stadtbücherei Wittlich, Ute Schwens, Direktorin der Deutschen Nationalbibliothek und Jörg Schwäblein, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Thüringen Stellung. Die abendliche Lesung gestaltete KAS-Literaturpreisträger Ralf Rothmann.

„Der Bericht der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland: Schwerpunkt Kulturelle Bildung“

Im Dezember 2007 wurde der Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ veröffentlicht. Damit verband sich nicht nur eine erste umfassende Bestandsaufnahme der kulturel-

len Landschaft in Deutschland, damit verband sich auch eine Fülle von Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Kulturpolitik. Eine zentrale Grundlage für eine solche Kulturpolitik ist kulturelle Bildung. Daher lag auch ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit der Enquete-Kommission auf der kulturellen Bildung, zu deren Verbesserung sehr konkrete Vorschläge entwickelt wurden. Denn, so der Kommissionsbericht, (es) „klaffen Sonntagsreden und Alltagshandeln dabei fast nirgendwo so eklatant auseinander wie in der kulturellen Bildung. Führende Akteure aus allen Gesellschaftsbereichen zögern nicht, sich immer wieder zu der Bedeutung der kulturellen Bildung für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt zu bekennen, konkrete Folgen für die Praxis der kulturellen Bildung bleiben hingegen immer noch zu häufig aus.“

Dazu veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung am 16. Oktober 2008 in der Akademie in Berlin eine Fachkonferenz, die Gelegenheit bot, das Thema „kulturelle Bildung“, ihre Situation und ihre Perspektiven zu erörtern.

Es sprachen und debattierten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), MdB, Kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Höppner, Generalsekretär des Deutschen Musikrates, Gitte Connemann, MdB, Prof. Monika Grütters, MdB, Prof. Dr. Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates, Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrer-

verbandes. Die einleitende Hauptrede hielt Kulturstatsminister Bernd Neumann, MdB:

Über kulturelle Bildung zu reden ist wichtig, denn sie ist die Grundlage dafür, dass sich die Menschen in Deutschland aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen können. Kulturelle Bildung ist eine Schule der Toleranz, indem sie Werte vermittelt und Verstehen ermöglicht. Darum begrüße ich die heutige Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung sehr.

Über kulturelle Bildung nur zu reden, ist im gewissen Sinn aber auch müßig, denn wir haben in Deutschland bereits zahlreiche Initiativen, wir haben Gesetze, Richtlinien und Empfehlungen. Die kulturelle Bildung krankt in Deutschland nicht am Mangel an Theorie, sondern schlicht am Mangel an ihrer systematischen Anwendung. Theoretisch haben alle Kinder in deutschen Schulen Kunst- und Musikunterricht, praktisch aber sieht es so aus, dass gerade die künstlerisch-musischen Stunden besonders häufig ausfallen. An vielen Schulen müssen sich die Kinder sogar zwischen Kunst- und Musikunterricht entscheiden oder die Fächer werden nur noch „epochal“, also abwechselnd im Jahresturnus unterrichtet. Die bittere, dennoch leider völlig zutreffende Analyse von Professor Hans-Günther Bastian, nachzulesen im Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Kultur in Deutschland“, lautet denn auch: „Die Schüler müssen – ästhetisch gesehen – wählen zwischen einem Jahr Taubheit und einem Jahr Blindheit“. Die



Verkürzung der Zeit trägt zur Verschärfung der unbefriedigenden Situation zusätzlich bei.

Sicher wird der eine oder andere unter uns seinen Musikunterricht nicht in allerbesten Erinnerung haben. Notenlesen, Blockflöte spielen und Singen sind nicht jedermanns Sache. Doch dieser Unterricht hat bei vielen ein Fundament für das Verstehen von Musik gelegt, auf das man aufbauen kann. Dieses Fundament zu legen ist auch das Anliegen des großen Projekts „Jedem Kind ein Instrument“, das die von meinem Haus getragene Kulturstiftung des Bundes gemeinsam mit dem Land NRW finanziert. Das große Ziel: Alle 200 000 Grundschul Kinder im Ruhrgebiet sollen ein Instrument erlernen können.

Dafür stellen mein Haus und Nordrhein-Westfalen insgesamt jeweils 10 Millionen Euro für den Zeitraum von 2007 bis 2010 zur Verfügung, dazu kommen von Seiten des Landes noch über 5 Millionen für den Pflichtunterricht der Erstklässler. Weitere 15,6 Millionen kommen aus Elternbeiträgen, von den Kommunen und von privaten Spendern. Das Forschungsministerium hat bis zu 4 Millionen Euro für die Erforschung der individuellen und sozialen Auswirkungen des Programms zugesagt. Ende August konnte ich gemeinsam mit dem Bundespräsidenten und mit Ministerpräsident Rüttgers den ersten Grundschulkindern in Gelsenkirchen ihr Wunschinstrument überreichen. Ein Jahr hatten diese Kinder Noten gelernt und sich theoretisch mit der Musik beschäftigt.

Das hat Ängste und Schwellen abgebaut, die jeder kennt, der zum ersten Mal ein Notenblatt sieht oder ein Instrument in Händen hält.

Projekte wie „Jedem Kind ein Instrument“ machen Mut – aber sie zeigen auch die Lücken auf, die wir leider in Deutschland beklagen müssen. Die Enquete-Kommission hat einen ganzen Katalog an konkreten Handlungsvorschlägen und Maßnahmen zusammengestellt, auf die sicher in der heutigen Podiumsdiskussion detailliert eingegangen wird. Naturgemäß – denn Bildung ist Ländersache – richten sich die Handlungsempfehlungen in erster Linie an die Länder und Kommunen. Doch vor dem Hintergrund der offenkundigen Mängel sieht auch der Bund seine nationale Mitverantwortung für die kulturelle Bildung, die wir wahrnehmen. Projekte mit Bundesbeteiligung haben Pilotfunktion und unsere Einrichtungen können Beispielsweise wirksam wirken. Nicht zuletzt kooperieren wir mit den Bundesländern, um die vielfältigen Aktivitäten im Land besser zu vernetzen. Wir benötigen eine fundierte Vermittlungsarbeit schon deshalb, weil wir auch morgen ein Publikum, weil wir auch morgen Künstler und Kreative brauchen. Es ist doch letztendlich so, dass wir für dieses Publikum, dass wir für die Künstler und kreativen Köpfe von morgen unsere Museen und Bibliotheken, unsere Theater und Opernhäuser erhalten. Es ist eine schreckliche Vorstellung, dass uns die nächste Generation fragen könnte, wozu man all' die

teuren Einrichtungen braucht, weil ihr der Zugang zu unserem kulturellen Erbe fehlt.

Der Bund kann keine Musikschulen fördern oder Kunstschulen einrichten und unterhalten. Für den Bund sehe ich deshalb im Wesentlichen übergreifende Aufgabenfelder in der kulturellen Bildung. Dabei sind räumlich begrenzte Pilotprojekte wie „Netzwerk Neue Musik“ oder „Jedem Kind ein Instrument“ von großer Bedeutung, denn sie regen bundesweit zur Nachahmung an. Ganz zentral sind auch die großen, deutschlandweiten Initiativen wie „Vision Kino“. Dieses Netzwerk für Film- und Medienkompetenz organisiert seit 2005 gemeinsam mit den Einrichtungen der Länder Schulkino projekte, die in diesem Jahr über 470 000 Schülerinnen und Schüler erreicht haben. Begleitet werden die Veranstaltungen von zahlreichen Fortbildungen und Seminaren für Lehrerinnen und Lehrer, um das Fundament für die Vermittlungsarbeit zu legen. Dazu dienen auch die zahlreichen Lehrmaterialien die Vision Kino gemeinsam mit Partnern auf Bundes- und Landesebene für einzelne Spielfilme erarbeitet. „Vision Kino“ ist ein wichtiger Baustein für den Erhalt des Kinos als Kulturort und die Vermittlung von kultureller Filmbildung. Wir unterstützen diese Arbeit mit rund 500 000 Euro jährlich.

Ohne die Hintergrundinformationen aus Zeitungen und Zeitschriften, ohne Reflexion des eigenen Standorts in der Gesellschaft ist kaum Kulturverständnis möglich. Eine erst kürz-



lich von Allensbach durchgeführte Studie zeigt, dass zwischen den Jahren 2000 und 2008 die Quote der Zeitungsleser bei den 14- bis 29-jährigen von 54 auf 41 % zurückgegangen ist. Damit einher geht ein wachsendes Desinteresse an kulturellen und politischen Themen. Das ist symptomatisch. Die „Nationale Initiative Printmedien“ meines Hauses will diesen alarmierenden Tendenzen entgegenwirken. Ich bin überzeugt, dass Zeitunglesen grundlegend für die Entwicklung einer reifen, mündigen Persönlichkeit ist. Um das Bewusstsein von Kindern und Jugendlichen für die Bedeutung des Zeitungslensens zu schärfen, schreibt die Nationale Initiative Printmedien jährlich einen großen Schulwettbewerb aus. Noch bis zum 31. Januar 2009 können sich Schulklassen oder freie Jugendgruppen mit ihren Arbeiten zum Thema „Mein Land Deutschland – 60 Jahre Bundesrepublik“ bewerben.

Wir dürfen jedoch auch die digitalen Medien nicht vergessen, die die Welt der Heranwachsenden heute so stark bestimmen. Es hat keinen Sinn davor die Augen zu verschließen. Darum haben wir gemeinsam mit großen Medienunternehmen in Deutschland das „Netz für Kinder“ geschaffen, das Kindern einen sicheren Surfraum bietet. So können Kinder den Umgang mit dem Internet lernen, ohne durch bedenkliche Inhalte gefährdet zu werden. Auch für die Eltern ist das eine große Entlastung. Der „Computerspielepreis“ schließlich, den wir zusammen mit der Spiele-Branche vergeben wer-

den, soll die Entwicklung pädagogisch wertvoller und anspruchsvoller Spiele fördern. Neben diesen Projekten kann mein Haus aber auch wirksame Hilfe bei der Vernetzung von lokalen und regionalen Akteuren leisten. Wir haben vor knapp einem Jahr dazu eine Veranstaltung im Jüdischen Museum hier in Berlin durchgeführt. Derzeit sind wir mit den Ländern im Gespräch, wie konkrete weitere Pläne aussehen können.

Wir stehen auch mit unseren europäischen Partnern und insbesondere Frankreich und Polen, wo kulturelle Bildung derzeit ebenfalls Priorität hat, im intensiven Dialog. Bereits beim vorletzten Deutsch-Französischen Ministerrat 2007 haben meine französische Amtskollegin Christine Albanel und ich durch den Besuch des Jugend-Kunst- und Kulturzentrums „Schlesische 27“ in Berlin deutlich gemacht, wie wichtig uns dieses Anliegen ist. Die Europäische Kommission hat kürzlich eine Arbeitsgruppe eingerichtet, an der mein Haus mitwirkt. Mit dem Ratsarbeitsplan Kultur 2008 - 2010 hatten zuvor die europäischen Kulturminister das Thema auch in Brüssel auf die Agenda gebracht. Ich setze mich stark dafür ein, dass dem Informationsaustausch auch konkrete europäische Projekte der kulturellen Bildung folgen. Damit den Worten Taten folgen, arbeiten wir derzeit daran, die durch mein Haus geförderte Stiftung Genshagen verstärkt auf dieses Ziel auszurichten. Die Stiftung, die bereits bislang im Weimarer Dreieck deutsch-französisch-pol-

nische Veranstaltungen durchführt, wird derzeit reformiert. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Mein Wunsch ist, künftig aus Genshagen eine Plattform für kulturelle Bildung und Kulturvermittlung im trilateralen und europäischen Kontext zu machen.

Bewusst nimmt der BKM auch seine Verantwortung als Vorbild wahr, das wir mit unseren eigenen Einrichtungen bundesweit geben können. In die Zuwendungsbescheide an die von uns geförderten Einrichtungen haben wir seit Frühjahr dieses Jahres einen Passus aufgenommen, der die kulturelle Bildung als ein Kriterium für die Mittelvergabe fordert. Dies entspricht auch dem Vorschlag der Enquete-Kommission, Kultureinrichtungen, die öffentliche Mittel erhalten, für die Vermittlung von kultureller Bildung stärker in die Pflicht zu nehmen. Ich hoffe, dass viele weitere Zuwendungsgeber im ganzen Land die Vermittlung als *conditio sine qua non* bei der Zusage von Fördermitteln aufnehmen. Doch Fördern allein reicht nicht, auch Kontrolle muss sein. Darum setze ich mich dafür ein, dass kulturelle Bildungsarbeit regelmäßig evaluiert wird. Im übrigen denken wir derzeit auch über eine Auszeichnung für vorbildliche kulturelle Vermittlungsarbeit nach.

Die Aktivitäten meines Hauses auf dem Gebiet der kulturellen Bildung sind also vielfältig. Ich denke, dass nur eine solche Vielfalt an Initiativen und konkreten, praktischen Hilfestellun-



gen die Umsetzung der kulturellen Bildung wirklich voranbringt. Denn Theorien zur kulturellen Bildung haben wir schon genug. Darum bin ich auch nicht dafür, einen institutionellen ‚Supertanker‘ ‚Bundeszentrale für kulturelle Bildung‘ zu schaffen, den die Enquete-Kommission vorgeschlagen hat. Wir müssen die Praxis der kulturellen Bildung in Deutschland stärken und fördern – doch nicht zentralisieren.

Dies kann auch nicht im Sinne der Länder und Kommunen sein, die nach wie vor die kulturelle Bildung in Deutschland tragen. Wir können nur helfen, indem wir mit unserer Politik und unserer Förderung ein Umfeld schaffen, in dem Kunst Werteschatzung erfährt und sich entfalten kann.

Wir brauchen Kunst und Kultur für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes – ohne kulturelle Bildung würden wir Gefahr laufen, dieses Potenzial unseres Landes zu verlieren. Kulturelle Bildung geht deshalb uns alle an, sie ist eine klassische Querschnittsaufgabe. Kompetenzrängeleien bringen uns nicht weiter. Darum zähle ich auf die Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen und mit Kultureinrichtungen im ganzen Land. Die überaus positiven Rückmeldungen ermutigen uns, den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten.

Jörg-Dieter Gauger, Hermann Wilske (Hg.), Bildungsoffensive Musikunterricht (Freiburg 2007)

Die kulturelle Bildung in Deutschland, so bekannte unlängst der Bundestagspräsident Norbert Lammert, sei in einem „lausigen Zustand“. Für die Schulmusik gibt es Zahlen, die diesen Zustand deutlich machen: Bis zu 90% des Unterrichts an Grundschulen und 40% an den Gymnasien dieser Republik fallen aus oder werden fachfremd unterrichtet kein anderes Schulfach, das mit derart problematischen Rahmenbedingungen zu kämpfen hätte. Die vorliegende Publikation stellt Inhalte und Voraussetzungen des Musikunterrichts in den Mittelpunkt und bietet damit zugleich ein Forum für Diskussionen um die zukünftige Ausrichtung des Faches. In ihr geht es insbesondere um den Bildungsauftrag des Schulfaches Musik, um die ureigenen Inhalte des Musikunterrichts. Dies erscheint um so vordringlicher, als angesichts reduzierter Stundenanteile des Musikunterrichts das Bewusstsein um die Bedeutung des musikalischen Erbes zunehmend zu schwinden droht.

Information: Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger, Koordinator Bildungs- und Kulturpolitik, HA „Politik und Beratung“

Letzte Meldungen

Seite 32 / Sichtbares Zeichen

Zum „Sichtbaren Zeichen“ noch die Würdigung in der FAS vom 7. Dezember 2008:

„Erst Anfang dieses Jahres setzte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel damit durch, dass ein staatlicher Gedenkort zum Vertreibungsgeschehen selbstverständlich nicht ohne Vertreter der Vertriebenenorganisation eingerichtet werden könne. Seitdem kann mit Polen wieder über Dinge gesprochen werden, die beide Länder wirklich voranbringen: gemeinsame europapolitische Initiativen, Freizügigkeit für Arbeitnehmer, die neue Ostpolitik. Wie schön. Und Deutschland kann nun zeigen, dass es auch ohne fremde Hilfe in der Lage ist, den Verlust des deutschen Ostens so zu dokumentieren, dass die Opfer versöhnt werden und die einstigen Gegner keinen Grund haben, Anstoß zu nehmen.“

Seite 62 / Berliner Schloss: zu teuer

Dass der preisgekrönte Stella-Entwurf für das Berliner Schloss den Kostenrahmen von 552 Mio Euro sprengen könnte, das scheint man erst nach der Entscheidung vom 28. November gemerkt zu haben (Tagesspiegel vom 17. Dezember 2008). Jetzt muss wieder abgespeckt werden.

Seite 62 / Hamburg

Zur Zukunft der **Hamburger Elbphilharmonie** s. auch den kritischen Bericht im General-



Anzeiger vom 29. Dezember 2008: „Der Albtraum“.

Seite 63 / NRW

Letzter Stand in der Vorbereitung zur **Kulturhauptstadt Ruhrgebiet 2010** im General-Anzeiger vom 29. Dezember 2008: „Große Pläne, leere Kassen“.

Die **Kunststiftung Nordrhein-Westfalen** hat in diesem Jahr rund 6,7 Millionen Euro für 227 Kulturprojekte ausgegeben. Davon flossen rund 2,2 Millionen Euro in 73 Projekte der Bildenden Kunst, teilte die Stiftung mit. In den Bereich Musik gingen 2,3 Millionen Euro für 66 Projekte. 22 Theatervorhaben erhielten 970 000 Euro, und 36 Tanzprojekte wurden mit rund 720 000 Euro unterstützt, hieß es als Jahresbilanz der Stiftung. Für 30 Literaturprojekte wurden rund 550 000 Euro zur Verfügung gestellt (General-Anzeiger Bonn vom 24. Dezember 2008).

Seite 71 / Was ist Kunst, was Kultur?

Unter der Überschrift: „Das ist ein Flöten und Geigen! würdigt Klaus Harpprecht in der FAZ vom 30. Dezember 2008 die Realität und die die Vitalität der deutschen Kulturszene:

„Unsere Realität: Seit der Erfindung der elektronischen Medien werden entgegen allen Voraussagen mehr Bücher geschrieben, gedruckt, gekauft, vielleicht auch gelesen denn jemals zuvor - nein, keine E-Bücher, sondern

alte zum Anfassen. ... Die froheste Botschaft aber, die unsere Furcht vor dem vermeintlich unaufhaltsamen Kulturschwund zähmen könnte, boten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit einem Dutzend lakonischer Auskünfte, die in dürren Worten und nüchternen Zahlen anzeigen, dass in Deutschland das kulturelle Leben womöglich niemals üppiger gedieh als in dieser - am Ende doch nicht völlig verfinsterten - Epoche. Wer hätte gedacht, dass in der Bundesrepublik die 13 700 Bibliotheken im Jahre 2006 nicht weniger als 434 Millionen Entleihungen verbuchten? Jeder unserer Mitbürger borgte 5,3 Bücher „oder andere Medienprodukte“ aus - in Hamburg neun pro Kopf (im Saarland aber - Lafontaines Erbschaft - nur 2,1). Im gleichen Jahr 2006 wurden insgesamt 102,6 Millionen Museumsbesuche gezählt - in Berlin allein mehr als 12 Millionen (dank der Touristen), das Pergamon-Museum das erste, das Jüdische Museum immerhin das zweite in der Rangliste. Die Theatersaison 2005/2006 vermerkte 34,8 Millionen Besucher (obwohl die Tendenz „leicht rückläufig“ zu sein scheint, vermutlich dank eines wachsenden Überdrusses an den so dauerhaft pubertären Phantasien des sogenannten „Regie-Theaters“). Die Zahl der Kinobesuche (137 Millionen) stieg nach der langen Phase des Niedergangs wieder um zwei Millionen an.

Jeder fünfzigste Deutsche ist Mitglied eines Chores -1,6 Millionen Landsleute insgesamt (davon freilich nicht alle „aktiv“). ... In der gesamten Repu-

blik lernen 900 000 junge Leute in einer der 924 öffentlichen Musikschulen ein Instrument. ...

Dennoch ist zu vermuten, dass die Musik des Abendlandes im Begriff ist, nach Ostasien auszuwandern, zumal nach Südkorea und Japan, wo die Hausmusik zu blühen beginnt wie einst im deutschen Bürgertum des neunzehnten Jahrhunderts. ... Wir brauchen in der Tat nicht lange zu rätseln, wo in der Zukunft die großen Orchester zu Haus sein werden.

...

Das Bild der kulturellen Unternehmungen könnte im nächsten Jahr etwas dürftiger sein, angesichts des Finanzdebakels würde das niemand wundern. Und doch ist die Bundesrepublik nicht im Begriff, als Kulturwüste zu vertrocknen. Niemals zuvor wurde, wenn wir uns nicht irren, Kunst in solch üppigen und originellen Varianten unters Volk gebracht, oft genug in den entlegensten Winkeln der Republik. Der Kulturföderalismus - das kostbarste Erbe unserer zerklüfteten Geschichte - lebt in ungebrochener Vitalität fort und fort: die schöne Hinterlassenschaft des Feudalismus, die wir in Wahrheit den Frondiensten der Arbeiter und den Steuergeldern der Bürger verdanken. Das Erbe nährt die Künstler, die Kulturarrangeure, die produktiven Geister zehntausend-, wenn nicht hunderttausendfach.

Die kulturelle Vitalität ist überdies ein permanenter Appell an die Phantasie, an die Lust, an die Trauer und die Melancholien (wie es nicht anders sein kann), vor allem aber an das Verlangen nach Glück, dem die deutschen



Kulturpessimisten und intellektuellen Chiliasten so tief miss-trauen. Die Millionen, die in der gelebten Kultur Anregung, Trost, ja Freude und Erfüllung suchen, kümmern sich nicht weiter darum. Manchmal lachen sie die Klein-Apokalyptiker einfach aus. Von denen gilt womöglich noch immer, was Clemenceau (ausgerechnet) den Deutschen nachgesagt hat: dass sie das Leben nicht liebten. Die Mehrheit unserer Landsleute haben es zu lieben gelernt: Unsere Nachbarn atmen auf. Sie halten es für möglich, dass sie Glück mit uns haben.“

Seite 80 / Freiheits- und Einheitsdenkmal

Dass uns bei der Umsetzung des **Freiheits- und Einheitsdenkmals** ein neuer Mahnmalstreit ins Haus steht, unterstellt der Spiegel 50/2008: „Wir sind das Denkmal“.

Seite 94 / Nationalkultur

Zum Verhältnis von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zur Kultur s. den großen Beitrag in der FAS vom 21. Dezember 2008: „Die Kultur des Kandidaten“, der wie folgt resümiert: „Kultur ist eine Frage der Sprache, und im Grunde ist das Steinmeiers Problem. Er will nicht raus aus dem restringierten Code der politischen Rede. Er ist ein Mann des Dialogs, aber kein Jongleur, kein Visionär, kein Freund der Transgression. ...

Kultur interessiert ihn. Aber er geht in der Begegnung mit ihr kein Risiko ein, will sich ihr nicht hingeben, bleibt lieber in

seinem Korsett. Für einen Außenminister reicht das. Von einem Kanzlerkandidaten der SPD will man mehr.“

Seite 98/ Raubkunst

Ein Bericht über die am 12. Dezember 2008 von Kulturstaatsminister Bernd Neumann und Hermann Parzinger eröffneten Tagung zu 10 Jahre „Washingtoner Erklärung“ in der FAZ vom 13. Dezember 2008: „Berliner Tagung über Raubkunst“.

Seite 108 / Zitate

„Das deutsche Modell ist das absolut beste. Man muss es rabiart verteidigen“

Pamela Rosenberg, Intendantin der Berliner Philharmoniker über die 90-prozentige deutsche Kulturförderung im Vergleich zum amerikanischen Sponsoring-System, der in der Finanzkrise wegbriecht, lt. ZEIT vom 13. November 2008 („In der Finanzkrise droht Amerikas Kulturleben abzustürzen“).

Seite 112 / Zeitschriften und Publikationen

Heft 122 III/2008 der **Kulturpolitischen Mitteilungen** widmet sich dem Schwerpunkt: „Aktivierender Kulturstaat und Kulturwirtschaft“ mit Beiträgen u.a. von Oliver Scheytt und Andreas Wiesand und enthält u.a. eine Würdigung von „Zehn Jahre BKM“ von Bernd Wagner.

Heft 123 IV/2008 geht auf den Schwerpunkt: „Integration – Interkultur – Diversity“ u.a. mit einen Beitrag von Claus Leggewie, bietet einen Artikel

von Bernd Neumann „Kultur schafft Werte“ und zum Ersten Kulturbericht des Landes NRW von Norbert Sievers.

* Heft 4/Dezember n2008 der „**kultur politik**“, hg. vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, enthält als Titelthema eine neue Umfrage zur sozialen und wirtschaftlichen Situation.

Hinweis der Redaktion

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, dass Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.